

D7426 E

# AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 8-9 Aug./Sept. 1985

16. Jahrgang

5 DM



## Sowjetunion und Dritte Welt

El Salvador • Südafrika • Sri Lanka  
Zimbabwe • Iran

## Inhalt

<b>Kommentar:</b> Der „andere“ Terrorismus	3
<b>Südafrika</b> Anpassen oder sterben	4
Südafrika-Daten	5
ANC: Das Land unregierbar machen!	6
Nationale Beratende Konferenz des ANC	9
Aktionen gegen das Apartheidregime	10
ANC: Einheit ist unsere wichtigste Waffe	12
<b>Zimbabwe</b> Mugabe legte zu	15
<b>Iran</b> Folterstätten als „Universitäten“ Bericht eines politischen Gefangenen	17
Appell zur Lage der politischen Gefangenen	18
<b>Israel</b> Die Militarisierung Israels	20
<b>Pazifik/Französisch-Polynesien</b> „Testet die Bombe in Frankreich“ Ziele der Unabhängigkeitspartei „Ia Mana Te Nunaa“	24
<b>Sowjetunion und Dritte Welt</b> Thesen: Sowjetunion in der Dritten Welt Ausweg aus der Rückständigkeit – eine soziale Frage! Kritik einiger linker Positionen zum Thema Sowjetunion und Dritte Welt	27
<b>Sri Lanka</b> Dialoglösung im Tamilenkonflikt? Erklärung der Linksparteien Sri Lankas	49
<b>El Salvador</b> FMLN: Eine Ohrfeige für das Regime	53
<b>Kostarika</b> Verlust der Neutralität	56
<b>Uruguay</b> Wirtschaftlicher Balanceakt Forderungskatalog der Zentralgewerkschaft PIT-CNT	58
<b>BRD – Dritte Welt</b> Die CSU bilanziert die „Wende“ Rede von F. J. Strauß	61
<b>Kultur</b> Gespräch mit dem chilenischen Maler Pato Madera	64
<b>Rezension</b> Literarische Berichte aus Chile	67
<b>Lesermeinungen, Standpunkte</b>	68
<b>BRD-Infodienst</b>	69
<b>Kurzinformationen</b> Libanon – Palästina, Argentinien, Chile, Indonesien, Nepal, BRD – Türkei, Türkei, Namibia, Moçambique	70



## Südafrika

S. 4

Zur Jahresmitte 1985 gleicht Südafrika einer tickenden Zeitbombe. Der Massenwiderstand gegen das Apartheidsystem ist trotz aller Massaker, trotz aller „Reform“-ansätze des Botha-Regimes nicht einzudämmen. Die Befreiungsbewegung ANC hat zur Volksoffensive bis zum Sturz des Regimes aufgerufen. Was sind die Hintergründe der Volkserhebung? Welches Konzept verfolgt der ANC?

## Sowjetunion und Dritte Welt

S. 25

Die Rolle der Sowjetunion in der Weltpolitik und in der Dritten Welt zählt zu den Reizthemen der bundesdeutschen Friedens- und Solidaritätsbewegung. Inwiefern gleicht sie der „Supermacht“ USA? Agiert die UdSSR „ausbeuterisch“ oder „imperial“ in der Dritten Welt? Diesen und anderen Fragen gehen wir in einer AIB-Serie nach, die wir mit Thesen und einer Kritik an Kritikern der sowjetischen Außenpolitik eröffnen.

## Sri Lanka

S. 49

Im Himalaya-Staat Bhutan haben Anfang Juli d.J. Verhandlungen zwischen der Regierung Sri Lankas und Vertretern der separatistischen Guerilleros der Bevölkerungsminderheit der Tamilen begonnen. Sie sollen unter indischer Vermittlung zu einer Beendigung des blutigen ethnischen Konflikts führen. Wir beleuchten den Hintergrund des Tamilenkonflikts, die Positionen der Kontrahenten und die Chancen einer Konfliktlösung.

## Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

**Redaktion:** Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

**Ständige Mitarbeiter:** Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

**Weitere Mitarbeiter:** dieser Ausgabe: A. J. Arndt, J. Becker, R. Brückner, K. Hamdan, P. Schött

**Redaktionsschluss:** 10. 7. 1985

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** mindestens zweimal im Jahr in Abständen von höchstens 6 Monaten beigelegt.

**Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

**Kündigungen** nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

**Adressenänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Verlag:** WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Anzeigen:** Sahara-Info, issa, Antimilitarismus Information, Jugendpolitische Blätter, links, Honduras Komitee Hamburg, Blätter des iz3w, Solidaritätsshop Dritte Welt  
**Titelbild:** Sowjetisches Plakat zum 1. Mai aus den 20er Jahren

**Fotonachweis:** G. Blank, APN, NBI, Welthungerhilfe, Aportes, Sulpress, Combate

## Kommentar: Der „andere“ Terrorismus



Gegen den sog. „Terrorismus“ zu Felde zog Ronald Reagan bei einem Auftritt vor der „American Bar Association“, einer Vereinigung von Rechtsanwälten, am 8. Juli d.J. in Washington. Die USA hätten „als Opfer von Kriegsakten das Recht zur Selbstverteidigung“, und zwar gegen „eine Konföderation von Terroristenstaaten“, bestehend aus Nicaragua, Kuba, Nordkorea, Libyen und dem Iran. Dieses „Mördersyndikat“ trainiere, finanziere und kontrolliere den Großteil der „internationalen Terroristen“, welche US-Einrichtungen und -Bürger angriffen.

„Wir dulden insbesondere nicht mehr diese Angriffe von gesetzlosen Staaten, die geführt werden von der abartigsten Ansammlung von Ausgestoßenen, Verrückten und schmutzigen Verbrechern seit der Entstehung des Dritten Reiches.“

Gegen diese „Terroristen-Staaten“ müsse künftig, notfalls im Alleingang, entschieden vorgegangen werden. Dies zumal sie „fast alle eine enge Beziehung“ zur Sowjetunion, dem Drahtzieher, unterhielten. Nirgendwo auf Erden dürften diese „Monster“ „einen Unterschlupf finden“.

Also fordert Reagans Sicherheitsberater McFarlane, Washington müsse fortan allerorts militärisch „zurückschlagen“. Vorab solle man gegen „gewisse Zentren des Terrorismus“ im Nahen Osten (er sprach von 2, 3 bevorzugten „Vergeltungs“zielen) hart vorgehen.

Eigentliche Aufhänger für Reagans Amoklauf waren die Beirut-Geiselauffäre und der Tod von vier US-Militärs und zwei -Zivilisten in San Salvador. Doch es bedarf schon einer arg primitiven Weltsicht, beide Vorfälle über einen Kamm zu scheren und obendrein ihre Ursache, nämlich den US-Interventionismus in beiden Ländern, ins Gegenteil zu verkehren. Worum ging es?

In Beirut wurden seit dem 14. Juni d.J. 39 Fluggäste aus den USA als Geiseln festgehalten, deren „Trans World Airlines (TWA)“-Maschine in Athen von einer Gruppe fundamentalistischer

schiitischer Hezbollahs (Partei Gottes) gekidnappt worden war.

Bei der Flugzeugentführung hatten sie einen US-Navy-Soldaten getötet. Dank der Vermittlungsbemühungen des syrischen Präsidenten Assad und des Amalführers und libanesischen Justizministers Berri kamen schließlich am 30. Juni alle 39 Geiseln frei, und kehrten wohlbehalten nach Washington zurück.

Als Gegenleistung gab man Hafez al-Assad das Versprechen, die Regierung Peres werde die noch 735 libanesischen Gefangenen, die im Frühjahr 1985 vom Südlibanon in das in Israel gelegene Lager Atlit bei Haifa verschleppt worden waren, allesamt freilassen. Die Reagan-Administration soll außerdem eingewilligt haben, auf Racheakte wie Luftangriffe o.ä. gegen libanesisches Territorium zu verzichten. Schnee von gestern?

Am 3. Juli d.J. entließ die Regierung Peres zwar 300 Atlit-Häftlinge. Doch knüpfen Peres und Reagan weitere Freilassungen wie den Verzicht auf militärische Gegenangriffe nunmehr an eine zusätzliche Bedingung. Derartiges sei nur denkbar, wenn sieben andere US-Bürger, die bereits vor der Geiselauffäre in Beirut entführt worden waren, freigesetzt würden. Syrien und die Amal-Führung versprachen denn auch, sich hierfür bei den Kidnappern der Gruppe „Islamischer Heiliger Krieg“ (sie stehen der Hezbollah nahe) einzusetzen.

Doch schwinden die Vermittlungsaussichten, je lauter man in Washingtoner Regierungskreisen über massive „Vergeltungsschläge“ bzw. „Strafaktionen“ gegen den Libanon nachdenkt. Dies unterstreichen Stärkedemonstrationen wie der Verbleib der 6. US-Flotte in libanesischer Küstennähe oder die Entsendung von AWACS-Überwachungsflugzeugen, F-16-Bombern und etwa 800 Marines der Eingreiftruppen zu Manövern nach Jordanien bzw. Ägypten.

Im übrigen bleibt Syrien – wie Außenminister Shultz versicherte – trotz aller Vermittlungshilfen weiterhin auf der ominösen „Terrorstaaten“-Liste seines Ministeriums, obgleich es Ronald Reagan in seiner Amokrede aus taktischem Kalkül (Chance für die sieben Gei-

seln) zusammen mit dem Südemen ausparte. Für Syrien/Libanon aber bleibt die Gefahr einer plötzlichen US-Kriegs- eskalation ähnlich akut wie für das sandinistische Nicaragua, das der US-Präsident neben Nordkorea neu auf die Abschußliste setzte.

Dabei bediente er sich des Kunstgriffs, den Anschlag vom 19. Juni d.J. in San Salvador der nikaraguanischen Revolutionsregierung anzudichten – ohne freilich irgendeinen Anhaltspunkt für deren „Verwicklung“ benennen zu können. Die angeblich von Nicaragua eingeschleusten „Terroristen“ waren in Wahrheit eine Guerillaeinheit der fest im Innern El Salvadors verankerten (kontrollierte Gebiete, landesweite Präsenz!) Befreiungsfront FMLN, deren Angriff eindeutig und vorrangig auf den militärischen Gegner zielte. Insofern ist er als legitimer Widerstandsakt einer anerkannten Befreiungsbewegung gegen die auf seiten des Völkermordregimes im salvadorianischen Krieg tätigen US-Killer- und Folterexperten anzusehen, so bedauerlich der Tod mehrerer Zivilisten bei dem Anschlag auch sein mag (siehe FMLN-Erklärung S. 53).

### Rache für Beirut, San Salvador!

Demgegenüber setzten die Flugzeugentführer und Geiselnahmer von Beirut vorrangig und vorsätzlich das Leben einer Vielzahl unbeteiligter Zivilisten aufs Spiel. Insofern ist ihre Aktion als terroristisch zu verurteilen und abzulehnen. Dies gilt, wenngleich die daran geknüpfte Forderung nach Freilassung der völkerrechtswidrig nach Israel verschleppten libanesischen Gefangenen ihnen nachträglich einen Touch ausgleichender Gerechtigkeit verliehen haben mag.

Und dennoch ist hier die Frage angebracht: Wer hat den Terror hervorgebracht, verursacht? Wer schlug da zu und wer zurück?

Erst Israels Besatzerpraktiken, erst der direkte Militärinterventionismus der US-Marines (1983/84) im Libanon trieben den nationalen Widerstand, darunter zusehends auch die schiitischen Gruppen wie Amal oder Hezbollah, zur bewaffneten Gegenaktion. Der Erstschlag, der „Terror“ ging nicht von ihnen aus!

Unter dem Deckmantel des „Gegenterrorismus“ ermächtigte Reagan in seiner Direktive 138 vom April 1984 den CIA zu vermeintlich antiterroristischen „Vorbeugungs-“ und „Vergeltungsschlägen“ nach dem Beispiel Israels (siehe AIB 4/1985, S. 4ff.). Die Washington Post vom 12.5.1985 enthüllte sodann, daß eine solche CIA-„Gegenterror“grup-

Beiruter TWA-Flugzeugentführer im Cockpit



pe in Beirut den verheerenden Autobombenanschlag vom 8. März d.J. ausgeführt hatte. Mindestens 92 Zivilisten fanden dabei den Tod, nicht aber Hezbollah-Führer Fadlallah, dem die Bombe hauptsächlich gegolten hatte. Von wegen „Ge-genterror“!

In seiner wohl üppigsten Form zeigt sich der Reagan'sche Staatsterrorismus im Interventionskrieg gegen Nikaragua. Der wiederum reicht von der CIA-Vermi-nung von Häfen bis hin zu den Massaker-praktiken der im Sold Washingtons stehenden „Contras“ gegen Zivilisten.

Ihr Mordkonto steht mittlerweile bei 2.800. Im Juni d.J. kidnappten sie die bundesdeutsche Entwicklungshelferin Regine Schmemann. Der US-Kongreß aber bewilligte den „Contras“ offizielle 27 Mio Dollar – für „humanitäre“ Zwecke.

Offene Unterstützung gewährt Washing-ton denn auch den kampucheanschen (1985: 10 Mio Dollar), afghanischen (250 Mio Dollar) und – in Kürze wieder-um – angolanischen „Contras“. Letzte-re, Savimbis südafrikanisch gesponsorte UNITA, hatten sich Anfang Juni d.J. verdient gemacht, als sie in Jamba die Gründung einer Internationale der „Con-tras“, der sog. „Demokratischen Interna-tionale“, organisierten.

In der Reagan-Administration erwägt man, für die antikommunistische Ter-roristen-Internationale einen „Freiheits-kämpfer-Fonds“ und ein Koordinations-büro in Washington einzurichten. In die-selbe Richtung weist ihr Vorhaben, ein Gesetz aus den 70er Jahren aufzuheben, das dem CIA, den „Special Forces“ usw. Attentate als Mittel der US-Außenpoli-tik untersagte.

### „Humanitärer“ Staatsterrorismus

Andererseits macht Washington keine Anstalten, die von Söldnern betriebenen Ausbildungslager in den USA selbst zu schließen. Und dies obgleich erwiesen sein dürfte, daß die Zeitbombenleger des im Juni d.J. vor Irland gesprengten Jumbos der „Air India“ separatistische Sikhs waren, welche zuvor in Alabama in Terror-Techniken ausgebildet worden waren.

Reagan aber läßt die Söldnercamps ja gerade deshalb ungeschoren, weil hier die Killer für den US-Staatsterrorismus in Mittelamerika und anderswo geschult werden. Selbst Ex-CIA-Chef Turner kommen da moralische Skrupel: „Das was wir für zu rechtfertigenden Gegen-terrorismus halten mögen, ist nur ein anderer Terrorismus.“

Und das „Unterschlupf“-Zentrum des Terrorismus liegt nun einmal nicht in Beirut oder Managua, sondern in und um Washington.

Wolfram Bröner

## Südafrika

Zur Jahresmitte 1985 ist die Lage in Südafrika explosiv wie nie zuvor. Der Widerstand gegen das Apartheidregime ist zur Massenerscheinung geworden, ungeachtet aller „Reform“-ansätze des Botha-Regimes, ungeachtet des – laut Bischof Simeon Nkoane – „tollwütigen“ Gewalteinsatzes von Rassistenzpolizei und -armee. Weder das Massaker von Langa/Uitenhage am 21. März d.J. (40 beim Trauermarsch Getötete, siehe AIB 5/1985, S. 4-6) noch das Blutbad von Kwa-Thema bei Johannesburg am 9. Juli d.J. (9 Tote) vermochten die Protestbewegung einzudämmen. Und Südafrikas Überfälle auf Angola und Botswana sowie die Installierung einer Marionettenregierung im besetzten Namibia im Mai/Juni d.J. förderten nur die internationale Boykottbewegung gegen das Apartheidsystem (siehe Kasten). Die Avantgarde des südafrikanischen Volkswiderstands, der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) rief unterdessen von seiner zweiten Nationalen Beratenden Konferenz aus dazu auf, die „politisch-militärische Offensive des Volkes zum Sturz des Regime in Pretoria auszuweiten“ (siehe ANC-Erklärungen). Die Hintergründe der aktuellen Volkerhebung beleuchtet Pfarrer Reinhard Brückner, der als ehemaliger Direktor der Christlichen Akademie in Johannesburg 1976 des Landes verwiesen wurde und zwischenzeitlich im bundesdeutschen Exil für die Grünen als Abgeordneter im Hessischen Landtag fungierte. Eine detaillierte Einschätzung der verschiedenen Strömungen des südafrikanischen Widerstands und eine breitere Auswertung der ANC-Konferenz von Sambia soll folgen.

Reinhard Brückner

# Anpassen oder Sterben

„Der achtjährige Vincent entschloß sich zum Schulboykott ... aus Erfurcht vor A. Raditsela, dem Gewerkschaftsführer, der kurz nach seiner Haftentlassung am 6. Mai starb.“

Schon im zarten Alter kennt Vincent die Gewerkschaftslieder und die Rituale politischer Beerdigungen. Als schwarzes Kind lebt er in Zeiten des Zorns, des Tränengases, der Hippos und Casspiers – und der Hoffnung.

Seine Erfahrung, sein Bewußtsein sind völlig anders als die eines gleichaltrigen weißen Kindes, daß in einer ruhigen Vorstadt lebt, das kaum etwas weiß vom Leben und Sterben in den schwarzen Townships (Vorstädten; d. Red.) ...

### Zeiten des Zorns

Die schmalen Wassereimer, die am Tage der Beerdigung an den Häusern von Tsakane stehen, sagt er, seien für Tränengas. Er selbst hat eine Behelfsmaske, für alle Fälle... Seine Angst, sein Arg-wohn richten sich auf Polizei und Armee, deren Fahrzeuge, so hoch wie die Häuser der Schwarzen, durch die staubigen Straßen rasseln.<sup>1</sup>

Vincent nahm mit ca. 30.000 Anderen an Raditselas Beerdigung teil, darunter viele Jugendliche. Sie sangen Freiheits-lieder, lauschten Reden, die ANC-Führer wie Nelson Mandela, Oliver Tambo, Gewerkschaftsführer und andere prie-

sen und ballten die Fäuste zum Black-Power-Gruß.

Schwarze Gewerkschaften und Bürger-organisationen im ganzen Land hatten zum eintägigen Wegbleiben von der Arbeit, einem sog. „Stay away“, aufgerufen, aus Solidarität zu Raditsela und als Protest gegen Polizei und Militär in den Townships. Doch der „Stay away“, in letzter Minute auf 2 Mittagsstunden verkürzt, kam nur teilweise zustande. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlie-ren, war groß.

Ein „Stay away“ wie der am 4./5. November 1984, bei dem 1 Mio Arbeit-nehmer durch ihr Wegbleiben Wirt-schaft und Regierung schockten, ist nicht einfach organisierbar und wirt-schaftlich schwer durchzuhalten. An-lässe gäbe es genug, und sie nehmen zu. „Stay away's“, Verweigerung jeder Arbeit, sind ein Mittel der Entrechteten, die Macht der sie terrorisierenden Min-derheit zu brechen – nicht nur in Süd-afrika.

Vorstadtdemonstration und Polizeieinsatz



Der achtjährige Vincent, die Millionen Heranwachsender in den Ghettos der Townships und Homelands wissen das bereits. Über 800.000 boykottierten letztes Jahr den Unterricht, zur Zeit ca. 90.000.<sup>2</sup>

Schon Mitte der 50er Jahre riefen Mandela und andere die ersten „Stay away's“ aus. 1976 organisierten Jugendliche in Soweto und anderen Orten 3tägige „Stay away's“.

Inzwischen weiß jeder Schwarze: Wegbleiben von der Schule, Wegbleiben von der Arbeit, Teilnahme an politischen Beerdigungen bezeugen gemeinsam erlittenes Unrecht, politische Entschlossenheit und menschliche Hoffnung.

Heute sind die Jugendlichen von 1976/77 zwischen 20 und Anfang 30. Vincent und seine Generation werden noch vor der Jahrhundertwende 20. Diese Jugend, sagt Beyers Naudé, der 70jährige burische Theologe, Nachfolger Tutus als Generalsekretär des Südafrikanischen Rates der Kirchen, wird nie mehr aufgeben, auch nicht, wenn sie die Schließung aller Schulen, aller Universitäten usw. erzwingen muß. „Für uns“, sagt er, „ist jetzt Befreiung viel wichtiger, als Bantu-Erziehung.“<sup>3</sup>

Südafrikas Europäer können ihre Herrschaft nicht länger durch Rassentrennung sichern.

Das weiß man in den Vorstandsetagen der Konzerne, das weiß man in den Führungszirkeln der regierenden Nationalen Partei (NP). Deshalb soll das System in ein vielrassiges, offen kapitalistisches umgeformt werden. Eine „nichtweiße“ kollaborierende Mittelschicht soll dabei helfen.

Doch die gesetzgeberischen, finanziellen und militärischen Anstrengungen der Regierenden, von westlichen Unternehmen und Regierungen unterstützt, lassen außer acht, was B. Naudé so ausdrückt: „Es hat keinen Zweck, das Weiße innerhalb oder außerhalb Südafrikas anfangen, neue Initiativen oder Modelle politischer Veränderungen zu entwerfen. Die Initiative kann nur von Südafrikas Schwarzen ausgehen... Wenn sie bereit sind, bestimmte Weiße einzuladen und sagen: Bitte, macht mit, wir brauchen eure Hilfe, dann ist es etwas anderes. Wenn das nicht geschieht, hat es keinen Zweck.“<sup>4</sup>

Schon als Verteidigungsminister unter Vorster (Ministerpräsident vor 1978; d. Red.) leitete P.W. Botha die Kommission für Verfassungsreform. Im September 1983 war es soweit: 1,3 Mio wahlberechtigte Weiße stimmten seiner Vorlage zu, die 1 Jahr später in Kraft trat. Botha ist seither Staatspräsident mit diktatorischer Vollmacht. Als Ministerpräsident, im September 1978, hatten er und General M. Malan, inzwischen Verteidigungsminister, die Weißen aufgefordert, sich von ihnen für notwendig gehaltenen Änderungen „anzupassen oder zu sterben“ (adapt or die).

### Die „Totale Strategie“

Sie entwickelten die „Total Strategy“ (Totale Strategie) gegen den angeblichen „Total Onslaught“ (Totaler Ansturm) feindlicher, kommunistischer Mächte, die sie überall am Werke sahen: bei den Regierenden in Moçambique und Angola, beim Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), in der UNO und selbst im Weltkirchenrat. Natürlich sollte ihr Feindbild, wie anderswo auch, nur die absolute Militarisierung des eigenen Lagers rechtfertigen.

1 Jahr später, im November 1979, erläuterte Botha 250 einflußreichen Wirtschaftlern und Wissenschaftlern seine Vorhaben: Rasche Rationalisierung der Homeland-Entwicklung, Gründung einer Entwicklungsbank (die seit 1983 über 2 Mrd Rand an Industrie und Homelands vergab), Dezentralisierung wirtschaftlicher Ballungsräume, Bildung einer „Konföderation von Südafrika“ (einschließlich aller Homelands und mit übergreifendem Paß) und einer weitergreifenden „Constellation of States in Southern Africa“.<sup>5</sup>

Zwei Jahre später definierte er in Kapstadt die Konföderation als Gebilde mit „zwischenstaatlichen Strukturen für eine ordentliche Zusammenarbeit ... im wirtschaftlichen, sozialen, technischen und sicherheitlichen Bereich“.<sup>6</sup> Dazu werde seine Regierung das Land in acht Wirtschaftsregionen teilen und alle Homelands einbeziehen.

Die Industriekonzentrationen am Witwatersrand (Bereich Johannesburg/Pretoria) und um die Häfen Kapstadt, Port Elisabeth, East London und Durban sollen gemäßigt und eine dezentrale Entwicklung vorrangig am Ostkap gefördert werden. Dieselben Gebiete waren 1976/77 und sind seit September 1984 die Herde der Unruhe.

Die Durchsetzung der Verfassung unter Einbeziehung „farbiger“ und indischer Kollaborateure und die Ausbürgerung der Schwarzen bei gleichzeitiger Förde-

## Südafrika-Daten

**Territorium:** 1.221.037 qkm (fünffache Fläche der BRD)

**Bevölkerung:** 33 Mio (1985); 73,0% Schwarze, 15,2% Weiße, 8,9% Mischlinge, 2,9% Asiaten

**Hauptstadt:** Pretoria

**Sprache:** Englisch, Afrikaans (Amtssprachen); Bantusprachen

**Währung:** Rand (R); 1 R = 1,64 DM (März 1985)

**Staatsordnung:** In Südafrika besteht ein rassistisches Regime der weißen Bevölkerungsminderheit. Staatspräsident ist Pieter W. Botha. Seine Nationale Partei (NP) verfügt über die Mehrheit der 165 Sitze des Parlaments, das nur von Weißen gewählt wird. Im Parlament sind außerdem die Progressive Föderale Partei (PFP), die Konservative Partei und andere vertreten. 1984 wurden zwei Parlamente für Mischlinge und Inder eingerichtet, die jedoch über geringe Kompetenzen verfügen. Die Wahlen zu diesen Kammern wurden mehrheitlich boykottiert.

Führende Kraft der Apartheidgegner ist die nationale Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) und sein bewaffneter Arm Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation). Der ANC ist seit 1960 verboten. Die größte legale Anti-Apartheid-Organisation ist die Vereinigte Demokratische Front (UDF). Sie umfaßt 700 verschiedene Organisationen.

**Wirtschaft/Soziales:** Südafrika ist ein kapitalistischer Agrar-Industriestaat. Das Land ist mit 40% an der Industrie- und Bergbauproduktion Afrikas beteiligt. 1982 betrug das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt 2.670 Dollar. Anteile am Bruttoinlandsprodukt (1980): 7% Landwirtschaft, 53% Industrie (einschl. Bergbau), 40% Dienstleistungen. Ca. 80% der Industrieproduktion befinden sich unter ausländischer Kontrolle.

Hauptausfußgüter sind mineralische Rohstoffe, darunter vor allem Gold, Diamanten, Kohle, Eisenerz und Uranerz. Wichtigste Handelspartner sind Großbritannien, die USA, die BRD und Japan. Die Auslandsverschuldung betrug 1984 ca. 20 Mrd Dollar.

Lebenserwartung: 65 Jahre bei Weißen, 45 Jahre bei Schwarzen. Ein weißer Industriearbeiter verdient das Sechsfache eines schwarzen. Inflation (1984): 17%. Arbeitslosigkeit: 3 Mio (darunter kaum Weiße). Von 100 Studenten sind nur 9 Schwarze.

#### Geschichte:

- 1659 Beginn der Eroberung durch die Niederlande
- 1806 Großbritannien besetzt die holländische Kapkolonie
- 1899 – 1902 Burenkrieg. Unterwerfung der Buren (holländische Siedler) durch die Briten
- 1910 Gründung der Südafrikanischen Union unter britischer Oberhoheit
- 1912 Gründung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC)
- 1948 Die Nationale Partei kommt an die Macht. Sie dehnt die rassistische Gesetzgebung auf alle Lebensbereiche aus
- 1960 Massaker von Sharpeville. Bei einer Demonstration werden über 50 Schwarze ermordet. Verbot des ANC
- 1961 Gründung des Umkhonto we Sizwe. Ausrufung der Republik Südafrika
- 1964 Nelson Mandela, Führer des ANC, und andere ANC-Mitglieder werden zu lebenslänglicher Haft verurteilt
- 1976 Aufstand von Soweto



rung einer kollaborierenden Mittelschicht sind Teil der „Totalen Strategie“.

Die systematische Destabilisierung der Nachbarländer und die Zerstörung der Befreiungsbewegung gehören dazu. Der ab 1975 bzw. seit 1980 in Südafrika um Namibia geführte Krieg verursachte nicht zu bewältigende menschliche, politische und finanzielle Verluste. Hinzu kam der unerwartet starke Widerstand und Aufruhr der Bevölkerungsmehrheit gegen die neue Verfassung. Doch die Kreise um Botha und Malan, die in- und ausländischen Förderer sind entschlossen, ihre Macht zu retten. Die Idee einer „Konföderation von Südafrika“ zwischen der sog. Republik Südafrika (RSA), den zu „unabhängigen Republiken“ erklärten Homelands Transkei, Bophutatswana, Venda, Ciskei (ab Ende 1986 auch KwaNdebele) und den fünf als „Autonom-“ oder „Nationalstaaten“ bezeichneten Homelands hat man offenbar fallengelassen.

### Kollaborateure gesucht

Gefordert wird eine enger verfaßte „Föderation von Südafrika“. Die Chief Minister von KwaZulu, Lebowa, Transkei und andere bestehen darauf.<sup>7</sup>

Auch einflußreiche Wirtschaftsführer wie der frühere Chef der Anglo American Corporation, der 70jährige H. Oppenheimer drängen. Im April d.J. forderte er in London eine „nichtrassistische föderale Verfassung mit garantierten Minderheitsrechten“.<sup>8</sup>

„Wenn Südafrika eine Föderation wird“, schrieb der bekannte Schriftsteller A. Paton, „mit einer föderativen Regierung von so begrenzter Macht wie nur möglich, würden Furcht, Angst und Mißtrauen, die unsere Gesellschaft charakterisieren, sofort nachlassen...“<sup>9</sup>

Südafrikas größte Tageszeitung, The Star, ließ wissen: „Noch gibt es die Regierung nicht zu, doch ihre Politik geht unerbittlich in die föderale Richtung.“ Sie werde sich den sog. Buthelezi-Bericht wieder ansehen, der schon zu Anfang der 80er Jahre für die weiße Provinz Natal und das Homeland KwaZulu eine gemeinsame Regierung aufgrund von Wahlen nach dem Prinzip „one person one vote“ (ein Mensch eine Stimme) vorschlug.

Buthelezi's Inkatha-Bewegung sei bereit, eine Föderation zu akzeptieren wenn die Regionalregierungen, z.B. für Natal/KwaZulu, durch „one person one vote“ zustande kämen. Die „farbige“ Labour Partei (LP) und die weiße Progressive Föderale Partei (PFP) seien ebenfalls interessiert, womöglich sogar der ANC. Die neue Verfassung basiere mit ihrer

## Erklärung des ANC Das Land unregierbar machen!

Die Ereignisse in unserem Land bewegen sich mit erstaunlicher Schnelligkeit. In unserer Botschaft vom 8. Januar riefen wir auf zur Intensivierung unserer Befreiungsoffensive an allen Fronten, zur Umwandlung von mehr und mehr Orten in revolutionäre Massenbasen, und zur Notwendigkeit, weitere Schritte zu unternehmen, um das Land unregierbar zu machen.

Nur 3 Monate sind vergangen, seit dieser Aufruf erfolgte, und schon hat die Welle des Volkswiderstandes und der aktiven Verweigerung neue Höhen erreicht. Das Gesicht unseres Landes verändert sich vor unseren Augen:

- In den schwarzen Ghettos der städtischen Gebiete wurde die Legitimität der unterschiedlichen Behörden nicht nur angegriffen, sondern größtenteils zerstört. Die meisten derjenigen, die der weißen Herrschaft in den sog. Stadträten dienten, haben den Zorn der Menschen zu spüren bekommen. Aber viele haben mit ihrem Rücktritt den Forderungen der Menschen entsprochen.

- Das Dreikammernparlament hat seine vollständige Unfähigkeit in der gegenwärtigen Krise gezeigt und wird weiterhin gemieden. Die Bantustans werden allgemein verachtet.

- Gut organisierte Streiks in begrenzten Gebieten haben wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die potentielle Kraft der organisierten Arbeiter gelenkt, die herrschende Klasse in die Knie zu zwingen.

- Die Menschen lehren schwarze Polizisten und Soldaten durch ihre Aktionen, daß in unseren Gemeinschaften kein Platz für jene ist, die die Uniform der Apartheid tragen und die Befehle ausführen, ihre Brüder und Schwestern zu töten, zu verstümmeln und zu foltern.

- Alle Anstrengungen, unsere kämpfenden Schüler und Studenten zu zähmen, sind gescheitert und mehr und mehr Schulen und Universitäten werden zu Fanalen für die Freiheit.

### Von der Verweigerung...

- Die fortgesetzten Zusammenstöße in den Straßen mit den bewaffneten Kräften des Feindes zeigen, daß unsere Menschen in großer Zahl nicht nur eine neue Ordnung in unserem Lande wünschen, sondern auch bereit sind, nötigenfalls, um dies zu erreichen, ihr Leben zu opfern.

- Angefeuert durch das heldenhafte Beispiel des Umkhonto We Sizwe, suchen mehr und mehr Jugendliche nach Wegen, sich selbst in wirkungsvollen Kampfeinheiten zu organisieren, um das Volk zu schützen, die Kollaborateure zu bekämpfen und um an bestimmten Punkten gegen das bewaffnete Personal des Feindes zurückzuschlagen.

- Die Menschen, unerschrocken durch die massive staatliche Repression, demonstrieren immer wieder offen, daß der ANC ihr legitimer und umfassender Führer auf dem Weg zur Volksmacht ist.

Auf Seiten des Volkes beginnen die Bedingungen für einen revolutionären Sprung nach vorn zu reifen. Auf Seiten der herrschenden Klasse hat die wirtschaftliche und politische Krise neue Höhepunkte erreicht. Klar ist, daß die Rassisten nicht in der bis-



Barrikadenbau in den Vorstädten (oben) ist inzwischen ebenso alltäglich wie die Umwandlung von Begräbnissen in Massenproteste

herigen Weise weiterregieren können. Das bankrotte und sterbende Regime wird von jenen, die Waffen zu seiner Verteidigung tragen, am Leben erhalten. Alle seine Versuche, alternative Lösungen zu finden, schlugen fehl.

Alle Reformen Bothas, geschaffen, um den entstehenden revolutionären Angriff zu stören, lösten sogar eher kraftvolle Massenaktionen aus. Die versprochene Änderung der Sexualitätsgesetze ist das letzte pathetische Manöver. Es ist eine weitere Geste, um den ausländischen Verbündeten der Apartheid zu helfen, sich dem ansteigenden internationalen Druck nach umfassender Isolierung Südafrikas entgegenzustellen. Wirkliche Liebe über die Farbgrößen hinweg wird es geben, wenn Südafrika vollständig frei sein wird.

### ...zur organisierten Selbstverteidigung

Die wachsende Unruhe von unten und die sich vertiefende Krise von oben erfordert die höchste Aufmerksamkeit unserer ganzen Befreiungsfront und aller Sektoren unseres kämpfenden Volkes.

Die historischen Bedingungen, die notwendig sind, um den Zusammenbruch des Apartheidsystems und die Schaffung einer neuen sozialen Ordnung durch das Volk zu sichern, nehmen in größerem Ausmaß Gestalt an als jemals zuvor in unserer Geschichte.

Aber es bleibt noch viel mehr zu tun. Es ist die dringende Aufgabe unserer Befreiungsbewegung und aller Patrioten, das weitere

Wachstum jener Bedingungen anzugehen, die den Tag der Machtübernahme durch das Volk in Sichtweite bringen könnten.

Vor diesem Hintergrund rufen wir erneut alle Teile unseres Volkes auf, das Apartheidsystem zunehmend lahmzulegen und das Land immer weniger regierbar zu machen. Gleichzeitig müssen wir stetig daran arbeiten, alle Ebenen der Massen- und Untergrundorganisation zu stärken und die Anfänge einer Volksmacht zu schaffen.

**Im einzelnen:**

- Wir rufen unsere national unterdrückte Arbeiterklasse auf, die Gewerkschaftsbewegung zu stärken und zu einigen und die Waffe der Arbeitermacht am Arbeitsplatz im Kampf für nationale Befreiung zu schärfen.

Ein lang andauernder nationaler Streik, mitgetragen von unseren unterdrückten Gemeinschaften und unterstützt von bewaffneten Aktivitäten, kann das Rückgrat des Apartheidsystems brechen und das Regime auf die Knie zwingen. Alle Patrioten, die in Industriegewerkschaften aktiv sind, müssen die Lehren aus den kürzlichen Streiks in Transvaal und im Ostkap ziehen, und ihr Augenmerk auf gemeinsame nationale Streiks und landesweite Massenaktionen richten.

- Wir rufen unsere Gemeinschaften in den schwarzen Ghettos auf, die zusammenbrechenden Räte der Regierungshandlanger durch Volkskomitees in jedem Block zu ersetzen, die zu Embryos der Volksmacht werden könnten.

- Wir rufen unser Volk und besonders unsere kämpfende Jugend in jeder schwarzen Gemeinschaft, Schule und Universität auf, Wege zu finden, sich in kleinen mobilen Einheiten zu organisieren, die das Volk gegen unsoziale Elemente schützen und in organisierter Weise in beiden Gebieten, in weißen und schwarzen, gegen den Feind und seine Handlanger vorgehen werden.

Jedes schwarze Gebiet muß ein „verbotenes Gebiet“ für jeden isolierten Einzelnen oder Stoßtrupp der Polizei oder bewaffnete Einheiten des Feindes werden.

### „Verbotenes Gebiet“

Die Menschen müssen Wege finden, sich Waffen mit allen möglichen Mitteln vom Feind und jeder anderen Quelle zu beschaffen. Brauchbare Formen der Kampfaktik müssen für Situationen entwickelt werden, in denen der Feind seine Wut gegen das Volk richtet.

Die Ausbreitung solcher Einheiten und ihr Funktionieren entsprechend den Regeln des Untergrunds wird dem bewaffneten Arm unserer Befreiungsbewegung, dem Umkhonto We Sizwe, unschätzbare Kraft und Stärke hinzufügen.

- Wir rufen jene unter den unterdrückten Schwarzen, die im Apparat der Apartheid dienen, auf, nun aufzugeben. Die Bantustans, die sog. Parlamente für die Farbigen und Inder, die Gemeinderäte und andere Organe der rassistischen Macht müssen aufgehört zu funktionieren.

Sie müssen immer weniger Teilnehmer finden, während Patrioten sich an dem bitteren Kampf um die Macht beteiligen. In einer Zeit, in der so viele gefallen sind und noch immer durch die rassistischen Kugeln fallen, werden jene, die weiterhin das Geburtsrecht ihres Volkes verkaufen, gemieden werden und den Zorn der Massen in Stadt und Land zu spüren bekommen.

- Wir rufen die arbeitslosen Schwarzen, die nun Uniformen tragen, auf, nicht weiter auf ihre Brüder und Schwestern bei der Verteidigung der weißen Herrschaft zu schießen. Sie müssen sich weigern, solche Befehle auszuführen. Sie müssen sich heimlich organisieren, um ihre Gewehre gegen ihre Herren zu richten.

- Wir rufen jene in der weißen Gemeinschaft, die in die Armee einberufen wurden, auf, sich in ihrem eigenen Interesse und dem ihrer Kinder zu weigern, sich als Instrumente für Massaker und die militärische Beherrschung der schwarzen Mitbürger und der Völker von Namibia, Angola und anderer Teile des Südlichen Afrika mißbrauchen zu lassen.

- Wir rufen alle sozialen, religiösen, kulturellen, Bürger- und Sportinstitutionen auf, die sich den Glauben an eine wahre Brüderlichkeit der Menschen bewahrt haben, sich nachhaltiger für die Sache der Befreiung des Volkes einzusetzen und sich der rassistischen Einschüchterung standhaft zu widersetzen.

- Wir rufen die Menschen überall auf, der Durchsetzung von Gesetzen, die auf rassistischer Diskriminierung beruhen, in einer organisierten Weise zu trotzen, allen Angriffen auf ihre Lebensbedingungen zu widerstehen und geeinten Widerstand und Aktionen gegen das Apartheidsystem und seine Agenturen zu fördern.

- Wir rufen die weiße Gemeinschaft, in deren Namen täglich rassistische Barbareien gegen die schwarze Mehrheit begangen werden, auf, ihre Unterstützung für die Apartheid aufzugeben und die Reihen der wachsenden Zahl demokratischer Weißer zu füllen, die an unserem Befreiungskampf teilnehmen.

- Wir rufen in diesem Jahr des Kaders alle politischen und militärischen Aktivisten auf, unablässig dafür zu arbeiten, die Präsenz des ANC im Untergrund und unsere Führungskerne in jedem Teil des Landes zu stärken. Die vom ANC geführte Befreiungsbewegung ist die unentbehrliche Führungskraft des gesamten revolutionären Prozesses.

- Wir rufen den Umkhonto We Sizwe auf, den bewaffneten Kampf mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu intensivieren und sich besonders immer mehr auf Aktionen gegen die Streitkräfte und Polizei des Feindes zu konzentrieren.

- Wir rufen auch unseren Untergrund auf, eine solche Intensivierung bewaffneter Aktivitäten ermöglichen zu helfen, indem er Tag und Nacht daran arbeitet, unsere innere politische revolutionäre Basis zu schaffen und zu stärken.

Die vor uns liegende Periode stellt jeden von uns – ob innerhalb oder außerhalb des ANC – vor eine chrfurchtgebietende Aufgabe. Unter der Führung unserer Befreiungsbewegung können und müssen wir dem Ruf der Geschichte folgen. Laßt das Blut unserer Märtyrer, die durch die Kugeln des Feindes fallen, unsere Schlacht um die Freiheit stärken.

Laßt unsere Losungen sein:

Einheit in der Massenaktion!

Stellt Euch dem Feind an allen Fronten!

Macht die Apartheid unwirksam!

Macht das Land unregierbar!

Vorwärts zur Macht des Volkes!

Lang lebe der ANC – die Vorhut unserer

Revolution!

Nationales Exekutivkomitee des ANC,  
25.4.1985

Zweiteilung in „eigene“ bzw. gemeinsame „allgemeine“ Angelegenheiten der Bevölkerungsgruppen auf föderalen Elementen, wenn auch rassischen.<sup>10</sup>

Die seit 1910 gewählten weißen Provinzräte (Province Councils) von Natal, der Kap-Provinz, dem Oranje-Freistaat und Transvaal werden Ende Juni 1986 aufgelöst.<sup>11</sup>

Deren Aufgaben übernehmen, soweit sie die jeweils „eigenen“ Angelegenheiten der weißen, „farbigen“ und indischen Bevölkerungsgruppen betreffen, die den Parlamentskammern zugeordneten sog. Ministerräte.

Für gemeinsame, „allgemeine“ Angelegenheiten in den Provinzen ernannt der Staatspräsident vielrassige Exekutivkomitees. Der ebenfalls ernannte, jedem Exekutivkomitee vorstehende Administrator erhält diktatorische Vollmachten. Die Provinz Natal mit mehrheitlich Wählern der Neuen Republik Partei (6 Parlamentssitze), erhält ein der NP genehmes Exekutivkomitee. Die anderen drei Provinzen sind voll in der Hand der NP. Die Aufgaben dieser Komitees sollen 1986 bekanntgegeben werden.

Möglicherweise werden aber die von Botha 1979 angekündigten acht Wirtschaftsregionen zu Provinzen erklärt, mit entsprechenden Exekutivkomitees. Die Föderation erhielte dann, statt der jetzt rassischen (weiße Provinzen, schwarze Homelands usw.) eine vielrassige geographische Gliederung. Die Regionen/Provinzen könnten unterschiedliche Wahlsysteme haben und die Apartheid innerhalb ihrer Region unterschiedlich „beseitigen“ – in Natal und der Kap-Provinz anders als in Transvaal oder im Oranje-Freistaat.<sup>12</sup>

Ebenfalls angekündigt sind vielrassige Regionalräte (Regional Service Councils, RCS) unterhalb der Provinzebene. Die RCS im industriellen Witwatersrand (Pretoria/Johannesburg) könnten sich dann verbinden und gemeinsam das „wirtschaftliche Machtzentrum der Föderation kontrollieren“.<sup>13</sup>

### Unbeirrbarer Botha

Ein bemerkenswertes Konzept – der Weißen.

Man muß deren Pläne und Maßnahmen, ihre Möglichkeiten und Grenzen bedenken, will man das sich fortsetzende Unrecht erkennen und bekämpfen. Die Gruppe um Botha/Malan verfolgt ihr Konzept konsequent, seit ihre Armeinheiten 1975 bis kurz vor Luanda vorstießen. Sie hat Angola, Moçambique und alle Nachbarstaaten destabilisiert, Namibia einbehalten und ihre Verfassungs- und andere „Reformen“ durchgesetzt.

Obwohl mehr als 4/5 der „Farbigen“ und Inder im August 1984 die Wahl eigener Parlamentskammern boykottierten, wurden sie dennoch gebildet. Obwohl 3/4 der infrage kommenden Schwarzen 1983/84 die Wahl schwarzer „Town Councils“ (Stadträte) boykottierten, wurden sie eingesetzt.

Sie erhöhten die Mieten der staatseigenen „matchboxes“ (Streichholzschachtelhäuschen“) in den je Hunderttausende von Einwohnern zählenden Townships um Johannesburg/Pretoria. Diese Maßnahme und die Durchsetzung der Verfassung lösten den Bürgerkrieg aus, der das Land jetzt erfaßt.

„Er ist da“, sagt der Leiter der Abteilung für Gerechtigkeit und Versöhnung beim Südafrikanischen Rat der Kirchen, Dr. W. Kistner. „Sie können durch das Land fahren und bemerken ihn nicht und doch ist er da.“<sup>14</sup> Zorn und Wut der Bevölkerung haben die „Town Councils“ funktionsunfähig gemacht (von 34 eingesetzten existieren noch 3)<sup>15</sup>, die Kollaborateure verunsichert, einige getötet.

Die Herrschenden sind unfähig und unwillig, der Bevölkerungsmehrheit in einer Weise zu begegnen, die den Weg zur Gerechtigkeit und Frieden öffnen würde. Sie nennen es Fortschritt, daß seit Juni d.J. weiße Städte gemischtrassige Geschäftsbezirke beantragen dürfen, „open areas“.

Dem entspricht ihre Erlaubnis für Hotels, Theater usw. seit Ende der 70er Jahre „Nichtweiße“ einzulassen. Ab September d.J. erhalten sogar Züge einige gemischtrassige Wagen!

Gemischtrassige Parteien, seit 1968 verboten, werden wieder zugelassen. LP und PFP wollen Mitglieder anderer Bevölkerungsgruppen (Schwarze ausgenommen) werben, die aber den ihnen zugewiesenen Parlamentskammern, Wohngettos usw. zugeordnet bleiben. Die Veränderungen sind marginal.

Mann ohne Heimat: ein Umsiedlungszug bringt ihn in ein Homeland



Gemischtrassige Partnerbeziehungen, seit Anfang der 50er Jahre absolut verboten, sollten bis Ende Juni 1985 zugelassen werden.

Kinder eines weißen Mannes, der eine „farbige“, indische oder schwarze Frau heiratet, werden künftig als „Kap-Farbige“ registriert und müssen eine Schule für „Farbige“ besuchen. Die Eltern können beantragen, im weißen Gebiet wohnen zu dürfen, doch kann der „nichtweiße“ Partner dort weder Haus noch Grundbesitz erwerben.<sup>16</sup>

Von Buren beherrschte Orte und Gebiete werden solche Paare nicht dulden oder terrorisieren. Sie müssen sich in einige „liberale“ Großstadtbezirke bzw. in die Wohngettos der „Farbigen“ und Inder und die Homelands der Schwarzen zurückziehen. Nomzamo Winnie Mandela kommentiert: „Für die Balkanisierung unseres Landes wollen sie uns im Austausch ihre rosa Popos anbieten. Doch es geht um politische Rechte, ihre Popos wollen wir nicht. Die können sie für sich behalten.“<sup>17</sup>

Die genannten RCS sollen sich aus Delegierten der „Town Councils“ benachbarter Wohnorte verschiedener Bevölkerungsgruppen – auch schwarzen – zusammensetzen. Die Stimmenanteile ergeben sich aus Steuern und Einnahmen. Keine Gruppe darf mehr als 50% der Stimmen haben. Die 2 Mio Soweto-Schwarzen z.B. können niemals die 450.000 weißen Johannesburger dominieren. Die Machtinteressen der Weißen bleiben gesichert. Sie haben ohnehin mit Kollaborateuren zu tun.

### „Ihre Popos wollen wir nicht“

Die RCS sollen für Wasser, Strom, Müll, Verkehr, Umwelt usw. zuständig werden. Die Bewohner müssen dafür zusätzlich Steuern zahlen. Doch die RCS werden leicht störrisch sein.

Auf nationaler Ebene soll ein „Vielrassiges Forum“ entstehen, das künftige politische Rechte und Strukturen für Schwarze mit diesen erörtern soll. Die Parteien des Drei-Kammern-Parlaments haben (außer der weißen Konservativen Partei) ihre Mitarbeit zugesagt.<sup>18</sup>

Vertreter der kaum existierenden „Town Councils“ und der Homelands werden mitmachen. Nur: dieses Forum hat nicht die geringste Legitimation der schwarzen Mehrheit.

Auch der seit 1979 angekündigte übergreifende Paß soll kommen. Bisher müssen Bürger der sog. Homeland-Republiken weiter mit südafrikanischem Paß reisen, weil kein Staat diese „Republiken“ anerkennt. Auch im neuen Paß werden Rassengruppe und Homeland-Zugehörigkeit eingetragen und damit die Ghettoisierung und Ent-

rechtung innerhalb Südafrikas dokumentiert.

Doch im Ausland kann man Paßbesitzer einer Föderation schwer abweisen. Dann werden die im Paß eingetragenen Homelands indirekt anerkannt. Das Unrecht wird getarnt.

Vielmehr als die Gruppe um Botha und Malan drängen die Konzerne auf rasche Umgestaltungen.

Sie wissen, andernfalls könnten sie ihre Investitionen und Markthoffnungen im Südlichen Afrika und weit darüber hinaus abschreiben. Gold, das die Hälfte der Devisen des Landes bringt, erzielt seit September 1984 den selten niedrigen Preis von 330 Dollar pro Feinunze. Der Rand ist noch 1,5 DM wert.

### Zwänge der Wirtschaftskrise

Die allgemeinen Verkaufssteuern betragen 12%, die Primärzinsen 24%. Die Inflationsrate von 17% läßt die Zuwächse der Nominallöhne weit hinter sich. Die Löhne der Schwarzen liegen allgemein unter dem Existenzminimum. Die Landwirtschaft der Weißen ist hoch verschuldet, zum Teil durch eine vierjährige Dürre. 4.312 Firmen gingen 1984 in Konkurs.<sup>19</sup>

Die Staatsverschuldung betrug Ende 1983 30,6 Mrd Rand, davon sind 2/3 bis Ende 1985 zurückzuzahlen.<sup>20</sup>

Mehr als 3 Mio Schwarze sind arbeitslos, in manchen Regionen über 30% der Männer. Jährlich drängen mindestens 250.000 Arbeitssuchende neu auf den Markt, die meisten von ihnen chancenlos.<sup>21</sup>

Die Wirtschaft, besonders die stark rückläufige Automobilindustrie, automatisiert rigoros. Die schwarze Bevölkerung, derzeit 23 Mio, wächst jährlich um 2,3%. In 15 Jahren rechnet man mit ca. 47 Mio Schwarzen gegenüber 6,6 Mio Weißen.

Bei voraussichtlich 80 Mio Einwohnern im Jahr 2020 ist die Grenze der Wasserversorgung erreicht, unter Einbeziehung aller Reserven umliegender Länder.<sup>22</sup> Vincent und sein Jahrgang wären dann Anfang 40.

Erdöl muß verteuert eingeführt werden, für ca. 3 Mrd Rand jährlich. Hinzu kommt die Lagerung einer zweijährigen Reserve. Die kostspielige Kohleverflüssigung der SASOL-Betriebe deckt nur 30% des Erdölbedarfs. Die in den Küstengewässern des Indischen Ozeans vor Mosselbay und der Oranje-Mündung entdeckten „riesigen“ Erdgasfelder sind noch lange nicht nutzbar.

Mitte der 90er Jahre soll der zweite Atomreaktor bei Kocberg ans Netz. Zu Anfang des nächsten Jahrhunderts hofft man auf 25-50 Atomkraftwerke! Uran ist reichlich vorhanden, ein Anreiche-

## Ergebnisse der 2. Nationalen Beratenden Konferenz des ANC

Die 2. Nationale Beratende Konferenz des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), die vom 16.-23. Juni 1985 in Sambia abgehalten wurde, hat die Situation zu Hause und im Ausland im Lichte des 30. Jahrestages der Freiheits-Charta, den wir dieses Jahr begehen, diskutiert:

Es wurde

- erneut bestätigt, daß die Freiheits-Charta die einzige Basis für eine wirkliche Befreiung aller Menschen Südafrikas bleibt;
- die Tatsache begrüßt, daß dieses historische Dokument bis zum heutigen Tag weitestgehend von unseren kämpfenden Massen als ihr Leitstern auf dem Weg zur Freiheit angenommen wird;
- bemerkt, daß alle Anstrengungen des Apartheidregimes, den Menschen seine eigenen politischen Programme, einschließlich der Bantustans und des Dreikammernparlaments, aufzuzwingen, von den Volksmassen in überwältigender Weise zurückgewiesen wurden;
- die demokratische Bewegung unseres Landes für ihren Kampf für die Erreichung der Ziele, die in der Freiheitscharta enthalten sind, gelobt;
- die Tatsache anerkannt, daß wichtige Teile der internationalen Gemeinschaft die Freiheits-Charta als ein Dokument anerkannt haben, daß die rechtmäßigen und grundlegenden Interessen der Mehrheit unse-

res Volkes ausdrückt.

Die Konferenz

- ruft deshalb das Volk von Südafrika auf, die Offensive zur Überwindung des Apartheidregimes zu verstärken, was die notwendige Voraussetzung für die Umsetzung der Vorschläge der Charta und die Geburt eines geeinten, demokratischen und nicht-rassistischen Südafrika ist;
- fordert aus diesem Grund die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Vereinten Nationen, auf, diesen Jahrestag zu beachten;
- drängt deshalb die internationale Gemeinschaft, das weiße Minderheitenregime für unrechtmäßig zu erklären, es zu isolieren und die umfassende Unterstützung für den ANC und das Volk von Südafrika auszuweiten;
- verpflichtete sich, daß der ANC und der Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation, bewaffneter Arm des ANC; d. Red.), unter Beibehaltung der Vorstellungen, die in der Freiheits-Charta enthalten sind, die politische und militärische Offensive des Volkes zur Überwindung des Regimes in Pretoria, für die vollständige Beseitigung der rassistischen und kolonialen Gesellschaft und den Aufbau eines freien Südafrika weiterhin auszuweiten werden.

ANC Informationsabteilung, 25. Juni 1985  
(Quelle: ANC News Briefing, London, Nr. 25, 23.6.1985, S.1)

rungsverfahren wird entwickelt.<sup>23</sup>

Die sechs großen Wirtschaftsverbände, deren Firmen 80% der Arbeitsplätze besitzen, verlangten Anfang 1985 „bedeutsame (meaningful) Beteiligung der Schwarzen am politischen Wahlrecht“ und „südafrikanische Bürgerschaft für alle“.<sup>24</sup>

Geschickterweise vermieden sie den Grundsatz „one person one vote“, die unabdingbare Forderung der Bevölkerungsmehrheit, anzusprechen bzw. auszuschließen. Sie drängen offensichtlich auf die Föderation politisch und rechtlich unterschiedlicher Regionen.

Freizügigkeit für Schwarze ist eine weitere Forderung. Sie brauchen qualifizierte Facharbeiter in großer Zahl. Diese fehlen, da den Schwarzen bisher die entsprechende Bildung versagt bleibt.

Die Regierung hat eine Lockerung der strengen Wohnbestimmungen für Schwarze im „weißen Gebiet“ in Aussicht gestellt. Doch sie bleibt auf die privilegierte Zahl jener beschränkt, die in diesem Gebiet Aufenthaltsrecht, Arbeit und Wohnung erhalten. Aber auch sie dürfen künftig bestenfalls von Ghetto zu Ghetto ziehen. Auch die Ankündigung, Schwarze sollen im „Gebiet der Weißen“ Grund und Boden erwerben dürfen, bleibt auf die Ghettos beschränkt.

Die Mehrzahl, die in den Homelands zurückbleibt, hat keine Chancen. Illegaler

Aufenthalt im „weißen Gebiet“ wird mit Gefängnis usw. bestraft. Die Einstellung der Zwangsumsiedlungen – bisher 3,5 Mio Betroffene – wurde wegen Erfordernissen der Wirtschaft, ausländischem Druck und dem Widerstand der Bevölkerung vorläufig zugesagt, doch mit simplen Umgehungsmechanismen versehen.<sup>25</sup>

Anfang März d.J. konferierten die Chefs internationaler Konzerne aus den USA, Großbritannien und Schweden mit südafrikanischen Partnern in Großbritannien. Eingangs referierte der US-Methodistenpfarrer L. Sullivan, der 1977 den Verhaltenskodex für in Südafrika niedergelassene US-Firmen – ähnlich dem der EG-Außenminister – in Gang setzte.<sup>26</sup>

Ein zweites Treffen fand im Juni d.J. in London statt, an dem u.a. Reagans Unterhändler im Südlichen Afrika, Chester Crocker, und für Südafrika G. Viljoen, Minister für Zusammenarbeit, Entwicklung und Erziehung, G. Kock, Direktor der Reserve Bank, J. Kane-Berman, Direktor des Instituts für Rassenbeziehungen und Chief G. Buthelezi teilnahmen.

Inhalte oder Resultate wurden nicht bekannt. Vorgänge und Namen aber verdeutlichen die Entschlossenheit der Unternehmer und Regierungen, die zunehmende Desinvestment- und Boykott-Kampagne zu stoppen. Sie wollen die Investitionen verstärken, um die Wirt-

schafts- und Militärbastion Südafrika zu retten.

Die Umschichtung des Systems und die Zentralisierung der Staatsgewalt sind in vollem Gang. Alle Macht liegt beim Staatspräsidenten und bei dem von ihm geleiteten Staatssicherheitsrat, in dem die Generalität dominiert.

Das Unrecht, bisher in der Rassentrennung leicht erkennbar, wird künftig geschickt verdeckt. Die Klassentrennung, bisher durch Rassentrennung getarnt, wird offen, aber gemischtrassig. In 2, 3 Jahren soll die Veränderung aller Welt deutlich sein. Sie soll die Desinvestment- und Boykottforderungen wirkungslos machen.

Das Regime spielt auf Zeit. In Namibia gelang dieses Spiel begrenzt: der Interimsregierung werden Verfassungsänderung und Referendum folgen (siehe AIB 7/1985, S. 30ff.) Danach wird man versuchen, vielleicht auch Swaziland, Lesotho, Botswana zur Föderation oder Konföderation mit Südafrika zu zwingen. Die Zoll-, Währungs- und Wirtschaftsunion besteht ohnehin, vertraglich oder de facto.

Diese Länder könnten auch mit anderen destabilisierten Nachbarn zur „Constellation of States in Southern Africa“ gedrängt werden, beherrscht von der Südafrikanischen Föderation.

Vorerst aber beginnt der Hochverratsprozeß gegen 16 führende Repräsentanten der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), darunter die 68jährige Albertina Sisulu, deren Mann mit Mandela seit 23 Jahren inhaftiert ist.

192 Zeugen sollen vernommen werden, man rechnet mit 2jähriger Dauer. Die gewaltlose UDF mit ihren 700 Mitgliedsorganisationen soll wegen angeblicher Förderung der Ziele des verbotenen ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) zerstört werden.

### Widerstand gegen die wirklichen Hochverräter

Sie kämpft, der Freiheitscharta des ANC von 1955 entsprechend, für ein „einziges, nicht-rassistisches, nicht zerstückeltes Südafrika“ (Deklaration vom August 1983). Man wird sehen, wie die Bevölkerung auf den Prozeß reagiert. Hinzu kommen die anderen Hochverratsverfahren und die vielen politischen Prozesse.

Die ANC-Konferenz von Ende Juni d.J. (siehe Kasten) rief auf, „das Land unregierbar zu machen“, um das Blutvergießen der Regierenden zu beenden.<sup>27</sup> Vincent, die Jugend, die Älteren erfahren dieses System täglich: Ghetto, Polizei und Militär, Tränengas, Gummi- und andere Geschosse, Hippos und Cas-

spiers, Arbeitslosigkeit, Entrechtung und Entwürdigung, Folter und Tod.

Sie wissen, wer die Menschen ihrer Heimat seit Generationen terrorisiert, sie kennen die wirklichen Hochverräter. Sie wissen, aus welchen Ländern sie gefördert werden. Sie sind froh, daß der Südafrikanische Rat der Kirchen vom Ausland „Desinvestitionen und ähnlichen wirtschaftlichen Druck“ fordert.<sup>28</sup>

Jugend und Ältere in Südafrika, und Namibia und auch in den Nachbarländern haben ein Bewußtsein gewonnen, das die Pläne der Herrschenden zunehmend durchkreuzt. Viele von ihnen machen Folter und Waffen nicht mehr schwach, sondern stärker.

Ich denke, wir haben nicht nur Unrecht zu beenden, das auch von unserem Land aus gegen sie ausgeht. Wir haben von ihnen zu lernen.

#### Anmerkungen:

- 1) The Star; Hippos; Straßenpanzerwagen mit UNIMOG-Unterbau von Daimler Benz; Casspiers; entsprechende Mannschaftstransportwagen. Der Gewerkschaftsführer A. Raditsela starb am 6.5.1985 an den Folgen einer zweitägigen Haft.
- 2) Siehe: Sowetan, 27.5.1985
- 3) Ende Mai 1985 in der Evangelischen Missionsakademie in Hamburg
- 4) Ebenda
- 5) Vgl. The Star Weekly, 21.11.1979
- 6) Ebenda, 14.11.1981
- 7) Diese sowie Vertreter der Homelands Gazankulu, QuaQua, KaNgwane, KwaNdebele und schwarzer Organisationen wie der Handelskammer (NAFCOC), der Vereinigten Stadträte (UCASA) und der interkonfessionellen Pfarrervereinigung (IDAMASA) unterschrieben im Oktober 1983 ein entsprechendes Manifest (Jahrbuch 1983, Südafrikanisches Institut für Rassenbeziehungen, S. 316-318)
- 8) Rand Daily Mail (RDM), 18.4.1985
- 9) The Star Weekly, 3.6.1985
- 10) Vgl. ebenda, 27.5.1985
- 11) Vgl. ebenda, 13.5.1985
- 12) Siehe: ebenda, 27.5.1985
- 13) Ebenda
- 14) Ende Mai 1985 in der evangelischen Akademie in Hamburg
- 15) RDM, 16.4.1985
- 16) Vgl. Citizen, 28.5.1985; Chinesen haben im „weißen Gebiet“ gleiche Eigentumsrechte wie Weiße
- 17) Winnie Mandela, Ein Stück meiner Seele ging mit ihm, Reinbeck 1984, S. 192
- 18) Vgl. Citizen, 20.4.1985 und The Star, 10.4.1985
- 19) Angaben nach: The Star, 4.5.1985
- 20) Siehe: Sunday Tribune, 25.11.1984
- 21) Vgl. Business Day, 16.5.1985
- 22) Vgl. The Star Weekly, 11.3.1985
- 23) Nach Aussagen von W. de Villiers, Leiter der Atomenergiebehörde, in: The Star, 24.5.1985 und The Sunday Star, 19.5.1985
- 24) The Star Weekly, 14.1.1985
- 25) So werden die Vertreter der zur Zwangsumsiedlung vorgesehenen Gemeinschaften nicht anerkannt und andere eingekauft, die der Umsiedlung „freiwillig“ zustimmen
- 26) Siehe: Financial Times, 9.3.1985
- 27) Frankfurter Rundschau, 27.6.1985
- 28) Ebenda, 29.6.1985

## Aktionen gegen das Apartheid

Auslöser der seit Mitte November 1984 anhaltenden Anti-Apartheid-Kampagne in den USA waren die Unruhen in Südafrika, der Besuch Bischof Tutus und die Friedensnobelpreisverleihung an ihn. Wichtigstes Ziel der Aktionen ist es, einen Wirtschaftsboykott gegen Südafrika und vor allem den Stopp und Abzug US-amerikanischer Investitionen (Desinvestment) zu erzwingen. Organisatoren sind „TransAfrica“ und die „Free South Africa Movement“ zusammen mit ca. 100 anderen Organisationen, vor allem auch den großen Kirchen und wichtigen Gewerkschaften. Die Kampagne basiert auf langjährigen Vorarbeiten vieler Gruppen.

### Desinvestment-Kampagne...

Kirchen, z.B. Reformierte, Methodisten, Lutheraner, Katholiken und andere, untersuchten das Verhalten von Firmen, in denen sie Aktien halten bzw. hielten. Sie argumentierten in Aktionärsversammlungen, mit Stadtverwaltungen, Parlamentariern, Länderregierungen usw.

Am 20.5.1985 forderten 17 protestantische Kirchen und 210 katholische Orden und Diözesen mit zusammen ca. 8 Mrd Dollar Aktieneinlagen<sup>1</sup> 12 in Südafrika tätige US-Aktiengesellschaften auf:

- alle Verkäufe und Dienstleistungen an die südafrikanische Regierung und regierungseigene Unternehmen sofort zu beenden;
- folgende Änderungen als Vorbedingungen ihres Verbleibens in Südafrika zu verlangen: Beendigung der Homeland-Politik, der Apartheidgesetze (Zuzugskontrolle, Ghettoisierung usw.) der Zwangsumsiedlungen, der Bannungen, volle politische Rechte (auch Grundbesitz) für alle, bedingungslose Entlassung aller politischen Gefangenen usw.

Falls bis Ende 1986 keine nennenswerten Fortschritte erreicht wären, sei ein Verbleib der Gesellschaften in Südafrika nicht gerechtfertigt. Die Kirchen werden dann „mit einer koordinierten Kampagne“ (Käufer-Kampagne, Abzug von Wertpapieren, weitergehende Untersuchung auch anderer Firmen usw.) darauf drängen, daß die Gesellschaften „ihre Rolle beim Niederreißen dieses Systems spielen“. Sie verpflichten sich zu der Anstrengung, die wirtschaftliche Unterstützung des Systems zu brechen, „bis die Apartheid aufhört“. Die 12 Gesellschaften: Burroughs, Chevron, Citicorp, Flour, Control Data, Ford, General Electric, General Motors, International Business Machines, Mobil, Newmont Mining, Texaco.<sup>2</sup>

Die Desinvestment-Bewegung hat auch die amerikanischen Universitäten der USA erfaßt.

Im Frühjahr führten Studenten an 100 Universitäten Blockaden, Demonstrationen und Streiks durch, um die Hochschulen zu zwingen, Geld aus Unternehmen, die in Südafrika investieren, abzuziehen. Mehr als 3.000 Studenten wurden bei diesen Aktionen, die teilweise von Gewerkschaften und städtischen Gruppen unterstützt wurden, verhaftet. Bis Ende Mai d.J. hatten 48 Hochschulen insgesamt 200 Mio Dollar aus US-Firmen abgezogen, die in Südafrika tätig sind.<sup>3</sup>

Anfang Juni d.J. beschloß das US-Repräsentantenhaus mit 295 (darunter 56 republikanische) zu 127 Stimmen ein Verbot neuer

Anleihen für die südafrikanische Regierung bzw. Regierungsgesellschaften, von Neuinvestitionen, Computer- und Krügerlandverkäufen usw. Eine ähnliche Vorlage beschloß der Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten mit 16:1.<sup>4</sup> Der Senat selbst stimmte am 11. Juli d.J. ebenfalls Sanktionen zu.

### ...„bis die Apartheid aufhört“

Danach müssen beide Häuser einen Kompromiß finden. Erhält dieser eine 2/3-Mehrheit, kann Reagan, der entschlossen ist seine Politik des „konstruktiven Engagements“ fortzusetzen, seine Unterschrift nicht verweigern.

30 US-Bundesstaaten und 28 größeren Städten lagen Anfang d.J. Anträge auf Anti-Apartheid-Gesetze bzw. Verordnungen vor. Die meisten fordern für 2-3 Jahre den Abzug von Anlagen (meist Pensionsfonds) bei US-Aktiengesellschaften, die in Südafrika operieren bzw. bei Banken, die dem südafrikanischen Staat oder Staatsgesellschaften oder in Südafrika tätigen US-Gesellschaften Anleihen geben.

In sechs Bundesstaaten, zwei Kreisen und 22 großen Städten, u.a. in der Stadt New York mit einem Pensionsfonds von 665 Mio Dollar<sup>5</sup>, sind solche Beschlüsse inzwischen rechtskräftig. Sie sehen Desinvestitionen von insgesamt 13 Mrd Dollar vor.

Ca. 90% der 25 größten US-Geldinstitute verweigern der südafrikanischen Regierung Kredite, darunter die New Citibank, die Bank of Boston, J.P. Morgan und andere.<sup>6</sup> PAN AM, die einzige Südafrika anfliegende US-Fluggesellschaft, hat die Johannesburg-Route geschlossen.<sup>7</sup> Phibro-Salomon, eine der größten Erdölhandelsgesellschaften der Welt, wies seine Agenturen an, Lieferungen einzustellen.<sup>8</sup>

US-Bankkredite an den öffentlichen Sektor Südafrikas sanken von 623 Mio Dollar (Juni 1982) auf 343 Mio Dollar (September 1984).<sup>9</sup> Die US-Gesamtinvestitionen betragen im Juli 1983 14,6 Mrd Dollar und damit 20% aller ausländischen Direktinvestitionen (TransAfrica).

2.041 US-Bürger ließen sich seit Ende November 1984 vor der südafrikanischen Botschaft in Washington festnehmen und in Handschellen abführen, darunter R. Clark (Justizminister unter Carter), G. McGovern

Kongreßabgeordneter W. Fotroy (l.) und UPAC-Vorsitzender J. I. nischen Botschaft in Washington



# Boycottaktionen in den USA, Westeuropa

(ehemaliger Präsidentschaftskandidat), Abgeordnete und Senatoren.<sup>10</sup>

**Großbritannien:** 120 Stadträte, die 2/3 der britischen Bevölkerung vertreten, beschließen inzwischen Aktionen wie: Abzug von Anlagen bei Unternehmen, die in Südafrika oder Namibia investieren, Unterstützung von Boykott-Kampagnen, Verweigerung städtischer Einrichtungen für Künstler, die auf der schwarzen UN-Liste stehen weil sie in Südafrika auftreten, Verleihung der Ehrenbürgerschaft an N. Mandela.<sup>11</sup>

Der britische Gewerkschaftskongreß (TUC) droht britischen Firmen in Südafrika, die den EG-Verhaltenskodex nicht akzeptieren, mit dem Abzug von Pensionsfonds usw.<sup>12</sup> Der Britische Kirchenrat (1979), die anglikanische Kirche (1982) und andere Kirchen drängen die Regierung, Firmen, Banken, Sportverbände u.a. zu Boykottmaßnahmen. **Frankreich:** Ministerpräsident Fabius erklärte auf einer Menschenrechtskonferenz Anfang Juni d.J. in Paris: Wenn Pretoria nicht innerhalb von „18 Monaten bis 2 Jahren präzise Maßnahmen ergreift ... wird Frankreich nicht weiter investieren können“. Er kündigte Finanzhilfen für den ANC und die SWAPO in Paris und eine Verdoppelung von Stipendien an.<sup>13</sup> Mitterrand ließ wissen, Frankreich werde kein zweites Atomkraftwerk bauen.

## Westeuropäische Boykottaktionen

**Niederlande:** Die Parlamentsmehrheit forderte am 22.6.1983 die Regierung auf, Gesetze vorzubereiten, die Investitionen und Importe (Kohle) begrenzen und das Waffenembargo verschärfen, sowie einen Entwurf für ein verpflichtendes Ölembargo vorzulegen. Die Vorlage wird in Kürze erwartet.

**Norwegen:** Die Regierung will die Handelsbeziehungen stark reduzieren (Hauptimport: Mangan), die Verschiffung von Rohöl unterbinden und Nahrungsmittelimporte verbieten. Die zwei größten Banken, Kreditkassen und Sunmorsbanken, stellten auf Druck des Nationalen Kirchenrats den Krügerandverkauf ein.<sup>14</sup>

**Schweden:** Verbot von Neuinvestitionen seit 1979, verschärft seit 1985; Kreditverweigerung für Südafrikas Regierung oder regierungseigene Gesellschaften; die Regierung kann Technologietransfer untersagen.

n.) bei einer Anti-Apartheid-Demonstration vor der südafrika-



**Dänemark:** Abbruch kultureller Beziehungen seit 1970; Sanktionsbeschluß des Parlaments am 28.5.1984: Verbot von Neuinvestitionen und Aktienkäufen, Auslaufen von Kohleimporten (von Unternehmen zugesagt), Zusammenarbeit mit nordischen Staaten (keine Gelder des Weltwährungsfonds an Südafrika, Verbot von Lizenzen, Ölembargo) usw.<sup>15</sup>

Die skandinavische Fluggesellschaft SAS stellt ihre Flüge zum Jahresende ein. Schweden, Dänemark und Norwegen kündigen das Luftverkehrsabkommen.<sup>16</sup>

„High Sea Spy“ (Überwachung auf hoher See) wurde von der britischen Seeleutegewerkschaft (NUS) und Seeleutegewerkschaften aus Dänemark, Australien und anderen Ländern im Oktober 1984 gegründet. Es dient der Beobachtung von Öllieferungen (besonders Shell und BP) an Südafrika zwecks Vorbereitung eines Öl- und Verschärfung des Waffenembargos.

Es findet eine enge Zusammenarbeit mit dem Oil-Shipping Research Bureau in Amsterdam statt.<sup>17</sup>

**Gewerkschaften:** Der Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) beschloß am 11.4.1985 in Washington in einer sehr umfassenden Erklärung, Gewerkschaften, Regierungen usw. zu Sanktionen zu drängen.<sup>18</sup>

**Sport:** Eine von der UNO, dem Obersten Afrikanischen Sportrat und anderen unterstützte Konferenz beschloß Mitte Mai d.J. in Paris, den internationalen Boykott zu verstärken und einen Sportkodex einzuführen.<sup>19</sup>

Die Aktionen nationaler Anti-Apartheid-Bewegungen zu nennen, wäre zu umfangreich. Gleiches gilt für UN-Beschlüsse. Deutlich wird, daß die Beschlüsse und das Verhalten der Bundesregierung, von Kirchen und anderen Organisationen in der Bundesrepublik (zu neueren bundesdeutschen Anti-Apartheid-Aktivitäten siehe: AIB 6/1985, S.50) weit hinter denen anderer Länder zurückbleiben.

## Anmerkungen:

- 1) Siehe: Wallstreet Journal, New York, 21.5.1985 (die Daily News, Südafrika, nennt Aktien im Wert von 10-12 Mrd Dollar)
- 2) Text: United Church of Christ (Office), New York
- 3) Angaben nach: Guardian, New York, 19.6.1985
- 4) Siehe: International Herald Tribune, Paris/Zürich, 7.6.1985
- 5) Siehe: American Committee of Africa, Newsletter, New York, Februar 1985
- 6) Siehe: Rand Daily Mail, 10.4.1985
- 7) Siehe: ebenda, 11.4.1985
- 8) Siehe: ebenda
- 9) Angaben nach: Frankfurter Rundschau (FR), 11.2.1985
- 10) Siehe: The Star Weekly, 20.5.1985
- 11) Siehe: Morning Star, London, 3.6.1985
- 12) Siehe: The Star, 9.4.1985
- 13) FR, 3.6.1985
- 14) Siehe: FR, 13.10.1984 und Guardian, 10.6.1985
- 15) Siehe: Business Day, 3.6.1985
- 16) Siehe: Süddeutsche Zeitung, 28.6.1985
- 17) Siehe: Sunday Express, 7.10.1984
- 18) Wortlaut in: Freie Gewerkschaftswelt, Brüssel, 16.4.1985
- 19) Siehe: The Star Weekly, 21.5.1985

issa  
wissenschaftliche Reihe 19



## Michael Martin Malawi — ein entwicklungspolitisches Musterland?

Bonn 1984,  
96 S., DM 12,00

Malawi — ein Land abseits der Politik.

Malawi — ein Land mit vergleichsweise großem Echo als entwicklungspolitischem Musterland. Was steckt hinter diesem Ruf?

Die politische Ländermonographie geht dieser Frage nach.



Das Buch »untersucht systematisch, zu wessen Nutzen Politik und Landwirtschaftspolitik gemacht werden, und kommt zu verblüffenden Schlüssen.« (ai-information 4/85)

Der Autor »besitzt die Gabe, auch komplizierte Zusammenhänge in gedanklicher Klarheit und verbal gut verständlich darzustellen.« (Rückkehrer-Rundbrief, Feb. '85)

Bezug: über den Buchhandel  
oder direkt bei:  
issa,  
informationsstelle südliches afrika,  
Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1



## Aufruf des ANC-Exekutivkomitees an die Nation Einheit ist unsere wichtigste Waffe

Das Apartheidregime macht eine tiefe politische Krise durch. Diese Krise ist gekennzeichnet durch seine wachsende Unfähigkeit, seine Herrschaft über die unterdrückten und ausgebeuteten Massen der Schwarzen auszuüben.

Die anschwellende Woge der politischen Offensive der Massen, begleitet von den Aktionen der Volksarmee, des Umkhonto We Sizwe, hat die Botha-Malan-Le-Grange-Clique in große Verwirrung gestürzt; es bleiben ihr nur noch wenige Handlungsmöglichkeiten.

Die wichtigste Option dieser Clique ist eine zügellose Brutalität und Grausamkeit. Heute sind unsere Townships (städtische Wohngebiete der Schwarzen; d. Red.) unter militärischer Besatzung durch die schießwütigen Gangster der Südafrikanischen Verteidigungstreitkräfte (SADF) und der Sturmtruppen Le Granges. Terrorismus, Einschüchterung, Prügel und Mord sind an der Tagesordnung.

Es ist klar und unausweichlich, daß dieses mörderische Regime nicht mehr in der herkömmlichen Weise herrschen kann.

Hinzukommt, daß dieses Regime sich einer Wirtschaftskrise von furchterregenden Ausmaßen gegenüber sieht.

### Tiefe Krise des Apartheidregimes

Wir haben eine schwindelerregende Arbeitslosigkeit von 3 Mio, begleitet von massiven Ausgabenkürzungen und dem Verfall der Währung. Die Inflation ist außer Kontrolle geraten und Mio Schwarze sind Opfer krasser Armut.

Infolge dieser Krise, in deren Sog sich das Regime seit 9 Monaten befindet, stellen wichtige Teile der herrschenden Klasse, insbesondere die Monopolkapitalisten, nun mit einiger Kühnheit und offen die Frage, ob es klug sei, das beizubehalten, was sie die schädlichsten Aspekte der Apartheidpolitik



Diese Situation der Unsicherheit wurde durch die wachsende Disinvestment-Bewegung (Bewegung in den westlichen Hauptländern, die den Stopp und Abzug ausländischer Investitionen aus Südafrika zum Ziel hat; d. Red.), vor allem in den USA, der Zitadelle der Unterstützung für das Apartheidregime und andere terroristische volksfeindliche Regimes in der ganzen Welt, noch verschlimmert.

Es ist daher klar, daß die zunehmende Ausweitung des Ansturms des Volkes eine wachsende Revolte und scharfe Spaltungen innerhalb der herrschenden Klasse darüber erzeugt, wie die Krise gelöst werden kann. Die nennen. Selbst innerhalb der regierenden Nationalpartei sind Stimmen zu hören, die Apartheid habe versagt und das Regime habe kein stimmiges Lösungskonzept für die Probleme, denen sich das Land gegenüber sieht.

unterdrückten und ausgebeuteten Menschen unseres Landes sind so, mehr als jemals zuvor, in einer günstigen Position, da revolutionäre Bedingungen heranreifen, um dem Apartheidregime den endgültigen Todesstoß zu versetzen.

Wie haben wir nun die gegenwärtige Lage in unserem Kampf für die Machtübernahme durch das Volk erreicht? Es ist das Ergebnis unseres beispielhaften ungebrochenen und beharrlichen Kampfes, der allen mörderischen Repressalien dieses rassistischen Apartheidregimes trotzte und dies weiterhin tun wird. Wir haben durch Massenaktionen und bewaffnete Operationen seine Manöver neutralisiert, mit denen es sich mithilfe wachsender Repression und betrügerischer Verfassungsänderungen behaupten wollte.

### Fanale des Massenwiderstands

Unsere wichtigste und schärfste Waffe in diesem sich ausweitenden und bitteren Kampf war und ist die Einheit. Durch die grundsätzliche Einheit aller antirassistischen und patriotischen Kräfte haben wir folgendes erreicht:

- Wir haben es für den Feind unmöglich, schwierig und gefährlich gemacht, einige Teile der unterdrückten Bevölkerung als Verbündete zu rekrutieren, mit Ausnahme weniger verachtenswerter und käuflicher Handlanger, die nun innerhalb des Systems des Dreikammernparlaments arbeiten, der mörderischen Monster der Bantustans und jener, die in den wankenden Strukturen der schwarzen Gemeinderäte dienen.
- Der Weg ist nun frei für das Volk, die Initiative zu ergreifen und seine eigenen Organe der Volksmacht aufzubauen, die die einzige Autorität in den Townships werden und den Menschen direkt rechenschaftspflichtig sein müssen.
- Wir haben die schwarze Arbeiterklasse in wachsenden und ausgesprochen demokratischen

tischen Gewerkschaften organisiert und so die Kapitalisten gezwungen, sie anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln.

Wir haben die Kapitalisten bereits gezwungen, mit der Aufhebung der „job reservation“ (System, das Arbeitsplätze, die eine höhere Qualifikation erfordern, für Weiße reserviert; d. Red.) zu beginnen, die den schwarzen Industriearbeitern jede Möglichkeit des Vorankommens versagte. Wir haben den Eckpfeiler der Industrie, die Minen, durchdrungen. Und heute wachsen die Gewerkschaften der Minenarbeiter sprunghaft.

• Wir haben sowohl Massenorganisationen der Schüler und Studenten, der Jugend und Frauen als auch fortschrittliche Kirchengruppen und -organisationen aufgebaut. Schulen und Universitäten sind zu Fanalen des Widerstandes geworden.

Diese Einheit, die wir zu einem solch hohen Preis erreicht haben, muß von allen Patrioten und Demokraten unseres Landes verteidigt werden. Wir sollten wissen, daß in dieser entscheidenden Phase unseres Kampfes der Hauptfeind das rassistische Apartheidregime ist, das den Menschen ihre demokratischen Rechte verweigert.

All unsere Wut und unsere Aktionen müssen sich gegen unseren Feind richten und gegen all die Kollaborateure in den Städten, Ortschaften und ländlichen Gebieten.

Der Feind fürchtet die Einheit der Unterdrückten. Deshalb benutzt er seine mächtigen Medien, seine Marionetten, seine Armee und Polizei, um unserer wachsenden Einheit zu begegnen.

#### Den Dialog mit der AZAPO suchen

Die sorgfältige Bewahrung unserer Einheit ist zu einer unserer wichtigsten Prioritäten geworden. Laßt sie uns mit all unserer Energie, mit unserem Blut und Leben verteidigen, denn unsere Freiheit und soziale Gerechtigkeit hängen von ihr ab. Laßt uns den Feind daran hindern, die vorübergehenden Probleme zwischen der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und der Azanischen Volksorganisation (AZAPO) auszunutzen. Diese Probleme müssen in der ruhigen Atmosphäre eines politischen Dialogs gelöst werden, da sie keine antagonistischen Widersprüche darstellen. Wir sollten uns nicht ablenken lassen von der richtigen politischen Marschroute, und einem immer beunruhig-

teren und ängstlicheren Regime die Sache nicht leicht machen. Wir sollten hart arbeiten, um unsere Menschen davor zu bewahren, ahnungslose Werkzeuge der Botha-Malan-Le-Grange-Clique zu werden.

Die Perspektiven unseres revolutionären Kampfes dürfen nicht verwischt werden. Wir sind entschlossen, das verbrecherische Apartheidssystem mit Stumpf und Stiel zu zerstören und auf seinen Trümmern eine wahre nichtrassistische Demokratie aufzubauen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in den Kampf alle demokratischen Kräfte, aus allen rassischen Gruppen und Klassen unserer Bevölkerung einbeziehen. Über dieses Prinzip kann es keinen Kompromiß geben.

#### Alle Rassen und Klassen einbeziehen

Es mag indessen einige unter uns geben, die aufgrund ihres begrenzten politischen Weitblicks den demokratischen Zielen unseres revolutionären Kampfes entgegenstehen. Es ist unsere Aufgabe, sie von der Richtigkeit unserer Sache zu überzeugen. Patriotische Elemente unter ihnen werden und müssen ihren Weg nach vorne sehen – und sich daher der demokratischen Mehrheit auf der Straße zur Freiheit anschließen.

Der Afrikanische Nationalkongreß richtet an alle unterdrückten schwarzen Menschen unseres Landes und an alle ihre demokratischen Verbündeten einen dringenden Appell, alle Abteilungen der demokratischen Bewegung für die nationale Befreiung zu stärken, die zur Zeit alle Ecken unseres Landes erobert.

In seiner kürzlichen Botschaft an die Nation erinnerte der Afrikanische Nationalkongreß alle unsere Menschen daran, daß „die Periode vor uns, jeden von uns – ob in- oder außerhalb des ANC – vor eine ehrfurchtgebietende Herausforderung stellt. Unter der Führung unserer Befreiungsbewegung können und müssen wir diesem Ruf der Geschichte folgen.“

Laßt das Blut all unserer Märtyrer, die durch die Kugeln des Feindes fallen, unsere Schlacht um die Freiheit stärken.

Laßt unsere Losungen sein: Einheit in der Massenaktion – Stellt Euch dem Feind an allen Fronten!

Alfred Nzo, Generalsekretär, für das Nationale Exekutivkomitee des ANC, 9.5.1985



## Unterdrückung, Hunger, Krieg

die Folgen imperialistischer Politik

Materialien gegen den Weltwirtschaftsgipfel vom 2.-4. Mai in Bonn

Im Zusammenhang mit Überlegungen, was wir gegen den im Mai stattfindenden Gipfel unternehmen können, haben wir diese Broschüre zusammengestellt. Wir hoffen, daß sie vielen bei inhaltlichen Diskussionen, bei der Vorbereitung von Veranstaltungen und bei der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit von Nutzen ist.



Inhaltliche Schwerpunkte:

- Schuldenlast
- Krise des Neo-Kolonialismus
- Nord-Süd Dialog?
- Atom Exporte
- Hunger und Unterdrückung
- Bevölkerungspolitik
- Die Rolle der Pharmakonzerne
- Agrobusiness
- Internationale Organisationen
- Chronik der Weltw.-Gipfel
- Die Bedeutung der Gipfel

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Antimil-Kommission KB Göttingen  
76 Seiten A 4, Preis: 5.-DM + Porto für Wiederverkäufer 30% Rabatt

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie  
Postfach 1945 in 34 Göttingen  
oder Antimil-Kommission, c/o  
Buchladen Rote Str, Rotestr.10 in  
34 Göttingen

Aufruf zu bundesweiten Aktionen am 4. und 5. Oktober 1985

## » Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika ! «

Gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika

- Angola, Januar 1984: Weiß-Südafrika führt – vom militärisch besetzten Namibia aus – den seit 1975 blutigsten Feldzug gegen dieses Land. Eine halbe Million Menschen ist auf der Flucht. Von angolanischen Streitkräften werden erbeutet: Mehrere Militärflugzeuge von **Daimler-Benz, Stuttgart**.  
Indischer Ozean, September 1979: Das Apartheid-Regime zündet die erste Atombombe. Das notwendige Know-how zur Urananreicherung stammt vom staatlichen **Kernforschungszentrum Karlsruhe**, Spezialteile u. a. von **Varian MAT, Bremen** und **Gutehoffnungshütte (GHH), Sterkrade**.
- Sebokeng, Oktober 1984: 7 000 südafrikanische Soldaten und Polizisten durchkämmen die von 120 000 Schwarzen bewohnte Stadt bei Johannesburg. Unterdrückung und Apartheid lassen sich nur noch mit militärischen Mitteln durchsetzen. Es herrscht Krieg. Bei Protesten sterben 130 Menschen durch Polizeieinsatz. Mit dabei: **Militär-Lastwagen von Magirus-Deutz, Ulm**.
- Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich unter den fünf größten Rüstungsexporturen der Welt. Jeder Export eines Rüstungsgutes unterliegt der gesetzlichen Kontrolle und der Genehmigung durch die Bundesregierung. Für Südafrika darf eine Genehmigung zum Rüstungsexport nicht erteilt werden. Rüstungslieferungen sind nach bundesdeutschem Recht verboten und aufgrund des UN-Embargos völkerrechtswidrig.
- Trotzdem lieferten und liefern bundesdeutsche Unternehmen – mit Wissen, Duldung oder rechtswidriger Genehmigung der Bundesregierung – Nuklearteile, Waffen, militärische Güter, Rüstungslizenzen und ganze Systeme nach Südafrika. Oft wird dabei wahrheitswidrig behauptet, dies sichere Arbeitsplätze in der BRD. Neben der Bundesregierung sind verantwortlich die Vorstände z. B. von **STEAG, ESSEB; MTU, Friedrichshafen; RHEINMETALL, Düsseldorf; SIEMENS, München; MAN, Nürnberg, MBB, Düsseldorf, HECKLER & KOCH, Oberndorf; SEL, Stuttgart, BMW, München**.
- Die Bundesregierung und die Rüstungskonzerne sind mitschuldig
  - an der aggressiven Politik im südlichen Afrika,
  - an der völkerrechtswidrigen Besetzung Namibias durch Südafrika,
  - an den ständigen Überfällen auf Angola und Mozambik und der militärischen Bedrohung der Nachbarstaaten.Damit könnte das rassistische Südafrika einen Weltkrieg auslösen. Die Rüstungsexporte in dieses Land sind Bestandteil der Bemühungen, Südafrika in die Politik der NATO einzubeziehen.
- Die Bevölkerungsmehrheit von Südafrika und Namibia, ihre international anerkannten Befreiungsbewegungen fordern die Einhaltung des Rüstungsembargos. Friedens-, „Dritte-Welt“-Solidaritäts- und Ökologiebewegung, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, jede und jeder von uns ist aufgerufen:

**Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika!**

**Beteiligt Euch am 4. und 5. Oktober an fühlbaren Aktionen gegen die Rüstungsexporte nach Südafrika!**

Vorgeschlagen werden dezentrale Aktionen in möglichst vielen Städten, getragen von möglichst vielen Gruppen, Organisationen und Personen: Um die Öffentlichkeit zu informieren, Bundesregierung, Rüstungsindustrie und ihre Manager als Verantwortliche festzumachen und Politiker zum Handeln zu zwingen.

### Erstunterzeichner:

**Amilcar-Cabral-Gesellschaft, Anti-Apartheid-Bewegung; Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika; BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“; Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen; Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen; Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt; Christliche Arbeiterjugend; Christlicher Friedensdienst; Deutsche Jungdemokraten; Evangelische Frauenarbeit in Deutschland, Projektgruppe Südafrika; Informationsstelle Südliches Afrika; Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika; Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“; Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend; Vereinigte Deutsche Studentenschaft.**

V.i.S.d.P.: Bernd Schulte, Blücherstr. 14, 5300 Bonn

Joachim Becker

## Mugabe legte zu Wahlen mit Überraschungen

Klarer Sieger der Parlamentswahlen vom 1.-4. Juli d.J. ist die Afrikanische National Union Zimbabwe – Patriotische Front (ZANU-PF) von Premierminister Robert Mugabe. Sie erhielt 63 Sitze und 76% der Stimmen (1980: 57 Sitze, 63% der Stimmen; siehe Aktionsprogramm in: AIB 11-12/1984, S.27).

Die von Joshua Nkomo geführte Afrikanische Volksunion Zimbabwe (ZAPU) errang alle 15 Sitze im Matabeleland und 19% der Stimmen (1980: 20 Sitze, 24% der Stimmen).

### Die ZAPU hält stand

Völlig überraschend konnte die von Ndabaningi Sithole (Gründungspräsident der ZANU, Ende der 70er Jahre jedoch Kollaborateur des Siedlerregimes im Rahmen der „internen Lösung“) geführte rechtsgerichtete Splitterpartei ZANU einen Sitz erringen (1980:0). Der Vereinigte Afrikanische Nationalrat (UANC) von Bischof Abel Muzorewa ist im Parlament nicht mehr vertreten (1980: 3 Sitze). In einem Wahlkreis ist die Abstimmung wegen des Todes eines Kandidaten verschoben worden.<sup>1</sup> Die knapp 2% Weißen wählten bereits am 27.6.1985. Ihnen sind aufgrund der Verfassung zur Zeit noch 20 der 100



Premierminister R. Mugabe im Wahlkampf

Parlamentssitze vorbehalten. Von diesen errang bei schwacher Wahlbeteiligung die erzreaktionäre Konservative Allianz (CAZ) des früheren Siedler-Premiers Ian Smith 15. Vier Sitze gingen an die zu einer Zusammenarbeit mit der Regierung bereite Unabhängige Zimbabwe Gruppe (IZG), einen gewann der Einzelkandidat Chris Andersen, Staatsminister der Regierung.

Nach diesem überraschend günstigen Wahlergebnis für die Rassisten kündigte

Mugabe an, dieser Sonderrepräsentanz ein möglichst schnelles Ende zu bereiten. Juristisch wäre es frühestens 1987 möglich, dieses Privileg der Weißen abzuschaffen.<sup>2</sup>

Im Vorfeld der Wahlen konnte die von der ZANU-PF geführte Regierung, der auch zwei Weiße angehörten (im November 1984 wurden die letzten beiden ZAPU-Minister entlassen, zwei Mitglieder der Partei gehörten der Regierung jedoch weiterhin als Staatssekretärin bzw. Provinzgouverneur an), durchaus auf Erfolge verweisen.

So klappte der Übergang in die Unabhängigkeit ziemlich reibungslos. Die Schülerzahl stieg von 893.000 im Jahr 1979 auf etwa 2,5 Mio im Jahr 1984.<sup>3</sup> Wer unter 150 Zimbabwe-Dollar (ca. 300 DM) verdient, kommt in den Genuß einer kostenlosen Gesundheitsversorgung. Dies sind Leistungen, welche die Bevölkerung sehr schätzt.

Die diesjährige Ernte ist – nach langer Trockenheit – sehr gut. Beim Grundnahrungsmittel Mais wird eine Rekordernte von etwa 3 Mio t eingefahren werden. Etwa die Hälfte davon dürfte aus der erweiterten Subsistenzproduktion der afrikanischen Bauern der „Communal Lands“ (Gemeindeländereien; d. Red.) stammen. Vor der Unabhängigkeit 1980 wäre in diesen unfruchtbaren, damals für die Schwarzen reservierten Gebieten ein derart hoher Produktionsanteil undenkbar gewesen.

Faktoren für den relativen Erfolg der Landwirtschaftspolitik sind gute Preise, ein verbessertes Vermarktungssystem, erweiterter Zugang zu Agrarkrediten (1979: 3.000 afrikanische Kreditnehmer, heute 90.000), zuverlässige Belieferung mit landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, Dünger und Saatgut – alles überwiegend im Land hergestellt.<sup>4</sup>

Hingegen führte die Rezession 1982-84 zu einem Rückgang der Lohnarbeit. Während einige besonders schlecht bezahlte Arbeitergruppen ihre Reallöhne im Juni 1985 gegenüber 1980 halten konnten, mußten viele Industriearbeiter Realeinkommensverluste in Kauf nehmen, die auch durch die Lohnerhöhungen um 15% im Juli d.J. nicht ausgeglichen werden.<sup>5</sup>

### Keine tiefgreifenden Reformen

Eine tiefgreifende Veränderung der Wirtschafts- und Sozialstruktur hat es nicht gegeben, die transnationalen Konzerne halten bei einem Anteil von über 60% am Produktionskapital auch erhebliche Pressionsmöglichkeiten.

Adrian Hastings, international durch die Aufdeckung der Verbrechen der portugiesischen Kolonialisten bekannt, zieht nach 5 Jahren Unabhängigkeit Resümee:

Demonstranten fordern tiefgreifende Reformen: „Die Revolution wurde nicht gemacht, um schwarze Kapitalisten hervorzubringen.“



„Smiths Rhodesien ist also nicht zerstört worden — manch ein Besucher wird erstaunt sein, wie wenig sich sichtbar verändert zu haben scheint. Es ist stattdessen afrikanisiert worden. Dies ist nicht, was eine Handvoll marxistischer Theoretiker im Land wollte, aber zumindest für den Augenblick werden sie fast völlig ignoriert, wird ihnen sogar mißtraut.

Es ist sicherlich, was die meisten älteren und gebildeteren Leute wünschen, und es schien sicherlich der einzige Weg, eine Wirtschaftskrise furchtbaren Ausmaßes zu vermeiden... Es ist der Weg, den sowohl die Bauern als auch die städtische Elite favorisieren. Es ist wahr, daß viele frühere Freiheitskämpfer sich im Kalten stehen gelassen fühlen, wenn nicht sogar betrogen, aber für den Augenblick zumindest spielen sie fast keine Rolle mehr.“<sup>6</sup>

Dem hat die ZAPU inhaltlich nichts Alternatives entgegenzusetzen. Auch die soziale Basis von ZANU-PF und ZAPU ist ähnlich. Aber statt auf die ZANU-PF orientierte sich die ZAPU, die sich nie mit ihrer Minderheitsposition hat abfinden können, auf Betreiben ihres Vorsitzenden Joshua Nkomo hin auf die anderen Oppositionsparteien, die früher mit dem Siedler-Regime kollaborierten.

### Nicht nur Tribalismus

Dies war einer der Gründe, aus denen linke und fortschrittliche Mitglieder entweder zur ZANU-PF übertraten oder sich wie der ZAPU-Generalsekretär Cephas Msipa zunächst völlig aus der Parteipolitik zurückzogen.

Die unter starkem Druck der ZANU-PF-geführten Regierung stehende ZAPU konzentrierte sich in ihren Bemühungen total auf ihre Hochburg im Matabeleland — und das mit Erfolg. Sie gewann hier alle 15 Sitze, während sie in den Midlands (Zentrum) und im Nordwesten ihre Sitze verlor.

Die von der westlichen Presse heiß geliebte Tribalismuserklärung für den ZANU-PF/ZAPU-Konflikt und deren regionale Hochburgen ist zu einfach. Beide Parteien haben eine ethnisch gemischte Führung. Lediglich 15 Kandidaten der ZAPU waren Ndebele.

1980 gewann die ZAPU die Wahlen dort, wo sie im Befreiungskampf einmal gekämpft hatte, z.G. auch dann, wenn dort später Guerilleros der ZANU-PF kämpften, aber politische Fehler begingen.

Für den diesjährigen Wahlerfolg der ZAPU im Matabeleland haben wohl die erheblichen Übergriffe des Militärs gegen die Zivilbevölkerung im Kampf gegen die bewaffneten Banden der „Dissidenten“ dort eine Rolle gespielt, wenn sie auch in der letzten Zeit zurückgegangen sind.

Auch die letztjährige Ausgangssperre und ähnliche Maßnahmen brachten für die Bevölkerung dort schwere Entbehrungen mit sich.

Die harte Reaktion der Regierung gegen die „Dissidenten“ hat auch damit zu tun, daß Südafrika da wieder mitmischte. Es unterhält eine Soldateska von etwa 5.000 Zimbabwern in Südafrika. Neben den Schlägertrupps Muzorewas für die Wahlen 1980 und ehemaligen rhodesischen Militärs gehören dazu auch irreglementierte, ehemalige Kämpfer der ZIPRA, des bewaffneten Arms der ZAPU während des Befreiungskampfes.<sup>7</sup>

Die Tatsache, daß die ZAPU den „Dissidenten“ nie das Wasser abgraben konnte und auch nicht in der Lage war, Dulder und Sympathisanten dieser Kräfte in der eigenen Partei zu isolieren, ermöglichte der ZANU-PF die (zu) einfache Gleichsetzung von ZAPU und „Dissidenten“.<sup>8</sup> Sympathien haben die ZANU-PF mit Sicherheit auch die Gewaltakte vor allem von Mitgliedern der ZANU-Jugendliga gegen vermutete Anhänger oppositioneller Parteien gekostet, gegen die die Parteiführung erst ziemlich spät energisch einschritt.

Gewaltanwendung war allerdings kein Monopol von ZANU-PF-Anhängern. Ein Faktor für die Wahlniederlage der ZANU-PF im Matabeleland mag auch gewesen sein, daß sie dort lange Zeit über kein den dortigen besonderen ökologischen und wirtschaftlichen Bedingungen (Viehzucht) angemessenes Konzept der Landreform verfügte.

Die neue Regierung tritt kein leichtes Amt an. Die Landreform stagniert bei 40.000 umgesiedelten Familien — 162.000 waren geplant, während sich die ökologischen Bedingungen in den total

übernutzten „Communal Lands“ immer mehr verschlechtern werden. Die Haushaltsspielräume für Erziehung und Soziales sind weitgehend erschöpft. Für die Schulabgänger fehlen Arbeitsplätze.

Und je stärker sich die Regierung auf eine Exportförderung konzentriert, um so schwieriger dürfte eine Reformpolitik sein.

Und Finanz- und Planungsminister Bernard Chidzero sagt klar: „Exportorientiertes Wachstum ist aus unserer Sicht fürchterlich wichtig.“<sup>9</sup> Die außenwirtschaftlichen Spielräume der Regierung haben abgenommen. 1980 betrug der Schuldendienst 2% der Exporte, 1984 bereits 26%.<sup>10</sup>

Auch die Situation im Matabeleland und die Sicherheitspolitik bleiben ein Problem. Und die Diskussion um die Einführung des Einparteiensstaates ist mit den Wahlen alles andere als abgeschlossen.

### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Sunday Times, London, 7.7.1985 und International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 8.7.1985
- 2) Vgl. Allgemeine Zeitung, Windhoek, 28.6.1985; IHT, 29./30.6.1985 und die tageszeitung, 8.7.1985
- 3) Central Statistical Office, Quarterly Digest of Statistics, Harare, Juni 1984, S.5
- 4) Financial Times, London, 7.5.1985; Herald, Harare, 30.5.1985
- 5) Vgl. AIB 11-12/1984, S. 26ff. und Moto, Gweru, Juni 1985
- 6) Moto, Mai 1985
- 7) Vgl. Rand Daily Mail, Johannesburg, 7.4.1984 und Guardian, London, 11.5.1984
- 8) informationsdienst südliches afrika, Nr. 7/1984
- 9) Africa News, Durham, 25.3.1985
- 10) Vgl. Le Monde Diplomatique, Paris, Oktober 1984

## blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Nr. 126 · Juni 1985

### Südliches Afrika:

Der Apartheidsstaat 1985

Freiheitscharta contra  
black consciousness?

Zwangsumsiedlungen

Das grüne Band der Sympathie

Angola: Krieg ohne Ende?

Leben und Widerstand schwarzer Frauen

### Nachrichten und Berichte zu:

Paraguay

Puerto-Rico

El Salvador

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-  
(DM 30,- für einkommensschwache  
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.  
Informationszentrum Dritte Welt,  
Postfach 5328, 7800 Freiburg



Schwerpunktthema:  
**SÜDLICHES  
AFRIKA**

Nima Mina

# Folterstätten als „Universitäten“



Der ehemalige Chef des Ewin-Gefängnisses im Kreise von „Tawabin“, politischen Gefangenen, deren Wille gebrochen wurde.

Das iranische Regime versucht durch immer größere propagandistische Aktivitäten den Eindruck zu erwecken, als gäbe es keine Folter und keinen Widerstand in seinen Gefängnissen.

Der ehemalige Ewin<sup>1</sup> Gefängnischef, Asadollah Lagerwardi, bezeichnet diese unter seiner Gewalt stehende Mordanstalt als eine „Universität“. Die Eingekerkerten würden während ihrer Haftzeit von den Gefängniswächtern „liebepoll“ behandelt und durch intensive „politisch-ideologische Schulung“ bekehrt werden.<sup>2</sup>

Den „Beweis“ hierfür lieferte er Anfang September 1984, als er eine Gruppe von iranischen und ausländischen Journalisten das Ewin-Gefängnis besuchen ließ. Manche von diesen Journalisten berichteten, sie hätten dort ehemalige Mitglieder von Organisationen der Stadtguerilla und oppositionelle Aktivisten gesehen, die in der Ewiner Hosseinich<sup>3</sup> versammelt waren.

Im Gespräch mit den Journalisten hätten sie über die Gerüchte zu den Folterpraktiken des Regimes gelacht und bestätigt, sie würden sich wie Studenten einer „politisch-ideologischen und ethischen Universität“ (Ewin) fühlen.<sup>4</sup>

A. Lagerwardi: „Auf dem Ewiner Gefängnishof haben sie alle Möglichkeiten zum Sporttreiben: Volleyball, Fußball, Tischtennis, Schwimmen... Sie leben unter so angenehmen Verhältnissen, daß viele, die draußen leben, gerne mit ihnen tauschen würden.“<sup>5</sup>

Wer waren die Gefangenen, die die ausländischen Journalisten gesehen hatten? Wovon spricht Lagerwardi?

Bei den Gefangenen handelt es sich um die „Tawabin“, d.h. um solche Gefangene, die durch physische und psychische Folter gebrochen und umgewandelt worden sind. Ihnen wurde ein öffentlicher Widerruf ihrer politischen und ideologischen Positionen aufgezwungen.

## „Tawabin“ – gebrochene Häftlinge

Mit der Versprechung sie nicht hinzurichten, nicht länger zu foltern oder gar freizulassen, werden die „Tawabin“ gezwungen, andere Gefangene zu bespitzeln, Häftlinge, die sich einem öffentlichen Widerruf widersetzen zu schlagen, sie nicht schlafen zu lassen. Und schließlich werden sie gezwungen, vor westlichen Journalisten<sup>6</sup> aufzutreten und die Existenz von Folter in den Kerkern des Regimes zu verneinen, sich als „Studenten“ der „Universität Ewin“ zu bezeichnen.<sup>7</sup>

In Wirklichkeit bilden die „Tawabin“ eine kleine Minderheit unter allen politischen Gefangenen, deren Zahl auf über 100.000 geschätzt wird.

Die Mehrheit der Häftlinge und Geiseln des iranischen Regimes haben ihre Positionen und Ansichten nicht widerrufen und leisten unter härtesten Bedingungen Widerstand.

Dazu einige Aussagen von führenden Persönlichkeiten der Islamischen Republik: „Wir wollen nur, daß ihr euer bestes selbst wählt. Es ist uns unangenehm (!!), euch hier zu behalten... Jeder Mensch kann in seinem Leben Fehler begehen. Traurig ist nur, daß er hartnäckig auf seinem Fehler besteht und sinnlosen Widerstand leistet.“<sup>8</sup>

„Wir hätten wirklich nie geglaubt, daß eines Tages sogar unsere eigenen Kinder sich gegen uns stellen... Wir wollen nichts anderes außer, daß ihr zu euch kommt und aufgibt.“<sup>9</sup>

„Drittens: Die Republik muß sehr sorgfältig mit dem Problem der Gefangenen umgehen. Wenn wir auch für einen Moment falsch handeln, dann können wir damit das Ergebnis von langwieriger Arbeit zunichte machen... Die Herren Verantwortlichen des Staates wissen schon selbst, was für Schläge wir von den „Tawabin“, die gar keine waren und die es uns nur vorgetäuscht hatten, erlitten haben. Auch wenn nur 10% von ihnen uns vorgetäuscht haben, bekehrt worden zu sein, müssen wir die Vorsichtsmaßnahmen bei allen erweitern, und nicht alles als bare Münze nehmen, was sie uns erzählen.“<sup>10</sup>

„Sie (die oppositionellen Organisationen) hoffen nur darauf, daß wir ihre Sympathisanten freilassen. Sie rechnen damit, daß ihre hochrangigen Mitglieder im Gefängnis die Sympathisanten bearbeiten und Kader für die Organisation außerhalb der Gefängnisse ausbilden...“<sup>11</sup>

„Diese Gruppen wollen, daß wir möglichst viele von ihnen inhaftieren, damit sie erstens mit so vielen Gefangenen immer einen Vorwand haben, um gegen uns Lügen zu verbreiten und unsere Rechtmäßigkeit in Frage zu stellen. Zweitens ... können sie die Familien der Gefangenen politisch indoktrinieren und ihr Vertrauen zu uns und zur Person des Führers (Khomeini; d. Red.) brechen.“<sup>12</sup>

„Die Beobachterkommission des Obersten Justizrates soll nur diejenigen Gefangenen freilassen, die draußen wirklich keine Gefahr für die Revolution (sprich für das Khomeini-Regime; d. Red.) hervorrufen.“<sup>13</sup>

„Wenn wir von Freiheit sprechen, wenn die großen Männer dieser Republik für Freiheit plädieren, dann bedeutet dies

nicht, daß wir jeden Konterrevolutionär (sprich: Gegner des Khomeini-Regimes; d. Red.) freilassen, damit er wieder unsere Leute auf der Straße erschießen kann... Wir haben solange gebraucht, um Ruhe zu schaffen, und jetzt träumen sie (die Opposition; d. Red.), diese Ruhe zu stören."<sup>14</sup>

Über den Widerstand der politischen Gefangenen in den Kerkern des Regimes ist bisher vergleichsweise wenig berichtet worden. Es ist aber in erster Linie dieser Widerstand, der den Repressionsapparat des Khomeini-Regimes zwingt, von solch unmenschlichen Methoden der Folter Gebrauch zu machen.

Der folgende Bericht eines politischen Gefangenen (sein Name kann aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden; d. Red.) wirft ein – wenn auch nur schwaches – Licht auf das Leben der inhaftierten iranischen Kameraden, auf ihren alltäglichen, aber auch einmaligen und spektakulären Widerstand.

#### Anmerkungen:

- 1) Ewin-Gefängnis: eine vom Schah-Regime gebaute und vom Khomeini-Regime „ausgebaute“ Folterstätte für Andersdenkende in der Islamischen Republik, im Nordwesten Teherans
- 2) Vgl. „Confessions“, publiziert vom Zentrum für islamische Agitation, Ghom, 1984
- 3) Hosseinnieh: Gefängnismoschee, in der Ewin-Häftlinge an obligatorischen politisch-ideologischen Veranstaltungen teilnehmen müssen
- 4) Vgl. Ettlá'át, Teheran, 12.7.1984
- 5) So Lagerwardi beim Teheraner Zentral-Freitagsgebet am 30.8.1984, zit. nach: Keyhán, Teheran, 31.8.1984
- 6) Vgl. z.B.: Peter Scholl-Latours Bericht aus dem Iran, Die Revolution dreht sich im Kreis, in: ZDF, 1.10.1984, 19.30 Uhr
- 7) Siehe: Gomhuri-e Eslámi, Teheran, 30.7.1984 (Gomhuri-e Eslámi ist das Zentralorgan der im Iran allein herrschenden Islamisch-Republikanischen Partei)
- 8) So Ayatollah Mussawi-e Ardebili, Vorsitzender des Obersten Justizrates der Islamischen Republik in seiner Rede vor Häftlingen des Gefängnisses von Täbris; zit. nach: Radio Teheran, 14.00-Uhr-Nachrichten, 24.4.1984
- 9) Ayatollah Mussawi-e Ardebili (s.o.) in: Gomhuri-e Eslámi, Teheran, 25.4.1984
- 10) Der Abgeordnete von Mas'ed-e Soleimán in seiner Rede vor dem Islamischen Parlament, zit. nach: Keyhán, 1.2.1984
- 11) Ayatollah Montazeri im Gespräch mit dem Generalstaatsanwalt der Islamischen Republik, zit. nach: Ettlá'át, 7.4.1984 „Großayatollah“ Montazeri gilt in der Islamischen Republik als der offiziell designierte Nachfolger Khomeinis. Vom Propagandaapparat als hochwürdiger islamischer Rechtsgelehrter (fagih-aligadr) tituliert, hält man ihn allgemein für einen Hofnarren, eine Marionette. Vgl. dazu: D. Ilzad, Khomeini und sein Strafgesetz, Barbarei oder Gerechtigkeit, Köln, Dezember 1984, S.11
- 12) Ebenda
- 13) Ayatollah Montazeri in: Keyhán, 5.3.1984
- 14) Ayatollah Mussawi-e Ardebili in: Gomhuri-e Eslámi, 5.5.1984

## Bericht eines politischen Gefangenen

# Die „Linientreuen“ bleiben standhaft



Frauen im Ewin-Gefängnis

Vom ersten Augenblick der Verhaftung an versuchen die Agenten den Willen des Häftlings zu brechen. Die Kraft jedes Gefangenen wird beim ersten Verhör auf die Probe gestellt.

Im vergangenen Winter hörte ich, daß Lagerwardi und Hadi Gaffarie selbst am ersten Verhör eines verantwortlichen Kadern der Volksfedajin (Mehrheit) ... teilgenommen haben. Sie wissen ganz genau, wenn jemand das erste Verhör standhaft hinter sich hat, dann hat er eine Menge an Erfahrung und Wissen gewonnen, was den weiteren Umgang mit ihm erschweren wird. Es ist außerordentlich wichtig, daß in den Gemeinschaftszellen Kameraden da sind, die die anderen, die noch jung sind oder etwas Angst haben, moralisch stärken.

Während in unserer Gemeinschaftszelle gerade ein „Geständnisfilm“<sup>1</sup> gezeigt wurde, gab ein Genosse andauernd zynische Kommentare dazu ab und wurde deshalb von den Wärtern zusammengeschlagen. Das Ergebnis war aber, daß die Filmvorführung nicht den erwünschten Effekt auf die Kameraden hatte.

Von Zeit zu Zeit stürmen die Pasdaran<sup>2</sup> die Gemeinschaftszellen und suchen nach Papier und Kugelschreibern. Bei

uns fanden sie einmal ein Blatt Papier mit einem Kampfgedicht. Niemand verriet den Kameraden, der es geschrieben hatte.

Als Revanche wurden alle Insassen der Gemeinschaftszelle ausgezogen und in den Hof, in die Kälte geschleppt. Danach kamen alle unter die kalte Dusche und anschließend vor einen Kühler... Aber das alles nützte nichts. Der Dichter wurde nicht verraten.

### Die „Gottlosensektion“

Neuerdings werden die „Unruhestifter“, d.h. diejenigen Kameraden, die sich weigern, an den religiösen Ritualen (Gemeinschaftsgebeten, Koranlesungen in der Hosseinich usw.) teilzunehmen, in Isolierhaft festgehalten.

Anfangs wurden sie im berühmten Saal Nr. 7 eingesperrt. Mittlerweile ist ihre Zahl so groß, daß man größere Räume für sie einrichten mußte. Unter den Häftlingen sind diese Kameraden als die „Linientreuen“ bekannt. Die Wärter bezeichnen diesen Teil des Gefängnisses als die „Gottlosensektion“.

Als im vergangenen Winter neun Mitglieder der Tudeh-Partei hingerichtet werden sollten, wurden sie 3 Stunden vor der Exekution in die Hosseinieh gebracht. Sie sollten 300 von den „Linientreuen“ Tudehis, Fedajin, Angehörigen anderer Organisationen und 700 „Tawabin“ (kollaborationswillige Gefangene; d. Red.) vorgeführt werden.

In ihren Reden wiesen die Todeskandidaten die Vorwürfe der Spionage<sup>3</sup> zurück und sagten alle, sie hätten für das Wohl des Volkes und für die Fortsetzung der Revolution gekämpft. Zum Schluß erhoben sie ihre Hände mit dem Siegeszeichen. Die „Linientreuen“ Häftlinge antworteten ihnen mit dem gleichen Zeichen.

### „Endgültiger Tod“ der Tudehis!

Nachdem die Todeskandidaten aus der Hosseinieh hinausgeführt worden waren, gab Lagerwardi den „Tawabin“ ein Zeichen und diese griffen die „Linientreuen“ an. Zuerst wollten sie, daß die „Linientreuen“ sich alle einzeln am Rederpult entschuldigen. Niemand reagierte darauf. Daraufhin zeigte Lagerwardi mit dem Finger auf einige Kameraden, die von den „Tawabin“ überfallen und zusammengeschlagen wurden.

Die „Linientreuen“ mußten dabei ganz ruhig bleiben und durften sich auf keinen Fall wehren. Lagerwardi wartete nur auf eine gewaltsame Reaktion der Kameraden... Danach würde er einige Dutzend unserer besten Kameraden und Genossen wegen Aufruhr und Verschwörung vor Gericht stellen und zum Tode verurteilen. Durch unsere Achtsamkeit scheiterte dieser — wie es sich später herausstellte — Plan Lagerwardis.

Bei der nächsten Versammlung in der Hosseinieh wurde die Nachricht von der Hinrichtung der Tudehis bekanntgegeben. Viele begannen laut zu weinen... Es herrschte eine Atmosphäre, in der sogar Lagerwardi für einige Minuten sprachlos blieb. Auch die „Tawabin“, die anschließend Tudeh-feindliche Parolen rufen mußten, taten dies nur leise.

In den iranischen Gefängnissen wird ein Häftling, insbesondere wenn er „linientreu“ bleibt, auch nach dem Verhör und wenn er gar keine organisatorisch verwertbaren Informationen besitzt, kaum in Ruhe gelassen. Deshalb kommt es darauf an, immer willensstark und „lebendig“ zu bleiben.

Ein verantwortungsbewußter Kamerad versucht außer sich auch die anderen mitgefangenen Kameraden zu ermutigen. Das primärste ist, daß jeder Kamerad sich einen Plan für seinen Tagesablauf zusammenstellt.

Wichtig ist außerdem, gegen die gefähr-

liche Methode des Gegners, der im Gefängnis Gerüchte und falsche Informationen über den einen oder den anderen inhaftierten Kameraden, über die politische Situation außerhalb des Gefängnisses verbreitet, anzukommen, indem man auf allen möglichen Wegen versucht, zuverlässige Informationen zu bekommen und damit die Kameraden zu ermutigen. Dazu ein Beispiel:

Als Lagerwardi und seine Komplizen in der Hosseinieh über den „endgültigen Tod der Tudeh-Partei“ und das „Ende des Kommunismus im Iran“ sprachen, hörten wir, daß der geheime Radio-Sender der Partei, „Die Stimme der Werktätigen Irans“, seine Arbeit aufgenommen hatte. Diese Nachricht genügte, um zum Entsetzen Lagerwardis unsere Kameraden aufzumuntern. Ich wiederhole: Es war nicht nur eine Freude allein unserer Genossen.

Zum anderen muß jeder Kamerad versuchen, Meldungen und Informationen über die Zustände in den Gefängnissen an die Außenwelt zu leiten. Dieser Bericht ist ein Beispiel dafür... Schließlich dürfen die Angehörigen verschiedener oppositioneller Organisationen nicht zulassen, daß das Regime ihre politischen und ideologischen Meinungsunterschiede

de untereinander mißbraucht und sie gegeneinander ausspielt.

Das Regime hat Regeln für das Leben der Gefangenen vorgeschrieben, die dazu führen, daß sie, auch wenn sie miteinander leben, allein sind.

In Ewin ist es strikt verboten, sich zu dritt zusammzusetzen und zu unterhalten. Gedichte, Lieder, Kugelschreiber, Papier, Gruppensport, laises Unterhalten sind ebenfalls verboten.

Im Gefängnis Karag<sup>4</sup> darf man vom Gefängnisladen nicht zusätzlich für andere Kameraden einkaufen. Zwiegespräche dürfen auf dem Gefängnishof nicht stattfinden... Wenn Kameraden zusammen auf dem Gefängnishof spazieren gehen, dann haben sie den Beweis dafür geliefert, daß sie kollektivistische Anschauungen vertreten!

Die Kameraden versuchen, wo immer es geht, die Verbote der Gefängnisleitungen zu mißachten. Normalerweise darf niemand Lagerwardi unterbrechen, wenn er spricht. Als er einmal in der Hosseinieh in einer Rede die Marxisten-Leninisten als die größten Schwerverbrecher in der Islamischen Republik bezeichnete, stand Genosse X auf und unterbrach ihn:

„Bevor ihr an die Macht gekommen seid,

## Appell zur Lage der politischen Gefangenen

Der Iran, unsere Heimat, durchläuft eine schreckliche Zeit. Die herrschenden Kreise im Iran haben alle Freiheiten und politischen Rechte in den Schmutz getreten und in unserer Heimat eine brutale Terrorherrschaft errichtet. (...)

Nachdem alle sozialen- und Bürgerrechte hinweggefegt worden sind, verhängt das islamische Regime gegen seine Widersacher prinzipiell die Todesstrafe. Um ihr despotisches Regime zu bewahren, errichten die herrschenden Kreise des Iran ständig neue Gefängnisse und Folterkammern. Heute sind Zehntausende der hervorragendsten Söhne und Töchter unseres Volkes im Gefängnis. Sie werden keines anderen Verbrechens beschuldigt als ihrer Loyalität zu ihrer Heimat und ihrem Volk, als ihrer Bemühungen, die Menschenrechte zu verteidigen und ihrer hohen Ideale, die mit den Interessen der Volksmassen übereinstimmen.

Die politischen Gefangenen im Iran sind aller Rechte beraubt. Die Staatsorgane erkennen keinerlei Schutzbestimmungen für sie an. Todesgefahr schwebt sogar über denjenigen, die von den Gerichten bereits zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Politische Gefangene können unter jedem Vorwand hingerichtet werden. Gefahr droht ihnen auch durch die Rachsucht ihrer Verfolger.

Politische Prozesse werden vor Gerichten durchgeführt, die keinerlei Recht außer der „Meinung der geistlichen Richter“ anerkennen, also derjenigen grausamen, fanatischen Eiferer, die vom Regime ernannt werden. Die Prozesse werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten. Die Angeklagten können keinen Verteidiger zu

Hilfe nehmen. Sie dürfen sich auch nicht selbst verteidigen.

In den Gefängnissen sind die Häftlinge moralischen und körperlichen Folterungen ausgesetzt, bei denen Methoden und Werkzeuge finsterster Jahrhunderte angewendet werden. Sie werden fast zu Tode gepeitscht, am Gebälk der Folterkammer aufgehängt, ihre Knochen werden gebrochen. Sie werden Tag und Nacht am Schlafen gehindert und sie werden als Versuchskaninchen für neue Foltermethoden mißbraucht.

Gefangene werden gezwungen, der Hinrichtung ihrer Kameraden beizuwohnen, und oft werden sie sogar gezwungen, selbst Hinrichtungen vorzunehmen. Die Gefängnisaufsicher inszenieren Schein-Hinrichtungen, um den Willen ihrer Opfer zu brechen. Insassen der Todeszellen müssen Blut spenden, Mädchen werden vergewaltigt. Die Gefangenen sind unter ständigem seelischen Druck. Sie sind von agents provocateurs des Systems umgeben.

Die Schergen des Regimes greifen zu Folterungen und Einschüchterungen, um ihre Opfer zu brechen und um sie zu zwingen, Verbrechen zu gestehen, die sie niemals begangen haben. Sie müssen im Fernsehen „Geständnisse“ ablegen, wodurch sie gedemütigt und ihr Kampf und ihre Dienste am Volk diskreditiert werden sollen. (...)

Wir appellieren an die gesamte fortschrittliche Menschheit, alles nur Mögliche zu unternehmen, um die Freilassung und Anerkennung der Menschenrechte der politischen Gefangenen im Iran zu erreichen. (...)

Verabschiedet vom Plenum des Zentralkomitees der Organisation der Volksfedajin des Iran (Mehrheit) im Oktober 1984

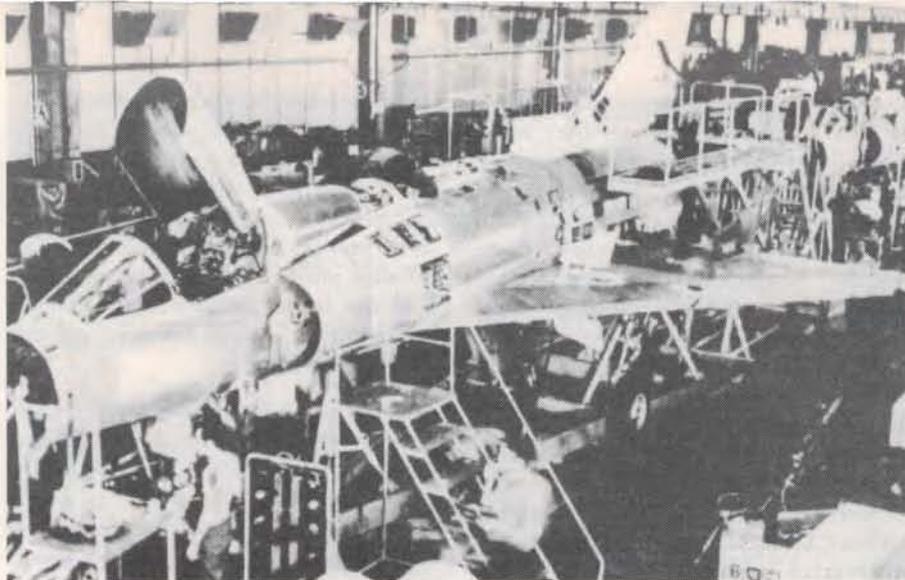
habt ihr so etwas nicht gesagt. Als Ayatollah Khomeini in Paris war, verkündete er, unter seiner Herrschaft könnten die Vertreter aller Anschauungen, auch die Kommunisten, frei leben und arbeiten." Lagerwardi war daraufhin wütend wie ein angeschossener Bär: „Erstens mußte das der Imam (Khomeini) damals in Paris sagen, denn er war ja dabei zu agitieren. Zweitens ... wer sagt denn, daß im Iran keine Meinungsfreiheit existiert? Ihr seid Kommunisten, also seid ihr es! Und ... wir meinen, die Kommunisten sollen verrecken ... also tun wir es!"

Genosse X war bereits im Jahre 1980 verhaftet worden; dem Urteil nach sollte er vor 1 Jahr freigelassen werden. Weil er aber „linientreu“ geblieben war, wurde er „bis auf weiteres“ in Haft gehalten. Die Wortkombination „bis auf weiteres“ steht immer in den Urteilen und Anträgen der Staatsanwaltschaft über die „linientreuen“ Kameraden. Daher werden sie im Spaß von den anderen als „Kamerad, bis auf weiteres“ bezeichnet. Eine wichtige und gefährliche Aufgabe fällt den Gemeinschaftszellensprechern zu. Ihre Aufgabe ist es, die Forderungen der Kameraden jeder Zelle an die Gefängnisleitung heranzutragen. Die Zellensprecher werden praktisch jeden Tag unter verschiedenen Vorwänden von den Wärtern geschlagen.

Bei den Wahlen der Gemeinschaftszellensprecher kommt heute schon eine Aktionseinheit unter den politischen Gefangenen aus unterschiedlichen politischen Richtungen wie den Volksmodjahedin, den Tudehis, den Volksfedajin und anderen demokratischen Organisationen zustande. Die Kameraden wünschen sich, daß diese Aktionseinheit auch „draußen“ unter progressiven politischen Organisationen zustande kommt.

#### Anmerkungen:

- 1) „Geständnisfilme“: Durch Folter gebrochene Häftlinge werden gezwungen vor der Kamera ihre Ansichten zu widerrufen, sich wegen Verbrechen zu bezichtigen, die sie nie begangen haben und schließlich, sich zu Khomeinis Islam zu bekennen. Video-Aufnahmen von solchen tragischen Szenen („Geständnisfilme“) werden anderen Häftlingen vorgeführt, um sie zu demoralisieren.
- 2) Pasdaran: Angehörige der Sepah-e Pasdaran-e Engelab-e Eslami „Armee der Wächter der Islamischen Revolution“, die heute mit etwa 400.000 Mann sowohl im Golfkrieg, als auch im Inneren des Landes gegen die eigene Bevölkerung wirkt.
- 3) Unter diesen neun Gefangenen befanden sich der Oberbefehlshaber der iranischen Marine, Kapitän zur See Bahram Afzali und die drei Frontkommandanten Oberst Attarian, Oberst Kabiri und Oberst Azarfah. Nach dem Verbot der Tudeh-Partei Irans und ihrer Festnahme im April 1983 war ihnen „Spionage für die Sowjetunion“ vorgeworfen worden.
- 4) Karag: eine Kreisstadt, 30 km westlich von Teheran entfernt.



Israelische Rüstungsindustrie: Produktionsstraße des Kampfflugzeugs Kfir

## Kamal Hamdan

# Die Militarisierung Israels

## Absichten und Konsequenzen

Zu einem Zeitpunkt, als man nach dem 2. Weltkrieg die strategische Bedeutung des Nahen Ostens erkannte, nach den wichtigsten Entdeckungen von Ölrésourcen und als die nationalen Bewegungen in den meisten Ländern dieser Region erheblich an Breite gewannen, u.a. in Syrien und Ägypten, entstand ein neuer Staat mitten im Herzen der arabischen Welt.

Der Staat Israel wurde künstlich geschaffen vom Großkapital und den internationalen Monopolverbänden, um die Interessen der kapitalistischen Länder zu garantieren und um u.U. jeden Prozeß revolutionärer Veränderungen in diesem strategischen Teil der Welt aufzuhalten.

### Ein abgekapseltes Land...

Mehr als 35 Jahre danach ist die Israel zugewiesene Rolle die gleiche geblieben: die imperialistische und zionistische Vorherrschaft über den gesamten arabischen Orient abzusichern. Israel trat zunehmend als Faktor ständiger Aggressionen und Überrüstung in dieser Region auf.

Israel ist eines der wenigen Länder der Welt, wahrscheinlich das einzige in der Region des Nahen Ostens, in dem den Sicherheitsfragen die gesamte Gesellschaft unterworfen ist: die Funktionsweise der Wirtschaft, die Arbeitsteilung, die sozialen Strukturen, die Lebensweise, die Ideologie usw. Mit anderen Wor-

ten: Israel ist kein Land, das im Ernstfall auf Kriegswirtschaft umstellt, sondern vielmehr ein Land, dessen Wirtschaft ständig im Dienst des Krieges steht.

Das bedeutet, daß Israel die Entwicklung und Struktur seiner Produktivkräfte in Raum und Zeit in erster Linie den Erfordernissen seiner Sicherheit anpaßt, viel mehr als im Blick auf die – private oder staatliche – wirtschaftliche Rentabilität und die Notwendigkeit des sozialen Fortschritts. Aus dieser widersprüchlichen Situation ergeben sich strukturelle Spannungen, die zu anderen, nicht weniger wichtigen Spannungen hinzukommen:

Tatsächlich steht Israel vor unüberwindbaren Hindernissen, da es eine „Kleine Nation“ ist. In ähnlichen Nationen ist die Entwicklung der Produktivkräfte und der korporativ strukturierten Wirtschaft natürlicherweise beschränkt durch die Begrenztheit der geographischen Beschaffenheit des Landes. Weiterhin ist Israel aufgrund seines Wirtschafts- und Lebensraumes isoliert. Es stellt eher ein in sich geschlossenes Land dar, wo es fast unmöglich erscheint, die wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten in die Praxis umzusetzen, die den Austausch und die Spezialisierung mit den benachbarten Ländern bestimmen könnte.

In diesem Zusammenhang taucht eine grundlegende Frage auf: Wie kann eine „Kleine Nation“, abgeschnitten von ihrem Lebensraum und ohne natürliche

Ressourcen auf unbestimmte Zeit überleben?

Israel setzt seinen Vorherrschaftsplänen kein Ende und ist weit davon entfernt sich ernsthaft um eine mögliche politische Lösung des Problems des Nahen Ostens zu bemühen, indem es eine „Sicherheitszone“ im Libanon aufrechterhält und ein Interventionsrecht beansprucht, indem es ausdrücklich das Recht des palästinensischen Volkes nicht anerkennt, über sein Schicksal selber zu entscheiden und einen unabhängigen Staat zu errichten...

Anstelle all dessen ließ sich Israel, gestützt auf die imperialistischen und vor allem amerikanischen Kreise, auf den Weg der fortschreitenden und sich verschärfenden Militarisierung auf allen Ebenen und in allen Bereichen ein, so daß die Tendenz zur Aufrüstung der Haupthebel seiner Ökonomie wurde. Es ist nicht mehr möglich für diese Wirtschaft, sich aus der Militarisierung herauszuhalten.

Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß diese Militarisierung trotz der rasanten Entwicklung im menschlichen und technologischen Bereich nur die internen Widersprüche im Land verschärft hat und somit die ganze Gesellschaft in einen „circulus viciosus“ (Teufelskreis; d. Red.) oder eine Flucht nach vorn geführt hat.

### ...wählte die Flucht nach vorn

Es ist aufschlußreich, sich die verschiedenen Höhepunkte der Militarisierung in Israel nach seiner Gründung 1948 in Erinnerung zu rufen. So kann man drei Hauptphasen<sup>1</sup> unterscheiden, die jedesmal durch eine Überbetonung der Tendenz zur Militarisierung und damit zur Aggression gekennzeichnet sind.

Die erste Phase geht von 1949-66. In dieser Zeit stiegen die Militärausgaben<sup>2</sup> pro Jahr um durchschnittlich 15,8%, mit einem Spitzenwert während des Jahres 1956, als Israel, Großbritannien und Frankreich einen Krieg gegen Ägypten entfesselten.

Nachdem die Militärausgaben im Zeitraum von 1949-55 pro Jahr um 2,2% zunahmen, stiegen sie 1956 sprunghaft um 100% (in absoluten Zahlen). Im Zeitraum 1957-66 erhöhten sie sich fast stetig um 15% pro Jahr. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gingen die Militärausgaben in diesem Zeitraum nie über 8% hinaus, außer 1966, als sie 10% erreichten (gemäß dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI).

Demnach kann man feststellen, daß diese Phase dadurch gekennzeichnet war, daß Israel sein Interesse vor allem auf zwei militärische Bereiche, die Artillerie und die Luftwaffe, konzentrierte, was

auf den Ansatz eines offensiven Kurses, vor allem ab 1960, hindeutet.

Die zweite Phase umfaßt den Zeitraum von 1967-72. In dieser Etappe hat der Krieg von Juni 1967 offensichtlich einen Wendepunkt in der Militarisierung der israelischen Gesellschaft gekennzeichnet, obwohl die Militärausgaben in diesem 1 Jahr absolut um 54% stiegen.

Nachdem dieser 2. Sprung (der erste war im Jahr 1956) verwunden war, gingen die Militärausgaben gleichmäßig auf nahezu 15% jährlich zurück. Gemessen am BIP waren die Militärausgaben in der zweiten Phase im Durchschnitt doppelt so hoch wie in der ersten, und betragen 1972 20%.

### Der Militär-Industrie-Komplex

Davon ausgehend, kann man mehrere Merkmale dieser Etappe verzeichnen:

Es vollzogen sich wichtige Veränderungen hinsichtlich der Bezugsquellen Israels von militärischem Material: die USA traten an die Stelle Frankreichs als Hauptlieferant. 1968 erhält Israel zum ersten Mal amerikanische Phantom-Bomber, außerdem beträchtliche Mengen konventioneller und hochentwickelter Waffen.

Dennoch liegt das wichtigste Phänomen in der außerordentlichen Beschleunigung der israelischen Rüstungsindustrie mit der Entwicklung des Panzers Merkava und des Flugzeugs Kfir. 10 israelische Unternehmen, die mit den westlichen Konzernen und Monopolen eng verbunden und verflochten sind, und über die französische, bundesdeutsche und in jüngster Zeit auch die amerikanische Technologie verfügen, übernehmen 95% der gesamten industriellen Rüstungsproduktion und stellen annähernd 93% aller in diesem Bereich arbeitenden qualifizierten Arbeitskräfte an (u.a. TADIRAN, Motorola, MONSANTO, ALFA electronics, control DATA elec-

tronics, General tire Rubber).<sup>3</sup>

Man muß besonders hervorheben, daß die Entwicklung des israelischen Militär-Industrie-Komplexes (MIK) diesem erlaubte, eines der wichtigsten Organe zu werden, in denen die politischen Entscheidungen des Landes getroffen werden. So entwickelt sich ein Monopolkapitalismus, in dem sich das israelische staatliche und private Kapital mit dem internationalen, insbesondere dem amerikanischen Großkapital in einem Industriekomplex zusammenschloß, deren erster und manchmal einziger Kunde die israelische Armee ist.

Man muß nicht besonders betonen, daß sich mit der Entwicklung dieser Industrie und ihrer zunehmenden Integration in die Wirtschaft und den Export des Landes die Einflußnahme des Militärs auf das politische Leben steigert. (Der israelische Rüstungsexport wird auf 1 Mrd Dollar geschätzt, während die Aktiva in der Rüstungsindustrie 20% der gesamten arbeitenden Bevölkerung Israels betragen.)

In dieser Etappe war der Aufbau der israelischen Streitkräfte intensiver als der in den arabischen Nachbarländern Israels. Zum Beispiel stieg der Anteil der ägyptischen Militärausgaben, gemessen am BIP, von ca. 6% 1954 auf ca. 18%. Doch wenn man das BIP beider Länder vergleicht, stellt man eine deutliche Erholung des BIP Israels fest: von 40% des ägyptischen BIP 1954 stieg es auf 60% 1963 und 1972 auf nahezu 90%<sup>4</sup>.

Die dritte Phase setzt 1973 ein, als die Militarisierung in Israel abgeschlossen wurde (nach dem Oktoberkrieg). Durch den Krieg vom 6. Oktober 1973 wurden die israelischen Führer zum Versuch ermuntert, ihre Vorherrschafts- und Überlegenheitsbestrebungen durchzusetzen. Sie gingen zu einer Politik militärischer Gewaltanwendung über, was zu einer übermäßigen Rüstung führte.

Diese Vorherrschaftsbestrebungen widerspiegeln sich deutlich in der funktio-

Rüstung zwingt zum Sozialabbau: Proteste gegen Austeritätsmaßnahmen im Juli d. J.



nellen Verteilung des israelischen Militärbudgets. 50% der gesamten Militärausgaben sind der Forschung und Rüstung vorbehalten, während die laufenden Kosten nicht einmal ein Drittel betragen (im Gegensatz zu den Militärbudgets der meisten anderen Länder).<sup>5</sup> Die Militärausgaben der drei benachbarten Länder (Syrien, Ägypten, Jordanien) waren 1954 dreimal und 1963 doppelt so hoch wie in Israel, betrug 1972 35% und 1979 nur 25%.<sup>6</sup>

Auf der anderen Seite maß Israel von Mitte 1970 an seine militärische Überlegenheit nicht mehr nur an den arabischen Nachbarländern, sondern an der Gesamtheit der arabischen Staaten, Saudi Arabien inbegriffen. Das „General Accounting Office“ (vom 24.6.1983) hebt hervor, daß, wenn die USA Waffen an eines der arabischen Länder verkauften, meist parallel unter dem Deckmantel der Hilfe oder Spenden Verkäufe an Israel getätigt wurden und werden. Die Weltbank deckt in einer Studie über Militärausgaben (von 1979) in der Welt<sup>7</sup> auf, daß Israel mit fast 30% des BIP gegenüber Syrien mit 14% des BIP und Jordanien mit 14,2% des BIP an der Spitze der Liste von über 125 Ländern steht. Der IMF schätzt seinerseits auch einen durchschnittlichen Prozentsatz von 30% des BIP in Israel in der Zeit von 1977-80, entgegen den israelischen staatlichen Statistiken, die nur 23,6% angeben.

Anhand dieser Zahlen wird deutlich, daß die Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens (mit Ägypten und den USA 1978; d. Red.) nicht zu einem stärkeren Rückgang der israelischen Militärausgaben geführt hat, was vom israelischen Standpunkt aus das wahre Ziel und die Grenzen dieses Abkommens zeigt: Weit davon entfernt, eine ernsthafte Etappe des Friedens einzuleiten, widerspiegelt das Camp-David-Abkommen vielmehr die Expansions- und Hegemoniebestrebungen des hebräischen Staates und der imperialistischen Kreise.

Dies bestätigt sich überdies in den ungeheuren Summen, die für den Rüstungsplan der nächsten Jahre vorgesehen sind, für den bestimmte Wirtschaftsexperten die jährlichen Wirtschaftsausgaben auf ca. 8 Mrd Dollar (bei konstanten Preisen) veranschlagen.

Man muß in diesem Zusammenhang bemerken, daß sich alle bis jetzt genannten Zahlen und Prozentsätze nur auf die unmittelbaren Militärausgaben beziehen. In dem man sich im weitesten Sinne auf die Konzeption der Militärausgaben stützt, die vom IMF getragen wird, und die außer den unmittelbaren Ausgaben die mittelbaren Ausgaben umfassen (nichtstaatlicher Verbrauch im Bereich der Sicherheit, der Versicherung, Wohnung, der Kriegsbeschädigten, „Lastenausgleich“, Löhne der Reservisten usw.)

sowie die Ausgaben für die Besiedlung in den besetzten arabischen Gebieten (600 Mio Dollar 1983), stiegen in diesem Fall zuverlässigen Schätzungen zufolge die Militärausgaben um ca. 15%.

Darüber hinaus muß man die Nebenkosten, die sich aus den Militärausgaben ableiten lassen, erwähnen (d.h. die Verluste in der zivilen Produktion, da wirtschaftliche Ressourcen in die Rüstungsproduktion investiert werden). Ausgehend von einem einfachen wirtschaftlichen Modell des Typs Harod-Domar schätzten israelische Wirtschaftsexperten, daß die „Normalisierung“ der israelischen Militärausgaben gemessen am BIP eine Steigerung von 50% seiner BIP-Wachstumsrate hervorrufen würde.<sup>8</sup>

Das Phänomen der Militarisierung und Aufrüstung in Israel ist keine rein israelische Angelegenheit. Es ist integraler Bestandteil der imperialistischen, besonders der amerikanischen Strategie im Nahen Osten.

Ohne die Vereinigten Staaten hätte Israel sicher nicht einen solchen gewaltigen Militärapparat aufstellen können, der eine Speerspitze und eine entwickelte Streitkraft im Dienst der strategischen Pläne des Pentagon ist.

Der US-amerikanische Anteil an der Militarisierung Israels wird in mehreren Ebenen und Bereichen deutlich:

Das israelische Militärbudget ist in zwei Bereiche unterteilt, in das Budget für die Binnenwirtschaft und in das Budget für den Import von Material und militärischen Ausrüstungen. Das erste deckt voll die Kosten des mit dem israelischen MİK abgeschlossenen Vertrags, während das zweite fast ausschließlich von den USA finanziert wird und für den Kauf amerikanischer Waffen bestimmt ist.

Bezeichnenderweise ist festzustellen, daß der Anteil der lokalen Militärausgaben (das 1. Budget) an den Gesamtausgaben ständig sank<sup>9</sup>, von 70% zu Ende der 60er Jahre auf durchschnittlich 55% zu Beginn der 70er Jahre und schließlich nach dem Oktoberkrieg 1973 auf 50%. Diese Tendenz verdeutlicht die verstärkte Abhängigkeit Israels vom Ausland, insbesondere von den USA hinsichtlich der Finanzierung der Aufrüstung.

Wenn man weiß, daß ein Drittel der inneren Militärausgaben aus Behältern und Kapitaltransfers besteht, kann man feststellen, daß die israelische Militärindustrie nur ungefähr 30-35% des militärischen Materials liefert und daß folglich die Hauptversorgung des Landes aufgrund von Waffenimporten erfolgt. Waffen werden hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten, seit 1967 das Rückgrat der israelischen Aufrüstung, importiert. Die von den USA gegenüber Israel praktizierte Entwicklungshilfepolitik zeigt, wie sich der „amerikanische Faktor“ in



US-Rüstungshilfe an Israel: Kampfflugzeug F 16

dem Prozeß der Militarisierung der israelischen Gesellschaft<sup>10</sup> entwickelte.

Die Summe der militärischen Hilfe der USA war zwischen 1953 und 1961 äußerst gering (weniger als 1 Mio Dollar), während die Wirtschaftshilfe relativ hoch war (409 Mio Dollar). Von 1962-70 stieg die Militärhilfe ständig, doch überschritt sie selten 100 Mio Dollar. 1971 war die Militärhilfe höher als die Wirtschaftshilfe.

Kurz nach dem Krieg von 1973 erhielt Israel von den USA 2,5 Mrd Dollar für die Neuausrüstung der israelischen Armee. Nach dem Oktoberkrieg 1973 betrug die Militärhilfe fast 70% der gesamten amerikanischen Zuschüsse an Israel. Die ständige Steigerung der Prozentsätze der Militärhilfe beleuchten den Charakter der Rolle und der Funktionen, die Israel im Rahmen der imperialistischen und u.a. der amerikanischen Gesamtstrategie in dieser Region übernehmen muß.

Interessant ist der Tatbestand, daß die Gesamtsumme der amerikanischen finanziellen Unterstützung zwischen 1948 und 1982, geschätzt auf 24 Mrd Dollar (davon – nach GAO – allein 16

Israelischer Panzer Merkawa beim Einsatz im Libanon 1982





Mrd Dollar für militärische Zwecke), ungefähr so hoch ist wie die Summe, die die USA für den Marshallplan in Europa (von 1948; d. Red.) vorgesehen hatten. Interessant ist auch, daß die US-Hilfe für Israel der bedeutendste Posten des Auslandsstransfers ist und immer weiter ansteigt, während der Prozentsatz der Zuschüsse der amerikanischen Juden und der deutschen Wiedergutmachung für Israel ständig sinkt.

Abschließend stellen wir fest, daß die US-Militärhilfe für Israel mit dem Kauf amerikanischer Ausrüstungen und amerikanischen Materials verbunden ist. Der US-Wirtschaftsexperte Thomas Stoffer gibt an, daß 40-50% der Kosten der importierten Güter automatisch als Schenkung an Israel gehen, der Rest ist begünstigt durch Zahlungserleichterungen (niedrige Zinsraten, Laufzeit bis zu 30 Jahren und mehr usw.). Zuverlässige israelische Wirtschaftsexperten geben an, daß 2/3 der militärischen Hilfe geschenkt werden (so der Wirtschaftsexperte Benhas Zusman), während andere, u.a. Haim Berkai, bewiesen haben, daß die Schenkungen völlig die israelischen Rüstungsexporte aus den USA decken, vor allem seit 1976.

Aus einer jüngsten Analyse, die durchschnittliche Schätzungen zur Grundlage nimmt, kann man leicht ersehen, daß die offizielle amerikanische Hilfe, auch hier der größte Teil Schenkungen, 40% des gesamten Militärbudgets bestreitet.

Das Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) bezeichnet den Krieg Israels im Libanon als einen wahrhaftigen Krieg von den Ausmaßen und den menschlichen Verlusten, die er verursacht hat, her gesehen. Die Kosten dieses Kriegs für Israel werden auf ca. 1,2-1,5 Mrd Dollar bereits in den ersten beiden Wochen veranschlagt, dann auf ca. 1,7 Mio Dollar pro Tag der weiter andauernden Okkupation. Die Gesamtkosten stiegen bis Ende 1984 auf ungefähr 3 Mrd Dollar.<sup>12</sup>

Drei wesentliche Schlußfolgerungen ergeben sich aus diesem Krieg:

Eine der Hauptkonsequenzen ist die Vertiefung der Beziehungen zwischen Israel und den USA, nachdem Israel sich in seiner Rolle als „Speerspitze“ der US-Strategie in der Region bewiesen hatte. Diese Vertiefung schlägt sich nieder im 9-Punkte-Programm, das im Abkommen Schamir-Reagan vom November 1983 enthalten ist. Es erneuert das strategische Bündnisprojekt zwischen beiden Ländern. Die USA haben ihrerseits weiterhin Israel ihre Technologie und ihre Kredite zukommen lassen, wodurch Israel in die Lage versetzt wurde, sophisticatede Waffen zu produzieren (Beschleunigung des Projekts der Fabrikation des Flugzeugs „Lavi“, Ausrüstung des Flugzeugs „Kfeir“ mit einem Motor von General Electric und Triebwerken „Gabriel“ usw.).

Zwischen den USA und Israel vertieft sich der Zusammenschluß der beiderseitigen militärischen Institutionen, u.a. nach der Aggression gegen den Libanon, so daß die beiden Institutionen sich zu einer zusammenschließen: Die USA liefern Israel die höchstentwickelten Ausrüstungen und dafür liefern die Israelis Angaben von Experimenten mit amerikanischen Waffen und schlagen manchmal Veränderungen vor.

Die zweite Hauptkonsequenz des Kriegs ist die Verschärfung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes. Niemals saß Israel in einer so tiefen Krise wie heute, die sich außerdem zunehmend zur allgemeinen Krise ausweitet. Zum ersten Mal gerät die Zukunft des „israelischen Plans“ in der Region ins Schwanken.

Diese Krise ist in der Tat die Krise der strategischen Option dieses Landes: Wie kann Israel unbegrenzt im Rahmen der Unterstützungen die ständig steigenden Militärausgaben (in bezug auf das BIP) mit dem Wunsch in Einklang bringen, einen relativ hohen Lebensstandard beizubehalten, verglichen mit den Produktions- und Finanzkapazitäten des Landes?

Der Anteil der Militärausgaben am BIP ist im vergangenen Jahrzehnt von 20 auf 30% gestiegen. Gleichzeitig stiegen bei festen Preisen der Lohnindex um 30% und die Sozialleistungen um 300%.<sup>13</sup>

Dennoch wurde diese Stärkung der Kaufkraft von einer großen sozialen Ungleichheit begleitet. Die jüngsten Statistiken weisen aus, daß 520.000 Israelis unter dem Existenzminimum leben (nach den Angaben des CNSS); 6 Jahre davor waren es um die Hälfte weniger. Ebenso betrug der Mindestlohn vor 10 Jahren 45% des Durchschnittslohns und 1983 nur noch 25%.

Die Entschlossenheit der israelischen Führer, diesen fortschreitenden Prozeß aufzuhalten, hat ihr Ende gefunden, als das Land in eine in seiner Geschichte

noch nie dagewesene Inflation und soziale Notlage geriet. Und Israel ist nicht fähig, ihn kurz- oder mittelfristig zu beseitigen.<sup>14</sup>

Die dritte Konsequenz ist die wichtigste und bezeichnendste: Es ist die Entwicklung von bewaffneten Operationen gegen die israelischen Truppen in den besetzten libanesischen Gebieten, die von der Libanesischen Nationalen Widerstandsfront angeführt werden.

Israel hatte noch nie in seinen klassischen Kriegen gegen die arabischen Länder so viele militärische und politische Schwierigkeiten wie gegenwärtig im Libanon. Dies ist ein Krieg neuen Typs, ein Krieg, in dem sich das ganze Volk in den besetzten Gebieten, besonders im Südlibanon, aktiv am Widerstand in allen seinen Formen, bewaffnet, politisch, wirtschaftlich, psychologisch usw. beteiligte.

Für uns libanesische und arabische Fortschrittskräfte ist dies eine Erfahrung neuer Qualität. Und es ist auch notwendig, daraus die entsprechenden Lehren zu ziehen.<sup>15</sup>

#### Anmerkungen:

- 1) Yola Batal, *Dépenses militaires en Israel durant 35 ans* (auf arabisch), Institut d'études palestiniennes, Beirut 1984, S. 6-16
- 2) Die Raten und Prozentsätze sind Auszüge aus den Berichten des International Institute for strategic studies (IISS), London
- 3) Siehe: Fouad Mursi, *L'économie Politique d'Israel* (auf arabisch), Edition DAR AL WAHDA, Beirut 1983, S. 115-130
- 4) Y. Batal, *Dépenses militaires...*, a.a.O., S. 11
- 5) Paul Rivilin, *The burden of Israel's defense*, *Survival*, Juli-August 1978, S. 146-147
- 6) A. Shiffer, *Sécurité et Economie: Israel en face des pays limitrophes*, teilweise übersetzt in: *Bulletin de l'institut d'Etudes palestiniennes*, 2. Jahr, Nr. 2, Februar 1981, S. 98-108
- 7) Maariv, 26/831982 (Archiv des Institut d'Etudes palestiniennes)
- 8) Y. Batal, *Dépenses militaires...*, a.a.O., S. 32-35
- 9) Die Angaben bezüglich des Budgets sind verschiedenen Berichten der Bank Israel entnommen.
- 10) Über die Politik der Hilfe siehe: Thomas Stoffer, *L'aide américaine à Israel: le bien vital*, *Papier de l'Institut d'études palestiniennes*, Nr. 21
- 11) Ebenda
- 12) Basierend auf amerikanischen Schätzungen: United States, General Accounting Office 1983, S. 14ff. sowie israelischen Schätzungen: Drouar Sharbit, *Combien coûte l'occupation du Liban par l'armée israélienne*, *Davar*, 23.1.1984; Y. Batal, *Dépenses militaires...*, a.a.O., S.17
- 13) Kamal Hamdan, *Les implications économiques de l'agression israélienne* (auf arabisch – eine Untersuchung, die auf dem 1. Kongreß der Sammlungsbewegung der kulturellen Organisationen zur Unterstützung der Befreiung des Südlibanon, 30./31.3.1984 vorgelegt wurde
- 14) Ebenda
- 15) Siehe ausführlich: AIB-Sonderheft 2/1985, S. IV-X

Georg Diederichs

# „Testet die Bombe in Frankreich!“



Atomtest auf Mururoa; bis 1975 fanden sie in der Atmosphäre statt

Im Jahre 1842 machten die Franzosen die polynesischen Inseln zu ihrer Kolonie, indem sie die Häuptlinge der Insel Tahiti mittels Bombendrohungen dazu zwangen, die französische Souveränität anzuerkennen.

Die Bombendrohungen von damals verblissen jedoch heute angesichts der Tatsache, daß die Polynesier mit der Bombe leben müssen: Seit 1966 mißbraucht Frankreich „sein“ Übersee-Territorium im Südpazifik dazu, Atomwaffentests durchzuführen.

„Hurra für Frankreich. Seit diesem Morgen ist es stolzer und stärker denn je“, hatte Staatspräsident de Gaulle am 13. Februar 1960 nach dem ersten französischen Atombombenversuch, damals noch in den Wüstengebieten Algeriens, begeistert ausgerufen.

Doch die Hurras verebten schnell, als die afrikanischen Nachbarländer protestierten und Algerien nach Erlangung der Unabhängigkeit die französischen Militärbasen schloß. De Gaulle schickte daraufhin seinen General Thiry nach Französisch-Polynesien, angeblich, um einen geeigneten Platz für den Bau eines Flughafens auszukundschaften. In Wahrheit sollte er jedoch das Terrain für ein neues Testgelände sondieren.

Im Jahre 1963, zu einem Zeitpunkt als die USA, die UdSSR und Großbritannien einen Vertrag unterschrieben, in dem sie sich verpflichteten, alle Atomwaffentests in der Atmosphäre zu unterlassen, ließ de Gaulle schließlich die

Atombombe auf die polynesischen Inseln bringen.

Im selben Jahr wurde auf Tahiti das „Centre d'Expérimentation du Pacifique“ (Testzentrum des Pazifik, CEP) eingeweiht. Dieses Ereignis zog die Ankunft von ca. 15.000 Franzosen nach sich. Es kamen Techniker, Militärs und Hilfspersonal, dazu ein Kontingent französischer Fremdenlegionäre.

Militärexperten wählten die beiden unbewohnten Atolle Mururoa und Fangataufa (etwa 1.200 km südlich von Tahiti) als die für Atomwaffentests am besten geeigneten Plätze aus. Die Einrichtung der Testgelände begann 1964 damit, daß Fremdenlegionäre die beiden Inseln besetzten. Am 2. Juli 1966

Französischer Atomwaffenträger: Kurzstreckenrakete Pluton



zündete Frankreich die erste Atombombe im Pazifik. Seither werden die Tests ununterbrochen fortgesetzt, bis heute über 100.

Die verstärkte Opposition der Polynesier, anderer Pazifikstaaten und der australischen und neuseeländischen Gewerkschaften, die den Transport französischer Waren verweigerten, sowie die Entsendung von Protestbooten (z.B. Greenpeace III) in die Gefahrenzone veranlaßten Frankreich schließlich, von 1975 an seine Atomwaffentests unterirdisch durchzuführen.

Während die zwischen 1966 und 1975 durchgeführten 41 Atomtests in der Atmosphäre der Entwicklung einer französischen Wasserstoffbombe dienten, die de Gaulle 1968 als einen „großartigen wissenschaftlichen, technischen und industriellen Erfolg für die Sicherheit und Unabhängigkeit Frankreichs“ pries, dienten die darauffolgenden unterirdischen Tests vor allem der Entwicklung taktischer Atomwaffen, wie sie z.B. für die Ausrüstung der französische Atom-U-Boote gebraucht werden. Bereits Anfang der 60er Jahre begann Frankreich ein eigenes militärisches und ziviles Atompotential zu entwickeln.

Einmal – so die offizielle Begründung –, um freie Hand in der Außenpolitik zu behalten, und zum anderen, um sich eine wettbewerbsfähige, von den USA unabhängige Struktur im Technologiesektor zu schaffen. Dies hatte zur Folge, daß Mitte der 70er Jahre ein immer größerer Teil der technologischen Basis direkt oder indirekt an die militärische und zivile Atomindustrie angebunden war.

## „Atom-Lobby“ setzt sich durch

Ende der 70er Jahre flossen bereits mehr als die Hälfte der öffentlichen Forschungsinvestitionen in die Hochtechnologisektoren Atomenergie und Waffenentwicklung. Staat, Militärs und Privatwirtschaft entwickelten ein immer größeres Interesse an der Produktion von atomaren Waffen und Kraftwerken und den dazugehörigen Technologien.

Es entstand eine regelrechte „Atom-Lobby“, die auch den im Mai 1981

zum Staatspräsidenten gewählten Sozialisten François Mitterrand schließlich dazu zwang, seine bisherigen Positionen in dieser Frage aufzugeben. 1965 hatte Mitterrand noch erklärt: „Wie könnte ich, ein entschiedener Gegner der atomaren 'Force de frappe' (französische Atomstreitmacht; d. Red.), von den berechtigten Ängsten einer Bevölkerung unberührt bleiben, deren Verbindung mit Frankreich belohnt wird, daß man ihr Land für Atombombenversuche benutzt, über die weit weg von ihrer Heimat entschieden wird?“

Doch 1982 klang es bei Mitterrand ganz anders: „Frankreich muß über Möglichkeiten einer nuklearen Abschreckung verfügen. Ich werde diese Aufgabe weiterverfolgen, egal, welche Nachteile eine solche Politik mit sich bringen wird.“

### Tahiti im „goldenen Zeitalter“

Bereits 3 Monate nach dem Amtsantritt Mitterrands wurden in Französisch-Polynesien die Atomwaffentests weitergeführt. 1980 ließ die Regierung Mitterrand sogar die erste Neutronenbombe in diesem Gebiet testen.

Die heute unter vielen Polynesiern herrschende Wut und Unzufriedenheit richtet sich gegen die Spuren, die die Atom-



Testgelände Mururoa

bombe in allen Bereichen der polynesischen Gesellschaft hinterlassen hat.

So auch in der Wirtschaft des Landes: Seit 1963 haben sich alle wirtschaftlichen Aktivitäten auf die massiven Subventionen hinorientiert, die von Frankreich nach Polynesien gepumpt wurden, um das Atomprogramm zu finanzieren. 1962 machte der französische Anteil an der lokalen Wirtschaft 17% des polynesischen Bruttosozialprodukts aus, 1977 betrug der Anteil schon 65%.

Allein das Testzentrum CEP schuf in diesem Jahr 41% des Nationaleinkommens. Der Tourismus trug 20% und die anderen lokalen Aktivitäten nur 15% zum Sozialprodukt bei. Der Beitrag der Landwirtschaft und der früher wichtigsten Exportbranche, der Phosphatge-

winnung, waren verschwindend gering geworden.

Abgesehen vom Tourismus ist heute — so makaber das klingen mag — die Atombombe die einzige „lebensfähige Industrie“ Französisch-Polynesiens. Die bewußte Zerstörung der traditionellen Wirtschaftsstruktur hat die Wirtschaft des Landes vollständig von französischen Importen abhängig gemacht.

Zwar sind die Einkommen vieler Polynesiener durch die beispiellose öffentliche Ausgabenpolitik der Franzosen in den letzten Jahren stark gestiegen. Doch daß das hohe Einkommen und der gestiegene Konsumstandard die Funktion eines Betäubungsmittels hat, wird durch die 1979 gemachte Äußerung des französischen Hochkommissars für Polynesien, Paul Cousserau, nur allzu

## Ziele der Unabhängigkeitspartei „la Mana Te Nunaa“

la Mana Te Nunaa bedeutet soviel, wie „laßt das Volk die Macht ergreifen“.

Die Partei wurde 1975 gegründet und versteht sich als eine sozialistische Partei, die allerdings unabhängig von der französischen sozialistischen Partei ist. Die wichtigsten Forderungen sind momentan die sofortige Einstellung der Atombombenversuche und die Unabhängigkeit Französisch-Polynesiens. Unabhängigkeit bedeutet für sie Selbstbestimmung unter Einbeziehung der polynesischen Kultur und auch ihrer Prinzipien des gemeinsamen Besitzes des Dorfes (so wie er auch jetzt noch auf einigen Inseln Französisch-Polynesiens besteht).

Kultur der Maoris, darunter verstehen sie zuerst einmal die Förderung der tahitischen Sprache. Ein Problem ergibt sich aber daraus, daß auf den einzelnen Inseln Französisch-Polynesiens sehr unterschiedliche Sprachen existieren. Die tahitische Sprache soll auch in der Territorialversammlung gesprochen werden. Aus dem totalen Mißerfolg des französischen Schulsystems müssen Lehren gezogen werden, und so wurde ein umfangreiches Schulprogramm entwickelt, das auf der Kultur und Gesellschaft der Maoris beruht. (...)

Im wirtschaftlichen Bereich soll die eigene Produktion verstärkt werden, die Importe

von Konsumgütern sollen eingeschränkt werden. Die Lebensmittelproduktion soll vor allen Dingen intensiviert werden und tropische Lebensmittel und Blumen sollen nach Ostasien exportiert werden. Der Fischfang soll verstärkt werden und nicht mehr japanischen, koreanischen und so-

wjetischen Fangflotten überlassen werden. Der Tourismus soll nur in dem Maße beibehalten und ausgebaut werden, in dem er gewährleistet, daß die Touristen auch wirklich mit Tahitern zusammentreffen und polynesischen Realität kennenlernen können. Einkommenssteuer, Vermögenssteuer und Grundsteuer sollen eingeführt werden. Besonderes Ziel soll die Hebung des Lebensstandards der am stärksten wirtschaftlich Benachteiligten sein.

Umfangreiche Gesetzesinitiativen im Bereich der Umweltpolitik, der Gesundheitspolitik, des Wohnungsbaus und der Arbeit würden ebenfalls unternommen. Leitprinzip eines künftigen unabhängigen Polynesiens würde der kulturelle, technische und wirtschaftliche Austausch mit den anderen Pazifikstaaten sein.

(Quelle: U. Delius, Südseeparadies unter dem Atompilz, Göttingen 1982, S. 168/169)



Tahiti: Paradies... für Touristen

deutlich: „Wir leben hier doch im goldenen Zeitalter. Wenn ich ein Tahitianer wäre, würde ich jeden Morgen als erstes zu Gott beten, daß die Franzosen weiter ihre Bomben hier abwerfen.“

Wie wenig Veranlassung die Polynesier zu derlei Gebeten haben, wird durch diverse kritische Dokumentationen belegt, die von ständig zunehmenden atomaren Unfällen und immer häufigeren Opfern berichten. Die Einstellung der französischen Behörden dazu ist schlichtweg als kriminell zu bezeichnen. Sie tun nämlich so, als gäbe es keine Opfer und keine Auswirkungen auf die Umwelt.

Bereits im Juni 1966, also einen Monat vor dem ersten Atombombenversuch auf Mururoa, stoppten die französischen Behörden die Veröffentlichung von Todes- und Todesursachenstatistiken. Im selben Monat wurde das Zivilkrankenhaus von Papeete, der Hauptstadt Tahitis, französischen Militärärzten unterstellt.

### Testunfälle zuhaufl

Wo immer Laboratorien eingerichtet wurden, um die radioaktive Strahlung zu messen, wurde dies heimlich getan. Darüber hinaus erklärte die französische Regierung alle Informationen über die Atomtests zu Staatsgeheimnissen. Und sie weigerte sich sogar, gegenüber den Vereinten Nationen oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nachprüfbarbare Daten herauszugeben.

Während es den Franzosen so gelang, die Daten über die Tests vor der Weltöffentlichkeit geheimzuhalten, gelang es ihnen jedoch nicht, atomare Unfälle und das Durchsickern von Berichten darüber zu verhindern.

Derartige Unfälle gab es seit Beginn des Testprogramms. Im Laufe der Zeit wurden sie immer gravierender.

Am 6. Juli 1979 ereignete sich eine Explosion in einer unterirdischen Testanlage auf Mururoa. Plutonium mit einer



Kernstück der französischen „Force de frappe“: mit Atomraketen bestücktes U-Boot

Halbwertszeit von 24.000 Jahren wurde freigesetzt. Zwei Techniker kamen ums Leben, vier weitere wurden verletzt.

3 Wochen später, am 25. Juli 1979, fiel – ebenfalls auf Mururoa – ein Atom Sprengsatz in ein für Testzwecke ausgehobenes 1.000 m tiefes Loch und detonierte in 800 m Tiefe. Die Explosion verursachte ein starkes Erdbeben und eine Flutwelle, die die Insel überschwemmte und erheblichen Schaden anrichtete. Teile des Atolls brachen ab und fielen in den Ozean.

Arbeiter, die den Unfall vor Ort miterlebten, berichteten, sie hätten kurz nach der Detonation einen Riß von 40 cm Breite und 2 km Länge auf der Oberfläche des Atolls beobachtet, so daß es wahrscheinlich ist, daß Radioaktivität in die Umwelt gelangt ist.

Aus einem internen CEP-Dokument, das Ende 1981 von dem Testprogramm „untreu“ gewordenen Technikern veröffentlicht wurde, geht hervor, daß das Mururoa-Atoll um 1,5 m in die Erde gesunken ist, das sind ca. 2 cm bei jedem unterirdischen Atomversuch seit 1975. Wegen der mit dem Testzentrum verbundenen wirtschaftlichen Vorteile entwickelten sich die Proteste gegen die anhaltenden Atomwaffenversuche erst sehr langsam. Sie werden getragen von engagierten Einzelpersonen und von Gruppen bzw. politischen Parteien wie der Umweltschutzorganisation „Ia Ora Te Natura“ oder der sozialistischen Un-

abhängigkeitspartei „Ia Mana Te Nunaa“ (siehe Kasten). Letztere vereinigte bei den Wahlen zum Territorialparlament im Mai 1982 10% der Stimmen auf sich.

Am 1. März 1984, dem 30. Jahrestag des ersten Atomwaffentests der USA auf dem in Mikronesien gelegenen Bikini-Atoll, kam es zu einer ersten Massenkundgebung gegen die Atomtests, an der sich mehrere tausend Menschen beteiligten.

Die „Ia Mana Te Nunaa“ erklärte an diesem Tag: „Das polynesisches Land ... wurde durch die apokalyptische Tollheit des Menschen geschändet. Nicht nur wurde Mururoa durch den radioaktiven Abfall verseucht..., sondern die gesamte soziale, wirtschaftliche und kulturelle Struktur unserer polynesischen Gesellschaft wurde zerstört.“

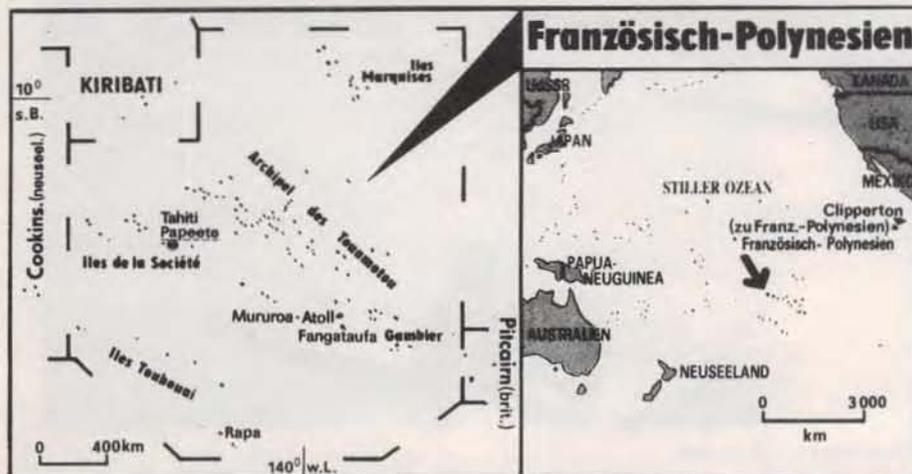
Die Demonstranten richteten eine Petition an Präsident Mitterrand, in der sie ihn an sein 1974 gegebenes Versprechen erinnerten, die Bewohner der Inseln zu befragen und ihre Wünsche zu respektieren.

Der Unmut über den französischen Atomkolonialismus macht sich auch in den Nachbarländern breit. Die im Südpazifischen Forum zusammengeschlossenen Staaten der Region haben bereits mehrmals Frankreich aufgefordert, seine Tests einzustellen.

Aus Protest gegen das Verhalten von Paris hat z.B. die australische Labour-Regierung unter Premierminister Hawke ein Uran-Embargo gegen Frankreich verhängt.

Paris ist dadurch allerdings kaum wirkungsvoll unter Druck zu setzen, denn die Franzosen beziehen Uran für ihre Atomreaktoren und -waffen in ausreichendem Maße aus ihren ehemaligen afrikanischen Kolonien (z.B. Niger und Gabun) und aus Kanada. Darüber hinaus gibt es Hinweise darauf, daß von Australien an die Bundesrepublik geliefertes Uran von dort an Frankreich weitergereicht wird.

Aber eine Ohrfeige war Australiens Absage an weitere Uranlieferungen dennoch für die arrogante Atommacht, die ihre eigenen Rüstungsvorhaben stets höher bewertet als die Ängste der Pazifikbewohner in 17.000 km Entfernung. Auch Neuseelands Ministerpräsident Lange hat Frankreich nach dem jüngsten Atombombentest auf Mururoa Anfang Juni d.J. scharf kritisiert und aufgefordert, die Tests unverzüglich einzustellen. „Frankreich bezeichnet die nuklearen Versuche als harmlos. Wenn dies tatsächlich der Fall wäre, sehe ich keinen Grund, warum diese nicht in Frankreich selbst vorgenommen werden“, sagte er.



# Sowjetunion und Dritte Welt

Mit den Auseinandersetzungen um die Stationierung der US-Atomraketen Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa hat es sich hierzulande herumgesprochen, daß die UdSSR in der Reagan'schen Erstschlagsstrategie unumstritten als Angriffsziel Nr. 1 rangiert.

Die der Sowjetunion so zugewiesene Vorzugsrolle als stärkster Widersacher der imperialistischen Führungsmacht USA wird nicht selten bruchlos auf Szenarien in der sog. Dritten Welt übertragen. Beispielsweise werteten die herrschenden Kreise in Washington wie Bonn die geglückte US-Invasion des revolutionären Grenada (Oktober 1983) als Schlag bzw. Warnschuß gegen Moskau, die fehlgeschlagene US-Intervention im Libanon (1983/84) als Zugewinn für Syrien und die mit ihm verbündete Sowjetunion.

Von der sowjetischen Weltsicht der Konservativen in Washington einmal abgesehen, erhellen diese Schlaglichter den Aufstieg der Führungsmacht des sozialistischen Lagers zu der Weltmacht neben den USA. Dies spiegelt sich wider in der sowjetischen Erringung eines ungefähren militärstrategischen Gleichgewichts. Dies verdeutlicht der erhöhte Einfluß der UdSSR in der Weltpolitik und – mit Abstrichen – in der Dritten Welt. Von

daher erklärt sich auch das verstärkte Interesse der Friedens- und Solidaritätsbewegung an einer Streitbaren, durchaus kontroversen Diskussion dieses Themas. Gründe genug, so meinen wir, um in einer AIB-Serie die sowjetische Außenpolitik und insbesondere ihre Rolle in der Dritten Welt eingehender zu untersuchen.

Dabei soll bevorzugt den Fragen nachgegangen werden: Was prägt, verglichen mit dem Neokolonialismus der Westmächte, die Politik der UdSSR gegenüber den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas? Wo liegen die Grenzen, wo die Möglichkeiten der UdSSR in Sachen Wirtschafts- und Militärhilfe für die Dritte Welt? Wie gleich oder ungleich agieren die „Supermächte“ USA und UdSSR? Ist die sowjetische Dritte-Welt-Politik als bloßes Reagieren auf jene der westlichen Kontrahenten zu begreifen oder steht hinter ihr ein ideologisch-politisches Konzept?

Diese und andere Fragen werden aufgegriffen bzw. angerissen in den einleitenden Beiträgen von Peter Wahl (Frankfurt) und Prof. Dieter Boris (Marburg). Während P. Wahl versucht, die Dritte-Welt-Politik der UdSSR in ihren Grundzügen, damit naturgemäß thesenhaft ver-

kürzt, herauszuarbeiten, setzt sich D. Boris überblicksartig mit den Sichtweisen linker bis linksliberaler Kritiker der sowjetischen Außenpolitik auseinander.

In den Eingangsthesen kurzgehaltene Schlüsselbereiche dieser Politik sollen in daran anschließenden Beiträgen gesondert behandelt werden, so etwa die Wirtschaftshilfe und -beziehungen, das Verhältnis von Friedenspolitik und Befreiungskämpfen, Rüstungsexporte bzw. Militärhilfe oder die Entwicklungsregion asiatische Sowjetrepubliken.

Wir tun dies in der Absicht, den Klärungsprozeß in den Reihen der Solidaritäts- und Friedenskräfte zu diesem Reizthema vorantreiben zu helfen. Das sollte sich nicht darauf beschränken, in den vorgesehenen Serien-Beiträgen den laufenden Diskussionsstoff aufzugreifen, sondern bedarf gleichermaßen der Diskussionsbeteiligung unserer Leser.

Die AIB-Redaktion ist jedenfalls grundsätzlich zur Einrichtung eines begleitenden Diskussionsforums bereit. Wir bitten allerdings die Diskutanten darum, dabei auf die Eingangsthesen und Folgebeiträge Bezug zu nehmen und – um den Rahmen des AIB-Volumens nicht vollends zu sprengen – sich einigermaßen kurz zu fassen.

Peter Wahl

## Thesen: Sowjetunion in der Dritten Welt

Sowjetunion und sog. Dritte Welt<sup>1</sup> – das Thema ist in der Solidaritätsbewegung wieder aktuell geworden. Von einem „blinden Fleck in unserem politischen Weltbild“ – ist die Rede. Und: „Eine Auseinandersetzung mit der Rolle der Sowjetunion in der 'Dritten Welt' läßt sich heute nicht mehr vermeiden.“<sup>2</sup>

Das Aufbrechen dieser Diskussionen in den vergangenen 2 Jahren hat objektive Ursachen: Die Konfrontationspolitik der Reagan-Administration sieht – auch wenn sie globalen Charakter trägt und die emanzipatorischen Bestrebungen in der Dritten Welt ebenso im Visier hat, wie alle progressiven Tendenzen innerhalb der imperialistischen Metropolen – in der Sowjetunion den Hauptfeind, den es zu beseitigen gilt:

„Die Zivilisation wird sich des Kommu-



nismus entledigen als eines traurigen, bizarren Kapitels der Menschheitsgeschichte, dessen letzte Seiten just in diesem Augenblick geschrieben werden... Wir werden uns nicht damit abgeben, ihn anzuprangern, wir werden uns seiner entledigen...“<sup>3</sup>

Der Versuch des Imperialismus, die „Endlösung der Kommunistenfrage“ zu erreichen, bringt eine neue Qualität in die Weltpolitik. Er wirft zwangsläufig auch die Frage nach der weltpolitischen Rolle jenes Akteurs auf, auf den dieser Kreuzzug in erster Linie zielt. Deshalb ist die Diskussion über die Rolle der Sowjetunion in der Dritten Welt sinnvoll und notwendig, um den Standort der Solidaritätsbewegung in dieser Auseinandersetzung zu finden.

### 1. Existenz des Sozialismus Flankenschutz für Befreiungsprozesse

Bereits aus ihrer bloßen Existenz heraus ergibt sich der erste und zunächst auch der gewichtigste Beitrag der Sowjetunion zur ökonomischen und politischen Befreiung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Zugleich ist diese fundamentale Tatsache in den gängigen Kritiken der sowjetischen Politik gegenüber der Dritten Welt die am häufigsten vernachlässigte — in den meisten Fällen wird sie sogar einfach ignoriert.

Die einzelnen Bereiche der Beziehungen UdSSR—Dritte Welt und erst recht ihre Gesamtbewertung lassen sich nur erschließen, wenn wir sie auf dem Hintergrund der globalen Veränderungen sehen, die die Weltpolitik durch die Oktoberrevolution (in Rußland 1917; d. Red.) erfahren hat, und die den Rahmen bilden, in dem sich auch die Beziehungen der Dritten Welt zu den anderen Akteuren der Weltpolitik entfalten.

Denn mit dem Eintritt der Sowjetunion in die Weltgeschichte tritt auch im System der internationalen Beziehungen ein qualitativ vollkommen neuer Faktor auf, der die Struktur und die Dynamik dieses Systems in seinen wesentlichen Aspekten grundlegend verändert:

- Weltpolitik und Weltwirtschaft werden bis 1917 durch die Interessen und die daraus resultierenden Widersprüche von Staaten gleichen sozioökonomischen Typs — nämlich den kapitalistischen — bestimmt. Dieses „Monopol“ einer einzigen vorherrschenden Gesellschaftsformation wird gebrochen. Mit der Oktoberrevolution beginnt ein Prozeß in mehreren Etappen (ein weiterer wichtiger Schritt ist die Entstehung des sozialistischen Lagers im Ergebnis des 2. Weltkrieges), in dessen Verlauf der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus zum bestimmenden Strukturmerkmal des internationalen Systems wird.

- Dieser Widerspruch hat eine andere Qualität als die Widersprüche zwischen Ländern mit gleichartigen sozioökonomischen Systemen. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse und das dazugehörige politische System sind die Negation ihrer kapitalistischen Kontrahenten. Von daher der unversöhnliche, antagonistische Charakter der Systemkonkurrenz.

- Damit ändern sich auch die Beziehungen der imperialistischen Staaten untereinander. Die konkurrierenden Interessen und imperialistischen Widersprüche verschwinden zwar nicht, treten aber gegenüber dem gemeinsamen Systeminteresse ins zweite Glied.

Resultat dieser neuen Konstellation ist eine Schwächung des Imperialismus als Gesamtsystem. Ein beträchtlicher Teil an Territorium, an Menschen, an Ressourcen, Märkten etc. wird seinem Zugriff entzogen. Mehr noch, dieses Potential wird zur Grundlage für die Entwicklung der UdSSR zum weltpolitischen Gegenspieler des Imperialismus.

Gleichzeitig konzentriert der Imperialismus sein verbliebenes (und noch im-

mer sehr bedeutendes) Potential in großem Maße auf die Systemkonkurrenz mit dem Sozialismus und verliert die Fähigkeit zur uneingeschränkten Kontrolle und Unterwerfung der Kolonien, wie sie für das 19. Jahrhundert typisch ist.

Wie gesagt, nahm dieser Prozeß im Prinzip seinen Anfang mit der Oktoberrevolution, auch wenn er bis 1945 noch kaum unmittelbare Auswirkungen hatte, um dann nach dem 2. Weltkrieg seine volle Ausprägung zu erhalten. Amílcar Cabral (Führer des Befreiungskampfes in den portugiesischen Kolonien bzw. in Guinea-Bissau, 1973 von Söldnern ermordet; d. Red.) bemerkt zu diesem Sachverhalt, „daß sich das Gesicht der Welt seit der sozialistischen Revolution schwerwiegend verändert hat. Ein sozialistisches Lager ist entstanden. Das hat das Kräftegleichgewicht radikal geändert“.<sup>4</sup>

Die Schwächung des imperialistischen Machtpotentials und die Verschiebung seiner Hauptstoßrichtung auf das sozialistische Lager minderte für Emanzipationsbestrebungen in der Dritten Welt den Unterwerfungsdruck unter das imperialistische Diktat und eröffnete ihnen einen grundsätzlich neuen Handlungsspielraum. Zum ersten Mal bot sich eine gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus — nicht mehr nur als theoretischer Entwurf oder Utopie, sondern als real existierender Faktor in der Weltpolitik.

Und selbst für jene Bewegungen, die sich auf eine nationalrevolutionäre, antikoloniale Programmatik beschränkten, d.h. also keineswegs eine sozialistische Gesellschaftsentwicklung anstrebten (das gilt für die große Mehrheit der antikolonialen Bewegungen), bot sich die UdSSR als Bündnispartner an. Zumindest als potentieller Bündnispartner, was schon an sich ein machtpolitischer Gewinn für eine solche Bewegung ist. Es erhöht ihren Spielraum und ihre Eigenständigkeit bereits dann, wenn sie dem Imperialismus damit drohen kann, Beziehungen oder gar ein Bündnis mit dessen Hauptgegner einzugehen.

Neben antikommunistischen Erkenntnisblockaden, wie sie in unserer Gesellschaft auch bei manchen linken Kritikern der UdSSR vorhanden sind, ist es diese indirekte Einwirkung der UdSSR auf die Dritte Welt, ihr quasi „passiver“ Charakter, ihre Vermitteltheit über den Strukturwandel des gesamten internationalen Systems, die „Fernwirkung“ auf die Befreiungsbewegungen, die dazu führt, daß sie so leicht übersehen wird.

Als objektiver Faktor zeitigt sie bereits Effekte in der internationalen Arena, ohne daß die Sowjetunion dazu auch mit nur einem Land der Dritten Welt direkte Beziehungen aufzunehmen brauchte!



Revolutionsführer W. I. Lenin (2. v. r.) 1919 mit Vertretern der Ungarischen Räterepublik in Moskau

Ohne die unabdingbare Rolle der Befreiungsbewegungen im Entkolonialisierungsprozeß zu schmälern, wird jetzt deutlich, daß ihre Erfolge nach dem 2. Weltkrieg und vor allem die große Entkolonialisierungswelle der 60er Jahre, erst möglich waren, nachdem sich — infolge des Aufstiegs der UdSSR zur Weltmacht — die internationalen Kräfteverhältnisse beträchtlich zuungunsten des Imperialismus verschoben hatten.

Es ist ja kein Zufall, daß trotz heroischer Kämpfe im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts antikoloniale und antiimperialistische Bewegungen in der Dritten Welt (Mahdi-Aufstand im Sudan, Aufstände namibischer Völkerschaften gegen die Deutschen, der Boxer-Aufstand in China, der Kampf der Rif-Kabylen und der Palästinenser in den 20er und 30er Jahren, der Freiheitskampf Sandinos, Farabundo Martis in Mittelamerika etc.) immer in fürchterlichen Blutbädern endeten und nie zum Sieg der unterdrückten Völker führten.

Mit der Existenz des Sozialismus ist also eine Art weltpolitischer „Windschatten“ entstanden, in dessen Schutz progressive, antiimperialistische Kräfte in der Dritten Welt günstigere Bedingungen für die Entfaltung ihres Kampfes finden. Der Sozialismus wurde zum objektiven „Flankenschutz“ des nationalen und sozialen Befreiungskampfes in Afrika, Asien und Lateinamerika.



## II. Die Interessen der UdSSR gegenüber der Dritten Welt

Die UdSSR beschränkt sich nicht auf ihre objektive Rolle als Flankenschutz, sondern versucht nach Maßgabe ihrer materiellen und politischen Möglichkeiten auch durch eine aktive außenpolitische Strategie Befreiungsprozesse zu fördern.

Bekannt ist – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die Unterstützung der UdSSR bei der Entwicklung der Mongolei bereits in den 20er Jahren, später die Unterstützung beim sozialistischen Aufbau in China, in Korea (einschließlich der Hilfe im Koreakrieg 1950-53), die sehr massive Unterstützung für Vietnam während dessen dreißigjährigen Krieges und auch jetzt beim Wiederaufbau; die Zusammenarbeit mit Ägypten unter Nasser (1953-70; d. Red.), die Hilfe für Kuba, die Unterstützung für Angola, Moçambique, Äthiopien und – gerade besonders aktuell – für Nikaragua.

In Anlehnung an das von Marx geprägte Bild, wonach Revolutionen die Lokomotiven der Geschichte sind, könnte man sagen, daß 1917 eine Lokomotive auf die Schienen gesetzt wurde, an die im Laufe der Zeit immer mehr Wagen angehängt wurden. Ebenso bekannt ist die sowjetische Solidarität – politisch und materiell – für Befreiungsbewegungen, die noch

nicht an der Macht waren bzw. sind. Das galt früher für die FNL Algeriens, für (die Befreiungsbewegungen der ehemaligen portugiesischen Kolonien Angola, Moçambique und Guinea-Bissau; d. Red.) MPLA, FRELIMO, PAIGC u.a. und gilt heute noch für FDR/FMLN in El Salvador, für die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) Südafrikas und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) – um nur die wichtigsten zu nennen.

„Das ist ja alles bekannt“, heißt es dann bei linken Kritikern der sowjetischen Außenpolitik, „und wird auch nicht bestritten, aber die UdSSR tut das doch nur aus eigenem Interesse!“<sup>5</sup>

In der Tat, die UdSSR unterstützt aus eigenem Interesse die soziale und politische Emanzipation in der Dritten Welt. Was denn sonst soll ihr Handeln bestimmen? Daß die Politik der UdSSR auf der Grundlage von Interessen entwickelt wird, kann nur den überraschen, der meint, irgendeine Politik von Staaten, Parteien, politischen Bewegungen oder gesellschaftlichen Organisationen könnte ohne Interessengrundlage existieren. Wenn z.B. die Arbeiterklasse kämpft, tut sie das aus eigenem Interesse; wenn andere kämpfen, tun sie das auch auf eigener Interessengrundlage. Jedes politische Handeln hat Interessen zur Voraussetzung und die Politik von Staaten wird von den in ihnen vorherrschenden Klasseninteressen bestimmt.

Kritische Gesellschaftsanalyse hat spätestens seit Marx dem Rechnung getragen und die Klasseninteressen in einer Gesellschaft zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen gemacht. So bestimmen z.B. die Profit- und Herrschaftsinteressen der Monopolbourgeoisie in erster Linie die Außen- und Wirtschaftspolitik eines imperialistischen Staates gegenüber der Dritten Welt – und nicht philanthropische Phrasen in den Sonntagsreden ihrer Entwicklungspolitiker.

Die Feststellung, die UdSSR mache Politik in ihrem eigenen Interesse, besagt – wenn es keine Leerformel sein soll – daher allenfalls, daß diese Politik ein Fundament in den gesellschaftlichen Verhältnissen hat und – solange diese gleich bleiben – die außenpolitischen Interessen dadurch historische Kontinuität und Stabilität erhalten.

Entscheidend für unser Problem ist jedoch die Frage: Welche Interessen sind es, die so häufig mit denen von Befreiungsbewegungen und befreiten Ländern konvergieren, und was ist ihr Wesen, ihre Klassennatur? Warum unterstützen die USA und die anderen großen imperialistischen Mächte mit gesetzmäßiger Regelmäßigkeit eben nicht die oben angeführten Befreiungsbewegungen und Länder?

Das außenpolitische Hauptinteresse der UdSSR ist es, für das Überleben und für die Entwicklung der eigenen Gesellschaft günstige internationale Rahmenbedingungen zu schaffen.<sup>6</sup> Das Haupthindernis, auf das die UdSSR dabei stößt, ist der Imperialismus, der ja gerade an der Existenz des alternativen Gesellschaftssystems in der UdSSR kein Interesse hat. Die imperialistischen Interventionen in Sowjetrußland 1918-20, der 2. Weltkrieg, die Politik des „roll back“ im Kalten Krieg und die aktuelle Konfrontationspolitik der USA und ihrer Verbündeten sind die bisher drastischsten Versuche, sich des Sozialismus als eines „traurigen, bizarren Kapitels der Menschheitsgeschichte“ (Reagan) zu entledigen.

Alles, was in der internationalen Politik den Imperialismus schwächt, liegt daher im Interesse der UdSSR. Befreiungsbewegungen und Staaten der Dritten Welt, deren Politik sich objektiv gegen imperialistische Interessen richtet, konvergieren in ihrer Interessenlage also mit der Sowjetunion. Und umgekehrt trägt die UdSSR in der Verfolgung ihrer anti-imperialistischen Außenpolitik objektiv dazu bei, die Befreiung der Dritten Welt von imperialistischer Beherrschung und neokolonialer Ausbeutung zu fördern.<sup>7</sup>

Die daraus entstehenden praktischen Bündnisbeziehungen beruhen damit auf beiden Seiten auf einem festen Fundament gleichgerichteter Interessen. Da diese antiimperialistischen Interessen auch inhaltlich konkret bestimmt sind, (programmatisch kristallisieren sie sich z.B. in den Forderungen der Entwicklungsländer nach Neuen Internationalen Wirtschaftsbeziehungen, in den Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit, in den Prinzipien der friedlichen Koexistenz etc.) ist eine antiimperialistische Bündniskonstellation nicht mit formalen Allianzen nach dem macchiavellistischen Prinzip „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ zu vergleichen.

Vielmehr tragen diese außenpolitischen Bündnisse aufgrund ihrer gesellschaftlichen Verankerung bei beiden Partnern strategischen Charakter. Anders als kurzfristige taktische Allianzen bestehen sie auch so lange, so lange die antiimperialistische Interessenkonvergenz besteht. Ein Allianzwechsel der UdSSR zugunsten einer imperialistischen Macht und zum Nachteil eines Dritte-Welt-Landes ist aufgrund der gesellschaftlichen Determiniertheit – anders als bei Macchiavelli – nicht möglich.

Die USA haben dagegen im 19. und 20. Jahrhundert hin und wieder aus taktischen Gründen antikoniale Bewegungen (z.B. in Kuba) gegen die imperialistische Konkurrenz in Europa unterstützt. Grundlage dieser taktischen Bündnisse war nicht die Konvergenz von

gleichgerichteten gesellschaftlichen Interessen an Emanzipation gegenüber der Abwehr antagonistischer Interessen an kolonialer Unterdrückung. Vielmehr standen die imperialistischen Interessen der USA in diesen – übrigens niemals lange währenden – Allianzen immer im Gegensatz zu den Interessen der betreffenden Völker an Selbstbestimmung.

Entgegen dem verbreiteten Vorurteil macht die UdSSR bei ihren Bündnispart-

## Verfassung der UdSSR

Die heute gültige Verfassung (bzw. das Grundgesetz) der UdSSR wurde am 7.10.1977 vom Obersten Sowjet verabschiedet. Sie formuliert folgende außenpolitische bzw. internationale Prinzipien:

Artikel 28. Die UdSSR verfolgt konsequent die Leninsche Friedenspolitik und tritt für die Festigung der Sicherheit der Völker und für eine breite internationale Zusammenarbeit ein.

Die Außenpolitik der UdSSR ist darauf gerichtet, günstige internationale Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus in der UdSSR zu sichern, die staatlichen Interessen der Sowjetunion zu schützen, die Positionen des Weltsozialismus zu stärken, den Kampf der Völker um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt zu unterstützen, Aggressionskriege zu verhindern, die allgemeine und vollständige Abrüstung durchzusetzen und das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung konsequent zu verwirklichen.

In der UdSSR ist Kriegspropaganda verboten.

Artikel 30. Als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems und der sozialistischen Gemeinschaft entwickelt und festigt die UdSSR die Freundschaft und Zusammenarbeit, die kameradschaftliche gegenseitige Hilfe mit den Ländern des Sozialismus auf der Grundlage des Prinzips des sozialistischen Internationalismus und wirkt aktiv an der ökonomischen Integration und an der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung mit. (...)

(Quelle: Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Moskau 1984, S.4 und 16/17)

nern die Übernahme ihrer eigenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen oder anderer politischer Bewertungen nicht zur Voraussetzung der Zusammenarbeit. Um einige Beispiele herauszugreifen: Die sowjetisch-kubanische Zusammenarbeit begann sehr früh nach der kubanischen Revolution (1959; d. Red.). Kuba verfolgte dabei sowohl innenpolitisch, wirtschaftspolitisch eigene Vorstellungen und auch außenpolitisch einen Kurs, der sich keineswegs immer mit dem sowjetischen deckte.

Bekannt ist auch, daß kubanische Politiker, vorneweg Che Guevara und Fidel Castro, daraus keinen Hehl machten. Unmißverständlich sagt Castro dazu: „Niemand hat die Sowjetunion, die unserem Volk entscheidende Hilfe geleistet hat, irgendwelche Forderungen oder Bedingungen gestellt oder diktiert, was wir zu tun haben. In der gesamten Geschichte

der internationalen Beziehungen, die Jahrtausende hindurch von Egoismus und Gewalt geprägt wurden, gab es keine solchen brüderlichen Beziehungen zwischen einem mächtigen und einem kleinen Land. Erst der Sozialismus macht solche Beziehungen möglich.“<sup>8</sup>

Genausowenig machte die UdSSR ihre Unterstützung Vietnams von der Aufgabe der Eigenständigkeit der vietnamesischen KP und der vietnamesischen Außenpolitik abhängig. Bekanntlich verhielt sich Ho-Chi-Minh (siehe AIB-Sonderheft 1/1985; d. Red.) in den sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen der 60er Jahre neutral, ohne daß Vietnam deshalb eine Maschine oder eine Luftabwehrkräfte weniger aus der UdSSR erhalten hätte.

Schließlich sei noch die sowjetische Unterstützung für die PLO genannt, die sich aus dem objektiv antiimperialistischen Charakter des nationalen Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes ergibt. Sie ist daher unabhängig davon, daß die führenden Kräfte der PLO in der Mehrzahl die nationale Bourgeoisie Palästinas repräsentieren. Und diese ist in ihren politischen Grundpositionen keineswegs sozialistisch, geschweige denn kommunistisch orientiert.

Kurzum, ist eine gemeinsame Interessenkonvergenz einmal gegeben, so versucht die Sowjetunion nicht, die Souveränität des Partners durch Druck oder gar Erpressung zu verändern bzw. ihrer eigenen anzunähern. Natürlich wird sie, wenn eine solche Annäherung im Verlaufe der Zusammenarbeit durch Entwicklung des Partners gleichwohl einsetzt (wie im Falle Kubas geschehen), sich nicht entgegenstemmen. Aber entscheidend ist, daß die Sowjetunion solche Prozesse nicht durch Druck erzwingt.

Freilich gilt auch umgekehrt, daß die Sowjetunion sich in einem Bündnis nicht die Realisierung von Interessen aufzwingen läßt, die der antiimperialistischen Grundorientierung ihrer Außenpolitik widersprechen. Ein geradezu klassisches Beispiel dafür ist Somalia.

Bis 1976 enger Verbündeter der UdSSR, versuchte Siad Barre die innenpolitischen Schwierigkeiten Äthiopiens nach der Revolution gegen Haile Selassie auszunutzen, um seinem Traum von Groß-Somalia näherzukommen.<sup>9</sup> In einem von Somalia begonnenen Aggressionskrieg sollte die äthiopische Provinz Oga den an Somalia angeschlossen werden. Die UdSSR löste angesichts dieses Abgehens Somalias von antiimperialistischen Grundpositionen das Bündnis. Es ist also keineswegs Macchiavellismus oder bündnispolitischer Opportunismus der Sowjetunion, sondern im Gegenteil ihr Festhalten an ihren antiimperialistischen Interessen, das hier zum Bruch führen mußte.

## III. Die Grenzen sowjetischer Hilfe

Eine ganze Reihe linker Kritiker der sowjetischen Dritte-Welt-Politik geht – meist unausgesprochen – zuerst einmal davon aus, daß die UdSSR eigentlich eine progressive Rolle in der Weltpolitik spielen müßte! Maßstab der Beurteilung ist die Erwartung einer revolutionären oder zumindest fortschrittlichen sowjetischen Außenpolitik, die man aber – zur tiefen Enttäuschung – nicht erfüllt sieht. Die UdSSR ist dann „nicht revolutionär genug“, „tut nicht genügend für die Dritte Welt“ etc. etc.<sup>10</sup>

Ein typischer Fall dafür ist S. Halliday, der der UdSSR vorwirft, ihre militärische Macht in der Dritten Welt nicht genügend einzusetzen und z.B. im Fall der südafrikanischen Aggressionspolitik die Auffassung vertritt, daß „eine Machtdemonstration der sowjetischen Flotte oder Luftwaffe geeignet gewesen (wäre), die Angriffe des Regimes in Pretoria zurückzuschlagen“.<sup>11</sup>

Es ist eine groteske Unterschätzung des Imperialismus, wenn man glaubt, er würde eine solche „Machtdemonstration“ gegen einen strategischen Verbündeten hinnehmen. Eine gefährliche Konfrontation mit den USA, eine weltpolitische Krise von den Dimensionen der Kubakrise wäre die Folge. Und dies unter Bedingungen, unter denen das atomare Gleichgewicht immer labiler wird und ein Funke den großen Knall auslösen kann. Ganz abgesehen davon, daß die UdSSR überhaupt nicht über das militärische Instrumentarium verfügt, mit dem die USA für die Realisierung „moderner“ Kanonenbootpolitik operieren (Flugzeugträger, Schnelle Eingreiftruppe, Netz von Stützpunkten etc.); und ganz abgesehen davon, daß das regionale Kräfteverhältnis im Südlichen Afrika und die geostrategischen Bedingungen für den Imperialismus dort viel günstiger sind als für die UdSSR.

Die Herangehensweise Hallidays verweist allerdings implizit auf einen weiteren **grundlegenden Faktor**, der die sowjetische Politik gegenüber der Dritten Welt bestimmt: **die Grenzen der Möglichkeit sowjetischer Außenpolitik, die Entwicklung in der Dritten Welt zu beeinflussen.** Diese Grenzen werden zunächst von prinzipiellen historischen Gesetzmäßigkeiten gezogen, d.h. daß gesellschaftliche Veränderungen primär von der betreffenden Gesellschaft selbst hervorgebracht werden müssen.

Mithin ein Export der Revolution weder möglich noch legitim ist. Internationale Solidarität kann allenfalls hinzutreten, um revolutionäre Prozesse zu begünstigen und Hilfe bei ihrer Konsolidierung oder Verteidigung zu leisten. Letztlich aber kann keiner Revolution die Verantwortung abgenommen werden, auch ihr

eigenes Überleben politisch, ökonomisch und gegebenenfalls militärisch zu sichern.

Unabhängig von diesen prinzipiellen Grenzen sowjetischer Einflußnahme auf gesellschaftliche Veränderungen in der Dritten Welt ziehen das eigene Potential der Sowjetunion und die weltpolitischen Kräfteverhältnisse sowjetischen Einwirkungsmöglichkeiten ebenfalls bestimmte Grenzen.

Wenn es auch richtig ist, daß der Imperialismus durch die Existenz des Sozialismus global beträchtlich geschwächt wurde, wobei es allerdings regional beträchtliche Unterschiede gibt, so ist er dennoch stark genug, das Weltgeschehen nach wie vor nachhaltig zu beeinflussen. Alles in allem sind die USA auch heute noch das mächtigste Land der Erde. Westeuropa ist ein zweites Machtzentrum, das sowohl ökonomisch als auch militärisch den USA recht nahe kommt. Und Japan ist – vor allem ökonomisch – ein weiteres bedeutendes imperialistisches Kraftzentrum.

Diesem gewaltigen Potential an Menschen (über 600 Mio) und Ressourcen, an militärischer, ökonomischer, technologischer etc. Kraft stehen dazu die Rohstoffe des größten Teils der Dritten Welt zur Verfügung. Millionen von Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika stehen unter dem Kommando imperialistischer Konzernzentralen, sind dem meinungsbildenden Einfluß westlicher Nachrichtenagenturen und den Medienkonzernen ausgeliefert.

Ganze Regionen werden vom Militär der imperialistischen Metropolen kontrolliert.

Der Sozialismus als internationales System besteht dagegen nur aus einer Großmacht in der Größenordnung der USA. Die europäischen Verbündeten der

UdSSR sind kleine Länder mit Bevölkerungszahlen in der Größenordnung von Schweden und den Benelux-Ländern (mit Ausnahme Polens, das etwa mit Spanien verglichen werden könnte) und darunter nur zwei „klassische“ Industrieländer (DDR und CSSR). Schließlich muß in einem solchen Kräftevergleich der historische Rückstand Rußlands 1917 gegenüber den USA und Westeuropa in der Industrialisierung sowie die katastrophalen Auswirkungen von Bürgerkrieg, Intervention und vor allem dem 2. Weltkrieg in Rechnung gestellt werden – Dinge, die den USA alle erspart blieben.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß weite Teile des ehemals zaristischen Rußlands, vor allem Mittelasien (Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien etc.) damals selbst Gebiete im Status von Entwicklungsländern waren. Heute haben diese Republiken nicht nur eine erstaunliche kulturelle Blüte erreicht, sondern stehen in Industrialisierung, Lebensstandard etc. dem europäischen Teil der UdSSR in nichts nach.<sup>12</sup>

Ebenso bemerkenswert ist, daß all dies ohne Kolonien, Halbkolonien, Bananrepubliken, „Hinterhöfe“ etc. bewerkstelligt wurde, d.h. ohne die Ausbeutung ausländischer Rohstoffmärkte, fremder Märkte, Arbeitskräfte etc.

Aus der Tatsache also, daß der Sozialismus zunächst nur in einem Lande, später in einer noch immer relativ geringen Zahl von Ländern sich durchsetzte, folgt u.a. auch, daß der Imperialismus noch nicht am Ende ist, daß nicht alle Ausbeutung der Dritten Welt, nicht alle imperialistische Unterdrückung verschwunden ist. Grenada war möglich – noch immer! Der Putsch in Chile war möglich. Wenn es zum Äußersten kommt, wird auch in Nicaragua ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion nicht möglich sein. Die geographischen und militärstrategischen Verhältnisse lassen, wie Fidel Castro feststellte, dies nicht zu:

„Die Verteidigung eines Landes ist in erster Linie seine eigene Aufgabe. Bei einer Intervention der USA müßte man von einer totalen Blockade und der Unmöglichkeit ausgehen, diesem Land direkte Hilfe zukommen zu lassen. Unter diesen Bedingungen hätten wir nicht die Möglichkeit, Nicaragua zu helfen... Dasselbe gilt für alle sozialistischen Länder, die keine schnellen Eingreiftruppen, keine Panzerkreuzer und keine Flugzeugträger entwickelt haben, sondern lediglich die Mittel, um einen Angriff wirksam beantworten zu können.“<sup>13</sup>

Nicht minder schmerzhaft sind oft die begrenzten ökonomischen Möglichkeiten der UdSSR. Bedenkt man die oben angeführten historischen Rückstände; bedenkt man, daß die vorhandenen Be-

dürfnisse der Bevölkerung in den sozialistischen Ländern – bei aller Opferbereitschaft, die der internationale Klassenkampf ihnen abverlangt –, befriedigt werden müssen; bedenkt man, daß die tiefgreifenden Umwandlungen im Bereich der Produktivkräfte und deren gesellschaftliche Folgen auch unter sozialistischen Bedingungen gemeistert werden müssen, ohne daß die Kosten dafür – wie dies im Westen gemacht wird – über Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Inflation etc. auf die Massen abgewälzt werden; und bedenkt man schließlich den großen Druck, der über das aufgezwungene Wettüben ein riesiges Wirtschaftspotential im unproduktiven Rüstungssektor bindet, dann wird sichtbar, daß der UdSSR unvergleichlich weniger Spielraum zur wirtschaftlichen Unterstützung im Kampf gegen die Unterentwicklung bleibt, als dies wünschenswert wäre.

Erschwert wird die Lage dadurch, daß die meisten mit der Sowjetunion verbündeten progressiven Staaten in der Dritten Welt zu den ärmsten Ländern gehören und/oder vom Imperialismus in Bürgerkriege oder bewaffnete Konflikte verwickelt werden.

Es ist kein Zufall,

- daß Angola und Moçambique Aggressionen von außen ausgesetzt sind und bewaffnete „Contras“ im Lande stehen haben;
- daß Nicaragua von außen bedroht ist und bewaffnete „Contras“ im Lande hat;
- daß Afghanistan bewaffnete „Contras“ im Lande und an den Grenzen stehen hat;
- daß die separatistische Bewegung in Eritrea die Revolution in Äthiopien schwächt;
- daß das RGW-Mitglied Vietnam heute nicht nur zu den ärmsten Ländern der Welt gehört, sondern von China sowie durch die von den USA ausgehaltenen „Contras“ Kampuchas selbst bedroht ist.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß die Möglichkeiten der UdSSR, ökonomische, militärische und politische Solidarität mit den Befreiungskämpfen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu leisten, groß sind. Sie sind in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg stark gewachsen und wachsen im Rahmen der Gesamtentwicklung der UdSSR weiter.

Die sowjetische Bevölkerung muß in Form von Konsumverzicht und höheren Arbeitsleistungen dafür auch nicht geringe Opfer bringen – und das über Jahrzehnte hinweg. Aber, diese Solidarität hat ihre Grenzen. Eine Kritik der sowjetischen Dritte-Welt-Politik, die diesen Grenzen gegenüber blind ist, wird sachlich falsch; politisch läßt sie sich allzu leicht von imperialistischen Interessen instrumentalisieren.



Tabelle 1

Veränderungen der politischen Weltkarte 1937–80

	Sozialistische Welt:		Nichtsozialistische Welt:	
	insgesamt	davon: UdSSR bzw. RGW	kapit. Industriestaaten einschl. Kolonien	sonst. nicht-sozialist. Staaten
Zahl der Staaten				
- 1937	2	1*	39	32
- 1950	12	8	30	43
- 1980	16	10	33	118
%-Anteil an der Landfläche der Erde				
- 1937	17	16*	57	26
- 1950	26	17	46	28
- 1980	26	19	26	48
%-Anteil an der Weltbevölkerung				
- 1937	8	8*	64	28
- 1950	35	11	29	36
- 1980	33	10	18	49

\*UdSSR  
Quelle: K. Steinhaus, Eine universelle Revolution mit unevroffem Terrain, in: Jahrbuch des IMSE, Frankfurt/M., Nr. 1/1985, S. 9/84, hier S. 25

#### IV. Verschiedene Typen von Entwicklungsländern – verschiedene Typen von Beziehungen

Streng genommen existiert die sog. Dritte Welt als einheitlicher Begriff in Theorie und Praxis der sowjetischen Außenpolitik nicht bzw. nur sehr bedingt. Entsprechend den klassenanalytischen Kriterien des Marxismus zur Aufgliederung des internationalen Systems werden die Länder der Dritten Welt als inhomogene, sozioökonomisch untereinander differenzierte Gruppe aufgefaßt.

Diese primären Einteilungskriterien werden allerdings dadurch relativiert, daß bestimmten Gemeinsamkeiten aller Entwicklungsländer Rechnung getragen wird. Diese Gemeinsamkeiten (Unterentwicklung, Abhängigkeit vom Weltmarkt etc.) konstituieren unbeschadet der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Gesellschaftstyp bis zu einem gewissen Grade Interessenkonvergenzen in der Dritten Welt. Die Bewegung der Nichtpaktgebunden, die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die „Gruppe der 77“ und andere Zusammenschlüsse, die ja Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen umfassen, sind deren politischer Ausdruck.

Diesem Doppelcharakter von Gemeinsamkeit und Differenziertheit sucht die sowjetische Politik Rechnung zu tragen. Es ist nun einmal objektive Realität, daß sehr viele Dritte-Welt-Länder gesellschaftspolitisch zum kapitalistischen Weltssystem gehören, gleichzeitig infolge ihres peripheren Status aber auch Opfer dieses kapitalistischen Systems sind.

Die Unterschlagung dieses dialektischen Widerspruchsverhältnisses in der Nord-Süd-Theorie bzw. die einseitige Wahrnehmung des Moments der Gemeinsamkeiten in der Dritten Welt ist Quelle vieler analytischer Kurzschlüsse und Grundlage ebenso vieler Mißverständnisse über die sowjetische Außenpolitik.

Der differenzierten Sichtweise der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas entsprechen auch verschiedene Typen von Beziehungen zur UdSSR:

Der erste Typ von Beziehungen ist der zu den sozialistischen Entwicklungsländern wie Kuba, Vietnam und der Mongolischen Volksrepublik, d.h. zu Ländern, in denen sich eine sozialistische Verfassung der Gesellschaft in der ökonomischen Basis und im politischen Überbau konsolidiert haben. Diese Staaten sind Vollmitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die Strukturen der einzelnen Volkswirtschaften sind in den Grundzügen gleich und unterliegen den gleichen ökonomischen Gesetzen.

Ihre Wirtschaftsbeziehungen untereinander sind nicht mehr über den Weltmarkt vermittelt und verlaufen deshalb auch

nicht mehr nach dessen für Entwicklungsländer so nachteiligen Gesetzmäßigkeiten. Gleichzeitig existiert auch politisch und in anderen Bereichen (Militär, Kultur, nichtstaatliche Beziehungen) eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Mitgliedern im RGW. Sie tendiert insgesamt auf eine starke Integration dieser Staatengruppe. In der marxistischen Literatur ist für die Beziehung dieses Typus der Begriff „Sozialistischer Internationalismus“ gebräuchlich. Die sozialistischen Länder sind zugleich die Hauptempfänger sowjetischer Wirtschaftshilfe.



Sowjetische Entwicklungshelfer in China (1958) und L. Breshnew beim Staatsbesuch in Delhi (1980, r.)

Der Nutzen, den die sozialistischen Entwicklungsländer aus dieser Kooperation ziehen, liegt auf der Hand. Selbst das iz3w kommt zu dem Schluß, daß im Falle Kubas dies unübersehbar ist, wobei dieses Beispiel dann allerdings als „Ausnahme“ hingestellt wird. Tatsache ist aber, daß auch die anderen sozialistischen Entwicklungsländer aus ihrer Kooperation mit der Sowjetunion große Vorteile ziehen – politisch, wirtschaftlich etc.

Daß dies ökonomisch nicht überall so weithin sichtbar ist, wie bei Kuba, liegt, wie im Falle Vietnams z.B., an der fortwährenden Kriegssituation und auch der vergleichsweise kurzen Periode enger Zusammenarbeit im RGW.

Der zweite Typ von Beziehungen ist der zwischen der Sowjetunion und jenen Ländern, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben. Sie befinden sich im Vergleich zu sozialistischen Entwicklungsländern in einer relativ labilen Übergangsetappe der gesellschaftlichen Entwicklung, streben aber als strategisches Ziel eine sozialistische Orientierung an und/oder verfolgen eine antiimperialistische Außenpolitik. Diese Länder sind zu einem vergleichsweise hohen Grade noch in den Weltmarkt integriert.

Diese Gruppe ist auch weitaus heterogener und größer als die erste und umfaßt in ihrem Kernbereich Staaten wie Angola, Moçambique, Laos und Kampuchea,

Äthiopien, die VDR Jemen, Afghanistan, Nicaragua, VR Kongo. Sie erfaßt aber auch in einem Übergangsbereich zum dritten Typus (swu.) Länder wie Libyen und Syrien.

Die sowjetischen Beziehungen zu diesen Staaten werden als eine Art Mischform aus friedlicher Koexistenz und solidarischer Unterstützung charakterisiert: „Es ist ein wichtiges Kennzeichen unserer Zeit, daß die Beziehungen der sozialistischen Länder zu jenen Ländern, die im Kampf um nationale und soziale Befreiung in schwerer Auseinandersetzung mit dem Imperialismus stehen, nicht allein auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen, sondern daß dort immer stärker Prinzipien der solidarischen Unterstützung bei der Lösung von Aufgaben der nationalen Befreiungsbewegung hervortreten.“<sup>14</sup>

Der prozeßhafte Übergangscharakter dieser Länder bringt es mit sich, daß die konkreten Formen der „solidarischen Unterstützung“ durch die Sowjetunion unterschiedlich ausfällt. Da gibt es im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen bilaterale Abkommen, die den Weltmarkt umgehen und langfristigen Warenaustausch (z.B. die Kooperationsverträge



mit Angola und Moçambique), langfristige Kredite zu niedrigsten Zinsen, Ausbildungshilfe und vieles andere mehr vorsehen.

Es finden sich aber auch Beziehungen, die zu weltmarktüblichen Konditionen (inklusive Abwicklung der Finanzierung in harten Devisen) getätigt werden, wie z.B. mit Libyen. Andere wiederum haben, wie neuerdings Nicaragua, assoziierten Status im RGW. Die Politik der Sowjetunion und ihrer Partner im RGW wird im Detail dabei von der jeweils konkreten Situation des betreffenden Landes – politisch, ökonomisch, seiner internationalen Stellung nach etc. – bestimmt.

Weniger kompliziert liegen die Beziehungen zu eindeutig kapitalistischen Entwicklungsländern. Diese werden im Prinzip nach den gleichen Grundsätzen wie mit den imperialistischen Metropolen abgewickelt, wenn auch mit Einschränkungen, die den Spezifika der Länder des peripheren Kapitalismus, also deren Sta-

Tabelle 2

## Entwicklung der UdSSR-Industrieproduktion 1920 - 80 im Vergleich

	UdSSR/RGW in % Welt	UdSSR in % USA
1920	< 2	~ 4
1937	< 10	~ 27
1950	~ 17*	< 30
1980	~ 33*	> 80

\* RGW  
(Quelle: K. Steinhaus, Eine universelle Revolution..., a.a.O., S.25)

tus als Opfer neokolonialer Ausbeutung und Abhängigkeit, Rechnung tragen:

„Gegenüber jener großen Gruppe von Entwicklungsländern, in denen der Charakter der Staatsmacht in der Regel durch verschiedene Fraktionen der Bourgeoisie bestimmt wird, werden die Beziehungen durch die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bestimmt. Bei der Entwicklung der staatlichen Beziehungen zu diesen Ländern berücksichtigen die sozialistischen Staaten sowohl die noch große Unterschiedlichkeit im Charakter der Staats- und Gesellschaftsordnung, als auch die dort in bestimmtem Maße vorhandenen anti-imperialistischen Interessen und Potenzen sowie die gemeinsamen Interessen in weltpolitischen Fragen.“<sup>15</sup>

Auch wenn die kapitalistischen Entwicklungsländer einen weniger privilegierten Status als sozialistische haben, so bedeuten Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz z.B. wirtschaftliche Beziehungen zu beiderseitigem Nutzen sowie Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Prinzipien also, an die der Imperialismus sich gegenüber der Dritten Welt noch nie gehalten hat! Als Beispiel sei hier auf die Beziehungen zu Indien verwiesen. In Indien hat sich in den letzten 20 Jahren eine Monopolbourgeoisie herausgebildet, die die Wirtschaft des Landes beherrscht. Ihr politischer Exponent ist die Kongreßpartei. Als Monopolbourgeoisie hat die herrschende Klasse Indiens natürlich auch das Interesse an ökonomischer Expansion. Südasiens und Südostasiens ist dabei aus naheliegenden Gründen die bevorzugte Region. Dabei stößt die indische Monopolbourgeoisie auf mächtige Konkurrenz, nämlich in erster Linie die der USA und Japans, und in zweiter Linie auf Hongkong, Singapur und Taiwan, auf Staaten also, die sehr eng an die imperialistischen Metropolen angeschlossen sind.

Die indische Monopolbourgeoisie gerät also hier in Widerspruch zu Interessen

aus dem Kernbereich des imperialistischen Weltsystems. Es ist nur logisch, wenn diese Widersprüche politisch reflektiert werden und die indische Außenpolitik eine antiimperialistische Komponente enthält. Dies wird verstärkt durch weitere Momente, die besondere historische Wurzeln haben, wie die Rivalität mit dem US-Bündnispartner Pakistan (Kashmir-Konflikt etc.), die Rivalität mit der Volksrepublik China um eine regionale, asiatische Hegemonie, sowie das indische Interesse an Konsolidierung und Ausbau seiner Führungsrolle in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und, schließlich auch seine traditionell positive Rolle in der Bewegung für Abrüstung und Frieden.

All diese Momente greifen ineinander und konstituieren die oben angeführte antiimperialistische Potenz und gemeinsame Interessen in weltpolitischen Fragen mit der Sowjetunion. Obwohl Indien also ein kapitalistisches Land ist und sich sogar im Stadium einer monopolistischen Entwicklung befindet, steht es in einem vielschichtigen Widerspruchsgeflecht zu den Interessen des imperialistischen Systems.

Es entspricht dann voll und ganz der bereits von Lenin entwickelten Strategie und Taktik revolutionärer Außenpolitik, dem Rechnung zu tragen und die anti-imperialistischen Komponenten der indischen Politik zu bestärken und zu nutzen. Die sozialistischen Staaten „verfolgen dabei das Ziel, die Positionen der progressiven Kräfte im Inneren zu stärken, sowie die Tendenzen einer friedliebenden antiimperialistischen Außenpolitik zu fördern“.<sup>16</sup>

Gleichzeitig besteht für die Sowjetunion in den ökonomischen Beziehungen kein Anlaß, dem indischen Monopolkapital jene Art von ökonomischen Vorzugsbedingungen einzuräumen, die sozialistische oder dem Sozialismus gesellschaftspolitisch nahestehende Entwicklungsländer erhalten. Dennoch ist die wirtschaftliche Kooperation UdSSR-Indien für Indien insgesamt noch vorteilhafter

als die indischen Wirtschaftsbeziehungen mit den imperialistischen Metropolen. Der indische bürgerliche Gesellschaftswissenschaftler N.K. Chandra, weist darauf ausdrücklich hin: „Dieser Aufsatz geht von der Prämisse aus, daß es für nahezu jedes Dritte-Welt-Land unvergleichlich vorteilhafter ist, auch einige Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR zu unterhalten, als ausschließlich von der westlichen imperialistischen Staaten-Gruppe abhängig zu sein. Sowohl politisch als auch ökonomisch hat die Dritte Welt eine weitaus größere Flexibilität als es der Fall wäre, wenn ihre Verbindungen zur UdSSR aus irgendeinem Grunde gelöst würden.“<sup>17</sup>

Der Autor der obenangeführten Thesen des iz3w, Klaus Fritsche, der sich in seinen Thesen auf Chandra stützt, verschweigt diese Gesamteinschätzung, um dann aber zurecht mit Chandra festzustellen, daß die Sowjetunion aufgrund für sie günstiger terms of trade im Außenhandel mit kapitalistischen Entwicklungsländern u.U. einen Vorteil erzielt. Fritsche fälscht dabei Chandras Zahlenangaben um ein Vielfaches nach oben.<sup>18</sup> Richtig ist aber, daß die terms of trade sich zugunsten der Sowjetunion auswirken, wenn Handel mit einem kapitalistischen Entwicklungsland auf der Basis von Weltmarktpreisen stattfindet. Nur, es kann nicht oft genug wiederholt werden: Jedes andere Verfahren hieße, der jeweiligen Bourgeoisie Extraprofite zuzuschanden.

Oder sollte Fritsche so naiv sein, zu glauben, daß bei anderen terms of trade die dann höheren Gewinne der indischen Monopolbourgeoisie für die Schulspeisung hungernder Kinder in Kalkutta gespendet würden?

## V. Die wirtschaftlichen Beziehungen UdSSR – Dritte Welt

Auch wenn die Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR zur Dritten Welt ein eigenständiger Bereich im Gesamtgeflecht der internationalen Politik sind, so muß doch einleitend zu diesem Kapitel darauf hingewiesen werden, daß diese Beziehungen von sowjetischer Seite aus strikt unter dem Primat der Politik stehen. Das entspricht jenem seit Lenin in der sowjetischen Politik gültigen Prinzip, wonach die Wirtschaft dem strategischen Hauptziel der gesellschaftlichen Entwicklung untergeordnet ist. Das Primat der Politik soll verhindern, daß wirtschaftliche Interessen im Sozialismus, z.B. kurzfristige Gewinninteressen, in Gegensatz zur Gesamtentwicklung geraten und sich u.U. sogar dieser gegenüber durchsetzen.

In diesem Sinne sind auch die Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR zur

Dritten Welt in ihre außenpolitische Strategie eingebunden.

Die qualitativen Aspekte der sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt werden besonders deutlich, wenn wir sie von dem Hintergrund der kapitalistischen Weltwirtschaft abheben, die noch immer den Löwenanteil auch der Wirtschaftstätigkeit der Entwicklungsländer dominiert.

Die koloniale Intervention des Kapitalismus hat die traditionellen Ökonomien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas seit Beginn des 16. Jahrhunderts zerstört oder zumindest deformiert, und damit die Verelendung dieser Erdteile und ihre Abhängigkeit von den Metropolen erst herbeigeführt. Dieser Prozeß wurde mit der Herausbildung des Imperialismus

(um die Jahrhundertwende; d. Red.), dessen ökonomischer Kern das Monopolkapital ist, vertieft und geht heute, ungeachtet der völkerrechtlichen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer als Neokolonialismus weiter.

Die wichtigsten Komponenten im globalen Reproduktionsprozeß des Kapitals sind die transnationalen Konzerne, die nationalen und internationalen Institutionen des Finanzkapitals wie Banken, Internationaler Währungsfonds (IMF), Weltbank etc. und natürlich staatliche Einrichtungen, die „Entwicklungshilfe“ abwickeln (z.T. auch multilateral, wie die EG über das Lomé-Abkommen).

Ganz anders dagegen die Außenwirtschaft der UdSSR. Die Sowjetunion, mit einem völlig neuen Typus der Produk-



Eines von vielen Großprojekten in Sowjetasien: Wachstausee in Nurek

## Igor Bestushew-Lada Ausweg aus der Rückständigkeit – eine soziale Frage!



Prof. Igor Bestushew-Lada (58) zählt zu den bekanntesten Futurologen in der Sowjetunion. Der gelehrte Historiker, der seit 1967 als Sektionsleiter für soziale Prognostizierung am soziologischen Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR fungiert, setzt sich in einem kürzlich in der Bundesrepublik (Dreisam Verlag) verlegten Buch „Die Welt im Jahr 2000“ mit den Krisenvisionen des Club of Rome, der US-Futurologie usw. auseinander. Er widmet den aktuellen Problemen der Ökologie und der sog. Dritten Welt gesonderte Kapitel. Wir bringen Ausschnitte aus letzterem, dem Kapitel 3.

Die typologische Einteilung der Welt läßt viel zu wünschen übrig. Da es keine hinreichend begründete und allgemein akzeptierte Typologie gibt, begnügt man sich in der westlichen Literatur gewöhnlich mit einer vorläufigen und sehr ungenauen Eingruppierung, bei der die Länder in „entwickelte“ und „Entwicklungsländer“, in Länder der „ersten“, „zweiten“ und „dritten“ Welt usw. eingeteilt werden. Dabei unterscheiden sich alle Länder in ihrer Entwicklung, und jedes Land ist auf seine Weise ein „Entwicklungsland“. Außerdem ist die Gesellschaftsordnung von entscheidender Bedeutung.

Nicht von ungefähr haben westliche Wirtschaftsfachleute die ökonomisch entwickelten Länder in zwei „Welten“ eingeteilt, in die kapitalistische und die sozialistische. Das

entspricht der realen Sachlage in der heutigen Welt, in der zwei entgegengesetzte soziale Systeme einander gegenüberstehen und in der der Unterschied zwischen den beiden Ländern des einen oder des anderen Systems in sozialer Hinsicht riesig ist, selbst wenn sich der wirtschaftliche Entwicklungsstand und das Pro-Kopf-Einkommen gleichen.

Nicht homogen ist auch die „Dritte Welt“. Es ist kennzeichnend, daß in der westlichen Literatur immer häufiger die Aussonderung einer „vierten“ und „fünften“ Welt aus der „dritten“ Welt zur Sprache gebracht wird. (...)

Doch das ist noch nicht alles. In den Vordergrund rückt auch hier die Frage der Gesellschaftsordnung. Zwei Entwicklungsländer können den gleichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand haben, die gleichen Zuwachsraten, das gleiche durchschnittliche, nominale Pro-Kopf-Einkommen.

Wenn aber ein großer Teil des Bodens einer Handvoll von Großgrundbesitzern und ausländischen Gesellschaften gehört und der geringere Teil auf Miniparzellen verteilt ist, die keine Bauernfamilie ernähren können, so daß der Bauer mit der Masse der landlosen Armen als Tagelöhner beim Großgrundbesitzer arbeiten muß, wenn der Löwenanteil des Nationaleinkommens für die Armee benutzt wird, die den verständlichen Protest der Volksmassen niederhält, wenn die Macht in der Hand einer reaktionären Clique liegt, die das Volk ausplündert, so ist das die eine Produktions- und Verteilungsweise.

### „Reiches“ oder „armes“ Land?

Wenn aber im Lande fortschrittliche soziale Umgestaltungen durchgeführt wurden und man anstelle der Latifundien staatliche oder genossenschaftliche Agrarbetriebe gebildet hat, wenn ein Teil des Bodens unter die Bauern verteilt worden ist und man der Ausplünderung der Volksmassen ein Ende gemacht hat, wenn die Mittel zum Leben gleichmäßiger verteilt werden (ganz zu schweigen vom sozialen und politischen

Aspekt der Sache), so ist das eine ganz andere Produktions- und Verteilungsweise. (...) Deshalb verhält man sich in der sowjetischen Fachliteratur negativ zur Konzeption der „drei Welten“ oder der „reichen und armen Länder“, der „Gegenüberstellung von Nord und Süd“ und anderen Versuchen, die komplizierte Welt der Gegenwart schwarz-weiß zu zeichnen. Bei diesen Versuchen scheinen allzudeutlich tendenziöse politische Spekulationen mit der allzu offensichtlichen Absicht durch, den Status quo aufrechtzuerhalten oder ihn zu seinen eigenen Gunsten zu verändern.

In der Sowjetunion zieht man ein stärker differenziertes Herangehen vor, wobei vor allem die Gesellschaftsordnung im jeweiligen Land zu berücksichtigen ist. Von diesem Standpunkt aus gibt es wirtschaftlich entwickelte kapitalistische Länder, sozialistische Länder, darunter die Länder der sozialistischen Gemeinschaft (die RGW-Länder), Entwicklungsländer sozialistischer Orientierung und solche kapitalistischer Orientierung, darunter zum einen die noch übriggebliebenen Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Länder und auf der anderen Seite Länder mit einem reaktionären Diktaturregime faschistischer Prägung.

### Radikale Angleichung asiatischer Sowjetrepubliken

In der Tat, was bedeutet ein „reiches“ oder ein „armes“ Land?

Kann man beispielsweise Kuwait mit seinen zehntausend Dollar Brutto sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung (dank des Erdöls) als „reicher“ betrachten als, sagen wir, die USA oder Schweden, wo die entsprechende Kennzahl etwas niedriger liegt? Kann man die Südafrikanische Republik als „arm“ oder im Gegenteil als „reich“ betrachten, ohne einen Unterschied zwischen der „weißen“ Minderheit zu machen, die unter anderen Bedingungen lebt (die nicht hinter Westeuropa zurückstehen) als die „farbige“ Mehrheit, die wieder unter ganz anderen Bedingungen lebt, die sich denen in anderen afrikanischen Ländern nähern? Und wohin gehört dieses Land, zusammen mit Australien und Neuseeland: zum „Norden“ oder zum „Süden“?

Anstelle solcher willkürlicher Bezeichnungen ist es wichtig, sich darüber klar zu werden, worin der „Reichtum“, das Nationaleinkommen eines jeden Landes besteht und



# Kaffee-abo

**Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken – ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!**

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich entsprechend Eurem Monatsbedarf – natürlich frei Haus. Kein Vergessen, kein Suchen – und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3 Pfund oder ein Vielfaches davon) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel. 069/778863).

**Neu**



# Wer wir sind:

Für die aktive Solidarität sind wir da. Mehr als 150 Artikel halten wir bereit. Für die aktive Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas: Bücher und Broschüren, Buttons und Plakate, Postkarten und Aufkleber, Dia-Serien und Wandzeitungen, Schmuck und Kunstposter. Mit den Befreiungsbewegungen arbeiten wir zusammen. Auch ihre Materialien vertreiben wir. Und wir sind selbst Teil der Solidaritätsbewegung. Eng verbunden mit dem ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika). Und wir tun auch was zur Steigerung des ASK-Spendenaufkommens, z.B. mit Kaffee, Nicaragua-Kaffee. Rund 300.000 DM konnte das ASK mittlerweile der FSLN zur Verfügung stellen. Zur freien Verfügung. Zum Einsatz dort, wo es am nötigsten ist. Das soll noch mehr werden. Unser „Solishop“ wird seinen Beitrag leisten. Helft mit. Fordert unseren neuen Gesamtkatalog an. Spendet auf das ASK-Konto: Sonderkonto Prof. Wulff, Postgiroamt Frankfurt/Main, Konto-Nr. 527 055-602, Kennwort „Nicaragua“.



Absender

---



---



---



---

Ich/Wir bestelle/n hiermit ein Solidaritäts-Abonnement röstfrischen, gemahlten NICARAGUA-KAFFEE. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3/6/... Pfd.\* zum Preis von 40/80/... DM\* incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Nachnahme/Überweisung/Scheck\*.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

\*Nicht zutreffendes bitte streichen. Der Preis ist für min. 2 Monate ab Bestellung garantiert.

POSTKARTE

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An  
**Solidaritätsshop**  
**Dritte Welt**  
Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90

- Ich abonniere das AIB ab Nr. \_\_\_\_\_ / ab sofort\*
- Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. AIB-Nr. \_\_\_\_\_\*\*
- Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. AIB-Sonderheft Nr. \_\_\_\_\_\*\*

\* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): \_\_\_\_\_ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

\*\* Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname																							
Straße												Beruf											
Postleitzahl, Ort												Nr des Zustellpostamtes											

Unterschrift \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift: \_\_\_\_\_

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei \_\_\_\_\_

in \_\_\_\_\_

Kto.-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_

# Freiheit für Nelson Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung  
des ANC-Führers Nelson Mandela und  
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of  
ANC leader Nelson Mandela and all  
other political prisoners!**

(Ort und Datum)

(Unterschrift)

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An  
**AIB-Weltkreis-Verlag**  
Liebigstr. 46  
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde  
von mir geworben:

Mein Name: \_\_\_\_\_

Meine Adresse: \_\_\_\_\_

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

70 PF

P. W. Botha  
Union Buildings  
Pretoria  
SOUTH AFRICA

Absender:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

tionsweise, hat den Weltmarkt und dessen Abhängigkeitsstrukturen weder hervorgebracht noch tragen ihre Produktionsverhältnisse dazu bei, diesen zu perpetuieren. Im Gegenteil, es existieren keine transnationalen Konzerne mit Hauptquartier in Moskau. Die Sowjetunion verfügt über keinen sozialistischen IMF, keine Weltbank oder ähnliche Instrumente, wie sie das Finanzkapital zur Ausbeutung der Dritten Welt besitzt. Die UdSSR produziert kein Kapital, das nach günstigen Reproduktionsbedingungen im Ausland Anlagemöglichkeiten suchte. Die UdSSR braucht keine ausländischen Märkte, um von einem durch Überproduktion gesättigten Binnenmarkt auszuweichen. Im Gegenteil ist der sowjetische Bedarf an Investitions-

und Konsumgütern noch auf lange Zeit nicht gedeckt. Und last not least ist die Sowjetunion auch nicht auf ausländische Rohstoffquellen angewiesen, da sie selbst das rohstoffreichste Land der Welt ist.

Der Kern all dessen ist die Tatsache, daß den sozialistischen Produktionsverhältnissen nichts innewohnt, was dem dem Finanzkapital immanenten Zwang zum Kapitalexport gleichkommt. Während der Kapitalexport für das Finanzkapital gesetzmäßige Konsequenz und Voraussetzung seiner Reproduktion ist, fehlt diese entscheidende Triebkraft für ökonomische Expansion in der sozialistischen Ökonomie. „Der Großmacht Sowjetunion fehlt hier eine ganze Dimension von Unterwerfungs- und Dominanz-

möglichkeiten“<sup>19</sup>, schreibt Ursula Schmiederer. Zur Präzisierung wäre anzufügen: Der Sowjetunion fehlt hier die grundlegende und entscheidende Dimension, um strukturelle ökonomische Abhängigkeiten von Entwicklungsländern zu schaffen oder aufrecht zu erhalten.

Die strukturelle Abhängigkeit neokolonialen Typs ist auch in ihrer Reichweite und ihrer Wirksamkeit durch nichts zu ersetzen. „Es bedarf nicht eines einzigen amerikanischen Panzers, um die rechtmäßige chilenische Regierung zu stürzen und Allende zu ermorden, das besorgen ITT und CIA. Auch wenn ein multinationaler Konzern nicht so unverfroren eingreift, haben die kapitalistischen Länder dem realen Sozialismus voraus, daß es eine Vielfalt ökonomischer Mechanis-



wie es verteilt wird. Beruht es auf vorübergehenden Faktoren (beispielsweise auf den Erdölvorräten) oder zu einem großen Teil auf der Ausplünderung von Kolonien (wie das früher der Fall war), so ist das die eine Situation. Beruht es auf beständigen und langfristigen inneren Faktoren, so ist das eine ganz andere Lage.

Wird ein riesiger Teil des Nationaleinkommens von einer korrupten herrschenden Clique an sich gebracht, so kann man Milliarden und aber Milliarden zur Hilfeleistung für dieses unglückliche Land bewilligen, es wird alles gestohlen und in den Geheimfächern schweizerischer Banken versteckt werden. Wird das Einkommen gerecht verteilt, so ergibt auch die Wirtschaftshilfe einen praktischen Effekt. Das Ergebnis bei ein und demselben Aufwand ist also vollkommen unterschiedlich.

Hier kommen wir erneut auf die entscheidende Rolle der Gesellschaftsordnung zurück.

Nehmen wir als konkretes Beispiel die Geschichte der Sowjetunion. Alle Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Länder des ehemaligen Russischen Reiches (außer Finnland und Polen) gehören heute zur Sowjetunion. Die Sowjetregierung nahm Kurs auf eine allmähliche Angleichung des wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstandes aller fünfzehn Unionsrepubliken der UdSSR, nicht nur der Russischen Föderation, sondern das galt auch für die Ukraine, Belorussland, Usbekistan, Kasachstan, Georgien,

Aserbaidschan, Litauen, Moldawien, Lettland, Kirgisien, Tadshikistan, Armenien, Turkmenien und Estland.

Die Mittel zur Erreichung dieses Ziels waren bewußt erhöhte Mittelzuweisungen für die beschleunigte Entwicklung der Wirtschaft der einst rückständigen Landesgebiete in einem Umfang, der viel größer war als die radikalsten Ansprüche von Entwicklungsländern auf Wirtschaftshilfe in den letzten Jahren.

Und das Ergebnis: Keine einzige Unionsrepublik steht in Bezug auf das Lebensniveau der Bevölkerung hinter der Russischen Föderation zurück, viele sind ihr sogar voraus. Genau dasselbe kann man über die autonomen nationalen Republiken in der Russischen Föderation und in einigen anderen Unionsrepubliken sagen.

Kann man sich vorstellen, daß der Lebensstandard in Indien höher ist als in Großbritannien, auf den Philippinen höher als in den USA, in Marokko höher als in Frankreich? Hingegen ist der Lebensstandard in Turkmenien, Usbekistan, Tadshikistan, Kirgisien, Aserbaidschan, Armenien und Georgien zweifellos höher als in vielen Gebieten der Russischen Föderation.

#### Almosen sind aussichtslos

Wäre es in Anbetracht dieser Lage richtig, die Sowjetrepubliken Transkaukasiens und Mittelasiens in die Kategorie der Entwicklungsländer einzureihen oder gar in die „dritte Welt“, in die Gruppe der Länder des „Südens“, die dem „Norden“ gegenüberstehen usw., wie das zuweilen von der westlichen Presse getan wird? Das kann man nur kategorisch ablehnen. (...)

Auf der anderen Seite gilt: im kapitalistischen Welt-system bleiben die Entwicklungsländer nach wie vor unterdrückte, ausgebeutete, abhängige Länder.

Es steht schon lange fest, daß die Erämpfung der politischen Unabhängigkeit nur der erste Schritt zur wirklichen Unabhängigkeit ist, daß man ein Land auch ohne Kolonialtruppen ausplündern kann – dazu braucht man nur käufliche herrschende Cliquen, braucht man nur ungerecht niedrige Preise für die Exportartikel der Entwicklungsländer und im Zuge der Monopolstellung hohe Preise für ihre Importe festzusetzen. Dazu braucht man nur Superprofite aus den Entwicklungsländern herauszupumpen, die

sich gar nicht mit der kläglichen Wirtschaftshilfe des Westens vergleichen lassen. Es gibt auch zahlreiche andere Methoden. Ihre Gesamtheit, die man „Neokolonialismus“ nennt, ist unserer Überzeugung nach die Hauptursache der Schwierigkeiten, mit denen es die Entwicklungsländer zu tun haben. Auf dem Neokolonialismus beruht auch jene Problemsituation, die für jedes dieser Länder gilt. (...)

Es ist schon längst festgestellt worden, daß die Entwicklungsländer keine Almosen brauchen, die ja erniedrigend und aussichtslos sind, da sie ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht stimulieren. Diese Länder werden auch nie darin einwilligen, Agraranhängsel der industriellen Großmächte zu bleiben. Jahrzehnte- und jahrhundertlang den Weg der kapitalistischen Industrialisierung zu gehen, das wird für sie in der Epoche der raschen wissenschaftlich-technischen Revolution in absehbarer Zukunft praktisch nicht möglich sein.

Gibt es einen Ausweg? Unserer Ansicht nach besteht der Ausweg in sozialen Umgestaltungen, in der Abrüstung, in der Umstellung der eigenen Wirtschaft auf die maximale Befriedigung der rationalen Bedürfnisse der Volksmassen..., in der Erämpfung wirtschaftlicher Unabhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt, in der Erweiterung der außenwirtschaftlichen Beziehungen auf gerechten und gleichberechtigten Grundlagen (daß dies in der Praxis möglich ist, zeigen die Erfahrungen der RGW-Länder), in der Hebung nicht nur des materiellen, sondern auch des kulturellen Lebensniveaus der Volksmassen und in der optimalen Lösung der demographischen und anderen sozialen Entwicklungsprobleme auf dieser Grundlage.

Ein Ausweg aus dem Schraubstock von Rückständigkeit und Elend ist also da, nur nicht im Rahmen des kapitalistischen Welt-systems. Und nicht im Rahmen des kapitalistischen Weltmarkts.

Wir können beobachten, wie die Völker der Entwicklungsländer in verschiedener Weise, aber mit der gleichen Beharrlichkeit diesen Ausweg suchen. Wir glauben, daß die praktische Lösung des „Kernproblems der Gegenwart“ auf diesem Weg erreicht und die Rückständigkeit der Entwicklungsländer überwunden werden wird.

(Quelle: I. Bestushew-Lada, Die Welt im Jahr 2000. Eine sowjetische Prognose für unsere Zukunft, Freiburg 1984, S. 37-48)

men gibt, über die ein Land an seine Bündnisverpflichtungen erinnert werden kann, über die Abhängigkeitsstrukturen geknüpft werden, die haltbarer sind, als die Präsenz von Panzern."<sup>20</sup>

Die Strukturen des Weltmarktes sind denen der sowjetischen Produktionsverhältnisse also äußerlich, ja stehen im Widerspruch zu ihnen. Mehr noch, die sozialistischen Ökonomien sind im Verhältnis zu denen der imperialistischen Metropolen nicht gleichrangige Partner, sondern werden selbst diskriminiert.

Sie sind im Handel mit dem Westen durch die terms of trade benachteiligt, es gibt eine ungleiche Arbeitsteilung in diesem Handel, d.h. – ausgenommen die DDR und die CSSR – exportieren die sozialistischen Länder mehr Rohstoffe und importieren mehr industrielle Fertigwaren. Ihre Währungen sind nicht konvertibel. Der Technologietransfer wird behindert (COCOM-Liste u.a.). etc. etc.

Die Hauptform, in der die Sowjetunion an der nichtsozialistischen Weltwirtschaft teilnimmt, ist der Handel. Um den Stellenwert der Handelsbeziehungen einzuschätzen, muß man wissen, daß der Anteil des RGW-Handels mit den Entwicklungsländern nur 2% (1982) des gesamten Welthandels ausmacht.<sup>21</sup> In absoluten Zahlen hatte er ein Gesamtvolumen von 42,5 Mrd Dollar. Der Anteil der UdSSR wiederum an diesen 2% betrug etwas mehr als die Hälfte (58%). Der Anteil des sog. „Ost-Süd-Handels“ am gesamten Außenhandel der RGW-Länder wiederum betrug nur 13,5%. Für die Entwicklungsländer war der Anteil des RGW an ihrem Außenhandel noch niedriger, nämlich 5,3% ihrer Importe und 2,5% ihrer Exporte. Auch dabei nimmt die UdSSR jeweils mit etwas mehr als der Hälfte an den genannten Raten teil. Die Entwicklungstrends in letzten Jahren laufen auf eine Stagnation bzw. sogar einen leichten Rückgang hinaus.

Unter einer weltwirtschaftlichen Perspektive nimmt sich der „Ost-Süd-Handel“ also als äußerst untergeordnete Größe aus. Das Theorem von der Supermacht Sowjetunion, die gemeinsam mit den USA die Dritte Welt ausbeutet, erweist nirgendwo mehr seine Absurdität als gerade hier!

Gleichwohl hat der „Ost-Süd-Handel“ eine wirtschaftliche und politische Bedeutung, die über den rein quantitativen Dimensionen liegt. Seine Wirksamkeit erzielt er vor allem durch eine Konzentration auf eine relativ kleine Zahl von Ländern. Da es sich bei den Handelspartnern der UdSSR ausnahmslos um Länder handelt, die auch politisch von großer Bedeutung für die UdSSR sind, bestätigt sich hier vor allem der politische Stellenwert, den die sowjetische Außenpolitik diesem Handel gibt.<sup>22</sup>

## VI. Fazit

Aus all dem Dargelegten ergibt sich für uns als zwingende Schlußfolgerung, daß die Sowjetunion ein sehr wichtiger Bündnispartner aller Kräfte, Bewegungen, Organisationen und Staaten in der Dritten Welt ist, die sich von Kolonialismus, Neokolonialismus und imperialistischer Bevormundung befreien wollen. Bündnis heißt, daß verschiedene Partner in bestimmten, wichtigen Fragen Interessenübereinstimmungen haben. Es heißt nicht, die jeweils eigene politische, soziale und kulturelle Identität aufgeben.

Politiker in der Dritten Welt jedoch, die glauben nach dem Motto verfahren zu können, „auf dem Berg sitzen und dem Kampf der Tiger im Tal zusehen“, sich aus der Auseinandersetzung um die großen weltpolitischen Fragen heraushalten zu können, und auf gleichen Abstand zu den USA und der UdSSR, auf „Äquidistanz zu den Supermächten“, gehen zu können, bleiben letztlich doch dem imperialistischen Weltsystem verhaftet, und sei es „nur“ mittels ihrer Anbindung an den kapitalistischen Weltmarkt. Mehr noch gilt dies für jene, die in der UdSSR einen Feind sehen, und sei es nur den Nebenfeind nach den USA (so wie Khomeinis Vorstellung vom „großen und vom kleinen Teufel“).

Ähnliches gilt für die Solidaritätsbewegung. Es geht nicht darum, daß alle in der Solidarität Engagierten nun zu Freunden der Sowjetunion werden. Es geht aber darum, soviel Realitätssinn an den Tag zu legen, die objektiv positive Rolle der UdSSR für eine antiimperialistische Politik in der Dritten Welt wahrzunehmen. Wenn aber antikommunistisches Dogma dazu führt, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, d.h. wenn die UdSSR nicht Bündnispartner für Emanzipationsprozesse in der Dritten Welt sein kann, weil sie es dem Feindbild von der „Supermacht“ zufolge nicht sein darf,

dann schadet dies auch dem Anliegen der Solidarität.

Auch opportunistische Anpassung an die antikommunistische Grundströmung, z.B. aktuell die Distanzierung von sowjetischer Hilfe für Nikaragua, vermag allenfalls kurzfristigen, taktischen Vorteil zu verschaffen. Langfristig trägt sie nur dazu bei, die Grundtorheit unseres Jahrhunderts, wie der aufgeklärte Bürger Thomas Mann den Antikommunismus bezeichnete, zu verfestigen – und damit eine tragende Säule imperialistischer Herrschaft.

Die Kurzsichtigkeit dieser Haltung wird besonders augenfällig, wenn man bedenkt, daß die Menschheit in den letzten Jahren in eine qualitativ völlig neue Phase ihrer Geschichte eingetreten ist: Zum ersten Mal besteht die reale Möglichkeit, daß die gesamte Gattung in einem Weltkrieg vernichtet werden kann. Wir haben es heute nicht mehr nur mit lokalen und regionalen Problemen zu tun, nicht mehr nur mit Konflikten zwischen einer „ersten“ und einer „zweiten“ Welt, mit den Problemen der Dritten Welt, sondern mit **einer** Welt, die extrem gefährdet ist.

Sie ist gefährdet durch das Wettrüsten, das nun mit Reagans „Krieg der Sterne“ möglicherweise in seine dramatischste Runde eintritt. Gefährdet ist sie aber auch durch Unterentwicklung, Not, Elend und Hunger, die Kolonialismus und Imperialismus hervorgebracht haben. Und gefährdet wird sie durch ökologische Katastrophen, die von einem rücksichtslosen Profitstreben ausgelöst werden.

„Wenn wir überleben wollen“, so der bezeichnende Titel eines Buches von Fidel Castro, dann müssen wir „mit einer gigantischen Unterstützung aller ... einer Zukunft begegnen, die sich objektiv verzweifelt und düster abzeichnet, insbesondere für die Völker der Dritten Welt“.<sup>23</sup>

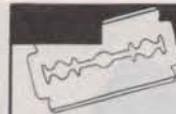
Bei der Lösung dieser globalen Probleme der Menschheit ist die Sowjetunion ein unverzichtbarer Bündnispartner.

Sowjetische Exportbranche Autoindustrie



#### Anmerkungen:

- 1) Der Verfasser verwendet den Begriff Dritte Welt (Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas) im folgenden ohne Anführungszeichen, obwohl er sich dessen bewußt ist, daß er nicht als wissenschaftlich exakt angesehen werden kann.
- 2) Als Beispiele siehe: iz3w, Nr. 110, Juni 1983, S.18; die Blätter des Informationszentrums Dritte Welt, Freiburg, haben in ihren Ausgaben 110 und 116 eine Serie von Artikeln zu verschiedenen Aspekten der sowjetischen Politik in Afrika, Asien und Lateinamerika gebracht; (die Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 1/1983 beschäftigte sich mit den Themen DDR und Dritte Welt); weiter siehe: R. Dotzauer, Die Sowjetunion und die Dritte Welt, in: Antimilitarismus Information, Nr. 12/1984; weiter sei verwiesen auf das Schwerpunktthema 3. Welt-Politik der UdSSR, in: Zivilcourage, Nr. 6, November-Dezember 1984
- 3) Ronald Reagan, 17.5.1981, Ansprache in der Notre Dame Universität, zit. nach: Neuberger, Günther (Hrsg.), Der Plan Euroshima. Aus Reden und Schriften von Ronald Reagan, Alexander Haig, Caspar Weinberger u.a., Köln 1982, S.35
- 4) A. Cabral, Die Revolution der Verdammten. Der Befreiungskampf in Guinea-Bissau, Berlin (West) 1974, S.37
- 5) So stellvertretend für viele die Thesen des iz3w: „Die sowjetische Politik in der Dritten Welt wird vom sowjetischen Eigeninteresse bestimmt.“ In: iz3w, Nr. 110, Juni 1983, S.28
- 6) Entgegen dem weitverbreiteten antimunistischen Klischee scheiden dabei Export der Revolution und Krieg, wie die Theorie und die praktische Außenpolitik der UdSSR zeigen, aus.
- 7) Dies ist die bestimmende Hauptseite des dialektischen Zusammenhangs der Interessen von Sozialismus und Befreiungsbewegung. In gewissen politischen Konstellationen können freilich auch partiell einmal Widersprüche auftreten. Die sowjetischen Autoren J. Krassin/B. Leibson stellen dazu fest, „daß die taktischen Tagesinteressen des Kampfes in einem Lande zeitweilig mit den Erfordernissen des Klassenkampfes auf dem Weltchauplatz in Widerspruch geraten können.“ (J. Krassin/B. Leibson, Über den proletarischen Internationalismus, in: Sozialismus in Theorie und Praxis, Moskau, Nr. 5/1980, S. 35-47, hier S. 42); Kriterium für revolutionäre Politik in einer solchen Situation ist das globale Gesamtinteresse der antiimperialistischen Kräfte und nicht das eines Landes oder einer Bewegung, d.h. „daß die Interessen aller am Kampf gegen den Imperialismus teilnehmenden Formationen berücksichtigt werden“. (Ebenda, S. 43) Auf diese Problematik soll in Einzelbeiträgen der AIB-Serie verschiedentlich eingegangen werden.
- 8) In: Reden bekannter Revolutionäre auf dem 25. Parteitag der KPdSU, Bonn 1976, S.23. Unlängst äußerte sich Daniel Ortega, Präsident Nikaraguas, ähnlich, als er in einem Interview auf die Frage antwortete, ob die UdSSR für ihre Hilfe nicht Gegenleistungen verlange: „Niemand. Wir haben dieses Thema in unseren Gesprächen nie berührt, weder auf unsere Veranlassung noch auf Initiative der Sowjetunion.“ Konkret, Juli 1985, S.48
- 9) Das Konzept vom Groß-Somalischen Reich umfaßt neben Somalia den Osten Äthiopiens, Djibouti und Teile des kenianischen Nordens!
- 10) Die Kehrseite dieses Vorwurfs ist der von der „Supermacht“, die den kleinen Ländern der Dritten Welt ihren Willen aufzwingt. Im einen Falle wird kritisiert, daß sich die UdSSR zu wenig in der Dritten Welt einmische, im anderen, daß sie sich zuviel einmische. Beide Positionen stehen bei ein- und demselben Autor oft nebeneinander. Vgl. z.B. iz3w, Die sowjetische Politik..., a.a.O., S.27
- 11) S. Halliday, Frostige Zeiten, Politik im Kalten Krieg der 80er Jahre, Frankfurt/M. 1984, S. 121
- 12) Die Bedeutung dieses einmaligen Vorgangs in der Menschheitsgeschichte wird besonders deutlich, wenn man zum Vergleich das Schicksal der traditionellen Gesellschaften Nordamerikas bei der Eroberung durch den Yankee-Kapitalismus heranzieht. In einem jahrzehntelangen Völkermord wurden die Indianer ausgerottet. Die wenigen, die die Tragödie überlebt haben, existieren heute völlig degradiert am Rande der US-Gesellschaft.
- 13) Fidel Castro, Interview mit dem schwedischen Journalisten Torbjörnsson, in: AIB 1/1985, S.19
- 14) Autorenkollektiv, Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart, Berlin (DDR) 1974, S. 186
- 15) Ebenda, S. 189
- 16) Ebenda
- 17) N.K. Chandra, USSR and third world: unequal distributions of gains, in: economic and political weekly, Jg. XII., Nr. 6, 7, 8, 1977, S. 349
- 18) K. Fritsche: „So weist der indische Autor N.K. Chandra nach, daß die Exportpreise der Sowjetunion in die Entwicklungsländer um ein vielfaches höher sind, als die Preise für die Exporte in die westlichen Industrieländer.“ Fritsche, a.a.O., S.24. Das Original von Chandra dagegen: „Die UdSSR nimmt allgemein von der Dritten Welt Preise, die um ein Drittel höher liegen als jene, die im sowjetischen Export nach dem Westen realisiert werden.“ N.K. Chandra, a.a.O., S. 367 (Hervorhebungen d. Verf.)
- 19) U. Schmiederer, Die „ewigen“ Ziele Rußlands, Hintergründe der gegenwärtigen sowjetischen Außenpolitik, in: Weltpolitik. Jahrbuch für Internationale Beziehungen I, hrsg. von U. Albrecht u.a., Frankfurt/New York 1981, S.58
- 20) Ebenda. Auch Reinhard Kössler argumentiert im iz3w ähnlich, wenn er feststellt, „daß ein ‚Kapitalverwertungsprozeß‘ in der Sowjetunion offenbar fehlt. Dieser Abwesenheit von ‚Kapital‘ und seiner ‚Verwertung‘ entspricht auch das Fehlen einer expansiven, ökonomisch bestimmten Dynamik. Damit aber fehlt die materielle Grundlage des kapitalistischen Imperialismus.“ R. Kössler, Russischer Bär, Freund der Völker, oder was? Zu innergesellschaftlichen Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik, Blätter des iz3w, Nr. 110, Juni 1983, S.33
- 21) Diese und die folgenden Zahlen nach: I. Dobozi, The Prospects of East-South Economic Interaction in the Changing International Environment, hrsg. vom Vienna Institute for Development, Occasional Paper 83/4; Dobozi ist Abteilungsleiter beim Institut für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften.
- 22) Eine detaillierte Darstellung des sowjetischen Außenhandels mit den Entwicklungsländern folgt in der nächsten Ausgabe des AIB.
- 23) Fidel Castro, Wenn wir überleben wollen, Die ökonomische und soziale Krise der Welt, Dortmund 1984, S.9



## Angriffslustig ... die mit der Rasierklinge

## Sie kommt in Schwung ...



... die Jugendbewegung gegen rechts. Die Jugendpolitischen Blätter sind dabei.

Reportagen + Interviews  
Enthüllungen + Hintergrundberichte  
Analysen + Fakten  
Dokumente + Kongreßberichte  
Rezensionen, Infos + Service

Die Jugendpolitischen Blätter: angriffslustig, streitbar, links

Stück 4,- DM  
Jahresabo 48,- DM  
Bestellen bei:  
Jugendpolitische Blätter  
Asselner Hellweg 106 a  
4600 Dortmund 13  
Probeheft anfordern!



Dieter Boris

# Bedroht die Sowjetunion die Dritte Welt?

## Kritik einiger linker Positionen zum Thema Sowjetunion und Dritte Welt

Es ist verständlich, daß bei einem so wichtigen und ideologisch-politisch sensiblen Thema sich eine Reihe unterschiedlicher Positionen im breiten Spektrum linksliberaler bis linker (in ihrem Selbstverständnis teilweise auch marxistischer) Autoren herausgebildet hat.

Viele begnügen sich mit Behauptungen, die aus Einzelereignissen, Tatsachen „abgeleitet“ bzw. verallgemeinert wurden; andere versuchen darüber hinaus auch Erklärungen für die von ihnen analysierte Verhaltensweise der Sowjetunion gegenüber der sog. Dritten Welt. Im folgenden sollen einige Positionen selektiv vorgestellt und diskutiert werden, die eine gewisse Spannbreite der Diskussion abdecken, ohne daß damit eine Vollständigkeit oder eine die Häufigkeit der vorgebrachten Positionen reflektierende Repräsentativität angestrebt würde.

Der Aufsatz von K. Fritsche (Blätter des iz3w, Nr. 110, Juni 1983, S. 19-29) kann zweifellos innerhalb eines gewissen linken Spektrums als Extremposition gelten.<sup>1</sup>

Er beschäftigt sich mit den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der Dritten Welt und gelangt zu dem Ergebnis, daß „die sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt nicht auf Prinzipien der 'Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen' basieren, sondern auf Ausbeutungsverhältnissen“ (S. 24)

### Beweise von „Ausbeutung“?

Die Begründungen für diese weitreichende These stehen auf schwachen Füßen. Der Verfasser versucht sie einmal mit dem Hinweis darauf zu stützen, daß die Sowjetunion überwiegend Rohstoffe aus den Entwicklungsländern importiert und zugleich vor allem Fertigwaren exportiert. Dies allein kann allerdings ebenso wenig wie der Verweis auf eine relativ hohe Konzentration auf bestimmte Partnerländer ein Beweis von „Ausbeutung“ sein.

Die Sowjetunion kann mit ihrem gerin-

gen Weltmarktanteil und ihren eigenen ökonomischen Problemen nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß die „klassische“ – von ihr nicht verschuldete – Exportstruktur der Entwicklungsländer sich nur langsam ändert. Daß die Sowjetunion als Rohstoffexporteur gegenüber den kapitalistischen Industrieländern denselben Preismechanismen unterliegt, übergeht Fritsche, obwohl er sich auf die Studie von Chandrah, wo dies explizit ausgeführt wird, stützt.

Die Orientierung der Sowjetunion am Weltmarktpreisniveau mag vielleicht in manchen Fällen (z.B. bei devisenarmen, eine progressive Entwicklungsrichtung einschlagende Entwicklungsländer) eine bedauerliche Tatsache sein, kann aber kaum als „Ausbeutung“ qualifiziert werden. Im übrigen ist hier differenzierter zu fragen, ob nicht gerade von der Sowjetunion ein unterschiedliches, politisch motiviertes Verrechnungssystem mit den verschiedenen Kategorien von Entwicklungsländern praktiziert wird.

Wenn eindeutig proimperialistische Regimes wie das brasilianische und/oder reaktionäre, aber devisenreiche Scheichtümer Weltmarktpreise zahlen müssen, sollte dies eigentlich keinen Grund für eine Kritik von einem progressiven Standpunkt aus bieten. Gerade bei sozialistischen Entwicklungsländern oder solchen einer „sozialistischen Orientierung“ kann von einer harten Orientierung an Weltmarktpreisen nicht die Rede sein.

Der Umstand, daß sich ein erheblicher Teil des sowjetischen Handels mit Ländern der Dritten Welt (dies gilt insbesondere für die zuletzt erwähnte Ländergruppe) als Warentauschhandel („barter-trade“) vollzieht, bei welchem durch langfristige Abkommen und Clearing-Verfahren Devisen gespart werden können, wird von Fritsche zwar erwähnt, aber unbegründeterweise als nachteilig qualifiziert (S.23).

Die Langfristigkeit der Handelsverträge, die Möglichkeit, auch gegenwärtig keine Spitzenqualität repräsentierende Produkte in die sozialistischen Länder verkaufen zu können sowie die Tatsache, daß die Bezahlung von Investitionsgütern, Produktionsanlagen aus den sozialistischen Ländern in der Regel aus der anlaufenden Produktion dieser Anlagen erfolgt, wird von Fritsche dagegen in ihrer positiven Bedeutung für die Entwicklungsländer fast vollständig unterschlagen.

Zum anderen befaßt sich der Artikel Fritsches mit dem Verhältnis der Sowjetunion mit der Blockfreienbewegung und zu den nationalen Befreiungsbewegungen. Die Tatsache, daß es Perioden unterschiedlicher Bewertung der blockfreien Staaten durch die Sowjetunion gegeben hat sowie der naheliegende Versuch seitens der sozialistischen Länder ideologisch-politischen Einfluß auf diese Bewegung zu gewinnen, wird von Fritsche ebenso wie einige taktische und häufig nur zeitweise Differenzen zu einzelnen Befreiungsbewegungen zur prinzipiellen und wesensmäßigen Kluft zwischen der Sowjetunion und der Dritten Welt hochstilisiert.

Es ist kein Zufall, daß er für seine zusammenfassende These, „daß Unabhängigkeit und Fortschritt der Dritten Welt nur gegen die UdSSR erkämpft werden kann“ (S.28) kein einziges Beispiel anzuführen vermag, obwohl dies seiner sonstigen unsystematisch-impressionistischen Vorgehensweise entsprochen hätte. Die Aufforderung, daß solchen weitreichenden Thesen (über Hegemonialstreben der Sowjetunion, den angeblichen Versuch ihren Weltmarktanteil zu erhöhen, ihren Charakter als Ausbeutung usw.) doch auch eine Analyse der inneren Strukturen der sowjetischen Gesellschaft – ökonomisch und sozialstruk-

turell – vorausgehen müßte, weist er als tendenziell apologetisch zurück.

Hilflos und recht platt, meint er, müsse der Umkehrschluß erlaubt sein: „Eine offensichtlich auf Vorherrschaft zielende Außenpolitik (muß doch) auch entsprechende (!) ökonomische Grundlagen haben.“ (S.28)

Auch **K. von Beyme** befaßt sich in seinem Beitrag (Die Sowjetunion in der Weltpolitik, München 1983, besonders S. 132-162) mit der Politik der Sowjetunion gegenüber der Dritten Welt.

Im Unterschied zu Fritsche enthält er sich weitgehend eigener und schwerwiegender Wertungen, bleibt aber andererseits fast ausschließlich in der Aufzählung von Fakten und Ereignissen<sup>2</sup> sowie bei der Abwägung von Erfolgen und Mißerfolgen, von Kosten und Nutzen der sowjetischen Politik gegenüber der Dritten Welt, stecken.

### „Profiteur“ von US-Fehlern

Aus dieser analytisch nicht eben anspruchsvollen Sichtweise (der Klasseninhalt von Außenpolitik sowie das Verhältnis von internen Strukturen zur Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt wird nicht einmal thematisiert) kann er immerhin resümierend feststellen, daß der sowjetischen Diplomatie (und noch mehr der sowjetischen Militärhilfepolitik) in der Dritten Welt regional wichtige Erfolge gelungen seien (in Südostasien, Indien, Afrika).

Da er aber die sowjetische Politik in der Dritten Welt – ohne nähere Begründung – als „überwiegend opportunistisch und reaktiv“ (S. 162) empfindet, führt er solche Erfolge maßgeblich „auf schwerwiegende Fehler der amerikanischen Außenpolitik“ (S. 184) zurück. Daß hinter der Beständigkeit und der Häufung solcher „Fehler“ mehr als schlichte Dummheit<sup>3</sup> liegen könnte, kommt von Beyme wohl nicht in den Sinn, da dies einer Reflexion auf den – die außenpolitische Flexibilität und „Lernfähigkeit“ mehr oder minder stark bestimmenden – Klassencharakter der Außenpolitik des US-Imperialismus bedurft hätte.

Immerhin ist positiv zu vermerken, daß von Beyme sowohl bei der Wirtschaftswie Militärhilfe der Sowjetunion den Primat (Vorrangigkeit; d. Red.) politischer Entscheidungskriterien erkennt und eventuelle wirtschaftliche Interessen als diesen untergeordnet ansieht (S. 147, 151).

**R. Damus** geht in ihrem Beitrag („Die Ökonomie der Sowjetunion und die Dritte Welt“, in: links, Nr. 138/139, Oktober 1981, S. 13-17) von zwei Thesen aus: einmal von der These, daß auch die Sowjetunion (trotz Nichtvorhandenseins kapitalistischer Verwertungs-

zwänge) ihre machtpolitischen, militärischen und ökonomischen Interessen im internationalen System bzw. auf dem Weltmarkt durchzusetzen versucht; zweitens, daß trotz der „Dominanz der politischen Sphäre“ auch die „realsozialistischen Länder“ nicht frei seien in der Wahl ihres internationalen politischen und wirtschaftlichen Handelns.

Es gebe konstitutionell bedingte Zwänge, die von einem bestimmten Entwicklungsstand aus auch ökonomisch zu einer offensiven Politik nach außen führen würden. Dies sei insbesondere der politische Zwang zur ständigen Produktivkraftentfaltung, welchem die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder systembedingt – bei intensivem ökonomischen Wachstum – immer weniger genügen könnten. Die Außenwirtschaft werde dementsprechend zum wichtigen (virtuell einzigen) „Wachstumsfaktor“, da vermittels ihrer die notwendigen – im inneren offenbar nicht erzeugbaren – technologischen Innovationen (Erneuerungen; d. Red.) importiert werden könnten.

Aus einigen von ihr präsentierten Daten leitet Damus die abnehmende Bedeutung der Sowjetunion bzw. der sozialistischen Länder innerhalb des kapitalistischen Weltmarkts (besonders bezüglich des Industriewarenexports und des Industriewarenverkehrs mit den Entwicklungsländern) und damit parallel laufend das abnehmende Gewicht der sozialistischen Länder für die Entwicklungsländer ab; umgekehrt aber nehme die Bedeutung der Entwicklungsländer für die wirtschaftliche Reproduktion der sozialistischen Länder zu.

### Einflussschwund des Sozialismus?

Hieraus – wie auch aus Gründen der Systemkonkurrenz – sei die Sowjetunion gezwungen, auch wirtschaftlich expansiv zu sein, „will sie nicht durch das ökonomische Handeln der Schwellenländer in ihrer Bedeutung als zweite Weltmacht entthront werden (klingt etwas paradox, stimmt aber dennoch).“ (S.17)

Da außerdem nur der militärische Bereich die Stellung der Sowjetunion im internationalen System maßgeblich bestimme, einzig hier Weltniveau erreicht sei, ergibt sich ihre Schlußfolgerung fast zwingend: „Daher kann die UdSSR eine wirkliche Abrüstung gar nicht wollen...“ (ebenda). Die Autorin gelangt somit zu einer These, die selbst in der Umgebung von F.J. Strauß immer skeptischer betrachtet wird.<sup>4</sup>

Ansonsten ist es schwierig, klare und eindeutige Aussagen bei Damus zu finden. Sie schwankt zwischen verschiedenen

Gedankenketzen hin und her: Die Sowjetunion müßte eigentlich wirtschaftlich expansiv sein, sie kann es aber nicht wegen ihrer diesbezüglichen Schwäche und Ineffizienz. Aber sie wird es vielleicht doch in Zukunft verstärkt sein, auf der Basis militärischer Stärke...

Zudem ist das Begriffsgewammel beträchtlich: Nachdem sie einerseits anerkannt hat, daß für die Sowjetunion die kapitalistische Verwertung als konstitutiver wirtschaftlicher Mechanismus nicht bestehe (S.13), verkündet sie am Ende just das Gegenteil: „Der 'reale Sozialismus' hat zwar dasselbe Wirtschaftsziel wie der Kapitalismus und insofern ist er auch ökonomisch expansionistisch. Er hat aber nicht dieselben Instrumentarien ihrer Durchsetzung und insofern ist er ökonomisch-praktisch dem Kapitalismus auf dem Weltmarkt ... unterlegen.“ (S.17)

Es ist sicherlich zutreffend, daß die Sowjetunion im internationalen System ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen vertritt (was sollte sie sonst?). Daß dies notwendig zu Lasten von anderen Ländern gehen muß (oder Unterordnung und Ausbeutung mit einschließen muß), wäre erst noch zu beweisen (im übrigen scheinen die von Damus angebotenen Zahlen über eine Lockerung der ökonomischen Beziehungen Sowjetunion und Dritte Welt dieser These zu widersprechen!).

Zustimmen kann man Damus auch bezüglich ihrer These von der Dominanz der Politik in den sozialistischen Ländern. Ob allerdings der Zwang zur Produktivkraftsteigerung die wichtigste Determinante von Politik und Wirtschaft ist, muß bezweifelt werden. Eher scheint die Hebung der Bedürfnisbefriedigung bei vermehrter Arbeitsentlastung ein wesentliches Ziel und zugleich Legitimationsfeld sozialistischer Politik zu sein. Dies ist zwar ohne Produktivkraftsteigerung – in allen ihren Formen! – undenkbar, aber daraus einen verselbständigten Zwang zur Produktivkraftsteigerung in Gestalt technologischer Innovation ableiten zu wollen, scheint ebenso verfehlt zu sein wie die Behauptung einer systemimmanenten Unfähigkeit zu solchen Innovationen.

## Zweiter Kalter Krieg

F. Halliday möchte in seiner Studie (Frostige Zeiten. Politik im kalten Krieg der 80er Jahre, Frankfurt 1984) die Fakten analysieren, die zum „Zweiten Kalten Krieg“ geführt haben. In diesem Kontext untersucht er auch die Rolle der Sowjetunion und der Dritten Welt. Nach einer knappen Analyse erfolgreicher sozialrevolutionärer Prozesse in der Dritten Welt in den 70er Jahren weist er

die These von der Drahtzieherrolle der Sowjetunion bei diesen Ereignissen zurück, ohne damit gleichzeitig die konstitutiv wichtige Rolle der Sowjetunion bei der Absicherung dieser Revolutionen zu übersehen: „Aber daß die Sowjetunion eine solche Rolle spielen kann, hängt mehr von Entwicklungen ab, die nicht in ihrer Macht liegen – vor allem von der politischen Lage in den betreffenden Ländern selbst. Hier also, in den Ländern der Dritten Welt, haben sich die eigentlichen Umwälzungen vollzogen und entsprechend in den politischen Reaktionen der Amerikaner – nicht in der Politik der Sowjetunion.“ (S.74)

Halliday vertritt die These, daß die Dritte Welt im „Zweiten Kalten Krieg“ eine zentrale Rolle spielte und diese erst ausgebrochen sei, nachdem die „Linkage-Politik“ der US-Amerikaner gegenüber der Sowjetunion in bezug auf die Dritte Welt (keine Unterstützung sozialrevolutionärer Prozesse in der Dritten Welt durch die Sowjetunion gegen Zugeständnisse der USA auf atomarem Gebiet sowie in der wirtschaftlichen Kooperation) gescheitert war.



Wie viele revolutionäre Entwicklungsländer bleibt auch die UdSSR Zielscheibe von US-Wirtschaftsanktionen – die transsibirische Erdgasleitung nach Westeuropa wurde dennoch zu Ende gebaut

Die mit Abstand wichtigste Ursache für den Beginn des „Zweiten Kalten Kriegs“ sieht Halliday im Hegemonialstreben der USA, teilweise auch in der – diese Politik ermöglichenden – Schwäche der Linken in Westeuropa und Nordamerika. Einen gewissen – wesentlich kleineren – Anteil an der Verschärfung der internationalen Situation weist er auch der Sowjetunion zu.

Hier beginnen aber auch die Schwächen und inkonsistenten Seiten seiner Argumentation.

Schon in seiner zusammenfassenden Bemerkung hierzu leitet er die Mitverantwortung der Sowjetunion am Zustandekommen des „Zweiten Kalten Kriegs“ aus ihrer bloßen Existenz, aus ihrer antagonistischen Position in bezug auf das

kapitalistische System ab! „Dennoch hat die Sowjetunion klar und eindeutig zum Entstehen des Zweiten Kalten Krieges beigetragen. Ihr grundlegender Beitrag zu den weltweiten Auseinandersetzungen ist im System begründete Gegnerschaft zu den Vereinigten Staaten, die sich je nach der weltpolitischen Lage in ausgeprägter oder in zurückhaltender Form äußert.“ (S.102f.)

Im weiteren führt er folgende wichtige Tendenzen, die seiner Meinung nach zum „Zweiten Kalten Krieg“ beigetragen haben, auf: 1) Die Entropie (= Stagnation/Rückentwicklung in der Breschnew-Ära); 2) das sowjetische Einschwenken auf die Logik des Wettrüstens; 3) die ambivalente (zweischlächtige; d. Red.) sowjetische Rolle in der Dritten Welt; 4) die Politik der jungen nachrevolutionären Staaten; 5) die negative Rolle der Volksrepublik China.<sup>5</sup>

## Nicht ausreichend eingegriffen?

Zu 1: Halliday meint, trotz aller ökonomischen Erfolge der Sowjetunion gebe es immer noch erhebliche Versorgungsschwierigkeiten, Angewiesenheit auf westliche Technologie usw., trotz des spürbaren Nachlassens der Repression seit Mitte der 50er Jahre gebe es wenig politische Partizipationsmöglichkeiten. Insgesamt vermittele die Sowjetunion ein „steriles Erscheinungsbild“.

Er beklagt im übrigen „die Öde des Alltagslebens, das Fehlen jeglicher spontaner Unterhaltungsformen, die verbreitete Langeweile“ (S.108). Abgesehen davon, daß diese Urteile durchaus kontrovers erscheinen<sup>6</sup>, ist doch zu fragen, was das alles mit dem Beginn des „Zweiten Kalten Kriegs“ gegen Ende der 70er Jahre zu tun hat. Denn ohne Zweifel waren diese erwähnten Momente der sowjetischen Gesellschaft – wenn sie überhaupt in dieser Form vorhanden sind und überdies international bedeutsam sein sollten – schon zu Beginn der 70er Jahre, zur Zeit des Höhepunkts der Entspannungspolitik wirksam.

Zu 2: In dem Einschwenken der Sowjetunion auf die Logik des Wettrüstens, in dem Streben nach militärischer Parität sowie im Übergang von einer Konzeption der „minimalen Abschreckung“ zu einer der „maximalen Abschreckung“ sieht Halliday eine weitere von der Sowjetunion zu verantwortende Tendenz zur Entwicklung des sog. „Zweiten Kalten Kriegs“.

Allerdings liefert er selbst – von ihm als nicht überzeugend angesehene – gute Gründe für einen solchen Strategiewechsel: „Die Entscheidung, das Prinzip der 'maximalen Abschreckung' zu übernehmen, ließe sich vielleicht mit dem

Argument rechtfertigen, daß diese größere Zielgenauigkeit der neueren amerikanischen Waffen das sowjetische Potential für eine 'minimale Abschreckung' der Gefahr eines vernichtenden Erstschlages aussetzt. So gesehen wäre eine maximale oder gleichstarke Abschreckungsmacht notwendig, um sich wenigstens eine minimale Zweitschlagfähigkeit zu erhalten." (S. 115)

Zu 3 und 4: Die ambivalente Rolle der Sowjetunion in der Dritten Welt sieht Halliday darin, daß sie einerseits Befreiungsbewegungen und revolutionäre Staaten unterstützt (und vielfach deren Überleben sicherte), andererseits aber „in manchen Fällen" ihr Verhalten in keiner Weise mit den Prinzipien der Solidarität in Einklang zu bringen ist. (S. 117)

Nun zählt er eine Reihe von Einzelheiten auf, die kaum einen systematischen Zusammenhang aufweisen: Export des politischen Systems der Sowjetunion in die Dritte Welt, ökonomische Beziehungen der Sowjetunion zu rechtsgerichteten Regimes, Unterstützung der äthiopischen Zentralregierung gegen die eritreische Befreiungsbewegung, Rechtfertigung von Interventionen Verbündeter in andere Länder der Dritten Welt (Vietnam/Kambodscha) oder eigener Interventionen zwecks Rettung gefährdeter, befreundeter Regimes (Afghanistan).

Andererseits hält er der Sowjetunion vor, daß sie in einzelnen Fällen ökonomisch (Chile in der Zeit der Unidad Popular 1970-73) oder militärisch (Südafrika) nicht ausreichend eingegriffen hätte.

In manchen nachrevolutionären Staaten der Dritten Welt schließlich werde häufig Terror ausgeübt, der an die Stalinzeit (1924-53; d. Red.) in der Sowjetunion erinnere und abschreckend wirke; hinzu kommen bei diesen Staaten in der Regel ökonomische Schwierigkeiten, akute

Versorgungsmängel usw., fehlende Demokratie, geringe politische Rechte, was die Attraktivität dieser Regimes weiter reduziere.

Sicherlich zählt Halliday hier bedenkenswerte Faktoren/Fälle auf, die im einzelnen zu prüfen wären. Doch scheint kein einziger in einem stringenten Zusammenhang mit der These zu stehen, wonach die Sowjetunion durch aggressive und menschenfeindliche Politik in der Dritten Welt (so mußte man es wohl im Sinne Hallidays lesen) an der Eskalation zum „Zweiten Kalten Krieg" einen Anteil hat.

Selbst bei Kambodscha und Afghanistan geht es um Fälle, wo schon vorher (d.h. vor einem direkten oder indirekten Eingriff der Sowjetunion) vorhandener Einfluß sozialistisch/progressiver Regimes konsolidiert wurde, und zwar auf der Basis von neuen Regierungen, die den Terror gegenüber der Bevölkerung merklich verringerten bzw. völlig einstellten. Im übrigen schwächt Halliday selbst seine Behauptung ab, wenn er davon spricht, daß die Sowjetunion in vielen Fällen auf eine Mäßigung des Terrors hinwirkte und überdies viele politische Strukturelemente nachrevolutionärer Länder von ihr kaum beeinflußt werden könnten.

Der – hier nicht zu überprüfende – Hinweis wiederum, daß die Sowjetunion „zu wenig" für bestimmte revolutionäre Bewegungen „getan habe", widerspricht seiner Argumentationsführung, wäre dies doch gerade ein Beleg für die Zurückhaltung der Sowjetunion in der Dritten Welt, welche gerade eine Deeskalierung der internationalen Spannungen – nach dieser Logik<sup>7</sup> – hätte bewirken müssen.

Vollends konfus und inkonsequent wird die Argumentation Hallidays, wenn er einerseits der Sowjetunion vorwirft, in der Rüstung Parität mit den USA anzustreben (d.h. also auch: Ausbau von Flotte und Luftwaffe), andererseits aber postuliert, daß seit 1977 „eine Machtdemonstration der sowjetischen Flotte oder Luftwaffe geeignet gewesen (wäre), die Angriffe des Regimes in Pretoria zurückzuschlagen". (S. 121)

Ungeachtet der Unstimmigkeit der Halliday'schen Argumentation hinsichtlich seiner Hypothese zum Anteil der Sowjetunion am „Zweiten Kalten Krieg" lassen sich einzelne Aspekte bzw. Fälle sowjetischer Dritte-Welt-Politik durchaus kritisch diskutieren, wie z.B. die Politik gegenüber dem Schah von Persien, gegenüber Idi Amin von Uganda usw. Das wirft ein Licht auf die generelle Problematik der Außenpolitik sozialistischer Länder bzw. der Sowjetunion, die immer zugleich sozialistische Politik und auch – solange das internationale Staatensystem weiter existiert – national-

staatliche Macht- bzw. Großmachtpolitik ist und sein muß (swu.).

Dieser Doppelaspekt sowjetischer Außenpolitik wird auch von E. Krippendorff thematisiert (Sowjetunion: Revolutionäre Außenpolitik in kapitalistischer Umwelt, in: E. Jahn (Hrsg.): Sozioökonomische Bedingungen der sowjetischen Außenpolitik, Frankfurt 1975, S. 34-49).

Ausgehend von der Beschreibung der Überlebensnotwendigkeiten der ersten proletarischen Revolution in Rußland 1917, die neben der militärischen Verteidigung, einem zentralstaatlichen Aufbau auch die rasche ökonomische Entwicklung (bzw. das Aufholen gegenüber den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern) einschlossen, verweist Krippendorff darauf, daß gerade letzteres Ziel von Anfang an (seit Lenin und Trotzki) durch eine relative Integration in den kapitalistischen Weltmarkt angestrebt worden war.

Dem proletarischen Staat erwachsen bei der nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung besonders umfangreiche Aufgaben, die sich zwar vom Umfang und Inhalt her mit denen des bürgerlichen Staates bei Ergreifung der politischen Macht durch das Bürgertum nicht vergleichen lassen, die jedoch in der Form ihre Ausführung gerade bei den außenpolitischen Aufgaben Ähnlichkeiten bzw. eine Deckungsgleichheit mit den bürgerlichen Staaten aufweise.

### Revolutionsskeptische UdSSR-Strategie?

Dies sowie die Furcht vor internen gesellschaftlichen Konflikten und das Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus habe schließlich dazu geführt, daß die Sowjetunion in der Dritten Welt nicht mehr die fortschrittlichen Kräfte unterstütze, da sie u.a. deren Ausbrechen aus der „imperialistischen Kette" befürchte:

„Die in der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz zu bewährende Politik raschen wirtschaftlichen Wachstums hat darum nunmehr zu einer offenen 'konterrevolutionären' bzw. revolutionsskeptischen Strategie gegenüber der Dritten Welt geführt, die sich orientiert am beiderseitigen ökonomischen Nutzeffekt, nicht aber primär an der Stärkung anti-kapitalistischer Kräfte und Bewegungen...

Aber: obwohl taktisch konterrevolutionär, bleibt der sowjetischen Außenpolitik doch ein objektives revolutionäres Element erhalten, und zwar insofern, als sie unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz de facto gezwungen ist, mit gesellschaftlichen Gruppen und politischen Klassen zusammenzuarbei-

Sowjetische Rückendeckung für Ägyptens Revolutionsregime: Kairobesucher N. Chruschtschow (r.) und Gamal A. Nasser



ten, die sich aus der Dominanz des amerikanischen Kapitalismus bzw. Imperialismus zu befreien suchen und die zwar nur im Ausnahmefall erklärtermaßen sozialistische Revolutionen wollen, aber die in der Regel zur Absicherung ihrer antiimperialistischen Strategie sich dann auf gesellschaftliche Kräfte und politische Gruppierungen stützen müssen, von denen einige zumindest wiederum als revolutionär im Sinne der Neugestaltung der Produktionsverhältnisse im sozialistischen Sinne anzusehen sind." (S. 47ff.)

### Antiimperialistische Zwänge

An dieser Position überrascht – ebenso wie an der Hallidays – die eigentümliche Kombination von durchaus zutreffenden Einsichten mit krassen Fehlurteilen. Im Jahre 1975, dem Jahr der endgültigen Befreiung Vietnams und der portugiesischen Kolonien in Afrika (beides mit maßgeblicher Unterstützung der Sowjetunion) zu behaupten, die Sowjetunion wende sich von antiimperialistischen und antikapitalistischen Kräften in der Dritten Welt ab, kann wohl kaum als Höhepunkt materialistischer und realitätsgerechter Außenpolitik-Analyse angesehen werden.

In bezug auf dieses Problem und die damit verbundene These, daß die Sowjetunion sich eben nicht an die – von Krippendorff offenbar als problemlos funktionierend angenommene – „Linkage-Politik“-Erwartung der USA (siehe oben) gehalten hat, muß Halliday gegenüber Krippendorff Recht gegeben werden. Darin aber, daß die Sowjetunion trotz tatsächlicher oder vermeintlich falscher bzw. nichtrevolutionärer Politik in der Dritten Welt in einzelnen Fällen aufgrund ihrer Position in der internationalen Systemkonkurrenz und aufgrund ihrer internen, grundsätzlich nichtkapitalistischen Wirtschaftsstruktur objektiv immer wieder genötigt ist, mit antiimperialistischen und antikapitalisti-

schen Kräften zusammenzuarbeiten (ebenso wie diese mit der Sowjetunion!) – darin freilich kann man Krippendorff zustimmen.

U. Schmiederer wendet sich in ihrem Beitrag („Imperial oder imperialistisch? Zur Außenpolitik der Sowjetunion“, in: links, Nr. 138/139, Oktober 1981, S. 11-13) dagegen, „die beiden Supermächte allein nach den militärischen Kriterien gleichzusetzen“ (S.11). Sie tut dies, obwohl sie gerade noch behauptet hatte, daß „jede Großmacht schon als Großmacht friedensbedrohend und irrational“ (ebenda) sei.

Schmiederer lehnt den Imperialismusbegriff für die Sowjetunion als wesentlich nichtkapitalistischer Gesellschaft ab. Da die sowjetische Gesellschaft keinem „inneren Bewegungsgesetz“ unterliege, existiere auch ein anderes Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, von Ökonomie und Politik als in den kapitalistischen Ländern:

„Für das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, bzw. von Ökonomie und Politik ergibt sich noch eine andere Besonderheit des realsozialistischen Staats. Wirtschaftliche wie gesellschaftliche Entwicklung unterliegen im realen Sozialismus der Bestimmung durch Partei und Staat, d.h. sie sind grundsätzlich politisch...

Im Unterschied zum bürgerlich-kapitalistischen Staat, der im 'nationalen Interesse' unterschiedliche gesellschaftliche Interessen bündelt und nach außen vertritt, organisiert sich das 'nationale Interesse' im realen Sozialismus kurz geschlossen über die außenpolitische Prioritätensetzung der Führungsorgane von Partei und Staat. Daraus folgt der paradoxe Aspekt, daß die fehlende gesellschaftliche Dynamik keine gesetzmäßige grenzüberschreitende Expansion begründet (wie sie der kapitalistischen Gesellschaft gesetzmäßig inhärent ist...); daß aber durch die Staatsvergesellschaftung staatlich geballte Macht zum Verfolg nationaler Interessen eingesetzt werden kann.

Da der Staat der einzige Träger der Außenpolitik ist und die außenpolitischen Ziele dieses Staats 'von innen' her zentralisiert bestimmt werden, zentralisiert er in sich das nationale Interesse und die nationale Macht. So wie der Rüstungssektor von den anderen Wirtschaftsbereichen abgekoppelt ist, so können außenpolitische Strategien auch von innergesellschaftlichen und innenpolitischen Entwicklungen abgetrennt werden." (S.12)

Da aber die Außenpolitik im allgemeinen und die Politik gegenüber der Dritten Welt gewissermaßen freischwebend („abgekoppelt“) von internen Strukturen von ihr wahrgenommen wird, vermag sie in dieser Hinsicht weder eine bestimmte Richtung der Politik noch eine Strategie wahrzunehmen. Sie erscheint in gewisser Weise als willkürlich, beliebig und zufällig.

„Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Sowjetunion keine konsistente Strategie für die Dritte Welt hat. Sie verhält sich dort opportunistisch: sie nimmt, was sie bekommt..." (S.13). Wenn überhaupt Kriterien für den Einfluß der Sowjetunion in der Dritten Welt angegeben werden können, so sind es – nach Schmiederer – militärstrategische Kriterien, die wiederum durch den Ost-West-Konflikt bedingt sind.

### Agieren die „Supermächte“ gleich?

Obwohl der prinzipielle Unterschied zwischen den beiden „Supermächten“ von U. Schmiederer verbal betont und zum Teil zutreffend beschrieben wird, fällt sie doch immer wieder in die Gleichsetzungs-Begrifflichkeit zurück.

Dies ist zwar teilweise wegen des Doppelcharakters der sowjetischen Außenpolitik verständlich und erklärlich, wird aber andererseits doch wiederum falsch, wenn sie z.B. meint, es sei gleichgültig, welche der „Supermächte“ friedlich oder aggressiv ist, wer zuerst und mit welchem Vorsprung an der Rüstungsschraube gedreht habe usw. (vgl. S.11). Dadurch, daß Schmiederer dazu neigt, den Klasseninhalt des sog. Ost-West-Konflikts zu vernachlässigen, gelangt sie doch immer wieder zu einer Vorstellung von dem Gegenübertreten relativ gleicher Großmächte, von denen bloß eine (die Sowjetunion) strukturell schwächer erscheint, da sie ökonomisch undynamisch sei und damit nicht über die Dimension wirtschaftlicher Unterwerfung und Dominanz verfüge. Daher erscheint auch die Dritte-Welt-Politik der Sowjetunion als unsystematisch und zufällig (die Sowjetunion greift dort ein, wo etwas für sie „abfällt“, meist im Gefolge „westlicher Pleiten“ usw.). Das trifft ja auch teilweise zu (siehe hier die Argumentation F. Hallidays), über-

Neugebauer fernöstlicher Exporthafen Wostotschny



sieht aber eben, daß a) die Sowjetunion sozialrevolutionäre Prozesse von sich aus nicht beliebig nach einer systematischen Strategie „produzieren“ kann, und daß b) die Art und Richtung des Eingreifens der Sowjetunion – wenn es stattfindet – in der Regel doch eindeutig im Sinne der vorwärtstreibenden Kräfte erfolgt.

Im Unterschied zu Fritsche weist U. Schmiederer explizit ein wirtschaftliches Ausbeutungsmotiv bei der sowjetischen Außenpolitik zurück. Stärker als bei Krippendorff und Damus wird sie von Schmiederer einer relativ selbständigen, von internen Strukturen und Problemen nicht direkt bestimmten, Dimension zugewiesen. Aber diese Eigengesetzlichkeit der Politik erscheint bei ihr keine Richtung und bestimmte Konsequenz aufzuweisen.



Fla-Raketenstaffel der sowjetischen Armee bei einer Militärparade in Moskau

Demgegenüber ist – teilweise mit Krippendorff – zu betonen, daß die Außenpolitik der Sowjetunion und damit auch ihre Dritte-Welt-Politik keineswegs richtungslos und zufällig ist, oder bloß von den Köpfen des Politbüros abhängig ist. Vielmehr hängt sie fundamental mit der historischen Rolle und der inneren Verfassung der Sowjetunion zusammen. Und insofern muß die Außenpolitik der Sowjetunion bestrebt sein, ähnliche Gesellschaftsstrukturen und soziale Prozesse wie ihre eigenen zu begünstigen, d.h. solche, die von kapitalistischer Ausbeutung frei sind.

## Doppelseitige Außenpolitik

Da aber die Außenpolitik der Sowjetunion nicht nur sozialistische Außenpolitik ist und sein kann, sondern zugleich immer auch Außenpolitik einer Großmacht im internationalen bürgerlich-kapitalistischen Umfeld ist, muß sie bis zu einem gewissen Grade auch Formen und Verhaltensweisen dieser Kontrahenten übernehmen.

W. Abendroth hat einmal knapp diesen Doppelcharakter bzw. diese Doppelseitigkeit der sowjetischen Außenpolitik angesprochen, was sicherlich ein metho-

disch interessanter Ausgangspunkt ist, den weiter zu entwickeln und zu differenzieren lohnen würde:

„Zweifellos müssen sich im gegenwärtigen internationalen System, das durch die Koexistenz (wie jede Erfahrung zeigt) antagonistischer, auf der einen Seite sozialistischer und auf der anderen Seite kapitalistischer Großmächte und Kleinstaaten ... bestimmt ist, alle Staaten unter dem Aspekt der Machtpolitik verhalten, wenn sie nicht ausgelöscht werden wollen. Nur sind die Ziele ihrer jeweiligen Machtpolitik je nach ihrer inneren Struktur jeweils grundsätzlich verschieden...“

Daß allerdings dadurch, daß auch sozialistische Staaten dem gegenwärtigen internationalen System angehören, sich auch bei ihnen – hier konkret sowohl bei der

UdSSR als auch bei China – typisch machtpolitische Verhaltens- und Denkformen bilden müssen und also auch verfremdend auf ihre Ideologie und ihre Praxis zurückwirken können, solange dessen gegenwärtige Struktur, die machtpolitische Verhalten auch für sie erforderlich macht, bestehen bleibt, hat seit der Stabilisierung des sowjetischen Staates in der Wissenschaft noch niemand bestritten, nach meiner Erinnerung auch kein ernstzunehmender Marxist...“ (W. Abendroth, *International Relations, Völkerrecht und Außenpolitik als Teildisziplinen der politischen Wissenschaft – ein Disput mit Ernst Otto Czempel*, in: E. Krippendorff (Hrsg.), *Internationale Beziehungen*, Köln 1973, S. 29f.)

Auch U. Schmiederer ist ansatzweise in der Lage, diesen doppelten Aspekt der sowjetischen Außenpolitik zu erkennen. Für sie bedeuten aber „Nationalstaatlichkeit“ und „Sozialismus“ einen logischen und inhaltlichen Widerspruch in sich. Ebenso wenig kann für sie eine „revolutionäre sozialistische Außenpolitik“ existieren, soweit sie von Staaten betrieben wird.

Aufgrund ihrer abstrakten und vollkommen idealtypisch-schematischen Vorstellung von „sozialistischer Staatlich-



Sowjetisches Geschenk (Plastik von J. Wutschetitsch) aus den 50er Jahren vor der UNO: „Es wird die Zeit kommen, da sich die Schwerter in Pflugscharen verwandeln.“

keit“ (im „echten“ Sozialismus hat der Staat „abzusterben“!) einerseits und von „revolutionärer Politik“ andererseits (eine staatliche Instanz kann eo ipso als staatliche, d.h. entfremdetes Wesen keine revolutionäre Politik machen!) löst sie die Spannung zwischen den beiden Hauptseiten der sowjetischen Außenpolitik letztlich zugunsten einer Seite auf und setzt damit – zumindest implizit, teils aber auch explizit – die Außenpolitik sozialistischer und kapitalistischer Länder gleich:

„Der Versuch, eine 'sozialistische' nationalstaatliche Außenpolitik zu verfolgen, wird zu einem Widerspruch in sich. Solange aber die Umwelt und die internationale Politik bestimmt sind vom kapitalistischen Weltmarkt und staatlichen Formen von Außenpolitik, kann sich eine sozialistische Gesellschaft keine andere politische Form der allgemeinen Repräsentanz aussuchen als die des Staates. Er wird ihr durch die internationalen Bedingungen vorgeschrieben...“

Die Sowjetunion hatte immer Schwierigkeiten, ihre Außenpolitik als eine 'sozialistische' vorzustellen, da es eine solche nicht geben kann. Sozialistische Außenpolitik würde von den inneren Bedingungen her bedeuten, daß nicht die Exekutive, Staat oder Regierung diese bestimmen, sondern sie aus der Gesellschaft von den Produzenten formuliert wird; dies hat es in der Sowjetunion nie gegeben. Sozialistische Außenpolitik könnte im weiteren nur revolutionäre Klassenpolitik sein, die die vorhandenen Verkehrsformen der zwischenstaatlichen Beziehungen sprengen und die staatliche Existenz der sozialistischen Gesellschaft gefährden müßte...

Sie müßte im nächsten Schritt zur Auflösung von repressiven Institutionen wie dem Militär und zur Schwächung der Bürokratie führen, die nach innen und

außen als Repräsentant und Träger eines 'sozialistischen' 'Nationalinteresses' auftritt und nicht zuletzt dadurch ihre eigene Stellung jenseits gesellschaftlicher Kontrolle festigt. Damit wäre aber der Staat auch kein Staat mehr." (R. Rotermund und U. Schmiederer, Gesellschaftsstruktur und Außenpolitik der Sowjetunion: Ein Diskussionsbeitrag, in: E. Jahn (Hrsg.), Sozioökonomische Bedingungen der sowjetischen Außenpolitik, Frankfurt/New York 1975, S. 136 und 137 f.)

### Fehlverhalten aus Systemgründen?

Demgegenüber muß aber meines Erachtens festgehalten werden: Solange die innere Verfassung der Sowjetunion wesentlich nichtkapitalistisch bzw. sozialistisch bleibt, können die Formen außenpolitischen Verhaltens niemals soweit von ihrer Basis abweichen, daß etwa grundsätzlich eine prokapitalistisch/proimperialistische bzw. eine grundsätzlich antirevolutionäre Außenpolitik betrieben würde.

Das schließt nicht aus, daß in bestimmten Perioden und unter bestimmten Umständen die sowjetische Außenpolitik – sei es aus Gründen der notwendigen Anpassung und des Kompromisses, sei es aus Gründen einer übervorsichtigen Orientierung oder sei es schlicht aus Fehleinschätzung der Partner, Kontrahenten oder der Situation – eine Ausprägung erhielt bzw. erhält, die sich in diesem oder jenem Aspekt als der Sache des Sozialismus nicht förderlich erweist. Der Grundcharakter sozialistischer Produktionsverhältnisse und des sozialistischen Staates kann keineswegs als unverbrüchliche Garantie für generelle Unfehlbarkeit und Widerspruchsfreiheit sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik angesehen werden. Er ist allerdings Garantie dafür, daß die Außenpolitik im Prinzip und der Absicht nach dauernd darauf gerichtet ist (und bei Strafe des Untergangs: auch gerichtet sein muß), zur „Schaffung einer der eigenen Gesellschaft günstigen Umgebung“<sup>8</sup> (E. Krippendorff) beizutragen.

Einzelne Fehler, Versäumnisse oder Fehlverhaltensweisen, die aus unterschiedlichen Quellen gespeist sein mögen, lassen sich gewiß nicht aus den sozialistischen Grundverhältnissen als solchen ableiten. Sie sind also nicht der Politik wesentlich immanent und daher unvergleichlich leichter korrigierbar, als wenn sie systematisch-strukturell in den Produktionsverhältnissen selbst verankert wären, wie es letztlich – wenn natürlich auch keineswegs bruchlos und mechanisch – bei der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer nach außen gerichteten Politik der Fall ist.

### Anmerkungen:

- 1) Damit soll nicht behauptet werden, daß diese Position sonderlich originell wäre; viele an dem Artikel erinnert an maoistische Propaganda der 60er und frühen 70er Jahre.
- 2) Auch dieser Aspekt seiner Arbeit ist alles andere als unproblematisch. Man rätselt gelegentlich, ob manche falsche Aussagen auf Ignoranz oder bewußte Verfälschung zurückzuführen sind. Ein Beispiel: „Immer wieder wurden den Kommunisten Bündnisse mit korrupten bürgerlichen Regierungen empfohlen, von der Kuomintang bis zur Batista-Regierung in Kuba vor Castros Machtübernahme.“ (S. 134) Es gab in Kuba eine Batista-Regierung mit fortschrittlichem Programm und einer Regierungsbeteiligung von zwei Kommunisten (1940-44), dann wieder eine Diktatur Batistas von 1952 an (bis 1958/59), die reaktionär-terroristische Züge trug und von der natürlich die Kommunisten verfolgt wurden. In der angeführten Formulierung tut von Beyme so, als ob es sich um ein und dieselbe Sache handelte und verfälscht damit offensichtlich historische Tatbestände. Oder ein anderes Beispiel: „Als diese (i.e. Äthiopien und Somalia) jedoch über Ogaden in Konflikt gerieten...“ (A. 136) ist die schein-neutralistische Umschreibung dafür, daß Somalia (unter Spekulation auf westliche Hilfe) in den Ogaden Äthiopiens einfiel!
- 3) Es scheint allerdings, daß von Beyme nicht selten mit individualpsychologischen Kategorien bei der Erklärung außenpolitischer Verhaltensweisen auszukommen vermag. Z.B.: „Die Schlappe im Nahen Osten nagte am Selbstbewußtsein der Sowjetunion.“

Kein Wunder, daß sie nach Geländegewinn an anderer Stelle trachtete, und sie tat dies Mitte der 70er Jahre in einer Region, in der die Amerikaner sich nach dem Vietnam-Trauma zurückhalten begannen, nämlich in Afrika.“ (S. 158f.) Daß solche Sätze – inhaltlich wie stilistisch – im „Spiegel“ stehen könnten, ist kaum zu bezweifeln, daß sie allerdings von einem so „renommierten“ Politikwissenschaftler in einem wissenschaftlichen Werk geäußert werden können, ist erstaunlich.

- 4) Pikanterweise vertritt die Verfasserin diese These in einer Sondernummer von „links“, die der Kritik des sog. Nachrüstungsbeschlusses gewidmet ist. Der Damus-Artikel, der indirekt Hintergrundrechtfertigungen für den Nachrüstungsbeschluß liefert, ist ein schönes Beispiel von einem so verstandenen „linken, undogmatischen Pluralismus“!
- 5) Auf diesen Punkt wird im folgenden nicht eingegangen.
- 6) Diese Kontroverse kann hier nicht geführt werden. Halliday scheint selbst die Dürftigkeit seiner Argumentation zu bemerken, wenn er differenzierend darauf hinweist, daß die großen Unterschiede zwischen „West“ und „Ost“ weniger mit der objektiven Realität, als mit der subjektiven Wahrnehmung, den im Westen von der Sowjetunion verbreiteten Erscheinungsbildern zu tun haben (vgl. S. 109).
- 7) Dies gilt auch für die von Halliday kritisch vermerkten ökonomischen Beziehungen der Sowjetunion mit rechten Regimes in der Dritten Welt.
- 8) So eine knappe Definition des Ziels von Außenpolitik generell von E. Krippendorff, Ist Außenpolitik Außenpolitik?, in: E. Krippendorff (Hrsg.), Internationale Beziehungen, Köln 1973, S. 212

## antimilitarismus information

### THEMENHEFT: DIE WARSCHAUER VERTRAGSORGANISATION

In sieben Beiträgen informiert das Heft auf insgesamt 50 Seiten über Geschichte, Struktur und Politik des Warschauer Paktes (unter besonderer Berücksichtigung der Sowjetunion).

Stephan Fiedtke vermittelt grundlegende Fakten zu Entstehung, Aufbau und politischer Funktion des östlichen Bündnisses; Harald Bauer präsentiert Zahlenmaterial zur sowjetischen Rüstung; Orestis Sofianidis geht auf ökonomische und gesellschaftspolitische Fragen ein; Ulfrik Albrecht untersucht den sowjetischen Militär-Industrie-Komplex; Rolf Wortmanns Beitrag informiert über die sowjetische Militärdoktrin und -strategie; Rolf Dossauer befaßt sich mit der Politik der Sowjetunion gegenüber der Dritten Welt und dem sowjetischen Rüstungsexport; und Klaus Ehring versucht, die unabhängige Friedensdiskussion in den Ländern des Warschauer Paktes nachzuziehen; ein kommentiertes Literaturverzeichnis bildet den Abschluß des Heftes.

Das Themenheft kostet 4 DM (plus Porto)

Ich bestelle:

- Ex. Themenheft 'Warschauer Vertragsorganisation'
- ein Abonnement der 'antimilitarismus information' (d.h. pro Jahr 12 Hefte, davon 3 Themenhefte) zum Preis von 26,25 DM jährlich
- ein kostenloses Probeheft

An: Verlag ami (Redaktion und Vertrieb), Deidesheimer Str. 3,  
1000 Berlin 33, Tel. 030 / 821 25 26



Regierungsstruppen in der Tamilenstadt Jaffna

## Nico Biver / Ulrich Rupp Dialoglösung im Tamilenkonflikt?

Das im Osten des Himalaja gelegene Königreich Bhutan ist Anfang Juli d.J. zum Schauplatz von Verhandlungsbemühungen zur Lösung eines Konflikts in Sri Lanka geworden, der immer bürgerkriegsähnlichere Züge annimmt.

Am 8.7.1985 haben sich erstmals in Thimpu Vertreter der Regierung Sri Lankas und von sechs Guerillaorganisationen und Parteien der Bevölkerungsminderheit der Tamilen zusammengesetzt. Es gilt, einem Konflikt ein Ende zu setzen, der bereits tausende von Toten gekostet hat und Zehntausende zu Vertriebenen und Obdachlosen gemacht hat.

Diese Krise hatte an Schärfe gewonnen, nachdem es im Juli 1983 zu einem Pogrom gegen die Tamilen durch Angehörige der Bevölkerungsmehrheit der Singhalesen gekommen war (siehe AIB 1/1984, S. 41ff.).

Ca. 3.000 Menschen waren dabei ums Leben gekommen. Seitdem haben sich die Anschläge von Guerillaorganisationen der Tamilen verstärkt. Dies waren vor allem Reaktionen auf die Unterdrückungspolitik der seit 1977 amtierenden Rechtsregierung von Junius R. Jayewardene. Ihre Polizei und Armee schreckten weder vor Massenverhaftungen noch Massakern zurück.

Ursache des Konflikts ist die politische, wirtschaftliche und kulturelle Benachteiligung der seit 2.000 Jahren vor allem im Norden und Osten Sri Lankas angesiedelten hinduistischen Jaffna-Tamilen (13%; benannt nach der größten tamilischen Stadt Jaffna im Norden des Landes) durch die Bevölkerungsmehrheit

der buddhistischen Singhalesen (74%). Diese stellen seit der Unabhängigkeit im Jahre 1948 die Regierung.

Eine untergeordnete Rolle im Konflikt spielen die sog. Indien-Tamilen (5,5%), deren Vorfahren im 18. Jahrhundert unter der britischen Kolonialherrschaft aus Indien nach Sri Lanka zur Plantagenarbeit geholt wurden. Gleiches gilt für die Mauren (tamilisch-sprachige Moslems, 7%) und die restlichen Volksgruppen.

Der Keim für den heutigen Konflikt wurde bereits unter der britischen Kolonialherrschaft (1782-1948) gelegt. Im Zuge seiner „Teile-und-Herrsche-Politik“ wurden Angehörige der Jaffna-Tamilen im Bildungsbereich, bei der Besetzung von Verwaltungsposten und in der Wirtschaft bevorzugt.

Gleich nach Erringung der Unabhängigkeit des damaligen Ceylon im Jahr 1948

versuchte die singhalesische Bourgeoisie Boden gut zu machen. Systematisch wurden die Jaffna-Tamilen aus ihren Positionen verdrängt.

1956 konnte Solomon Bandaranaike von der Sri Lanka Freiheitspartei (SLFP) nach einer chauvinistischen Kampagne unter dem Motto „Singhalesen only“ (nur Singhalesen) einen überwältigenden Wahlsieg erringen. Unter seiner Regierung wurde Sinhala, die Sprache der Singhalesen, zur offiziellen Landessprache.

Die politische Mitbestimmung auf regionaler Ebene wurde den Tamilen verweigert. Nach Protestaktionen gegen diese Politik kam es 1958 zu den ersten anti-tamilischen Pogromen. Weitere folgten 1977, 1981 und 1983.

Durch die Verfassung von 1972 wurde dem Buddhismus der Vorrang vor anderen Religionen eingeräumt. 1973 wurde an den Universitäten ein Benotungssystem eingeführt, das Tamilen doppelte Leistungen im Vergleich zu singhalesischen Bewerbern abverlangt.

Diese chauvinistische Politik wurde jedoch nicht nur von der reformistischen SLFP, die sich vor allem auf Teile der mittleren und Kleinbourgeoisie stützt, verfolgt, sondern auch von der konservativen Vereinigten Nationalpartei (UNP), die die Großbourgeoisie vertritt, und vom einflussreichen buddhistischen Klerus.

### Tamilen als Sündenböcke

Damit wird nicht nur das Ziel verfolgt, auf Kosten der Tamilen wirtschaftliche Vorteile zu erzielen. Insbesondere versucht man, von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen des Landes abzulenken, bzw. die Tamilen zu Sündenböcken zu stempeln.

Dies hat nicht nur eine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung, sondern vor allem auch ihre Spaltung nach ethnischen Kriterien zur Folge. Zudem hemmte der Chauvinismus die Entwicklung der Linksparteien. Diese Parteien, die den Chauvinismus bekämpften, sind seit 1977 nicht mehr im Parlament vertreten. Die bedeutendsten sind die Sozialistische Partei (LSSP), die Kommunistische Partei (CPSL) und die Volkspartei (SLMP).

Sie legten im Februar d.J. eine gemeinsame Erklärung vor, in der sie für eine politische Lösung, für einen einheitlichen Staat und für Autonomierechte der verschiedenen Volksgruppen eintreten (siehe Kasten).

Widerstand gegen die rassistische Politik der singhalesischen Bourgeoisie regte sich auf tamilischer Seite zuerst auf parlamentarischer Ebene. Die von Jaffna-Tamilen 1949 gegründete bürgerliche



Föderalistische Partei beteiligte sich an einer Regierung der UNP, aus der sie jedoch 1968 ausschied, weil ihr die Mitbestimmung auf dezentraler Ebene verweigert wurde.

Sie vereinigte sich 1976 mit einer kleinen tamilischen Partei zur Vereinigten Tamilischen Befreiungsfront (TULF). Diese genoß wegen der zunehmenden Diskriminierung der Indien-Tamilen – ihnen wurde zu großen Teilen die srilankische Staatsbürgerschaft verweigert und viele von ihnen wurden nach Indien zwangsweise repatriert – auch die Unterstützung des sie vertretenden Ceylonesischen Arbeiterkongresses (CWC).

Bereits 1977 verließ diese Gewerkschaft jedoch die Koalition, weil die TULF zunehmend für einen eigenen Staat unter der Bezeichnung Tamil Eelam eintrat. Die CWC unterstützte fortan die 1977 siegreiche UNP unter Junius R. Jayewardene.

Dagegen konnte die TULF in den nördlichen Provinzen den Sieg für sich verbuchen. Sie zog mit 18 Abgeordneten als stärkste Oppositionspartei ins Parlament ein.

Die 1978 erlassene neue Verfassung brachte trotz der UNP-Versprechungen keine Verbesserungen für die Tamilen. Durch ein präsidentiales Regierungssystem wurde die Regierungsform noch weiter zentralisiert.

1982 wurde ein Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus (PTA) erlassen, mit dem die Exekutive das Recht erhielt, des Terrorismus Verdächtige für ein Maximum von 18 Monaten ohne Gerichtsverhandlung zu inhaftieren.

Anlaß für die repressiven Gesetze waren die zunehmenden bewaffneten Aktionen von Gruppen tamilischer Untergrundkämpfer in den nördlichen, von Jaffna-Tamilen bewohnten Provinzen. Die bewaffneten Organisationen, die

sich ab Anfang der 70er Jahre bildeten, kämpften alle für einen unabhängigen Tamilenstaat. Sie haben heute 6-10.000 Kämpfer, vor allem Studenten, Intellektuelle und Arbeitslose unter Waffen, während die Armee Sri Lankas 16.500 Soldaten umfaßt.

Die fünf wichtigsten dieser Organisationen sind: die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE, gegr. 1972), die Befreiungsfront von Tamil Eelam (TELO, gegr. 1973), die Revolutionäre Organisation von Eelam (EROS, gegr. 1975), die Volksbefreiungsfront von Tamil Eelam (PLOT, gegr. 1980) und die Revolutionäre Volksbefreiungsfront von Eelam (ERPLF, gegr. 1981). Mit Ausnahme der PLOT haben sich diese Organisationen in der 1984 gegründeten Nationalen Befreiungsfront von Eelam (ENLF) vereinigt. Nach den Massakern von 1983 und den erfolglosen Versuchen der mit friedlichen Mitteln agierenden TULF, über

## Gemeinsame Erklärung der Linksparteien Sri Lankas Plädoyer für eine politische Lösung

In einer gemeinsamen Erklärung haben die drei wichtigsten Linksparteien Sri Lankas die Ursachen der ethnischen Konflikte und die Politik der Rechtsregierung analysiert. Die Sozialistische Partei (LSSP), die Kommunistische Partei (CPSL) und die Volkspartei (SLMP) rufen zu einer politischen Lösung des Konflikts auf und wenden sich gegen militärische Maßnahmen.

Die Politik, die die Regierung der Vereinigten Nationalpartei (UNP) im Laufe der letzten 7 Jahre betrieben hat, hat eine ernsthafte Krise im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben des Landes heraufbeschoren.

Ihr Staatsterrorismus, ihre repressiven Gesetze und die Verfolgung der politischen Gegner des Regimes begünstigen die Ausbreitung der Gewalt und Brutalität. Darüber hinaus hat die Politik der UNP-Regierung die ethnischen Beziehungen derart kompliziert und zugespitzt, daß eine ernsthafte Gefahr für die Einheit Sri Lankas und für die Völker unseres Landes entstanden ist.

In den 7 Jahren der gegenwärtigen Regierungsverantwortung der UNP gab es vier große, zunehmend erbitterte Gewaltausbrüche in den Beziehungen zwischen den Völkern des Landes. Dem internationalen Ansehen Sri Lankas wurde schwerster Schaden zugefügt.

Ungeachtet der öffentlichen Versprechen der UNP während der Wahlkampagne von 1977 sowie einer geheimen Übereinkunft, die sie am Vorabend der Abstimmung mit den Führern der Vereinigten Befreiungsfront der Tamilen und dem Arbeiterkongreß Ceylons (CWC) schloß, zeigte die UNP-Regierung kein ernsthaftes Streben nach einem politischen Dialog, um auf diesem Wege eine gerechte und demokratische Lösung des Problems der erbitterten ethnischen Beziehungen zu finden.

Im Gegenteil, sie betrieb eine Politik, die zur Verschlimmerung der Situation, zur Zuspitzung des nationalen Zwistes und zur Verstärkung der separatistischen Tendenzen führte. Fast ein Jahr lang verschleppte die Regierung die Eröffnung einer Rundtischkonferenz, um sie dann abrupt abubrechen, nachdem der Präsident seine eigenen Vorschläge in Form einer Gesetzesvorlage über das Parlament unterbreitete. Diese Vorschläge, in denen zwar eine Dezentralisierung der Macht vorgesehen war, jedoch zugleich versucht wurde, diese Maßnahme durch die Schaffung einer zweiten Parlamentskammer zu verzerrern, waren nicht so sehr auf eine dauerhafte Regelung des ethnischen Problems als vielmehr darauf ausgerichtet, die Macht der regierenden Partei zu verewigen.

Doch auch diese Vorschläge wurden vom Kabinett des Präsidenten und von seiner Partei abgelehnt, die nun bemüht sind, den Schein zu erwecken, als seien die genannten Vorschläge von der Rundtischkonferenz und nicht vom Präsidenten selbst vorgebracht worden. Im Ergebnis verschärft sich die Situation weiter und ist gegenwärtig sogar schlimmer als unmittelbar nach den schrecklichen Ereignissen von Mitte 1983.

Die jüngsten Erklärungen des Präsidenten und der führenden Minister zeigen, daß die Regierung keine Vorschläge zu einer politischen Lösung des Problems hat und gar nicht bestrebt ist, unverzügliche Schritte zu unternehmen, um weiterhin nach einer solchen Lösung zu suchen.

Stattdessen neigen fast alle Kabinettsmitglieder zu militärischen Methoden als Mittel zur Regelung des ethnischen Problems und zur Bekämpfung der Gewalttätigkeit, die gerade durch das Unvermögen der Regierung, das Problem politisch zu lösen, hervorgerufen wurden.

Das führte zur Verwandlung ausgedehnter Gebiete im Norden und Osten des Landes in Kampfgebiete, in denen faktisch das Kriegs-

recht herrscht und es ständig zu Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und der Guerilla kommt. Daß die Regierung die Empfehlungen der israelischen Militärorgane und der britischen Söldner befolgt und deren Ausbildungsmethoden akzeptiert, verschlimmert die Situation zusätzlich.

Verbreitetes, sinnloses Morden, willkürliche Massenverhaftungen und Inhaftierungen, schwere Leiden für die zivile Bevölkerung sind alltäglich. Zivile Behörden, demokratische Institutionen und Abläufe funktionieren nicht mehr. Tausende Bürger der beiden nationalen Gemeinden wurden ihrer Existenzquellen und ihrer Bewegungsfreiheit beraubt, Hunderte anderer wurden Flüchtlinge.

### Nein zum Staatsterror, Separatismus

Angehörige der Sicherheitsdienste und der Polizei, größtenteils junge Menschen aus armen Familien in Stadt und Land, sind der Gefahr eines plötzlichen, sinnlosen Todes und der Verwundung ausgesetzt.

Die Regierung hat unter Mißbrauch der Massenmedien eine Kriegshysterie von nie dagewesenen Ausmaßen entfesselt. Als Ergebnis brachen alle Umgangsregeln und die Disziplin im gesellschaftlichen Leben zusammen, der gesunde Menschenverstand ging in nationalistischen Emotionen unter, das Verhalten der Menschen zueinander zeichnet sich durch zunehmende Brutalität aus. Jeder, der es wagt, über die Notwendigkeit einer politischen Lösung zu sprechen, wird als Verräter oder als Komplize der „Terroristen“ hingestellt.

Um die Dinge zu verschlimmern, wird systematisch eine antiindische Kampagne geschürt, die zur Konfrontation mit Indien und zum Balancieren am Rande des Krieges führt und somit unsere Sicherheit gefährdet, die traditionellen gutnachbarlichen Beziehun-

Verhandlungen die Diskriminierung der Tamilen zu beenden, haben diese Organisationen starken Zulauf erhalten. Immer mehr Jaffna-Tamilen sehen in einem eigenen Staat die Beendigung ihrer Unterdrückung.

Obwohl sich diese Guerillaorganisationen vage zur Errichtung eines sozialistischen Staates Tamil Eelam bekennen, spielt die Frage, daß sich sowohl die singhalesische als auch die tamilische Bourgeoisie des Chauvinismus bedienen, um ihre Interessen zu wahren, in ihrer Politik keine Rolle. Wirtschaftliche und soziale Forderungen werden nicht erhoben, ein gemeinsamer Kampf mit nationalen Linksparteien findet nicht statt. Es wird einseitig ein bewaffneter Kampf geführt, der sich nicht nur gegen Polizei und Armee, sondern auch gegen singhalesische Zivilisten richtet. So wurden im Mai d.J. 150 Bewohner der Stadt Anuradhapura ermordet.

Alle repressiven Gesetze werden allein von der Warte aus gesehen, inwiefern sie gegen die politischen Aktivitäten der Tamilen gerichtet sind. Gerade das PTA aber war die Handhabe der Regierung von Jayewardene, nach den Pogromen von 1983 einige Linksparteien für mehrere Monate zu verbieten.

Unterdrückung und Terror der Regierung richten sich nicht nur gegen die Tamilen, sondern gegen die demokratischen Freiheiten des ganzen Volkes.

Streiks wurden in bestimmten Bereichen verboten und die Pressefreiheit eingeschränkt. 1983 verabschiedete Ausnahme Gesetze benutzte die Regierung, um Anfang d.J. gegen streikende Bankangestellte und gegen Studenten vorzugehen, die gegen die Privatisierung von Hochschulen protestierten.

Mit diesen repressiven Maßnahmen soll die von der Regierung betriebene Politik des nationalen Ausverkaufs abgesichert



Guerilleros der Befreiungstiger von Tamil Eelam

werden. Seit ihrem Machtantritt gewährt die Regierung ausländischen Investoren eine fünfjährige Steuerfreiheit. Ausländische Banken haben einen größeren

gen zwischen unseren Ländern untergräbt, der Bewegung der Nichtpaktgebundenen schadet und den USA sowie anderen imperialistischen Kräften in die Hände spielt, die mit viel Aufwand die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone verhindern wollen. (...)

Unsere Parteien rufen alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf, sich durch die gefährlichen Handlungen der UNP-Regierung nicht in die Irre führen zu lassen und deren Aufforderung zur unparteiischen Unterstützung dieser Handlungen nicht zu befolgen.

Man darf nicht vergessen, daß die UNP-Regierung, die mit solchen Aufrufen zu unparteiischer Unterstützung auftritt, zugleich nichts unternimmt, um ihre seit ihrer Rückkehr zur Macht anhaltende, rücksichtslose Politik der Verfolgung ihrer politischen Opponenten zu verändern.

Die Erfahrungen haben deutlich gezeigt, daß die UNP-Regierung die Hauptursache der umfassenden Krise, in der sich das Volk unseres Landes gegenwärtig befindet, ist und das Haupthindernis für eine demokratische Lösung bzw. den Versuch solch einer Lösung der Krise darstellt. Deshalb muß der Kampf für die Überwindung der Krise vom unablässigen Kampf für die Absetzung der UNP-Regierung begleitet sein.

Was die ethnische Krise betrifft, so haben unsere Parteien wiederholt erklärt, daß sie gegen jedwede Teilung Sri Lankas in feindliche, separate Staaten sind. Wir verurteilen ebenfalls jeglichen Versuch, die Lösung der ethnischen Krise in irgendeiner Art von Terror zu suchen, ob durch den Staat, individuell oder durch einzelne politische Gruppierungen. Und wir sind der Ansicht, daß diese Versuche das Gegenteil bewirken.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Singhalesen und Tamilen, die seit über zwei Jahrtausenden in unserem Land leben und zu dessen politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung beitragen, auch weiterhin auf der Grundlage der Gleichheit, Freundschaft und Zusammenarbeit koexistieren können.

Wir möchten, daß die Völker der beiden größten nationalen Gemeinschaften – für die die kapitalistischen Machthaber keine an-

dere Zukunft sehen als gegenseitiges Gemetzel in einem Bürgerkrieg, in dem es keine Sieger geben kann – Schulter an Schulter daran arbeiten können, allen Formen der Diskriminierung, Ungleichheit und Unterdrückung ein Ende zu setzen und für sich, für unsere gemeinsame Heimat eine lichte, sozialistische Zukunft aufzubauen.

Wir sind davon überzeugt, daß die Regierung, die den Weg der Lösung des ethnischen Problems mit Hilfe der Staatsgewalt und militärischer Mittel betreten hat, dadurch nur die separatistischen Tendenzen verstärkt und die Gefahr der Verwandlung Sri Lankas in ein neues Zypern oder einen zweiten Libanon erhöht.

Indem wir die patriotischen und fortschrittlichen Kräfte aller Nationalitäten zu neuen Initiativen bei der Suche nach einer abgestimmten politischen Regelung des in eine Sackgasse geratenen ethnischen Problems aufrufen, betonen wir, ausgehend von den Erfahrungen des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts, daß sich kein befreites Land stabilisieren kann, wenn es sich von der Überzeugung leiten läßt, wonach die Minderheiten nichts mehr zu erwarten haben als das, was ihnen die Mehrheit einzuräumen bereit ist.

### Mehr Rechte für Minderheiten

Wir betonen erneut die Notwendigkeit, unsere nationale Souveränität und territoriale Integrität zu hüten, und sind der Auffassung, daß jede zuverlässige politische Regelung unseres ethnischen Problems auf den beiden folgenden Grundsätzen beruhen muß:

- a) die Erhaltung Sri Lankas als einheitliches Land;
- b) die tatsächliche Übergabe (und nicht einfache Dezentralisierung) in diesem Rahmen vieler wesentlicher gegenwärtig zentralisierter Kompetenzen und Funktionen an die Bevölkerung verschiedener Gebiete unseres Landes, damit sie die lokalen Angelegenheiten, die sie betreffen, selbständig entscheiden und bei der Ausübung jener Kompetenzen und Funktionen mitwirken kann, die weiterhin zentralisiert bleiben.

Die Erfahrungen vieler Länder, sozialistischer wie nichtsozialistischer, haben gezeigt,

daß eine solche Übergabe der Vollmachten die Einheit des Landes nicht untergräbt, sondern stärkt.

Diese Einheit kann darüber hinaus durch eine allen Bürgern Grundfreiheiten und Menschenrechte garantierende Verfassung, durch Beseitigung der ethnischen und sonstigen Diskriminierung bei der Einsetzung der Verwaltung sowie durch einen wirtschaftlich fundierten Staatsplan für die wirtschaftliche Entwicklung aller Gebiete des Landes gefestigt werden.

### Dialog mit Tamilen, Indien

Doch bevor man irgendwelche neuen Anstrengungen bei der Suche nach einer politischen Lösung unternehmen kann, müssen die sinnlosen Morde, Plünderungen und Zerstörungen beendet werden. Unsere drei Parteien begrüßen und unterstützen die allorts erhobenen Forderungen nach sofortiger Feuereinstellung sowohl durch die Regierung als auch durch bewaffnete Jugendgruppen.

Eventuelle Vermittlungsdienste jeder willigen Seite, sei es im In- oder Ausland, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandsabkommens und zur Ausarbeitung der Modalitäten für direkte Verhandlungen zwischen der Regierung Sri Lankas und allen Vertretern der organisierten tamilischen Öffentlichkeit, einschließlich der Vertreter der bewaffneten Jugendgruppen, sind unverzüglich anzunehmen.

Wir fordern ebenfalls, daß die Politik des Balancierens am Rande des Krieges, die die Regierung gegenüber Indien betreibt, eingestellt wird, daß normale, gutnachbarliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederhergestellt und alle Probleme in diesen Beziehungen nur auf dem Wege der Verhandlungen gelöst werden.

Solche Maßnahmen werden uns eine Atempause gewähren, um uns zu besinnen und den Boden für neue Bemühungen um die nationale Einheit vorzubereiten. Unsere Parteien rufen alle fortschrittlichen Kräfte zu gemeinsamen Aktionen in dieser Richtung auf.

(Quelle: Forward, 15.2.1985)

# links

Sozialistische Zeitung

## lesen

Juli/August '85

GORBATSCHOW - REFORMÄRA?  
von Zdenek Mlynar.

Die SCHATTENSEITEN der  
WEIZSÄCKER-REDE, von  
Wolfgang Kraushaar.

BITBURG und die LINKE.

Natascha Apostolidou:  
Sieg der PASOK - Niederlage  
der Linken?

Brüssel: Die Metaphorik  
des Animalischen, von  
ROLF LINDNER.

THEMENSCHWERPUNKT:

Portugal  
Portugals Sozialisten in  
der Sackgasse/Bilanz der  
Wirtschaftspolitik/Arbeiterbewegung  
und Gewerkschaften/Milität/Kritik  
der Portugal-Solidarität.

u.v.m.

# links lesen

Monatlich 36 Seiten. Einzelexemplar  
DM 4.- / Jahresabo DM 45.-  
Zu beziehen über: 'LINKS', Postfach  
591, 6050 Offenbach 4.  
Probeexemplar kostenlos! Erhältlich  
im linken Buchhandel.

Handlungsspielraum erhalten. Freihandelszonen wurden eingerichtet und die Zollbarrieren gesenkt. Die Regierung hat sich den Diktaten des Internationalen Währungsfonds unterworfen und, um das Budgetdefizit zu senken, die Subventionen für Grundnahrungsmittel zusammengestrichen, Löhne gekürzt und unentgeltliche Leistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich verringert.

Außenpolitisch lehnt sich die Regierung Jayewardene an die Politik der USA an. So finden Verhandlungen statt über Ankerrechte der 7. US-Flotte im Hafen von Tricomalee. Er gilt als Ersatzhafen, falls die USA gezwungen sein sollten, sich von ihrem Hauptstützpunkt im Indischen Ozean, der Insel Diego Garcia, zurückzuziehen.

Den Tamilenkonflikt versuchte die Regierung Jayewardene bisher vor allem mit militärischen Mitteln zu lösen. Innerhalb von 5 Jahren stieg der Rüstungshaushalt um das Zehnfache. Militärische Hilfe erhält das Land von China und Pakistan. Britische Söldner und Angehörige des israelischen Geheimdienstes Mossad bilden Sondereinheiten der Armee aus.

Bisher hat diese militärische Strategie jedoch keinerlei Erfolge gezeitigt. Sie hat lediglich zu einer Verschärfung des Konfliktes geführt und den Separatisten verstärkten Auftrieb gegeben.

Die Konsequenz dessen ist eine Verringerung der Entwicklungsausgaben aufgrund des hohen Rüstungsbudgets und eine Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Weitere Auslandsinvestitionen bleiben aus und der Touristenstrom versiegt. Das Massaker von Anuradhapura war schließlich der Auslöser für einen Umdenkungsprozeß.

Die Regierung ist jetzt unter starken Druck geraten, eine politische Lösung zu finden. Selbst der buddhistische Klerus, der für seine chauvinistischen Positionen bekannt ist, hat jetzt einen gemäßigeren Standpunkt eingenommen.

Anfang Juni d.J. begab sich Präsident Jayewardene nach Delhi, um den indischen Premierminister Rajiv Gandhi um Vermittlung zu bitten.

Indien ist in mehrfacher Hinsicht in den Konflikt verwickelt. Im Südwesten des Landes befindet sich der Bundesstaat Tamil Nadu, der von 40 Mio Tamilen bewohnt ist.

Hier haben die Jaffna-Tamilischen Separatisten ihre ausländischen Basen. Von hier aus erhalten sie Waffen und finanzielle Unterstützung.

Die Regierung Tamil Nadus, die von einer regionalistischen Partei gestellt wird, hat des öfteren gegen die Unterdrückung der Tamilen in Sri Lanka protestiert. Verschiedene Parteien haben gar die Bundesregierung zu einem militärischen Eingreifen aufgefordert.

Delhi hat sich diesen Protesten angeschlossen und die Aktivitäten der tamilischen Separatisten in Tamil Nadu geduldet. Die Stimmung in diesem Staat muß die indische Regierung berücksichtigen, will sie hier nicht ähnliche separatistische Forderungen hervorrufen wie etwa im Pandschab oder in anderen Gebieten. Gleichzeitig hat Indien aber auch kein Interesse an einem tamilischen Separatstaat auf Sri Lanka, da dies indische Separatisten ebenfalls ermutigen würde.

Schließlich bestehen zwischen Indien und Sri Lanka vor allem in der Außenpolitik erhebliche Differenzen. Die Verhandlungen mit den USA über Stützpunkte stehen den Forderungen Indiens nach einer Demilitarisierung des Indischen Ozeans diametral entgegen.

Vor diesem Hintergrund hat die indische Regierung eingewilligt, im Konflikt zu vermitteln und öffentlich zu verkünden, daß sie einen Separatstaat der Tamilen ablehnt.

Auf indischen Druck hin stimmten die Guerillaorganisationen einem Waffenstillstand ab dem 18.6.1985 zu und begannen gemeinsam mit der TULF Verhandlungen mit Vertretern der UNP-Regierung in Bhutan.

### Kompromiß in Aussicht?

Am 10. Juli d.J. hob die Regierung die seit 8 Monaten geltende nächtliche Ausgangssperre im Norden des Landes auf, ließ 643 Tamilen frei und kündigte an, die Gründe für die Einkerkung von weiteren 554 Tamilen überprüfen zu lassen. Ob es allerdings zu einer Verhandlungslösung kommen wird, ist mehr als fraglich. Die Regierung stimmt zwar einer Dezentralisierung der Regierungsgewalt zu, lehnt aber ein einheitliches autonomes Gebiet für die Tamilen ab.

Dies dürfte jedoch die einzig mögliche Kompromißformel sein. Zudem ist unklar, ob der indische Druck ausreichen wird, um die tamilischen Guerillagruppen zu einem Verzicht auf ihre Forderung nach einem unabhängigen Staat zu bewegen.

Die bisher geschlagenen Wunden scheinen noch zu tief zu sein. Am 8.7.1985 kam es in Jaffna zu Demonstrationen und einem Generalstreik gegen den Waffenstillstand und den Beginn der Verhandlungen.

Die in Colombo regierende Rechtsregierung dürfte zudem kaum daran interessiert sein, eine dauerhafte gerechte Lösung des Tamilenkonflikts zu finden. Denn die Pflege des singhalesischen Chauvinismus ist für die UNP ein Garant dafür, daß sie ihre konservative Mehrheitsposition wahren und ihre Innen- und Außenpolitik unangefochten fortsetzen kann.



US-Militärberater sind Kriegsteilnehmer. Am 19. 6. 1985 wurden vier von ihnen durch ein FMLN-Kommando in San Salvador getötet. (r.)

## Kommuniqué des FMLN-Generalkommandos

# Eine Ohrfeige für das Regime

Am 19. Juni d.J. töteten Kämpfer der Städtischen Kommandos „Mardoqueo Cruz“ der Revolutionären Partei der Mittelamerikanischen Arbeiter (PRTC) vier US-Militärberater in der Hauptstadt San Salvador. Bei der Aktion dieser Mitgliedsorganisation der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) kamen weitere neun Menschen ums Leben, darunter auch mehrere Salvadorianer. Die PRTC führte dies auf das Eingreifen einiger in Zivil gekleideter Personen in den Kampf zurück.

US-Präsident Reagan nahm den Vorfall zum Anlaß, eine Beschleunigung der Militärhilfe an das salvadorianische Regime anzukündigen: „Wir und die salvadorianischen Führer werden Berge versetzen..., um die Schakale zu finden und sie und ihre Terror-Kollegen vor Gericht bringen.“ Nach Angaben der US-Zeitschrift Newsweek hatte Reagan vor, Lager der Guerilla bombardieren zu lassen. Ein direktes Eingreifen sei ihm jedoch von seinen Beratern ausgedrückt worden, weil das dem Regime Duartes geschadet hätte.

Der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera y Damas, hatte Reagan ebenfalls vor einer Vergeltung gewarnt. Er verurteilte das Attentat, erklärte jedoch, man dürfe vor dem Terrorismus der extremen Rechten und der Armee nicht die Augen verschließen. Ebenso „terroristisch“ seien gewisse Aktionen der Armee, wie etwa „Bombardements, das Zerstören von Pflanzungen, das Verbrennen von Höfen und Zwangsvertreibungen“. Auch Mitgliedsorganisationen der mit der FMLN verbündeten Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) wie die Christlich-Soziale Volksbewegung (MPSC) und die Nationale Revolutionäre Bewegung (MNR) wandten sich gegen den Anschlag. Ruben Zamora, Führungsmitglied der MPSC, erklärte jedoch, daß seine Organisation von der Aktion nur Abstand genommen habe, weil dabei Zivilisten ums Leben gekommen seien. US-Militärberater seien jedoch genau so legitime Ziele wie salvadorianische Soldaten. Sie „sind Teil des Krieges und den Gesetzen des Krieges unterworfen“.

Dies ist auch die Position des fünfköpfigen Generalkommandos der FMLN, wie sie Anfang Juli d.J. US-amerikanischen Journalisten erläutert wurde: „Wir haben bereits gesagt“, so Comandante Jorge Shafik Handal, „daß jeder der in den Krieg verwickelt ist, ein militärisches Ziel der FMLN ist.“ „Unsere Strategie muß sich darauf stützen, den Widerstand und die Möglichkeiten der Reagan-Administration die salvadorianische Armee zu unterstützen zu brechen“, erklärte Comandante Joaquin Villalobos. Die Aktionen in den Städten sind Teil einer neuen Strategie der FMLN, die darin besteht, in kleinen Einheiten in allen Teilen des Landes zu operieren, um sowohl militärische als auch wirtschaftliche Ziele anzugreifen (siehe AIB 6/1985, S. 33ff.). „Im nächsten Jahr“, so Villalobos, „erwarten wir, daß wir den Krieg über das ganze Land ... verbreitet haben.“ Gleichzeitig baut die FMLN ihre Positionen in den Gewerkschaften und Massenorganisationen aus. Dies zeigt sich in einer breiten Streikbewegung gegen die Regierung mit immer brutaleren Mitteln vorgeht.

In einem Kommuniqué vom 24. Juni d.J., das sie aus Anlaß des Anschlags auf die US-Militärberater in San Salvador veröffentlichte, nimmt die FMLN Stellung zu dieser Aktion und macht deutlich, daß nicht nur die salvadorianischen Soldaten, sondern sowohl die US-Marines als auch die Militärführung und die politischen Repräsentanten des Staates von nun an Ziele im Krieg seien.

Im Hinblick auf die Erklärungen der Herren Ronald Reagan und Napoleón Duarte zu der Operation, die durch ein Stadtkommando unserer Streitkräfte gegen nordamerikanische Berater durchgeführt wurde, erklärt das Generalkommando der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí:

1. Unser Vaterland und unser Volk sehen sich seit 5 Jahren einer Ausweitung der militärischen Aggression seitens der Regierung und der Armee der Vereinigten Staaten, besonders als Ergebnis der Kriegspolitik des gegenwärtigen Präsidenten Reagan, gegenüber.
2. Es gibt zehntausende von Opfern der Luftangriffe und Artillerieattacken, die mit Mitteln und mit der Beratung der Vereinigten Staaten durchgeführt wurden.

### „Dem Fisch das Wasser nehmen“

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die zerstörerischen und verbrecherischen Bombardierungen der Städte Berlín und Tenancingo sowie Dutzender Dörfer, die durch die Auswirkungen der Bomben nordamerikanischer Herstellung, die von ebenfalls nordamerikanischen A-37-Flugzeugen abgeworfen wurden, völlig zerstört wurden.

3. Es sind nordamerikanische Berater, die die Bataillone ausgebildet haben, die unter Anwendung der vom Pentagon ausgearbeiteten Richtlinien und Politik Gebiete und Siedlungen zerstört haben, mitsamt den sich daraus ergebenden Massenmorden und der Zerstörung der gesamten Habe der Zivilbevölkerung.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an: El Mozote, Capapayo, El Junquillo, Las Hojas, Las Calderas, Río Sumpul,



Der Krieg kommt in die Städte: durch Guerilleros zerstörte Hochspannungsmasten in einem Vorort von San Salvador

Calabazo, Culebrilla, Las Bermudas, Guadalupe und viele andere, die tausende von Kindern, Frauen und Alten verloren haben, die mit grausamster Barbarei ermordet wurden.

Wir erinnern auch an die Massengefängennahme und Vertreibung der Zivilbevölkerung in Guazapa, in Usulután, San Vicente und vielen anderen Orten, die mit der Absicht durchgeführt wurden, die vom Pentagon ausgearbeitete Yankee-Doktrin anzuwenden, „dem Fisch das Wasser wegzunehmen“.

4. Wir weisen ganz besonders auf die jüngsten Absichten hin, die Salvadorianer, die in Honduras Zuflucht gefunden haben, gewaltsam in ihr Vaterland zurückzubringen, und auf die Durchführung der letzten Militäroperationen in der Nordzone von Morazan, die das Ziel verfolgten, auf der Grundlage des Terrors und massiver Bombardierungen die Grenzzone zu entvölkern, um die Übergabe eines Teils unseres Staatsgebietes durch die Armee und die Marionettenregierung von El Salvador an die honduranische Regierung zu begünstigen.

5. In unserem Land bewegen sich in aller Ruhe Dutzende von Militärberatern, die den Verstand der zwangsrekrutierten jungen Bauern vergiften, bis sie nachgeben und zu wahrhaften Mördern gemacht werden, die nur die Anweisungen ihrer Herren befolgen.

Desgleichen laufen Folterexperten und Agenten des CIA herum, viele von ihnen unter dem Deckmantel von Beratern mit angeblich zivilen Aufgaben.

Diese Herren haben mit dem Verschwinden von Personen, mit der gezielten Unterdrückung der Volksbewegung und den Maßnahmen zur Kontrolle der Städte zu tun. Der CIA und das US-Außenministerium sind direkt sowohl in das Verschwindenlassen von Genossen als auch in die Folterungen und Verhöre von Gefangenen verwickelt.

6. Die konterrevolutionären nikaraguanischen Söldner und Verbrecher und ihr gesamter politisch-militärischer Apparat haben damit begonnen, auf Beschluß der gegenwärtigen nordamerikanischen Administration, mit direkter Unterstüt-

zung des CIA in unserem Land Stützpunkte zu errichten.

7. Die Intervention des Präsidenten Reagan ist das Haupthindernis für das Zustandekommen einer nationalen politischen Lösung des salvadorianischen Konfliktes.

8. Napoleón Duarte und die Christdemokratische Partei sind Marionetten der Politik Ronald Reagans und stellen die Hauptverantwortlichen des Prozesses der nordamerikanischen Aggression und Intervention auf unserem Boden dar.

9. Die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten fördert und ermutigt den Terrorismus und die Aggression gegen die Völker, wie im Falle Nikaraguas, wo die Vereinigten Staaten nicht nur ein Söldnerheer unterhalten, das das nikaraguanische Volk angreift ohne Unterstützung im Innern zu haben.

Sowohl die gesamte nikaraguanische „Contra“ als auch die Regierung Duartes würden ohne die Unterstützung der Administration Ronald Reagans nicht überleben.

10. Im Rahmen aller dieser Faktoren stellt die von unseren Kommandos ausgeführte Operation eine gerechte Aktion legitimer Verteidigung unseres Volkes und unserer Souveränität gegen den verbrecherischen unerklärten Krieg dar, dessen Opfer wir sind.

Angesichts dessen bekunden wir entschlossen, daß wir nicht bereit sind, weiterhin unserem Hauptfeind zu gestatten oder es zu dulden, daß er einen Krieg führt, ohne daß er eine Antwort erhält.

11. Zu den Drohungen Präsident Reagans, die Intervention in unserem Vater-

Die Sabotage gegen das Transportwesen ist eine Methode der FMLN, die Kriegswirtschaft zu lähmen



land als Ergebnis der Operation zu verstärken, erklären wir: Wir kennen seine Kriegspolitik und wissen, daß er unseren Boden nicht eher verlassen wird, bis unser Volk und unsere Streikkräfte seine Pläne zunichte machen.

Angesichts der Überlegungen und des Kampfes der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des nordamerikanischen Volkes sind wir sicher, daß diese mit dem Reagan'schen Kriegskurs nicht einverstanden sind und auch nicht erleben wollen, daß nordamerikanische



Präsident Duarte: Kunstbessener Kriegsherr

Jugendliche jetzt in ein anderes Vietnam auf dem eigenen amerikanischen Kontinent verwickelt werden.

12. Herrn Duarte als treuer Marionette von Ronald Reagan schien es, als stellten vier getötete Yankee-Aggressoren eine sehr brutale Handlung dieses Krieges dar. Und er beeilte sich zu erklären, daß die Untersuchung des Falles mit äußerster Kraft betrieben wird.

Herr Duarte hat vergessen, daß in den Verwaltungsbezirken El Mozote, Capapayo, Sumpul und anderen noch immer die Überreste neugeborener Kinder liegen, die von den Bataillonen seiner von den Vereinigten Staaten ausgebildeten Armee umgebracht wurden.

Desgleichen steht der Eifer der Marionette Duarte, eine gerechtfertigte Aktion des Volkskrieges zu untersuchen, im Widerspruch zu seiner Nachlässigkeit bei der Untersuchung der Ermordung von Monsenör Romero.

13. Wir sind erstaunt über die plötzliche Schnelligkeit, mit der Herr Reagan unsere Operation als terroristisch bezeichnet

hat, wo er doch vor wenigen Monaten von seinem eigenen Kongreß angeklagt wurde, aufgrund des Skandals um die Terrorismus-Handbücher, die der CIA mit seiner Genehmigung gedruckt hatte. Zugleich möchten wir die Aufmerksamkeit auf das Wehklagen von Duarte und aller Befehlshaber der Armee lenken, das diese angesichts des Geschehenen anstimmen, wenn doch seit wenigen Wochen Blandón und der Rest der Chefs sich damit brüsten, die militärische Initiative zu besitzen und sie in kurzer Zeit einen militärischen Sieg erringen würden.

Diese Aktion ist zusammen mit der verstärkten Handlungsfreiheit in den Städten und Vorstädten, der enormen Abnutzung, die die Armee in jeder Operation erleidet, der Zunahme der Sabotage an der Kriegswirtschaft und der Durchführung von weitgespannten Aktionen in oder in der Nähe von wichtigen Städten, ohne Zweifel auch eine Ohrfeige für den Triumphalismus des Oberkommandos und seiner Yankee-Berater. 14. Wir erklären, daß es völlig unwahr ist, daß wir Napoleón Duarte mit dem Tod bedroht haben. Aber wir erinnern ihn daran, daß er der Oberbefehlshaber der Armee ist, mit der wir uns im Krieg befinden, und es können nicht nur die Soldaten unsere militärischen Ziele sein, sondern auch die Kommandeure.

Daher sollten er und auch das gesamte Oberkommando, die Verantwortung für ihre Rolle in diesem Krieg tragen, nicht vorgeben gefeit zu sein, während ihre Soldaten auf dem Schlachtfeld sterben. Wenn es Männer sind, die für ihre Handlungen verantwortlich sind, dann akzeptieren sie den Krieg in seiner gesamten Ausdehnung und benutzen ihre Truppen nicht als Werkzeuge.

Der Krieg kann sich nicht fortwährend nur unter den Armen entfalten. In gleicher Weise kann es nicht geduldet werden, daß es nur in den Dörfern und Kantonen Krieg gibt, während die Befehlshaber, die Yankee-Berater und die christdemokratischen Funktionäre inmitten von Üppigkeit, in der Ruhe der Wohngebiete der Oligarchie leben, im Gegensatz zum fürchterlichen Elend unseres Volkes, das unter den Bombardierungen leidet.

Wir sind entschlossen, den Krieg dorthin zu tragen, wo es notwendig sein wird und mit den Mitteln, die notwendig sind, um der Ruhe der Befehlshaber der Armee, der Yankee-Berater, der Oligarchie, der Mörderpiloten, der nikaraguanischen Konterrevolutionäre und der christdemokratischen Funktionäre ein Ende zu setzen.

Wir wissen, daß wir hiermit die Klagen des Volkes und selbst der Soldaten der Streitkräfte beantworten, die es leid sind, die einzigen zu sein, die die Folgen

des Krieges tragen müssen. Zum Schluß wiederholen wir unseren Entschluß, gegen die Yankee-Invasoren zu kämpfen und in einem Volkskrieg von allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, Gebrauch zu machen, um ihnen gegenüberzutreten. Wir lassen uns nicht erpressen.

Uns erschrecken weder die Intervention noch die Drohungen. Wir sind entschlossen, so lange Zeit im Krieg zu bleiben, wie es notwendig sein wird, um einen Frieden mit Gerechtigkeit und Souveränität für unser Volk zu erlangen.

Yankee-Aggressor — El Salvador wird dein Grab sein!

Revolution oder Tod — wir werden siegen!

Generalkommando der FMLN, 24. Juni 1985

(Quelle: Resumen informativo de Radio Venceremos, 2. Junihälfte 1985)

## Verschwunden in Honduras

Honduras-Komitee Hamburg

### Inhalt

- Die Folgen der Wirtschaftskrise
- Politische Lage heute
- Angst statt Demokratisierung
- Menschen verschwinden
- Staatliche Repressionsorgane
- Foltermethoden
- Menschenrechtsorganisationen
- CODEH COFADEH
- Wer sind die Verschwundenen?
- Fünf Schicksale von vielen

Diese Broschüre kann bezogen werden über  
Honduras-Komitee Hamburg  
Martin-Luther-King-Haus  
Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13  
\* Exemplar kostet DM 1,- zzgl. Porto  
Vorkasse erwünscht

Sonderkonto „Menschenrechte“  
B. Brand, PSchA Hamburg  
Konto 52 57 59 - 202  
(BLZ 200 100 20)

# Verlust der Neutralität



Die Souveränität an Washington verkauft: kostarikanischer Präsident L. A. Monge (r.) bei R. Reagan

Anfang Mai d.J. entsandte Washington 24 Militärberater nach Kostarika, um dort an der nikaraguanischen Grenze 400 Mitglieder der „Polizei“ in der Aufstandsbekämpfung auszubilden. Dies ist der vorläufige Höhepunkt einer fortschreitenden Militarisierung des Landes, die in deren Rahmen – auf Drängen der Reagan-Administration – aus den 13.000 Mitgliedern der Zivil- und Landgarde reguläre Soldaten gemacht werden sollen.

Damit wurde endgültig offenkundig, daß Kostarikas Regierung Monge dabei ist, die eigene Verfassung zu brechen, die den Unterhalt einer Armee untersagt, daß sie ihre im November 1984 verkündete „immerwährende Neutralität“ aufgegeben hat. Als Vorwand für das vollständige Einschwenken auf die Washingtoner Mittelamerikapolitik wurde die angebliche Aggressivität Nikaraguas angeführt.

Durch die „Contras“ Eden Pastoras und Alfonso Robelos, die von Kostarika aus operieren, ausgelöste Grenzzwischenfälle werden regelmäßig der sandinistischen Armee in die Schuhe geschoben. Der Vorschlag Nikaraguas, beiderseits der gemeinsamen Grenze eine entmilitarisierte Zone einzurichten, wurde Ende Juni d.J. von der Regierung Kostarikas abgelehnt, da angeblich ihr gesamtes Territorium entmilitarisiert sei. Die Hintergründe und Fakten des kostarikanischen Neutralitätsverlustes analysiert der folgende Beitrag.

Die Neutralität und die parlamentarische Demokratie, zwei große Säulen kostarikanischen Stolzes, haben wegen der noch nie dagewesenen regionalen Krise und der Verwundbarkeit der liberalen Regierung durch den von den USA ausgeübten mächtigen Druck an Boden verloren.

Zu Anfang des Jahres 1984 zwang starker parlamentarischer Widerstand, nach Monaten intensiver Diskussionen und häufiger Meinungsverschiedenheiten zwischen Präsident Luis Alberto Monge, der Nationalversammlung und der US-Botschaft in Kostarika, das Staatsoberhaupt, auf ein US-Programm zu verzichten, das die Entsendung von 400 bis 1.000 „Ingenieuren“ der US-Nationalgarde nach Kostarika vorgesehen hatte.

### „Kneifzange“ gegen Nikaragua

Das US-Militärprojekt bestand darin, eine Autostraße mitsamt Brücken und Zubringerstraßen entlang der Grenze Kostarikas mit Nikaraguas zu bauen. Nach US-Presseberichten hätten sie einen Teil einer „riesigen Kneifzange“ gebildet, dazu bestimmt, Nikaragua von Honduras im Norden und von Kostarika im Süden abzuschotten.

Mehr als zwei Drittel der 33 Kongreßvertreter der Regierungspartei wiesen die Ankunft ausländischer Truppen genauso zurück wie die meisten der Vertreter der linken und der rechten Opposition.

Die kostarikanische Verfassung verlangt die Zustimmung des Kongresses, bevor irgendwelche ausländische Militärpersonen auf nationalem Territorium zugelassen werden.

In den vergangenen Jahren wurde die kostarikanische Wirtschaft durch die regionale wirtschaftliche Depression ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen. Zwischen 1979 und 1982 fiel das reale Durchschnittsgehalt um 55%, die Arbeitslosigkeit stieg auf 10%, und die Inflation auf 85%, die höchste Jahresrate in der Geschichte des Landes.

Im Jahr 1982 fiel das Bruttoinlandsprodukt um mehr als 9%, und die Auslandsverschuldung schnellte nach oben. Mit der gegenwärtigen Auslandsverschuldung von 4 Mrd Dollar hat Kostarika eine der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen in der Welt.

Die Monge-Administration begann 1983 damit, eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen, die vom Internationalen Währungsfonds (IMF) verlangt wurden, um die Bedingungen für Finanzhilfen zu erfüllen.

Diese umfaßten die Erhöhung von Steuern, die Aufhebung von Subventionen, die Abwertung der Landeswährung (Colón), eine Anhebung der Preise für öffentliche Dienste und Ölprodukte, die

Kreditverknappung und Kürzungen an sozialen Programmen und Investitionen. Das IMF-Abkommen hatte auch Umschuldungsverhandlungen zur Folge, die das Land davor bewahrten zur Einstellung der Zahlungen gezwungen zu werden.

Trotz dieser Maßnahmen zeigte die Wirtschaft zu Beginn des Jahres 1985 keine Zeichen der Besserung. Kostarika befand sich in einer Lage, die außerhalb seiner Kontrollmöglichkeiten lag: eine Währung, die während der vergangenen 3 Jahre um 500% abgewertet worden war, ein Außenhandelsdefizit von über 180 Mio Dollar, während die Exporte weniger als 1 Mrd Dollar ausmachten und das Bruttoinlandsprodukt 3,5 Mrd Dollar.

Weniger als 1 Jahr vor den Präsidentschaftswahlen ist Präsident Monges sozialdemokratische Regierung mit sozialen Unruhen, die verursacht werden durch die restriktiven Maßnahmen des IMF, konfrontiert, mit Vor-Wahlkämpfen der Parteien und starkem Druck des Weißen Hauses, sich seiner Mittelamerikapolitik anzuschließen.

Der IMF, die Weltbank, die Internationale Entwicklungsagentur, private Banken und die Reagan-Administration haben ihre Wirtschaftshilfe an Kostarika von seinem Anschluß an Washingtons Pläne in der Region abhängig gemacht.

### Stationierung von US-Militärs

So hat die kostarikanische Regierung unter reichlich fragwürdigen Vorwänden – wie z.B. Hilfe zur Unterdrückung sozialer Unruhen im Innern, Kontrolle des internationalen Drogenverkehrs, oder Bekämpfung einer angeblichen subversiven Verschwörung „von in Kuba ausgebildeten“ Linksgruppen – ein militärisches Ausbildungszentrum mit US-Beratern und -Nachschub in der Nordregion des Landes errichtet.

US-Pioniere, deren Anwesenheit zu Beginn des Jahres 1984 zurückgewiesen worden war, sind jetzt in Santa Cruz, in der Pazifikregion nahe der nikaraguanschen Grenze stationiert. Dort helfen sie beim Bau eines Militärstützpunktes mit. Zusätzlich zur Ausbildung der kostarikanischen Polizei werden die USA 4.000 M-16-Sturmgewehre, zwei Hubschrauber, drei Patrouillen-Boote und Funkausrüstungen an dieses Land liefern.

Ein Bataillon zur „Aufstandsbekämpfung“, bestehend aus 400 Mann, wird in diesem Stützpunkt ausgebildet und dann entlang der Grenze zu Nicaragua stationiert werden. Die Offiziere für dieses Bataillon erhalten gegenwärtig ihre Ausbildung von US-Beratern in Honduras. Dadurch erhält Kostarika zwei Einheiten, die auf Anti-Terror-Taktik spezia-



„Nationale Souveränität, Neutralität und Frieden“ – Forderungen einer Massendemonstration von 1984, die unerfüllt bleiben

liert sind. Die erste, Besondere Interventionseinheit genannt, wurde 1982 aufgestellt und von US-amerikanischen, israelischen und bundesdeutschen Offizieren ausgebildet.

Die Verfassung Kostarikas, die 1949 geschrieben wurde, verbietet das Vorhandensein einer Armee in diesem Land. Die öffentlichen Sicherheitskräfte bestehen aus zwei Polizeikörperschaften: der Landgarde, die dem Regierungsministerium untersteht, und der Zivilgarde, die dem Ministerium für öffentliche Sicherheit unterstellt ist. Etwas mehr als 12.000 Mann stehen in den Reihen dieser zwei Körperschaften.

Der US-Druck hat jedoch den Verfassungsgrundsatz der Neutralität untergraben. Vor allem werden die kostarikanischen Polizeikräfte mehr und mehr professionell und technisch versierter – sie gleichen immer mehr regulären Kampfeinheiten.

### Aus Polizei wird Armee

Diese Leistung wird mit großen Summen an Sicherheitsunterstützung von den USA unterstützt. Nach einer Studie des in San José ansässigen Regionalen Koordinationskomitees für Wirtschaftliche und Soziale Forschung (CRIES) belief sich diese Unterstützung zwischen 1980 und 1984 auf 222 Mio Dollar. Kostarika steht damit in Mittelamerika nach El Salvador und Honduras an dritter Stelle unter den Empfängern von US-Militärhilfe.

Dazu kommt, daß die konterrevolutionären Banden, die den Süden Nicaraguas angreifen, von Stützpunkten im Norden Kostarikas aus mit dem Segen der Rea-

gan-Administration und der stillschweigenden Erlaubnis der kostarikanischen Behörden operieren. Ein anderes Beispiel für die stillschweigende Unterstützung der US-Politik war die kürzliche Einrichtung eines starken Senders der „Stimme Amerikas“ in der an Nicaragua grenzenden Stadt San Carlos, der den konterrevolutionären Umtrieben und ihrer Propaganda einen breiten Raum gibt.

Sowohl die regierende Partei der Nationalen Befreiung (PLN) als auch ihr Hauptgegner, die Christlich-Soziale Einheitspartei (PUSC) haben die Wirtschafts- und Außenpolitik zum Kernpunkt ihres Wahlkampfes gemacht.

Die Orthodoxie, die der Volkswirtschaft durch den IMF aufgezwungen wurde, läßt nicht viel Spielraum zu. Mit einigen kleineren ultraliberalen Vorschlägen sieht die PUSC keinerlei tiefgehende Änderungen in der wirtschaftlichen Lage des Landes vor.

Die machtvollen Mechanismen der USA zur Druckausübung haben auch entscheidende Änderungen der Stellung Kostarikas zum mittelamerikanischen Konflikt behindert. Die Neutralität, die von der PLN nicht durch Maßnahmen bestätigt wurde, würde sich wahrscheinlich in ein offeneres Zusammengehen mit Washington verwandeln, wenn die PUSC die Wahlen gewänne.

In jedem Fall scheint es jedoch unausweichlich zu sein, daß die Militarisierung Kostarikas weitergehen wird und darauf gerichtet ist, die Südfront in der Strategie der Reagan-Administration gegen Nicaragua zu schließen.

(Quelle: Barricada Internacional, Managua, 9.5.1985)

Armando I. Benetti

# Wirtschaftlicher Balanceakt



1. Mai 1985: Stärkung der Kaufkraft und ein Schuldenmoratorium waren Hauptforderungen

5 Monate nach dem Amtsantritt des gewählten Präsidenten Julio Sanguinetti (siehe AIB 1 und 5/1985) zeichnen sich vor allem im Rahmen der Wirtschaftspolitik erste Konflikte zwischen den demokratischen Parteien ab. Bisher wurden die meisten Maßnahmen der Regierung durch Kompromisse zwischen der regierenden rechtsgerichteten Colorado-Partei und den Oppositionsparteien Colorados (linke Mitte) und Frente Amplio (Breite Front; Zusammenschluß von Linksparteien) abgestimmt. Mit dieser Politik der „Concertación“ (Übereinkunft) konnten den Colorados, die über keine Mehrheit im Parlament verfügen, vor allem im Bereich der Demokratisierung einige Zugeständnisse abgerungen werden. Alle politischen Gefangenen, auch die ehemaligen Guerilleros der Tupamaros, wurden freigelassen, die linken Organisationen legalisiert. Rechte Militärs wurden ihrer Ämter enthoben und linke, darunter der Führer der Frente Amplio, General Liber Seregni, erhielten ihre Offiziersränge zurück. Ein Kompromiß ermöglichte auch das Auswechseln der meisten vom Militär eingesetzten obersten Richter.

In der Wirtschaftspolitik scheinen die Gegensätze jedoch unüberwindbar. Während die Frente Amplio ein Schuldenmoratorium, die Verstaatlichung der Banken, eine Landreform und Lohnerhöhungen fordert, suchen Teile der Colorados ihr Heil in Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF). Der folgende Beitrag analysiert die Wirtschaftskrise des Landes und die Schwierigkeiten, dieser Situation Herr zu werden.

Die „Concertación“ (Übereinkunft) wird schon bald harten Belastungsproben ausgesetzt sein, besonders in der Wirtschaftspolitik.

Das drückende Schuldenproblem – Uruguay ist mit über 5 Mrd Dollar, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, das zweithöchst verschuldete Land der Welt – wird zu heftigeren Diskussionen führen und die Gegensätze zwischen Colorados, Blancos und Frente Amplatistas heftiger aufbrechen lassen. Eine technische Kommission des Internationalen Währungsfonds (IMF) ist bereits im Lande, um ein

wirtschaftliches Anpassungsprogramm nach IMF-Geschmack zu erarbeiten.

Die Gewerkschaftszentrale PIT-CNT forderte am 1. Mai d.J. ein Schuldenmoratorium (siehe Kasten).\*

Der Tag der Arbeit wurde gleichzeitig genutzt, um gegen die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen des neoliberalen Wirtschafts- und Finanzministers Ricardo Zerbino zu protestieren. Zerbino hatte erhebliche Preiserhöhungen bei Benzin und im öffentlichen Sektor verordnet, ohne daß es einen entsprechenden Ausgleich auf der Lohn- und

Gehaltsseite gegeben hätte.

Die Opposition sieht die Maßnahmen Zerbinos als Verletzung der „Concertación“, während die Wochenzeitung *Búsqueda*, Sprachrohr der Geschäftswelt, der PIT-CNT vorwarf, die „Konfrontation mit der Regierung“ zu suchen. Die Berufung Zerbinos zum Minister wurde denn auch von vielen als ein Zeichen gedeutet, daß die Lohnpolitik nicht gerade zu den Prioritäten der Regierung gehört.

## „Concertación“ vor dem Bruch?

Im allgemeinen wird die Regierung Sanguinetti als pragmatisch angesehen, was nach Meinung von Beobachtern in der Zusammensetzung zum Ausdruck kommt: Das sind zweifellos zahlreiche Minister wie Zerbino, die die „alte“ ultraliberale Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur à la Milton Friedman (Chicagoer Ökonom, der das 1973 errichtete Pinochet-Regime beriet; d. Red.) mit geringen Änderungen fortführen wollen. Aber der persönliche Berater Sanguinetti, Luis Faroppa, gilt als ein Mann, der im Gegensatz zu Zerbino dem Staat durchaus eine interventionistische Rolle in der Wirtschaft zubilligt. Und da ist Außenminister Enrique Iglesias, vor dem Regierungseintritt Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission CEPAL, der auch Gegner einer neoliberalen Chicago-Politik ist.

Einig sind sich alle Parteien, daß bei den Umschuldungsverhandlungen die traditionell harten Auflagen des IMF vermieden werden sollten. Die antisozialen Diktate des Währungsfonds – Streichung von Sozialleistungen, Preissteigerungen, Lohnbremsen usw. – sind nicht akzeptabel und würden die „Concertación“ aufs Spiel setzen. Und damit auch die noch frische Demokratie wieder gefährden.

Allerdings sind sich die Parteien einig, daß Uruguay allein wohl kaum auf ein Einlenken des IMF drängen kann. Dazu bedarf es der konzertierten Aktion mehrerer lateinamerikanischer Staaten. Ohne das Wort „Schuldenkartell“ zu erwähnen, wird eine gemeinsame Aktion der Schuldnerländer gefordert, um so die Verhandlungsposition zu stärken.

Jeder Übereinkunft mit dem Währungsfonds müsse außerdem folgende grundlegenden wirtschaftlichen Ziele in Rechnung stellen: Wiederbelebung der Wirtschaft, die allmähliche Erholung des Lohnniveaus, die Kontrolle der Inflation und die progressive Umverteilung der Einkommen.

Enrique Iglesias ist nun damit beauftragt, die Positionen der lateinamerikanischen Länder besser zu koordinieren, auch wenn die bisherigen Erfahrungen nicht gerade optimistisch stimmen: Verbal auf gemeinsame Verhandlungen eingestimmt (siehe die Schuldnerkonferenz im kolumbianischen Cartagena vom Juni 1984, in AIB 9/1984, S. 41-43; d. Red.), gingen im entscheidenden Moment alle Umschuldner getrennte Wege.

Durchaus im Einklang mit den Vorstellungen des IMF zur Gesundung der Wirtschaft steht die Forderung, die insbesondere von den regierenden Colorados vertreten wird, eine aggressive Exportpolitik zu beginnen.

Hauptexportprodukte Uruguays sind: Fleisch (27%), Wolle (17%), Felle und Leder (13%). Aber der allgemeine Exportrückgang, vor allen Dingen bei Rindfleisch, dürfte nicht so leicht zu überwinden sein. Auch Uruguay bekommt zunehmend den Protektionismus Europas und der USA zu spüren. Oder wie es der Führer der Frente Amplio, Liber Seregni, ausdrückte:

„Heutzutage errichten sowohl die Europäische Gemeinschaft wie auch die Vereinigten Staaten, also die entwickelten Staaten, immer mehr Hindernisse für unseren Außenhandel, indem sie unsere Ausfuhrmengen begrenzen. Und indem sie unsere Exporte erschweren, machen sie die erforderliche Erholung unserer Wirtschaften noch schwieriger.“

Die Ankündigung der US-Regierung, die Textilimporte zu kürzen, um die eigene



Arbeiterquartier in Montevideo

Industrie zu schützen, dürfte ein weiteres klares Warnsignal sein. 1984 stiegen Uruguays Textilexporte in die USA um rund 400% und trugen damit zum letztjährigen Handelsbilanzüberschuß bei. Uruguays Textilien machen fast 17% der gesamten US-Textilimporte aus.

Schwierig wird es deshalb, eines der wichtigsten Ziele der „Concertación“ zu erfüllen: Die grassierende Arbeitslosigkeit abzubauen. Keine Partei versprach, auch nicht in der heißesten Phase des Wahlkampfs, für die nahe Zukunft Vollbeschäftigung.

Offiziell wird zwar mit einer Arbeitslosenrate von weniger als 20% operiert, aber die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen dürfte sich eher auf die 30%-Marke zubewegen. Und damit ist noch nicht die Unterbeschäftigung angesprochen in einem Land, in dem – wie es eine Londoner Zeitschrift ausdrückte – derjenige schon als beschäftigt gilt, der an der Straßenampel die Scheiben der halten-den Autos säubert.

Um aus der anhaltenden Rezession herauszukommen, wird auch Uruguay – angesichts einer andauernden Zollmauer-Politik der kapitalistischen Staaten – in der Exportförderung kein Allheilmittel finden. Zumal die Weltwirtschaft trotz aller Propagandamusik aus Washington und anderen Zentren kaum Zeichen einer kapitalistischen Erholung zeigt.

### Fehlende Kaufkraft

Deshalb legt Seregni auch eine besondere Betonung auf eine nach innen gerichtete wirtschaftliche Entwicklung, auf eine Ankurbelung der internen Nachfrage, damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt.

Preiserhöhungen, wie sie Zerbino durchgesetzt hat, sind dann allerdings kontraproduktiv. Ohne Lohn- und Gehaltserhöhungen werden die Uruguayer wohl kaum mehr kaufen können. Selbst konservative Kreise geben zu, daß das Lohn-

## Forderungskatalog der Zentralgewerkschaft PIT-CNT

Auf der Kundgebung am 1. Mai d.J. in Montevideo legte die Einheitsgewerkschaft Zwischengewerkschaftliches Plenum der Arbeiter – Nationale Konvention der Arbeiter (PIT-CNT) einen Forderungskatalog zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen vor, den wir in Auszügen dokumentieren.

- Was die Arbeiter fordern, ist eine Erhöhung der Löhne und Renten, damit wir unsere Kaufkraft wiedererlangen. Diese unentbehrlichen Lohnerhöhungen müssen von anderen Maßnahmen begleitet werden, die den Preisanstieg beenden. (...)
- Unser Land – und wenn wir Land sagen, beziehen wir uns besonders auf die große Mehrheit, die von festem Einkommen, Löhnen, Renten usw. lebt – kann weder die Auslandsschuld noch die Wucherzinsen derselben bezahlen. Augenblicklich, da Verhandlungen zwischen der Regierung und dem IMF beginnen, müssen wir deutlich wer-

den: Eine Lösung mit aufschiebender Wirkung, die Erklärung eines Zahlungsmoratoriums der Auslandsschuld, ist notwendig.

- Unser Land kann mit den gegenwärtigen Bankzinssätzen keinen produktiven Apparat aufbauen. Es ist notwendig, daß der Staat verringerte Zinssätze festlegt, damit sich produktive Investitionen mehr lohnen als Finanzinvestitionen...
- Unser Land kann die Kontrolle der Spar-tätigkeit und der Investitionen nicht weiterhin in den Händen einer ausländischen Bank anvertrauen, deren Herz sich in der Wallstreet befindet. Es ist notwendig, die Banken zu verstaatlichen damit die Ersparnisse in den Dienst der Gemeinschaft gestellt werden.
- Unser Land kann nicht weiterhin Opfer des systematischen Raubes der Spekulanten sein... die unsere Spar- und Investitionskapazität immer mehr belasten. Der Staat muß eine eiserne Kontrolle über den Geld-

wechsel ausüben, den Devisenhandel und die Festlegung der Preise der ausländischen Währungen monopolisieren.

- Unser Land kann nicht weiterhin die Konzentration des Landes in den Händen von Wenigen und Ausländern fördern. Eine Agrarreform ist notwendig um den Großgrundbesitz und seine Folge, den Kleinstbesitz, auszurotten. (...)
  - Unser Land kann nicht weiterhin von einigen begrenzten internationalen Märkten abhängen – die vom Imperialismus und seinen Verbündeten kontrolliert werden –, um Produkte abzusetzen. Um den Interessen der transnationalen Konzerne entgegenzutreten, ist es notwendig, den Außenhandel zu nationalisieren und Handelsbeziehungen mit allen Ländern der Welt, in Übereinstimmung mit unserem nationalen Interesse, zu knüpfen. (...)
- (Quelle: Combate, Spanga, Nr. 118-119, März-April 1985, S.53)

niveau unerträglich tief gesunken ist. Der Wert des heutigen Lohns liegt mehr als 50% unter dem des Jahres 1970. Und eine steigende Inflation (1984:66%; die Voraussagen für 1985 schwanken zwischen 100 und 150%) frißt die Kaufkraft weiter auf.

Soll also im Rahmen der abhängig kapitalistischen Wirtschaftsordnung Uruguays der interne Konsum angekurbelt werden, müßten Lohnerhöhungen über einen Inflationsausgleich hinausgehen. Und es müßten Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber das wird wiederum wohl nicht ohne private und öffentliche Investitionen möglich sein.

Die finanzielle Haushaltslücke hat sich jedoch im vergangenen Jahr weiter vergrößert: Das Defizit betrug 9,2%. Ob die Regierung Sanguinetti über die geplante tiefgreifende Steuerreform — eine stärkere direkte Besteuerung über die Einkommenssteuer — die Lücken stopfen kann, muß abgewartet werden. Wie tiefgreifend und zu wessen Lasten ist ebenfalls eine offene Frage.

Auf jeden Fall ist das Haushaltsdefizit größer, als vom IMF ursprünglich genehmigt (2,5%). Der Währungsfonds ist aber dafür bekannt, daß er auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt pocht und für „exzessive“ Lohnerhöhungen wenig übrig hat. Er empfiehlt im allgemeinen scharfe Einschnitte bei den Sozialausgaben des Staates.

Damit würde sich die sog. „Schweiz Südamerikas“ aber noch weiter von ihrem einstigen Wohlfahrtsstaatsimage entfernen und die Menschen in noch größere Not treiben. Tatenlos und mit zusammengebissenen Zähnen werden Gewerkschaften und Linksparteien eine weitere Verelendung wohl kaum hinnehmen. Die angestrebte Erholung der internen Nachfrage kann jedenfalls nicht mit IMF-Rezepten erreicht werden.

Andererseits kommt Uruguay um Verhandlungen mit dem Währungsfonds nicht herum. Denn ohne das grüne Licht des IMF, d.h. ohne das Einverständnis des Fonds mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik Montevideos, wird Uruguay kaum neue, dringend erforderliche Kredite erhalten.

Eventuelle Auflagen des IMF geben den

Der neue Präsident J. Sanguinetti



Zerbinos in der Regierung Sanguinetti schließlich die Möglichkeit, sich hinter diesen Auflagen zu verstecken und harte antisoziale Maßnahmen mit dem Verweis auf den IMF zu rechtfertigen.

Uruguay ist eines der wenigen Länder in Lateinamerika, dessen Wachstumsrate weiterhin negativ ist. Allen voran liegt die Bauwirtschaft darnieder (1984 : - 16,5%). Wegen des Rückgangs der wichtigen Fleischausfuhren hat auch die Landwirtschaft einen weiteren Rückschlag erlitten (1984 : - 4,6%). 1984 zeigten auch Fischerei und Handel rückläufige Tendenzen.

Die wirtschaftliche Situation hat sich, seitdem Sanguinetti im März 1985 die Regierung übernommen hat, nicht ver-

bessert, was auch wohl in der kurzen Regierungszeit nicht zu erwarten war. Aber es kommen aus Oppositionskreisen bereits ungeduldige Feststellungen: Wir haben eher eine Verwaltung als eine Regierung.

Die Aussichten auf eine Erholung der Wirtschaft Uruguays sind allerdings nicht rosig. Die „Concertación“ auf wirtschaftlichem Gebiet ist ein Balanceakt zwischen IMF-Auflagen, protektionistischem Weltmarkt, wirtschaftlichen Prioritäten der konservativen Regierung Sanguinetti und unaufschiebbaren gerechten Lohn- und Sozialforderungen der Bevölkerung. Einige Konflikte zwischen den Parteien der „Concertación“ sind vorprogrammiert.

## Bundesweite Aktionswoche vom 14. - 21. Oktober 1985

# GEGEN DIE MACHT DER KAFFEEKONZERNE

## Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen.

**KAFFEE ist ein aufregendes Getränk:** sei es beim ausgedehnten Kaffeeklatsch, beim Frühstücksschmaus, als stündlicher Muntermacher im Büro oder als schneller Kaffee zwischendurch bei Tchibo - fast jeder Bundesbürger »krönt seine schönsten Stunden« (Jacobs) täglich mit einer Tasse Kaffee und entrückt so dem tristen Alltag auf seine »Insel der Frische« (Tchibo).

**KAFFEE läßt aber auch anderen den Puls höher schlagen:** den Börsenspekulanten und Kaffeekonzernen, die am weltweiten jährlichen Kaffeumsatz verdienen. Dabei wird nicht nur den Beschäftigten der Konzerne und den Konsumenten kräftig in die Tasche gelangt:

- Plantagenarbeiter in El Salvador oder Brasilien schufteten sich buchstäblich zu Tode. Drei Monate Arbeit in der Ernte, und der Lohn reicht nicht zum Überleben der Familie.
- Rothfos (weltgrößter Rohkaffeehändler), Tchibo, Jacobs und wie sie alle heißen, schicken ihre Händler aus. Vom Bremer oder Hamburger Hafen transportieren sie den Rohkaffee nach Berlin, um ihn dort zu rösten. Das ist unsinnig, aber bringt wegen der Berlinförderung noch mehr Geld. Und für Geld gehen die Kaffeekonzerne über Leichen:
- Campesinos und Plantagenarbeiter wehren sich immer mehr gegen ihre Lage. Mit Terror und Gewalt versuchen die herrschenden Klassen in den Anbauländern jeden Widerstand zu brechen. 100 000 Menschen des eigenen Volkes haben allein die Diktaturen El Salvadors und Guatemalas in den letzten Jahren umgebracht. Dafür dürfen sie mitverdienen am langen Weg des Kaffees auf unseren Frühstückstisch. Schließlich wollen sich die Konzerne die Finger nicht selbst schmutzig machen.
- Die sandinistische Befreiungsfront in Nicaragua jagte am 10. Juli 1979 den Diktator Somoza weg. Seitdem versucht das Land einen eigenen Weg zu gehen: Die dortige Regierung stellt sich nicht mehr in den Dienst der ausländischen Multis und auch nicht der einheimischen Großgrundbesitzer. Offener Krieg und ein aggressives Handelsembargo sind die Antwort.

**KAFFEE sollte deshalb wachmachen und anregen,** über diese Verhältnisse nachzudenken und Konsequenzen zu ziehen. Da wir entsprechende Werbung von den Konzernen nicht verlangen können (etwa: Jacobs - die Krönung der Ausbeutung!) heißt unsere Antwort:

### Kauft keinen Kaffee der Konzerne!

Unser Widerstand muß darüber hinausgehen, das Unrecht nur anzuklagen. Erschweren wir deshalb den Kaffeekonzernen das Geschäft mit der Ausbeutung der Dritten Welt! Laßt uns alle Phantasie anstrengen, damit die Konzernetagen und ihre public-relations-Abteilungen unruhige Tage haben!

**Koordinationsstelle:** Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 1013 20, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/76 05 27

**Koordinationsstelle Nord:** Dritte-Welt-Haus, Buchstraße 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/32 60 46

**Spendenkonten:** Informationsstelle Guatemala e.V., Postgiroamt München Kto.-Nr. 2081 59 - 802  
Stichwort: URNG-Volksorganisation

Informationsbüro Nicaragua e.V.  
Stadtsparkasse Wuppertal (BLZ 330 500 00)  
Kto.-Nr. 96 36 11 (Alle eingehenden Gelder gehen zur Hälfte an die FDR/FMLN und die FSLN.)



Entwicklungshilfeminister Warnke in Sri Lanka

## Rainer Falk Dritte-Welt-Kongreß in Hof Die CSU bilanziert die „Wende“

Die jüngste Kontroverse zwischen Franz-Josef Strauß (CSU) und Hans-Dietrich Genscher (FDP) um die „außenpolitische Kontinuität“ der Bundesrepublik hat erneut deutlich gemacht, daß die rechten Kräfte innerhalb der Regierungskoalition mit den bisherigen Resultaten der vielbeschworenen „Wende“ keineswegs zufrieden sind.

Ein „Dritte-Welt-Kongreß“ der CSU-eigenen Hanns-Seidel-Stiftung am 15. Juni 1985 in Hof gab jetzt Aufschluß darüber, wohin die Reise nach den Vorstellungen dieser Kräfte weiter gehen soll.

### Weg von der „Tributpflicht“

Daß sich die CSU dem Thema „Dritte Welt und Entwicklungspolitik“ mit einem eigenen Kongreß annahm, kommt nicht von ungefähr.

Mit der Besetzung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) durch Jürgen Warnke hatte die CSU im Zuge des Regierungswechsels im Herbst 1982 ein Ressort „erobert“, das als Standbein und Instrument einer eigenen Außenpolitik bestens geeignet erschien. Jetzt konnte Bilanz gezogen werden.

Und Franz-Josef Strauß, der Hauptredner des Hofer Kongresses, sparte nicht mit Lob für die dort geleistete Wende-Arbeit, seit „einer der unsrigen“ die Verantwortung für die Bonner Entwicklungspolitik trage. Stets halte Warnke enge Verbindung zwischen seinem Ressort und seinem politischen Ausgangspunkt in Bayern.

„Gewendet“ im Strauß'schen Sinne wurde in der Tat einiges: Stopp der „Ent-

wicklungszusammenarbeit“ mit Nicaragua, Wiederaufnahme der Hilfe für das Völkermordregime in El Salvador nebst der neuerlichen Entsendung eines Bonner Botschafters; Anbahnung entwicklungspolitischer Projekte in Namibia noch vor der Unabhängigkeit und entgegen den erklärten Forderungen der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO); Einführung der offenen Lieferbindung für Entwicklungshilfekredite und -zuwendungen zum Zwecke der Förderung bundesdeutscher Konzernexporte; Verschärfung der Kreditbedingungen durch eine beträchtliche Ausweitung der sog. Mischfinanzierung, d.h. der Kombination staatlicher Kredite mit privaten Kapitalmarktmitteln; Einführung eines „Politik-Dialogs“, d.h. die Verbindung von Verhandlungen über Entwicklungshilfe mit dem Gespräch über die „wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen“ in den Entwicklungsländern im Sinne der Forderung nach „marktwirtschaftlichen Elementen“ und „pluralistischen Strukturen“.

Für derartige Maßnahmen hält die neue Führung des BMZ eine Reihe von griffigen und eingängigen Formeln bereit: „Die Bundesregierung“, so konstatierte Warnke in Hof, „leistet Entwicklungshilfe aus moralischer Verantwortung wie aus politischer und wirtschaftlicher Weitsicht, nicht aber als Tributpflicht. Entwicklungspolitik ist keine Politik des schlechten Gewissens. Wir treiben Zusammenarbeit mit der Dritten Welt auf partnerschaftlicher Grundlage: Partnerschaft heißt gegenseitige Respektierung der Souveränität und Interessenausgleich.“

Seit der „Wende“, so ein weiteres Stereotyp der Warnke-Rede, habe die Bundesregierung die Entwicklungshilfe „entkrampft“ und „entideologisiert“.

Hinter derartigen Floskeln verbirgt sich freilich eine handfeste Interessenpolitik.



Autobus der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in Zaire

Seit den 60er Jahren sind die mit der Entwicklungspolitik verknüpften außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik nicht mehr so offen, ungeschminkt und unbefangen artikuliert worden wie heute.

Die Ablehnung einer „Tributpflicht“ bedeutet ja nichts anderes als die Aufkündigung jener völkerrechtlichen Verpflichtung zur Wiedergutmachung der den Entwicklungsländern durch Kolonialismus und Neokolonialismus zugefügten wirtschaftlichen und sozialen Schäden, für die die Entwicklungshilfe ohnehin nur einen höchst bescheidenen Ersatz darstellen konnte.

Einer, der dies in Hof mit aller Offenheit aussprach, war der Ostafrika-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Günter Krabbe. Von den Veranstaltern wurde er zwar als „Provokateur“, der die Diskussion anregen sollte, vorgestellt, aber die Sympathie, die ihm entgegenschlug, war dennoch deutlich spürbar. Krabbe: „Wiedergutmachung haben wir nicht zu leisten.“ Denn: „Afrika hat vom Kolonialismus genauso profitiert wie die Kolonialmächte.“

### Privatinvestoren stärker fördern!

Einer der größten Irrtümer der westlichen Dritte-Welt-Politik nach dem 2. Weltkrieg liege darin, daß diese sich die Verpflichtung zu staatlicher Entwicklungshilfe habe aufdrängen lassen. Denn diese Hilfe von Staat zu Staat, von Regierung zu Regierung sei eine Hauptstütze jener „staatswirtschaftlichen Systeme“ und „Funktionärsstaaten“ in der Dritten Welt, an deren „Fütterung“ die westliche Welt kein Interesse haben könne.

Dagegen: „Wir müssen unsere liberale Wirtschaftsordnung exportieren.“ Und: „Warum sollten wir den Unternehmern hier nicht Gelegenheit geben, an der Entwicklungshilfe zu verdienen?“

Nun profitierte das Privatkapital auch bislang kräftig an der staatlichen Entwicklungshilfe. Diese ist ja in vielen Fällen nichts anderes als die Übernahme von Investitionskosten, die ansonsten die Konzerne selber tragen müßten. Aber die Konservativen wollen hier offenkundig eine noch direktere Unterordnung. So forderte F.J. Strauß (siehe auch Kasten), „künftig einen weitaus größeren Anteil der öffentlichen Mittel als bisher zur Förderung privater Investitionen in Entwicklungsländern bereitzustellen“. Und: „Hinzu kommt aber auch, daß endlich unsere Außenvertretungen erkennen, daß es auch ihre Pflicht ist, deutsche Unternehmen nach Kräften zu unterstützen und zu fördern.“ Es müsse endlich erkannt werden, daß der Auswärtige

## Hofer Rede von Franz-Josef Strauß Lebenslügen der Entwicklungspolitik

(...) Auf der Anklagebank sitzt eine Entwicklungspolitik, die trotz des Einsatzes ungeheurer Mittel, trotz des Aufbaus voluminöser weltumspannender und nationaler Bürokratien, trotz immer neuer Analysen, Programme, Pläne und Berichte, trotz einer Unzahl von Kommissionen und Konferenzen in Jahrzehnten nicht in der Lage war, auch nur ansatzweise die beiden Aufgaben zu erfüllen, die ihr gestellt waren:

1. Die Überwindung aktueller Notsituationen und die Sicherung der elementarsten Lebensbedürfnisse in den Entwicklungsländern – also unmittelbarer Nothilfe.
2. Der Aufbau leistungsfähiger Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme in den Entwicklungsländern unter möglicher Schonung ihrer geschichtlichen und kulturellen Überlieferung und Identität als Voraussetzung der Integration der Entwicklungsländer in eine weltweite substitutive arbeitsteilige Wirtschaftsordnung – also nicht nur Entwicklungshilfe als echte Hilfe zur Selbsthilfe!

Unser Ziel ist die Schaffung einer wahrhaft stabilen und gerechten freien Weltwirtschaftsordnung und einer dauerhaften Friedensordnung. (...)

Diese Partnerschaft fordert zunächst einmal Anerkennung der lebenswichtigen Interessen beider Seiten. Das heißt, auch die Entwicklungsländer müssen anerkennen, daß Entwicklungshilfe nicht im Widerspruch zu den essentiellen wirtschaftlichen und politischen Interessen der Industrieländer stehen kann und darf.

Es ist deshalb schlechthin eine der entwicklungspolitischen Lebenslügen, mit denen aufgeräumt werden muß, daß die Industrieländer ohne gesicherte Versorgung mit Rohstoffen zu bezahlbaren Preisen eine leistungsfähige Wirtschaft aufrechterhalten könnten.

Ohne eine leistungsfähige, international wettbewerbsfähige Wirtschaft kann auch keine Entwicklungshilfe geleistet werden.

Dabei ist übrigens festzustellen, daß ein Großteil der erforderlichen Rohstoffe gar nicht einmal aus den armen oder gar ärmsten Entwicklungsländern kommt, sondern aus den sog. Schwellenländern oder aus Ländern wie dem vielgeschmähten Südafrika, das längst auch diesen Entwicklungsstand hinter sich gelassen hat. (...)

### Nein zur Umverteilung

In diesem Zusammenhang kann gleich eine zweite entwicklungspolitische Lebenslüge widerlegt werden:

Der angebliche Reichtum der Industriestaaten sei die wesentliche Ursache für die wirtschaftliche Schwäche und Armut der Dritten Welt. Unser Wirtschaftswachstum vollziehe sich zu Lasten und auf Kosten der Entwicklungsländer. Deshalb müsse die bestehende angeblich so ungerechte „kapitalistische“ Weltwirtschaft durch eine neue vorgeblich gerechtere Weltwirtschaftsordnung mit einem dirigistischen weltweiten Rohstoffmarkt abgelöst werden.

Zunächst einmal muß auf die wirtschaftspolitische Binsenweisheit hingewiesen werden, daß Wohlstand in erster Linie durch Arbeit



und Leistung und nicht durch ständige Umverteilung begründet wird. Das gilt im nationalen Rahmen, das gilt im Weltmaßstab. (...) Heute muß festgestellt werden, daß vor allem die falschen Vorstellungen von den wirklichen Gründen und Ursachen des Wohlstandes und die sozialistischen Heilslehren von der Notwendigkeit einer ständigen Umverteilung den Aufbau leistungsfähiger Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme in vielen Entwicklungsländern lähmen.

Jeder, der noch heute das falsche und verlogene Lied von der angeblichen Alleinschuld der Industrieländer singt und vielleicht sogar glaubt, an die Stelle der früheren Ausbeutung durch die Kolonialmächte müsse jetzt gewissermaßen als Wiedergutmachung einer geschichtlichen Schuld die finanzielle Ausbeutung der westlichen Industrieländer treten – und zwar auf unabsehbare Zeit – lügt sich in die eigene Tasche und betrügt die Menschen in den Entwicklungsländern.

Partnerschaftlich miteinander umgehen, das heißt vor allem auch offen über Schuld und Versagen sprechen, ohne Beschönigungsversuche nach den Ursachen von Not, Armut und Rückständigkeit fragen und die Ausflucht nicht in falschen Schuldzuweisungen suchen. Auch mit dieser Lebenslüge muß aufgeräumt werden!

Es verbieten sich auch alle einlinigen, monokausalen Erklärungen. Natürliche Ursachen, vor allem die immer wiederkehrenden Dürrekatastrophen, die unüberschbare und nicht abzuleugnende Erblast der Kolonialzeit, eigenes politisches und moralisches Versagen – ich nenne hier nur das Stichwort Korruption –, falsche wirtschaftliche Strategien, unzureichende Qualifikation der Führungskader und nicht zuletzt das Übergreifen des Ost/West-Konflikts auf die Entwicklungsländer als Folge der weltimperialen Herrschaftsziele Moskaus.

All diese Faktoren müssen zusammen gesehen und gewertet werden. (...)

Jetzt ist es an der Zeit, daß auch bei uns selbst in der öffentlichen Entwicklungshilfe die nötigen Konsequenzen gezogen werden: Angesichts der Leistungen, der Erfolge und vor allem auch der Erfahrungen der vor Ort arbeitenden privaten Unternehmen, die übr-

gens im Gegensatz zur öffentlichen Hand immer selbst die Verantwortung für Erfolg und Mißerfolg ihrer Investitionsentscheidungen zu tragen haben, liegt es nahe, künftig einen weitaus größeren Anteil der öffentlichen Mittel als bisher zur Förderung privater Investitionen in Entwicklungsländern bereitzustellen – zur Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, für Markt- und Projektstudien, als Einarbeitungszuschüsse für neues Projektpersonal, als Eigenkapitalhilfe und als steuerliche Begleitmaßnahmen.

Hinzu kommt aber auch, daß endlich unsere Außenvertretungen erkennen, daß es auch ihre Pflicht ist, deutsche Unternehmen nach Kräften zu unterstützen und zu fördern – und zwar im Interesse der Entwicklungsländer wie im legitimen Interesse unserer eigenen Wirtschaft.

Auf nationaler Ebene haben bisher noch nirgendwo dirigistische, protektionistische oder kollektivistische Wirtschaftsmodelle mit zentraler Planung und Verwaltung und bürokratischer Verteilung Not und Armut beseitigt. Diese Modelle haben bislang nur eine endlos anwachsende Flut der Bürokratie, der Bevormundung und Gleichmacherie der materiellen Verarmung bei gleichzeitiger Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der Verwendung der natürlichen Ressourcen und schließlich der Gleichschaltung und Verödung der menschlichen Beziehungen zur Folge gehabt.

Das Wort des großen alten Vorkämpfers einer freiheitlichen Ordnung, des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften, Friedrich August von Hayek: „Eine kollektivistische Wirtschaftsplanung führt unweigerlich zur Tyrannei“! gilt auch weltweit.

### Freie Weltwirtschaft vonnöten!

In einer freien Weltwirtschaftsordnung mit ungehindertem Kapitalverkehr und freiem Welthandel und Protektionismus und Importquoten, ohne administrative und bürokratische Hürden, ohne Verstaatlichung, ohne Enteignung oder Sozialisierung liegt daher die Zukunft auch der Dritten Welt! Und zwar weltweit wie im nationalen Rahmen!

Also: Schluß mit den illusionären Hoffnungen auf eine neue dirigistische Weltwirtschaftsordnung! (...)

Sichere Grundlagen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, die nicht als Neokolonialismus diffamiert werden darf! Die Entwicklungsländer brauchen nicht aus den angeblichen Fesseln eines westlichen Neokolonialismus befreit zu werden, sie müssen aus den Fesseln vielfacher Not befreit werden. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sie mit der Entwicklung unserer technisch-naturwissenschaftlich geprägten Zivilisation Schritt halten können.

Die Entwicklungsländer brauchen dabei unsere wirtschaftliche, unsere technische, unsere finanzielle Hilfe. Sie brauchen unsere Hilfe bei der Heranbildung einer geistigen, industriell wissenschaftlich technischen Führungsschicht und einer Schicht des mittleren Managements der Handwerker, der Techniker und Facharbeiter.

Sie brauchen jedoch auch unsere politische Hilfe bei der Abwehr des sowjetischen Imperialismus, der durch den Export von revolutionärer Ideologie und von Waffen sowie durch den aktiven Einsatz seiner Satellitentruppen den friedlichen Aufbau und die Schaffung stabiler politischer und sozialer Verhältnisse zu verhindern sucht.

Dienst ein Dienst ist, auch zur Förderung „unserer wirtschaftlichen Interessen“. Derartige Seitenhiebe gegen die Politik des Auswärtigen Amts unter Genscher teilte Strauß auch in Sachen Namibia aus, wobei deutlich wurde, daß er nach wie vor auf die Politik des südafrikanischen Rassenregimes in der Region setzt.

Die Republik Südafrika, so Strauß, müsse nun Bewegungsspielraum bekommen, um die Interimsregierung in Windhoek (siehe AIB 7/1985, S. 30ff.) mit wirklichen Vollmachten auszustatten. Das müsse man allmählich auch im Auswärtigen Amt einsehen, anstatt der Machtergreifung durch eine „blutrünstige Revolutionsregierung“ unter Führung der „SWAPO-Terroristen“ Vorschub zu leisten.

### „Sowjetische Herausforderungen“...

Strauß hatte schon bei früheren Anlässen deutlich gemacht, daß Dritte-Welt-Politik für ihn vor allem und in erster Linie als Antwort auf die sowjetische „Herausforderung“ verstanden wird.

In diesem Sinne formulierte er auch in Hof: „Wir stehen als Angehörige der freien Welt in der Pflicht, den Menschen in den Entwicklungsländern das Schicksal zu ersparen, nach der Entlassung aus dem alten Kolonialismus die Zwangsherrschaft kommunistischer totalitärer Diktaturen erleiden zu müssen. In diesem Sinne ist unsere Dritte-Welt-Politik Teil unserer westlichen Strategie der Freiheitssicherung und der Friedensbewahrung.“ Deshalb solle man sich auch davor hüten, „die Meßlatte demokratischer Idealvorstellungen an die Verhältnisse in den Entwicklungsländern zu legen“.

Entscheidend sei es, den „inneren Frieden, Rechtssicherheit und die richtigen Rahmenbedingungen für eine erfolgversprechende marktwirtschaftliche Entwicklung“ zu schaffen. Freiheit für das Kapital und politische Friedhofsruhe gehören eben zusammen, wie man aus Straußens Lieblingsland in Schwarzafrika, Togo, und aus dem von ihm noch höher gelobten Südafrika weiß.

Wohin also wollen die Konservativen mit der Entwicklungshilfe? Abschaffen können sie sie nicht. Aber sie können sie gezielter als bisher einsetzen: als Abwehrinstrument gegen „sowjetische Herausforderungen“, d.h. gegen sozialrevolutionäre Befreiungsbewegungen in den Entwicklungsländern, als Finanzierungsinstrument der bundesdeutschen Kapital- und Warenexportausweitung im Konkurrenzkampf mit den anderen Westmächten, als Instrument zur Heranzüchtung einer verlässlichen politischen Klientel in den Zielländern.

Eine Verpflichtung zu echter Hilfe lehnen sie ab, die Bereitschaft zu kurzfristigen Caritasaktionen zur Beruhigung des „christlichen“ Gewissens einmal ausgenommen. Wie die Tagung in Hof gezeigt hat, macht sich auch hierzulande eine Stimmung breit, die Verantwortung für die Lösung der dramatischen Entwicklungsprobleme der Dritten Welt nach dem Motto „Jeder ist seines Glückes eigener Schmied!“ auf die von der kapitalistischen Krise am meisten Betroffenen abzuladen.

### ...energisch abwehren

Wenn man wie Warnke allen Ernstes davon ausgeht, daß Länder, in denen Hunger und Mangelernährung eine Massenerscheinung mit oftmals tödlichen Folgen sind, in der Vergangenheit „über ihre Verhältnisse gelebt“ haben, dann ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der zynischen These, wie sie in den USA von der berüchtigten Heritage-Foundation offen propagiert wird: Wer in der Welt des freien Unternehmertums nicht fähig ist, sein eigenes Überleben zu organisieren, ist eines Lebensrechts nicht wert!

Kein Wunder deshalb, wenn es im jüngsten Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung heißt, diese „lehnt die Unterstützung eines 'Rechts auf Entwicklung' als ein 'Recht der Völker und Staaten', wie es noch jüngst auf der 30. Generalversammlung der Vereinten Nationen von der Dritten Welt erneut gefordert worden ist, ab. Für die westlichen Industrieländer ist das Individuum Träger und Schutzobjekt der Menschenrechte und nicht ein wie auch immer definiertes Kollektiv“.

Da es hier mithin um konkrete Politik geht, wäre nichts verhängnisvoller, als die konservativen Angriffe gegen die Entwicklungspolitik als ideologische Hirngespinnste von Ewiggestrigen abzutun. Sie sind Teil eines umfassenden Angriffs auf die erkämpften Errungenschaften ganzer Völker.



**Adressenänderungen  
bitte rechtzeitig  
bekanntgeben!**

# Gespräch mit dem chilenischen Maler Pato Madeira Phantasien an Häuserwände, Mauern

Für mich ist Patricio Madera einer der ganz großen Künstler unserer Epoche, ein revolutionärer Maler von internationalem Rang. Zusammen mit seiner Kunstbrigade schuf er wesentlich die öffentliche Bildsprache der Unidad Popular (Linksbündnis, das 1970-73 die Regierung Allende trug; d. Red.). Er nahm in seine Wandbilder vielfältige Anregungen der sozialistischen Weltkunst auf, Majakowskis Rosta-Fenster, die monumentale Wandmalerei der Mexikaner, Picassos expressive Symbolsprache, und schuf aus all dem etwas revolutionär-Neues. Seine Wandagitation seinerseits machte Schule im portugiesischen April (Sturz des faschistischen Regimes 1974; d. Red.) wie in der bildkünstlerischen Propagandaarbeit der nikaraguanischen Sandinistas.

Pato Madera, 1949 in Santiago geboren, begann 1968 Losungen und Plakate für die Unidad Popular zu malen. Während der Regierung Allende erhielt er zahlreiche öffentliche Aufträge. Nach dem Putsch vom 11. September 1973 wurden viele seiner Wandbilder zerstört, er mußte das Land verlassen. 6 Jahre lebte und arbeitete er im Exil. 1979 kehrte er nach Chile zurück und gründete in Santiago eine Kunstwerkstatt, in der er nicht nur Bilder malte, sondern in der auch Theater gespielt und politische Lieder gesungen wurden. Am 8. August 1984 überfielen 15 schwerbewaffnete Polizisten das Atelier, zerstörten die allermeisten Bilder, Plakate und Bühnendekorationen und verhafteten Madera. Er wurde zunächst in den Norden Chiles verbannt und mußte im Januar 1985 zum zweiten Mal seine Heimat verlassen. Seitdem lebt er in Stockholm im Exil, jederzeit bereit, erneut nach Santiago heimzukehren.

Peter Schütt sprach für das AIB mit Pato Madera nach einem Werkstattgespräch in Hamburg, zu dem ihn das Chile-Solidaritätskomitee und die Kulturvereinigung Lonquén eingeladen hatten.

**AIB:** Erzählen Sie doch mal, wie es eigentlich mit Eurer Wandmalerei angefangen hat! Wie sind Sie dazu gekommen?

**P. MADERA:** Eigentlich wollte ich Marionettenspieler werden, und ich hatte tatsächlich begonnen, die Puppen tanzen zu lassen.

Doch dann kam das Jahr 1968, und das war auch in Chile ein Jahr des Aufschwungs, der neuen Parolen und der kühnen Ideen. Wir schrieben unsere Phantasien an die Mauern und Häuserwände.

## Brigada Ramona Parra

In diesem Jahr begann der Wahlkampf für die Unidad Popular. Wir taten uns zusammen, ein Haufen von revolutionären Studenten und jungen Arbeitern, und wir bildeten die allererste Agitationsbrigade, die Brigada Ramona Parra (chilenische Sängerin; d. Red.).

Unser Beispiel machte Schule, und zumindest optisch beherrschten unsere Graffiti die Straßen. Wir gingen schnell dazu über, anstelle der Parolen komplette Bilder zu malen, vor allem in den

Vororten, weil wir auch diejenigen erreichen wollten, die nicht lesen und schreiben konnten.

**AIB:** Mit Erfolg?

**P. MADERA:** Mit einigem Erfolg. Allende selbst sagte uns, daß der Wahlsieg der Linken (im Jahr 1969; d. Red.) nicht zuletzt unserer Bildagitation zu verdanken war.

In seiner Regierungszeit bekam ich, bekamen unsere Malerbrigaden dann viele Aufträge, um Straßen und Plätze zu gestalten. Wir unterstanden dem Erziehungsministerium, und wir wollten mit unseren Bildern einen konkreten Beitrag zur Alphabetisierung leisten.

Später hat Ernesto Cardenal (Priester, Dichter und Kulturminister der sandinistischen Regierung; d. Red.) in Nicaragua an unsere chilenischen Erfahrungen angeknüpft.

**AIB:** Sie haben nie Kunst studiert?

**P. MADERA:** Jedenfalls nicht an einer Akademie. Ich hab ganz spontan begonnen, aber später habe ich mich doch sehr gründlich mit den eignen Kulturtraditionen wie mit der Geschichte der revolutionären Kunst beschäftigt.

Ich hab die Mexikaner studiert, Diego

Rivera, aber natürlich auch Picasso und die Kunst der Oktoberrevolution. Das Exil hat mir die Gelegenheit gegeben, mich mit der internationalen Kunstszene auseinanderzusetzen.

**AIB:** Aber Sie sind dabei Chilene geblieben?

**P. MADERA:** Ja, ich spreche natürlich die Kunstsprache meines Landes, spreche sie als Patriot und als Internationalist.

Ich lebe aus der reichen Folklore Chiles, aus dem indianischen Erbe und den revolutionären Traditionen meiner Heimat.



**AIB:** Und woher kommen die Farben?

**P. MADERA:** Ich komme aus einem Land mit hellen Farben und klaren Konturen, mit einer leuchtenden Sonne und mit tiefdunklen Augen. Die Farben sind für mich ein Ausdruck der Vitalität, der Widerstandskraft und der Leidenschaft. Mein Farbspektrum hat, denke ich, zwei Ursprünge. Zum einen sind es die warmen Erd- und Tonfarben der indianischen Kultur, zum anderen ist es die Symbolsprache der christlichen Kirche.

**AIB:** Und warum haben die Frauen so oft grüne Haare? Das erinnert mich an Isabel Allende.

**P. MADERA:** Das ist bei mir, anders als bei Isabel Allende, tief symbolisch gemeint. Grün ist für mich die Farbe der Hoffnung und des Lebens, und sie kommt darum den Frauen in besonderem Maße zu.

Die Frauen spielen ja auch, aller fort-dauernden Unterdrückung zum Trotz, im Widerstand eine besondere Rolle. Die Proteste der Frauen, die auf das Schicksal ihrer verschwundenen Männer, Söhne und Väter aufmerksam machen wollten, haben erst das Signal zum massenhaften Widerstand gegeben.

**AIB:** Und warum sind die Berge grün gemalt?

**P. MADERA:** Über die Kordillern kamen die Guerilleros, die uns von den spanischen Kolonialherren befreit haben.

Sie waren in der Vergangenheit wie in der Gegenwart die Orte, in die die Freiheitskämpfer in der Stunde der Not geflohen sind. Auch Neruda (prominentester chilenischer Dichter, siehe AIB 2/1985, S. 37ff.; d. Red.) hat dort mehrmals Schutz suchen müssen.

Und zuguterletzt geht bei uns die Sonne über der Kordillere auf.

### Gitarre, Gesicht, Pferd, Taube...

**AIB:** Auch Ihre Symbole sind demnach leicht zu entschlüsseln?

**P. MADERA:** Zumindest, hoffe ich, für meine Landsleute, auch dann, wenn sie nicht lesen und schreiben können.

Das Pferd symbolisiert für mich Kraft und Lebenswillen, die Gitarre immer Kampf und Widerstand. Wer denkt bei einer Gitarre nicht an Victor Jara?

Aber der wichtigste Bedeutungsträger ist für mich immer die Gestalt der Menschen, sein Gesicht, seiner Körper. Was ich sagen will, das drücke ich durch Hände, Füße, Augen, Tränen und Münder aus.

Das menschliche Leid tragen bei mir vorzugsweise die Frauen. Aber sie versinnbildlichen auch den Sieg des Menschli-

chen über das Unmenschliche.

**AIB:** Und immer wieder erscheint bei Ihnen die Friedenstaube...

**P. MADERA:** Ja, weniger als der Heilige Geist, sondern als Symbol des Widerstandes gegen die Militärherrschaft von Pinochet.

Das versteht in Chile jeder. Angesichts des täglichen Terrors weiß jeder, was mit der Taube gemeint ist.

**AIB:** Aber Ihre Wandbilder beschränken sich nicht auf symbolische Darstellungen?

**P. MADERA:** Ganz gewiß nicht. Ich verstehe mich als realistischer Maler.

In einem Bild, das ich im letzten Jahr im Arbeiterviertel La Victoria gemalt habe, stelle ich sehr konkret aktuelle Probleme des Alltags dar, Prostitution, Alkoholismus und Drogensucht. In anderen Wandbildern habe ich mich bemüht, aller Zensur zum Trotz die Gesichter von Victor Jara (beim Putsch 1973 ermordeter Volkssänger und Komponist; d. Red.) und Pablo Neruda herauszuheben, damit das Volk sie nicht vergißt und in ihnen sich selbst wiedererkennt.

### ...als Symbole des Widerstands

**AIB:** Und es ist möglich, im Chile Pinochets wie zur Zeit Allendes solche Bilder in aller Öffentlichkeit zu malen?

**P. MADERA:** Es war eine Zeitlang möglich.

Für mich konkret bis zur Zerschlagung unserer Werkstatt im August 1984 und bis zu meiner Verbannung in die Wüste im Norden Chiles. Es war immer schwierig, ich bin einige Male auch vorher schon verhaftet worden, und die Polizei hat Arbeiten von mir wieder übermalt.

Bei unserer letzten Malaktion in La Vic-

toria wurde ich von einem Dutzend Polizisten umstellt. Was malst Du da? fragte mich der Anführer. Probleme aus dieser Poblacion, sagte ich. Also keine Parolen. Nein, sagte ich, nur Kunst. Kunst, meinte er, ist gut, und verschwand.

Eine halbe Stunde später kamen sie wie-

der mit doppelt so vielen. Aber inzwischen hatten wir die Leute aus dem Viertel mobilisiert, und weil ein paar hundert Leute sich schützend vor unsere Mauer stellten, wagten sie nicht einzugreifen. Meine Wandbilder gehören dem Volk, und darum ist es auch die Sache der Bewohner, sie vor der Vernichtung zu schützen. Selbst die Straßensjungen passen auf, daß ihrem Bild nichts passiert.

**AIB:** Und wo konnten Sie sonst noch malen?

**P. MADERA:** Ich habe mehrere Gemeinschaftsküchen ausgemalt, die in den Armenvierteln durch Selbsthilfe entstanden sind.

In einem großen Theater hab ich ein zwölf mal sechs Meter großes Pablo-Neruda-Porträt gestaltet. Und ich war so verwegen, an einer Häuserwand die Ermordung eines bekannten französischen Paters durch die Militärs darzustellen.

**AIB:** Ich schließe daraus, daß die demokratische und antifaschistische Kultur in Chile aller Repression zum Trotz doch einen bemerkenswerten Aktionsraum besitzt.

**P. MADERA:** Das ist ohne Frage wahr. Der kulturelle Einfluß der demokratischen und antifaschistischen Kräfte ist meines Erachtens jetzt sogar stärker als zur Allendezeit.

Die Junta hat kulturell nichts zu bieten, höchstens Importe aus den USA. Die nationale Kultur wird vom Widerstand getragen.

**AIB:** Und ist damit Teil des Kampfes?

**P. MADERA:** In den Händen des Volkes ist sie eine starke Waffe.

Ich weiß nicht genau, ob die Anekdote stimmt, aber sie trifft die Sache. Als Soldaten das Haus des todkranken Neruda stürmten, fragte ein Uniformierter den Dichter: Sind hier Waffen versteckt? Und Neruda antwortet: Sie sind nicht versteckt, sie liegen hier zuhauf, und wies dabei auf seine Bücher.

### „Unsichtbares Theater“

Heute sind die fortschrittlichen Kulturschaffenden besser organisiert als zu Zeiten Allendes. Seit 1983 haben wir erstmals in der Geschichte unseres Landes eine umfassende Künstlergewerkschaft. Am Gründungskongreß haben über 700 Delegierte aus allen Disziplinen und Richtungen teilgenommen. Und sie haben sich auf ein gemeinsames anti-imperialistisches und antifaschistisches Kampfprogramm geeinigt.

Die demokratische Kunst und Literatur läßt sich seitdem in Chile nicht mehr zum Schweigen bringen.

**AIB:** Trotz Zensur und Verbote nicht?

**P. MADERA:** Es gibt viele Möglichkeiten, die Zensur zu umgehen. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.



chen über das Unmenschliche.

**AIB:** Und immer wieder erscheint bei Ihnen die Friedenstaube...

**P. MADERA:** Ja, weniger als der Heilige Geist, sondern als Symbol des Widerstandes gegen die Militärherrschaft von Pinochet.

Unsere Lieder gehen einfach, wortwörtlich, durch Flüsterpropaganda von Mund zu Mund. Unsere Poesie wird auf Flugblättern von Haus zu Haus getragen, wird tausendfach kopiert, abgeschrieben oder auswendig gelernt.

Besonders wirksam ist das unsichtbare Theater. Ein Laienschauspieler setzt sich an den Straßenrand und versucht, Heftpflaster zu verkaufen. Ein anderer Akteur tritt als Polizist auf und will den Händler verhaften. Da meldet sich ein dritter zu Wort und klagt die Regierung an. Die Passanten werden in Diskussio-



Ermordeter J. Manuel Parada und Begräbnisdemonstration (unten)

Streiks möglich wurden.

Entsprechend hart und brutal war die Reaktion der Militärs. Seit Gründung der Künstlergewerkschaft wurden nicht weniger als 15 Kulturschaffende ermordet, und über 50 mußten wie ich erneut das Land verlassen.

### Ermordung von 15 Künstlern

Der brutalste Schlag gegen die demokratische Kultur war die Ermordung von Manuel Guerrero, José Manuel Parada und Santiago Nattino Allende Ende März 1985.

Alle drei wurden am 28. März auf offener Straße vor mehr als 100 Augenzeugen von Geheimdienstleuten entführt, sie wurden bei lebendigem Leibe enthauptet und auf einer entlegenen Straße außerhalb Santiagos liegen gelassen.

**AIB:** Sie haben alle drei gekannt und mit ihnen zusammengearbeitet?

**P. MADERA:** Manuel Guerrero ist mein Schwager, er war verheiratet mit meiner Schwester.

Ich kenne ihn seit meiner Kindheit. Manuel war schon mit 14 Jahren ein bekannter Sprecher der Schüler- und Studentenbewegung, später war er der bekannteste Studentenfürher Chiles und zur Zeit Allendes im Erziehungsministerium tätig.

1973 ging er zunächst in den Untergrund, wurde 1976 verhaftet und 7 Monate lang grausam gefoltert. Darüber veröffentlicht er später den dokumentarischen Bericht „Desde el Tunel“, Aus dem Tunnel, eine der bekanntesten Broschüren des Untergrunds. 1977 gelang Manuel Guerrero die Flucht ins Ausland. 1983 kehrte er aus dem Exil zurück und beteiligte sich am Aufbau der Lehrer-gewerkschaft AGECH. Im Juni 1984 wurde er zum AGECH-Vorsitzenden in Santiago gewählt. Ein neuer Haftbefehl zwang ihn, erneut in den Untergrund zu gehen. Der Belagerungszustand vom November 1984 brachte ihn erneut in Bedrängnis, aber er setzte seine Gewerkschafts- und Kulturarbeit furchtlos fort.

**AIB:** Wer waren die beiden anderen Ermordeten?

**P. MADERA:** José Manuel Parada war ein bekannter Schauspieler, Sänger und Rezitator.

Er war der Sohn von Roberto Parada, einem unserer bekanntesten Schauspieler, der zum Beispiel auch den Neruda im Skarmetas Film „Mit brennender Gekuld“ gespielt hat. Vater und Sohn Parada spielten zusammen im Ensemble „Iktus“. Beide inszenierten gerade ein Stück über das Schicksal der Verschwundenen in Uruguay.

Als der Vater erfuhr, daß sein Sohn ermordet aufgefunden war, weigerte er sich, das Spiel abbrechen. Er erklärte vor dem Publikum: Ich spiele meine Rolle zum Gedenken an meinen ermordeten Sohn.

Santiago Nattino Allende, der dritte der heimtückisch Ermordeten, war ein bedeutender Bildhauer, der, wie ich, schon vor der Wahl Allendes mit seinen Kunstwerken unters Volk und auf die Straßen gegangen ist.

Die Faschisten haben ihn seit 1973 mal verhaftet, mal verboten und ihn schließlich ins Ausland verbannt. Aber er kehrte zurück, wurde aktiv in der Gewerkschaft und in der kulturellen Opposition und bezahlte schließlich sein künstlerisches und gewerkschaftliches Engagement mit dem Leben.

### „Vergeßt die Toten nicht!“

**AIB:** Wie waren die Reaktionen auf die Ermordung der drei Künstler?

**P. MADERA:** Ich war zu dieser Zeit schon außer Landes, aber von meinen Verwandten weiß ich alle Einzelheiten. Zunächst herrschte eine große Betroffenheit, und die Menschen waren wie gelähmt. Tausende trugen einen Trauerflor. Und dann wurde schließlich die Beerdigung der drei zu einer ergreifenden Manifestation des Widerstandswillens. Trotz des Versammlungsverbotes beteiligten sich mehr als 15.000 am Trauerzug durch die Straßen der Hauptstadt. Und auf der Trauerkundgebung sprachen zum ersten Mal auf einer gemeinsamen Veranstaltung Vertreter aller Oppositionsgruppen, von den Christdemokraten bis zu den Ultralinken, obwohl bekannt war, daß alle drei Ermordeten Mitglieder der KP Chiles waren.

Die Namen der Ermordeten stehen überall an den Häuserwänden. „Vergeßt die Toten nicht!“ heißt es, und: „Die Toten mahnen: nur die Einheit des Widerstandes kann die Diktatur beenden.“

Auf allen Kundgebungen, die seitdem in Chile stattgefunden haben, haben Sprecher die Namen der Toten aufgerufen. Und die Menge hat jedesmal ausgerufen: „Presente!“ Das heißt: Er ist unter uns, wir werden ihn nicht vergessen!



nen verwickelt, und das war der Sinn der Übung.

Ehe die wirkliche Polizei in Aktion tritt, haben sich die Mitglieder des „unsichtbaren Theaters“ längst in der Menge verflüchtigt.

**AIB:** Und wie reagiert die Junta auf alle diese kulturellen Aktivitäten?

**P. MADERA:** Pinochet weiß ganz genau, daß ohne diese vielfältigen Kulturaktivitäten nicht jenes Klima des Widerstandes entstanden wäre, in dem beispielsweise die nationalen Protesttage und die

## Literarische Berichte aus Chile

Anatol Feid, *Chilenischer September*, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1985, 172 Seiten, 12,80 DM,

Alberto Gamboa, *Eine Reise durch die Hölle*. Übersetzt von Katja Maurer, Neuenkirchener Verlag 1985, 192 Seiten, 10 DM.

Das Chile-Buch des Dominikanerpaters Anatol Feid nennt sich im Untertitel „Roman“. Diese Gattungsbezeichnung ist irreführend, denn der linke Priester berichtet in seiner literarischen Dokumentation über alles andere als Erfundenes und Erdachtes.

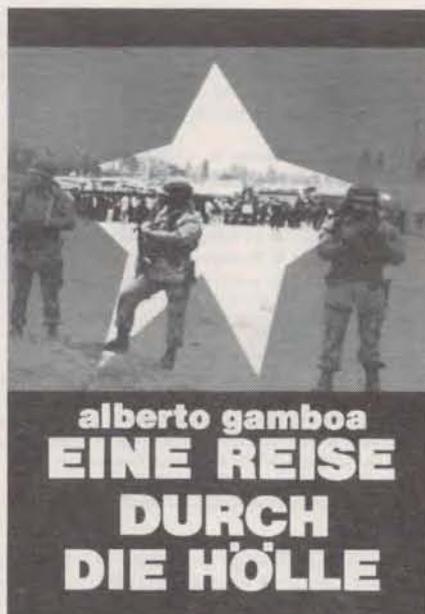
Der Phantasie des Autors entspringen lediglich die Namens- und Ortsangaben. Sie sind so gewählt, daß den handelnden Personen daraus im Chile des Generals Pinochet kein Schaden entstehen kann.

Feids „Chilenischer September“ ist trotzdem ein ausgesprochen spannendes Buch, eine erregende, manchmal ergreifende Chronik des antifaschistischen Widerstandes, von der Bildung der allerersten Oppositionsgruppen, namentlich der Angehörigen der Verschwundenen, dem Komitee für den Frieden und der Vicaria de Solidaridad, bis zu den machtvollen Protesttagen im Herbst 1984.

Der Berichtersteller kennt den chilenischen Alltag aus eigener Anschauung, eigenem Erleben und Engagement, er ist Jahr für Jahr nach Chile gereist und hat dort mit der christlichen Widerstandsbewegung zusammengearbeitet. Ihm gelingt es, das Wesentliche dessen, was jenseits der Kordillere nach dem 11. September 1973 geschehen ist, was sich dort seither gegen die Diktatur regt und tut, in bezeichnenden Szenen, Begegnungen und Situationsschilderungen darzustellen. Am sprechendsten sind für mich in jedem Fall seine Menschenbilder, die Nahaufnahmen von einzelnen Persönlichkeiten, vor allem von Frauen, die dem anderen Chile Gesicht geben.

Feid schnitzt jedoch keine Heldenporträts; er modelliert seine Widerstandskämpferinnen vor dem Hintergrund ihrer sozialen Situation, die ihnen oft keine andere Wahl läßt, als sich selber aufzugeben oder den Kampf aufzunehmen. Am erschütterndsten zu lesen sind die Berichte entführter und gefolterter Frauen. Warum diese Frauen aller Qualen zum Trotz nicht resignieren, macht Feid dadurch begreiflich, daß er seinen Lesern vor Augen führt, welches Leid sie auch vorher, auch ohne Faschismus, schon zu tragen gewohnt waren. Der mutige Hungerstreik, mit dem die Frauen 1978 eine neue Etappe des Widerstandes eingeleitet haben, ist darum nur eine Fortsetzung ihres unerbittlichen Überlebenskampfes mit anderen Mitteln.

Feids Reportage verschweigt nicht die Mühen der Untergrundarbeit. Er notiert die andauernden Streitereien innerhalb der Linksparteien, die der Bildung einer beständigen Einheitsfront gegen den Faschismus immer wieder entgegenstehen, und er schildert die Demoralisierung größerer Teile des Proletariats samt ihren Folgen, Alkoholismus, Drogensucht und Prostitution selbst von Kindern. Anhand der sozialen Beobachtungen aus den Poblaciones, den Arbeitervierteln Santiagos, und den Campamentos, den spontan gegründeten Selbsthilfesiedlungen der Allerärmsten, wird klar: Armut und Hunger allein machen noch keinen Aufstand. Dazu gehören politisches Bewußtsein, ein Mindestmaß an Organisiertheit und



„Gute Nacht, Freunde, morgen wird Chile wieder erwachen!“

Disziplin.

Anschaulich werden die Rolle und das Verhalten der katholischen Kirche im Widerstandskampf dargestellt. Die „große Barrikade unserer Zeit“ geht auch mitten durch die Kirche Chiles und teilt die Katholiken des Landes in zwei Lager, in eine Minderheit von Parteigängern der Reichen und Mächtigen und eine Mehrheit von Armen und Anhängern der Theologie der Befreiung. Trotz aller Widersprüche: in der Stunde der Not bewährt sich die Kirche als Hort der Bedrängten, und wenn alle anderen Organisationen ausfallen, dann ersetzen die kirchlichen Institutionen nötigen-

falls auch Parteien und Gewerkschaften, bis sich in ihrem Schutz neue Widerstandsstrukturen aufgebaut haben.

Feids Buch ist mehr als eine mitleiderregende Dritte-Welt-Reportage. Es ist ein Bericht aus dem Alltag unserer Kämpfe. Was in Chile am 11. September 1973 geschehen ist, kann sich so oder so ähnlich auch bei uns zutragen, wenn wir nicht die Lehren aus dem Beispiel Chile wie aus unseren eigenen Geschichte zur Kenntnis nehmen. Diese Einsicht vermittelt der Dominikanerpater ohne Zeigefinger, sondern einzig und allein dadurch, daß er uns den Schauplatz jenseits der Anden nahebrückt und den Eindruck erweckt, die Ereignisse spielten sich vor unserer eigenen Haustür ab.

Wie authentisch Anatol Feids Widerstandsreportage ist, läßt sich am Vergleich mit dem dokumentarischen Bericht eines chilenischen Autors überprüfen, der Verfolgung, Folter und Widerstand am eigenen Leib erlebt hat: Alberto Gamboas Gefängnistagebuch „Eine Reise durch die Hölle“ ist erst 1984, 10 Jahre nach den dargestellten Ereignissen, in einem Untergrundverlag in Chile selbst erschienen und unmittelbar nach der Erstveröffentlichung von Katja Maurer ebenso präzise wie einfühlsam ins Deutsche übertragen worden.

Ähnlich wie Willi Bredel im KZ-Roman „Die Prüfung“ berichtet Alberto Gamboa, ein bekannter linksliberaler Journalist, über seine mehr als einjährige Haftzeit im Nationalstadion von Santiago und im Konzentrationslager Chacabuco in der Salpeterwüste des Nordens. Der Autor erspart seinen Lesern und sich selber nichts, nicht die eigenen Ängste, den Sadismus der Folterknechte, die Streitigkeiten unter den Mitgefangenen. Erschütternd zu lesen sind vor allem die Tagebuchaufzeichnungen aus den ersten Tagen und Wochen des Aufenthaltes in den Kellern und Kasematten unterhalb des Nationalstadions, die Schilderungen der endlosen Folterungen und der Schikanen von seiten der Wachmannschaften. Im Mittelpunkt der Reportage steht immer wieder „die sentimentale Frage“, die Sorge der Männer um ihre Frauen und Familien, die kleinen Nöte und Traurigkeiten, die oft mehr quälen als die große Trauer.

Chacabuco: das ist eine stillgelegte Salpetermine in der Wüste. Dort werden 1.200 Demokraten aller Richtungen in strengster Isolation gefangengehalten, geschunden und „umerzogen“. Erst allmählich können die Gefangenen den Widerstand organisieren. Sie bauen eine Lagerleitung auf, gründen eine Volksuniversität, eine Theatergruppe und unter der Führung von Angel Para ein Folklorensemble: die Moorsoldaten anno 1974. Höhepunkt der kulturellen Überlebensaktivitäten ist ein Fest der Poesie. Einige der rührendsten und bewegendsten Beiträge zu diesem Lagerfestival hat Gamboa in seinen Bericht mitaufgenommen.

Das literarische Dokument macht deutlich: die Gewalt ist am 11. September 1973 nicht vom Himmel gefallen, sie hat auch in Chile vielfältige geschichtliche und soziale Wurzeln, zum Beispiel in der Geringschätzung der Frauen, in der Diskriminierung der Indios und in der schroffen Klassenspaltung der chilenischen Gesellschaft, in deren rauhem Klima es die Zärtlichkeit schwerer hat als „eine Kaktusblüte in der Salzwüste“. Selbst die gefangenen Allende-Anhänger plagen sich noch in der Haft mit ihrem eigenen machistischen Frauenbild und ihren überkommenen Moralvorstellungen. Die antifaschistische Weltliteratur ist reich an Augenzeugenberichten aus Lagern und Zuchthäusern. Von all diesen literarischen Zeugnissen ist Alberto Gamboas „Reise durch die Hölle“ vielleicht das persönlichste und ehrlichste Dokument, und schon darum wird es, auch wenn Pinochet längst gestürzt ist, ein Zeugnis der Menschlichkeit bleiben. **Peter Schütt**



## Welche Rolle für die Sowjetunion?

Über Aktionen, Interventionen, Aggressionen der USA in der 3. Welt, die Rohstoffplünderung usw. habt ihr bisher ausgiebig berichtet. Ich möchte Euch daher dazu bringen, die zweite Frage des „Plädoyers für einen Kongreß gegen Krieg, Intervention und imperialistische Politik in der 3. Welt“ aufzugreifen: „Welche Rolle spielt die Sowjetunion in der 3. Welt?“ Die offiziellen Stellen des MSB, der DKP bis hin zur Sowjetbotschaft zeichnen ja ein rosiges Bild voll harmonischer Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Ostblock und den unterentwickelten Ländern. Stichwort: „Politik der gleichberechtigten Zusammenarbeit.“ Die UdSSR stütze die Rohstoffpreise und kaufe diese teurer als der Westen ein. Verlangt man z.B. von der Sowjetbotschaft konkrete Zahlen, so werden einem einige APN-Broschüren zugeschickt, die mit diesen Themen nicht das geringste zu tun haben.

Beim zweiten Nachhaken erhielt ich eine 10seitige DIN-A-4-Ausgabe, wo großbuchstabig die Grundsätze der russischen Wirtschaftsbeziehungen und deren hohen Ideale runtergeraselt werden. Statt der von mir verlangten chronologischen, differenzierten (nach Warenstruktur, Austauschverhältnissen usw.) Statistiken wurden ein paar Beispiele wie der überstrapazierte Assuan-Staudamm und andere Prestigeobjekte gebracht.

Ich habe somit den Eindruck, der Sowjetbotschaft ist es nicht ernst mit diesem Thema und sie hat ein Interesse daran, umfangreicheres Material zu verbergen. Warum bitte?! Wer schweigt, klagt sich selbst an.

Desweiteren gibt es Beispiele, die den gegenseitigen Vorteil in Frage stellen: Die UdSSR zahlte Guinea 6 Dollar pro Tonne Bauxit, die USA 23 Dollar. Indien erhob Einspruch gegen die russische Praxis, für indische Produkte 30% zu wenig zu zahlen und umgekehrt für die Produkte des Arbeiterstaates 30% zuviel zu verlangen. Vor Madagaskar und Moçambique benutzen russische Fischerboote Tiefnetze, die die Korallen und den Bodenbewuchs wegreißen, als auch dünnmaschige Netze, welche den Fischnachwuchs miteinfangen. Somit ist es nur eine Frage der Zeit, bis die dortigen Fanggründe leergefischt sind.

Nach Berichten von Süddeutscher Zeitung und Frankfurter Rundschau kaufen die Sowjets in Afghanistan Kupfer und Erdgas zu Dumpingpreisen ein. Soll das keine Rohstoffplünderung sein?

Sind demnach die Truppen der UdSSR in Afghanistan, die Militärberater in Angola,

Moçambique, Äthiopien, Vietnam usw. Folge wirtschaftspolitischer Interessen? Ist „So-wjetimperialismus“ also mehr als eine bürgerliche Phrase und ein CIA-Totschlägerwort?

Michael Torfelder, München

### Anmerkung der Redaktion:

Es ist in der Tat notwendig, sich Klarheit über die Rolle der Sowjetunion gegenüber der Dritten Welt zu verschaffen. Wir beginnen im vorliegenden Heft mit einer Serie zu diesem Thema, in der wir versuchen, zumindest einige der hier angeschnittenen Fragen zu beantworten. Diskussionsbeiträge zu den Thesen und mehreren Folgebeiträgen sind willkommen.

## Ben Bella – kein „Führer“!

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, eine Anmerkung über Eure Zeitschrift zu machen. Im Weltladen von Tübingen bin ich auf die Zeitschrift gestoßen. Mit großem Interesse habe ich die Artikel von Herrn Rainer Falk über Algerien gelesen. Obwohl ich seine Artikel insgesamt sehr schätze, möchte ich mir doch eine

Anmerkung erlauben: Der Autor macht leider denselben Fehler wie dies bei anderen, europäischen Autoren – was dieses Thema betrifft – der Fall ist. So wird Ben Bella fälschlicherweise von Falk als „Führer“ der algerischen „Revolution“ ausgegeben (AIB Nr. 1/1977, S.14).

Die Ursache dieser Verfälschung liegt in der Propaganda der französischen Regierung, welche damals die „Unruhen“ in Algerien auf Manipulation aus dem Ausland, nämlich aus Nassers Ägypten sowie Ostblockstaaten zurückführte. Nach der Machtübernahme Ben Bellas mit Hilfe der Grenzarmee Boumedienes glaubten viele „Antiimperialisten“, daß Ben Bella in Algerien den Sozialismus à la Islam und à la Nasser einführen sollte.

Aus diesem Grund hat man versucht aus ihm den „Führer“ der algerischen „Revolution“ zu machen. Im Nachhinein gesteht Ben Bella sogar selbst, daß er nie der „Führer“ der algerischen „Revolution“ war. Über einen der bedeutendsten Organisatoren des algerischen Befreiungskrieges, Abbane Ramdane, wird seltsamerweise kein Wort verloren.

A. Kebaili, Tübingen

## Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 86/Juni 1985

Schwerpunkt: Verschwörung gegen Lateinamerikas Volkskirche • Sekteninvasion • „Ja Padre, geben Sie ihm die Nottaufe“ • Mönchskutten und Nonnenschleier – Tarnkappen des Marxismus? • CELAM – die lateinamerikanische Bischofskonferenz • Rechristianisierung oder Christdemokratisierung? • **Berichte und Hintergründe:** Handelsembargo USA/Nicaragua • Brasilien nach Tancredos Tod • El Salvador – kein neues Vietnam • Ländernachrichten: Brasilien: Metallertreik • Chile: USA setzt weiter auf Mörderjunta • Ecuador: Bischof Proano für Friedensnobelpreis vorgeschlagen • Solidaritätsbewegung: Paraguay/BRD: Strössner kommt – wir kommen auch • Bericht zum 9. BUKO: Ökologie und „Dritte Welt“ • Rund um den Weltwirtschaftsgipfel. Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM. Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Mittelamerika-Magazin, Nr. 47/Juni 1985

Guatemala: Umsiedlung der Flüchtlinge • Hilfe aus der BRD für das Militärregime • Angehörige der Verschwundenen: Auf der Suche nach dem Leben fanden sie den Tod • Zwist zwischen Privatwirtschaft und Armee • Nicaragua: Handelsboykott: Schuß in den Ofen • Zwangsumsiedlungen • Stimmung zwischen Erleichterung und Mißtrauen • El Salvador: Wahlen: ARENA den Rücken gekehrt? • Guerilla: Zermürbungskrieg statt Stellungskampf • Honduras: Die gemietete Republik • Weltwirtschaft: Sieben Wege in die Verschuldung • Karibik: Die Multis prägen die Insel-Ökonomie • Rückblick: Mexiko und die Vereinigten Staaten. Einzelpreis 3 DM; Abo 18 DM (6 Hefte). Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Blätter des iz3w, Nr. 126/Juni 1985

Themenschwerpunkt: Südliches Afrika • Der Apartheidstaat 1985 • Freiheitscharta contra Black consciousness? • Angola: Krieg ohne Ende? • Leben und Widerstand schwarzer Frauen • Geschäfte der Dresdner Bank in Südafrika • Zwangsumsiedlungen: Die hässlichste Seite der Apartheid • **Nachrichten und Berichte zu:** Paraguay • Puerto Rico: Kernwaffen in einer atomwaffenfreien Zone? • El Salvador • Äthiopien: Umsiedlungen als Hilfe oder Waffe der Zentralregierung? Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 30 DM. Bezug: Aktion Dritte Welt e.V., Postfach 5328, 7800 Freiburg

Brasilien Nachrichten, Nr. 86/1985

Schwerpunkt: Ökologie • Brasilianischer Industrialisierungsstil und Umwelterstörung • Union Carbide do Brasil in Cubatão • Vietnam in Paris • Sie töten unsere Flüsse und töten uns durch Hunger • Fischteichprojekte in Nordostbrasilien • Entwicklung des Atomprogramms • Der Sojaanbau und die ökologischen Auswirkungen • Die Gefährdung des Ökosystems Amazonas • Schon fast 400 Tausend Obdachlose im Nordosten • Die ersten Tage der „Neuen Republik“ – Tancredos Tod • Reise ans Ende einer Stadt • Sozialdaten/Metallertreik. Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM. Bezug: Brasilien Nachrichten, An der Illishöhe 30, 4500 Osnabrück

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 92/Juni 1985

BUKO 9 – Streiflichter • Frauen und Entwicklung • Der Weltaktionsplan • „Frauenrelevante“ Entwicklungspolitik • Frauenprojekte in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit • Frauen werden ihren eigenen Weg ... suchen • Internationales Netzwerk „Frauen und Medikamente“ • Frauenhandel im 20. Jahrhundert • Pharma-Brief • Pestizide töten Menschen • Das dreckige Dutzend • „Das war der Gipfel“ • Protokoll des KA (3-5.5.1985) • Aktionsbeispiel „Kein Geld für Apartheid“ • Konferenz für eingeborene Völker in Genf. Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM. Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 139/Juli 1985

NASA und die chilenische Regierung wollen die Osterinsel zu einem Notlandeplatz für Raumfahrten machen. Geht es um den Krieg der Sterne? • In Honduras stehen Wahlen bevor: das Gerangel um einen Teil der Macht wirft seine Schatten voraus • Drogenmafia, politische Macht und Korruption in Mexiko • Außerdem Artikel zu: Argentinien, Radiokrieg der USA, neuere Entwicklung in Costa Rica, Perspektiven im „demokratischen“ Grenadä“ u.a.m. Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM. Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

## Broschüre zu El Salvador

Eine von der Christlichen Initiative El Salvador und der Informationsstelle El Salvador herausgegebene Broschüre „El Salvador 1985. Krieg und Dialog“ (Edition Nahua, 48 S., 6 DM) setzt sich zum Ziel, „bestimmte politische Mythen, wie sie von Teilen der Solidaritätsbewegung geglaubt werden, durch eine nüchterne Bestandsaufnahme zu ersetzen“.

In einem Aufsatz von Helmut Scheben wird eindrucksvoll der militärische Aspekt des Krieges beschrieben. Er analysiert vor allem die neuen Bedingungen der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) durch die von den USA inspirierte Aufstandsbekämpfungspolitik diktiert werden.

Der zweite Beitrag, von Roger Pelzer/Heidi Feldt, geht auf die politische Situation ein. Die Veränderungen der letzten Jahre in den Bereichen Wirtschaft, Menschenrechte, Christdemokratie, extreme Rechte, Kirche und soziale Bewegungen werden großteils realistisch beschrieben. Allerdings wird beim Versuch, den Mythos vom baldigen Sieg der Revolution abzubauen, teilweise über das Ziel hinausgeschossen. Dabei wird nicht nur die Rolle der Christdemokratie überbewertet, sondern auch die Dynamik der sich erholenden Gewerkschaftsbewegung unterschätzt.

Zudem wird so getan, als habe die FMLN/FDR nicht längst auf die veränderten Bedingungen reagiert. Ihre neueren Dokumente (siehe AIB 6/1985, S. 33ff.) belegen das Gegenteil. Bedenklich ist zudem die Aufforderung an die Solidaritätsarbeit, sie solle sich auf die Unterstützung der legalen Massenorganisationen konzentrieren, obwohl selbst nach Einschätzung der Autoren die militärische Stärke der FMLN eine Voraussetzung für eine Verhandlungslösung des Konfliktes ist.

## Bayer in der Dritten Welt

Die „Kritischen Aktionäre der internationalen BAYER-Coordination“ nahmen die Hauptversammlung des BAYER-Konzerns (zweitgrößter Pharmakonzern und größter Pestizidhersteller der Welt; ausgewiesener Gewinn 1984: 3 Mrd DM) am 19. Juni d.J. zum Anlaß, die Öffentlichkeit über die menschen- und umweltvernichtenden Folgen zahlreicher BAYER-Produkte zu informieren. In Redebeiträgen wiesen die „Kritischen Aktionäre“, die 52 Umweltschutzgruppen, Parteienorganisationen und andere Verbände aus neun Ländern vertreten, auch auf die Praktiken des Konzerns in der Dritten Welt hin.

Während in den Metropolen für Produktion und Vertrieb von schädlichen Chemierzeugnissen durch gestiegenes Umweltbewußtsein gewisse Grenzen gesetzt sind, findet dies um so ungehemmter in den Entwicklungsländern statt. Wo hierzulande Millionenbeträge nötig sind, um Politiker und Beamte willfährig zu machen, kommt man dort gleich „zur Sache“. So werden in der BRD verbotene Medikamente wie z.B. das Schmerzmittel Dolviran weiterhin in der Dritten Welt vertrieben. Vitaminpräparate, bei unterernährten Menschen medizinisch wirkungslos, wenn nicht gefährlich, werden ohne Gegenanzeige vermarktet. Damit nicht genug: Es besteht der begründete Verdacht, daß u.a. auch BAYER, z.B. mit Slumbewohnern von Mexiko-City, Medikamentenexperimente durchführt.

Wo hingegen, wie im Falle Bangladeshs, eine Regierung sich von der Marktpolitik der Kon-

zerner abkoppelt und versucht, Gesundheitspolitik an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren, üben die Multis – z.B. über den Bundesverband der pharmazeutischen Industrie – massiven Druck aus. Wen wundert's, daß der angekündigte Pharmakodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der u.a. eine zahlenmäßige Begrenzung der Arzneien und eine Bedürfnisprüfung als Zulassungsvoraussetzung vorsieht, schon jetzt auf den erbitterten Widerstand eben jener Kreise trifft.

Kontaktadresse: Internationale Koordinationsstelle – Aktiv gegen BAYER-Umweltgefährdung e.V., Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf 1

## tdh: alternative Entwicklungspolitik

Das Kinderhilfswerk terre des hommes (tdh) verabschiedete auf seiner Mitgliederversammlung im Juni d.J. Grundsatzpositionen zur Entwicklungspolitik. Als Hauptindikator für Entwicklung sieht tdh den Grad der Befriedigung der materiellen und kulturellen Grundbedürfnisse des Einzelnen an. tdh kritisiert denn auch Regierungen in der Dritten Welt, die einseitig eine kapitalintensive Industrialisierung forcieren und dabei den Aufbau einer Landwirtschaft, die die Ernährung der einheimischen Bevölkerung sichert, hintanstellen.

Zum anderen wendet man sich gegen die jetzige Struktur der Weltwirtschaftsbeziehungen. tdh fordert u.a. den Abbau von protektionistischen Maßnahmen seitens der Industriestaaten, ohne daß diese im Gegenzug durch „freien“ Marktzutritt den Aufbau einer eigenen Produktion des Entwicklungslands verhindern.

Als eine der drängendsten entwicklungspolitischen Aufgaben sieht tdh eine gerechte Lösung der Schuldenfrage. An die Adresse des IMF geht daher die Forderung nach Zins- und Rückzahlungserleichterungen, sowie nach einer Änderung der Außenpolitik im Sinne der Aufrechterhaltung sozialer Leistungen als Kriterium für eine Kreditvergabe.

Der Mißbrauch von Entwicklungshilfe als Wegbereiter für nationale Unternehmen des Geberlandes wird ebenso kritisiert wie außenpolitisches Kalkül als Vergabekriterium. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die öffentliche Entwicklungshilfe auf die international zugesicherten 0,7% des Bruttosozialprodukts anzuheben, wobei mindestens 0,15% an die ärmsten Entwicklungsländer gehen sollen.

## Buchtip: Gewerkschaften

Die internationale Gewerkschaftspolitik ist eine Ebene, die den Mitgliedern und Funktionären „an der Basis“ oftmals zu entfernen scheint, um sich genauer damit zu befassen. Wie wichtig jedoch die Kenntnis dieser Ebene gerade für Gewerkschafter ist, die aus Tradition und vom Grundsatz her der internationalen Solidarität verpflichtet sind, wird dem Leser nach der Lektüre von Leonhard Mahlein, Gewerkschaften international – Im Spannungsfeld zwischen Ost und West – Aus eigener Sicht, Nachrichten-Verlag, Frankfurt 1984, 205 S., 16 DM deutlich.

„Gewerkschaften international“ vermittelt vieles von den reichen Erfahrungen Mahleins, die er insbesondere als Vorsitzender der IG Druck und Papier in den Jahren 1968-83 und als derzeit amtierender Präsident der Internationalen Grafischen Föderation (IGF) sammeln konnte. Das Buch zeichnet in Abrissen

die Geschichte der verschiedenen gewerkschaftlichen Internationalen nach. Was sich in Afrika, Asien und auf dem amerikanischen Kontinent vollzog, bleibt ebenso wenig außen vor wie z.B. die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Von großem politischen und gewerkschaftlichem Informationswert ist auch das Kapitel über die Apartheid in Südafrika und den Kampf der schwarzen Bevölkerung um gewerkschaftliche und politische Rechte.

## Atombomben – made in Germany

Die bundesdeutsche Rolle bei der atomaren Aufrüstung ist Thema einer Alternativkonferenz, die vom 6.-8. September d.J. in der Integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel, Siegburger-Str. 321, stattfindet. Aufgerufen haben Gruppen aus der Anti-AKW-, Dritte-Welt- und Friedensbewegung sowie Grüne, SPD (Hessen-Süd) und die Friedensliste.

Während zu dieser Zeit in Genf die 3. Überprüfungs-konferenz zum Atomwaffensperrvertrag stattfindet und die Bundesregierung dort erneut das „atomare Unschuldslamm“ spielen dürfte, soll die Alternativkonferenz in Bonn etwas Licht ins Dunkel der bundesdeutschen Verstrickungen in die Atomrüstung bringen. In einem Streitgespräch zu Beginn der Konferenz werden Robert Jungk und Klaus Traube darüber diskutieren, ob die BRD eine militärische Atompolitik betreibt. In Referaten und Arbeitsgruppen werden anschließend Einzelthemen behandelt wie: BRD-Politik bezüglich Atomwaffentests; Nuklearexporte u.a. nach Südafrika, Argentinien, Brasilien; BRD und nukleare Aufrüstung; BRD, Westeuropäische Union (WEU) und westeuropäische Nuklearpolitik; Beteiligung der BRD am französischen Atomwaffenprogramm...

Ziel der Konferenz soll es vor allem sein, die bisher meist getrennt diskutierenden und agierenden Gruppen der Friedens-, Anti-AKW- und Dritte-Welt-Bewegung zusammenzubringen und aus der Konferenz heraus möglichst gemeinsame Diskussions- und vor allem auch Aktionsgrundlagen zu schaffen.

Weitere Informationen sowie Material zur Konferenz (Flugblätter, Plakate) gibt es bei Helmut Lorscheid, Klemens-Hofbauer-Str. 17, 5300 Bonn 1.

Atomwaffensperrvertrag und Bundesrepublik Deutschland



## Libanon-Palästina

Am 17. Juni d.J. wurde in Damaskus ein 13 Punkte umfassendes Waffenstillstandsabkommen geschlossen, um die militärischen Auseinandersetzungen um die Palästinenserlager in Beirut zu beenden (siehe AIB 7/1985, S. 6ff.). Das von den Amal-Milizen, der Nationalen Demokratischen Front des Libanon (FND), Syrien und der Palästinensischen Nationalen Errettungsfront (PNSF) unterzeichnete Abkommen schuf die Voraussetzungen für die Beendigung der mehr als vierwöchigen Belagerung der palästinensischen Lager durch die Amal.

Die palästinensischen Kräfte erhielten, entgegen den Zielen der Amal, das Recht, ihre leichten Waffen zu behalten, während mittlere und schwere Waffen abgegeben werden müssen. Ferner sieht das Abkommen vor, daß in Zukunft die libanesische Polizei die Lager kontrollieren soll.

Die Amal-Milizen und die mit ihr verbündeten Armee-Einheiten wurden zum Rückzug auf die Linien, die sie am 19. Mai d.J., also vor Beginn der Kämpfe, hielten und zur Freilassung der Gefangenen verpflichtet.

Die Unterzeichnerparteien erkennen zudem die PNSF als Vertreterin der Palästinenser im Libanon an „bis die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ihre Einheit und ihr gegen den Imperialismus, den Zionismus und die reaktionären Pläne gerichtete Programm wiedergewinnt“.

## Argentinien

Am 7. Juni d.J. erzielte die argentinische Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) eine vorläufige Einigung über einen 1,4-Mrd-Dollar-Bereitschaftskredit. Der Kredit war bereits im Dezember 1984 gewährt, aber nach Zahlung von 236,5 Mio Dollar ausgesetzt worden, da Argentinien nicht allen Forderungen des IMF nachgekommen war. Jetzt sind auch die Voraussetzungen für Kreditbe-

Arbeiterdemonstration gegen die soziale Verschlechterung



willigungen von Privatbanken in Höhe von 4,2 Mrd Dollar geschaffen.

Vor der endgültigen Zusage durch den IMF erhielt Argentinien von 12 Ländern einen Überbrückungskredit in Höhe von 483 Mio Dollar, um die überfälligen Zinsen seiner 48 Mrd Dollar betragenden Auslandsschuld begleichen zu können. Grund für das Einlenken des IMF war das am 14.6.1985 verkündete Austeritätsprogramm der Regierung Alfonsin. Die über 1.000%-Inflation soll mit drastischen Maßnahmen bekämpft werden: Unbefristeter Preis- und Lohnstopp, Einführung einer neuen Währung, dem Austral (1 Austral = 1.000 Pesos; 0,8 Austral = 1 Dollar) und Festlegung des Höchstzinssatzes. Das Budgetdefizit soll durch höhere Steuern, Einstellungsstopp und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst sowie Preiserhöhungen für staatliche Dienstleistungen verringert werden.

Die peronistisch orientierte Gewerkschaft CGT lehnte dieses Programm ab, wobei sie sich vor allem gegen das Einfrieren der Löhne wandte. Auch die linken Parteien und Teile der peronistischen Partei kritisierten die Maßnahmen als eine totale Kapitulation vor dem IMF.

## Chile

Die chilenische Militärdiktatur hat am 17. Juni d.J. den im November 1984 über das Land verhängten Belagerungszustand aufgehoben. Wie Innenminister Ricardo Garcia mitteilte, bleiben jedoch einige Sondervollmachten der Behörden in Kraft, z.B. zur Festnahme von Personen und zu deren Verbannung.

Der Belagerungszustand war eine verschärfte Form des Ausnahmezustandes, der praktisch ununterbrochen seit dem Putsch Pinochets im September 1973 gilt. Nach Aussagen von Garcia sei die Entscheidung möglich geworden, nachdem die „subversiven Aktivitäten“, mit denen die Verhängung des Belagerungszustandes begründet worden war, zurückgegangen seien.

Ende Juni d.J. haben die USA und Chile offizielle Verhandlungen über den Bau eines Ausweichlandeplatzes für US-Weltraumfähren auf der seit 1888 von Chile verwalteten Osterinsel aufgenommen. Nach Plänen der US-Weltraumbehörde NASA soll die Landebahn auf der ca. 3.500 km vom chilenischen Festland im Südpazifik gelegenen Osterinsel für 15 Mio Dollar ausgebaut und modernisiert werden.

In Kreisen der chilenischen Opposition ist dieses Projekt auf heftigen Widerstand gestoßen: Es verletzt die Souveränität Chiles und sei allenfalls die Vorstufe dafür, die Osterinsel zu einer ständigen US-Militärbasis zu machen. Darüber hinaus würde die Osterinsel so zu einer Operationsbasis Reagan'scher „Sternenkriegs“-Konzepte, da die US-Raumfähren bereits heute zu 50% militärisch genutzt würden. Über 1.000 Organisationen forderten die Regierung auf, das Ansinnen Washingtons abzulehnen. Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit Chiles haben sich zu einem „Komitee für den Frieden und die Verteidigung der Osterinsel“ zusammengeschlossen. Mittels eines Volksentscheides hoffen sie, die NASA-Pläne zu Fall zu bringen.

## Indonesien

Auf zahlreiche ausländische Proteste ist die Absicht der indonesischen Regierung gestoßen, mehrere ehemalige Führungsmitglie-

der der seit 1965 verbotenen Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) hinzurichten. Bereits am 7. Mai d.J. ließ das Suharto-Regime den ehemaligen Vorsitzenden der bis 1965 größten Gewerkschaft SOBSI und kommunistischen Abgeordneten Mohammed Munir exekutieren. Er befand sich seit 1968 in Haft und war 1973 zum Tode verurteilt worden.

Ebenfalls von der Hinrichtung bedroht sind die seit 17 Jahren eingekerkerten PKI-Führungsmitglieder Gatot Sutarjo, Joko Untung, Rustlan Widjaya Sastra und Rustomo. Trotz der Proteste aus Frankreich, den Niederlanden, Australien, sozialistischen Ländern und anderen Staaten lehnte der indonesische Außenminister am 26.6.1985 eine Begnadigung ab.

Die PKI war nach dem Staatsstreich von 1965 weitgehend zerschlagen und ca. 1 Mio ihrer Mitglieder und Sympathisanten umgebracht worden. Die jetzigen Hinrichtungen werden von Beobachtern als eine Warnung an andere oppositionelle Kräfte gedeutet.



Die nepalesische Polizei steht bereit, um gegen weitere Proteste vorzugehen

## Nepal

Ausgedehnte Protestaktionen gegen die Monarchie und eine Reihe von blutigen Bombenanschlägen rückten im Juni d.J. den zwischen Indien und China im Himalaya gelegenen Bergstaat in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Die seit dem Parteienverbot von 1960 in der Illegalität arbeitenden Oppositionsparteien, vor allem die Nepalesische Kongreß-Partei (NCP) und die Einheitsfront Nepals, der verschiedene Linksparteien, darunter die Kommunistische Partei Nepals angehören, begannen am 23. Mai d.J. eine Kampagne des zivilen Ungehorsams, um die Abschaffung des parteilosen Panchayat-Systems zu erreichen.

Gemäß dem Panchayat-System wurden bis 1980 nur die Dorf- und Stadt-Panchayats (Gemeindevertretungen) in direkter Wahl bestimmt. Diese wiederum wählten die Distrikt-, Zonen- und National-Panchayats (Nationalversammlung).

Bei einer Volksabstimmung über dieses System im Jahr 1980 kam es durch Fälschungen zu einer knappen Ablehnung eines parlamentarischen Systems mit Parteienbeteiligung. Seitdem werden jedoch 112 Mitglieder des National-Panchayats direkt gewählt. 28 werden von Staatsoberhaupt König Birendra ernannt. Parlamentskandidaten müssen Mitglied von gesell-

schaftlichen Organisationen sein, die von der Regierung kontrolliert werden.

Bereits am ersten Protesttag wurden mehr als 1.000 Teilnehmer festgenommen, der Generalsekretär der NCP bereits tags zuvor unter Hausarrest gestellt. Zu den seit Mitte Juni d.J. einsetzenden Bombenanschlägen, die sich gegen Symbole der Monarchie richteten – wie z.B. die Palastpforte und das der Königsfamilie gehörende Hotel in der Hauptstadt Kathmandu – und bei denen mindestens sieben Menschen getötet wurden, bekannte sich die Gruppe Janwadi Morcha (Forum des Volkes) unter Führung von Ramraja Prasad Singh. Er war 1971 mit einem antimonarchistischen Programm in die Nationalversammlung gewählt, jedoch anschließend vom König verhaftet worden.

Die Befürworter der Satyagraha-Kampagne – von denen zeitweise 7.000 in Haft waren – distanzieren sich von den Anschlägen und brachen vorübergehend die Aktionen ab. Als nächstes planen sie, durch die Weigerung das Wahlsystem durch ihre Unterschrift zu bestätigen, die für das nächste Jahr fälligen Wahlen zu boykottieren.

## BRD-Türkei

Bundeskanzler Helmut Kohl besuchte vom 9.-11. Juli d.J. in Begleitung zahlreicher Vertreter von Industrieunternehmen als erster westlicher Regierungschef nach dem Militärputsch 1980 die Türkei.

Gesprächsthemen waren die Aufstockung der bundesdeutschen Militärhilfe von 130 Mio auf 180 Mio, die Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion (Ankara wünscht eine Lizenz zum Bau des Kampfpanzers Leopard) und die Lage der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik. Im Augenblick als ein Militärgericht das Todesurteil gegen 10 Kurden aussprach, bescheinigte der Bundeskanzler der Diktatur Fortschritte auf dem Weg zur Wiederherstellung der Demokratie. Kohl versprach, sich bei der EG für die Wiederaufnahme der Finanzhilfe einzusetzen und beim Europarat darauf zu drängen, daß die Türkei dort den Vorsitz übernehmen kann. Desweiteren wurde über verstärkte Investitionen bundesdeutscher Unternehmen und über gemeinsame Projekte in Höhe von mehreren Mrd DM verhandelt.

Hauptkonfliktpunkt war die für 1987 von der EG zugesagte Freizügigkeit für Türken in den Mitgliedsländern. Da in der BRD billige Arbeitskräfte mittlerweile im Überfluß vorhanden sind, will Bonn diesen Termin für die Bundesrepublik um mehrere Jahre hinausschieben. Ankara ist dazu bereit, möchte dafür jedoch politische und wirtschaftliche Gegenleistungen, wozu der jetzige Besuch Kohls ein erster Schritt gewesen sein dürfte.

## Türkei

Am 16. Juni d.J. wurde vom türkischen Parlament, nach einer fünftägigen Debatte, ein neues Polizeigesetz verabschiedet. Wegen der starken Proteste der Oppositionsparteien und der Öffentlichkeit mußte die Regierung Özal einige Abstriche am ursprünglichen Entwurf vornehmen. Dieser sah u.a. Hausdurchsuchungen, Post- und Telefonüberwachungen ohne richterliche Anordnung vor.

Dennoch räumt das Gesetz der Polizei in den Gebieten, wo der Belagerungszustand aufgehoben wurde, bisher vom Militär ausgeübte

Vollmachten ein. Sie darf Personen, die sich nicht ausweisen können, bis zu 24 Stunden festhalten, Räume von Vereinen und Gewerkschaften schließen, Aufführungen von Film- und Theateraufführungen verhindern und Gefängnisinsassen bis zu 2 Wochen in ihr Gewahrsam nehmen.

Scharfe Proteste hatte es vor allem von der „linksten“ der im Parlament vertretenen Parteien, der Volkspartei (HP), gegeben. Ihr Vorsitzender Necdet Calp wurde auf dem Kongreß der Partei am 30.6.1985 vom Vertreter des linken Flügels Aydin Gürkan abgelöst.

Die Partei der Sozialen Demokratie (SODEP), die erst nach den Parlamentswahlen von 1983 zugelassen wurde und sich wie die HP zum sozialdemokratischen Spektrum zählt, wandte sich ebenfalls gegen das Gesetz. Am 9. Juni d.J. hatte sie die erste Demonstration seit dem Militärputsch von 1980 unter der Losung „Für Demokratie, gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung“ in Ankara durchgeführt. Die 40-45.000 Teilnehmer hielten sich nicht an die ihnen auferlegten Beschränkungen und riefen Losungen wie: „Nieder mit dem Faschismus“, „Generalamnestie“, „Keinen Polizeistaat, Rechtsstaat wollen wir“.

Der stellvertretende Generalsekretär der SODEP wurde daraufhin verhaftet, aber nach Protesten wieder freigelassen. Gegen den stellvertretenden Vorsitzenden Müzaffar Sarac wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet.

## Namibia

Am 17. Juni d.J. wurde in Windhoek die sog. Interimsregierung unter David Dezuidehout von der Labour Partei mit viel Pomp eingesetzt (siehe AIB 7/1985, S. 30ff.). Anwesend waren neben Vertretern Südafrikas – u.a. der Staatspräsident P.W. Botha – und den Funktionären der Vielparteienkonferenz auch westliche Parlamentarier.

Entgegen den offiziellen Stellungnahmen des Bonner Außenministeriums, die diesen neuen Versuch einer „internen Lösung“ durch Südafrika für „null und nichtig“ erklärten, nahmen außenpolitisch aktive und maßgebliche Mitglieder beider Regierungsfractionen an den Feierlichkeiten teil. U.a. waren anwesend der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Klein, und Prof. Dr. Wolfgang Rumpf, entwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

Angesichts der völkerrechtlichen Brisanz der Namibiafrage ist es besonders skandalös, daß sich Prof. Dr. Wolfgang Zeidler (SPD), der immerhin Präsident des Bundesverfassungsgerichts ist, in Windhoek aufhielt.

Begleitet wurden die Jubelfeierlichkeiten von umfassenden Sicherheitsmaßnahmen, so wurden etwa die Tereereinheiten „Koevoet“ aus dem Norden des Landes nach Windhoek abgezogen.

## Moçambique

Nach Presseberichten soll Moçambique, das stark unter den Angriffen des sog. Nationalen Moçambikanischen Widerstands (RNM) leidet (siehe AIB 7/1985, S. 26ff.), durch Zimbabwe und Tansania verstärkt militärisch unterstützt werden. Dies ist das Ergebnis eines Treffens zwischen Moçambiques Präsident Samora Machel, Tansanias Präsident Julius Nyerere und Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe am 12.6.1985 in Harare.

Truppen Zimbabwes sind bereits seit 1982 zum Schutz von Verkehrseinrichtungen, vor allem nach Zimbabwe, in Moçambique eingesetzt. Jetzt sollen auch tansanische Truppen in Nordmoçambique stationiert sein. Zudem werden Instrukteure der britischen Armee moçambikanische Offiziere in einem zimbabwischen Militärlager ausbilden. Dies gab das britische Verteidigungsministerium am 2.7.1985 bekannt.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, gab bei seinem Besuch Mitte Mai d.J. in Maputo zu, daß Elemente in der BRD Kontakt zum RNM haben. Dies sei der Bundesregierung bekannt, aber sie könne nichts tun, da gegen die Elemente keine Anklagen wegen krimineller Vergehen vorlägen.

## AIB-Sonderhefte



2/1985: Libanon



3/1985: Mittelamerikakrise

Preis der Sonderhefte: 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

**D 7426 E**  
**Postvertriebsstück**  
 Zeitungs-Gebühr bezahlt  
 AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

# DAS GEBURTSTAGSGESCHENK



Nunmehr **15 Jahre** ist es her, seit im Juni 1970 die erste Ausgabe des AIB erschien. Seitdem ist aus dem AIB die **auflagenstärkste** deutschsprachige Monatszeitschrift zur Dritten Welt mit Abonnenten in fast 60 Staaten geworden.

Uns ist das **nicht genug**. Zuwenige wissen Bescheid über Reagans Krieg gegen Nikaragua, über die Volksaufstände in Südafrika, über den libanesischen Widerstand, über den US-Aufmarsch im Pazifik, über die bundesdeutsche Verwicklung im Nahen und Mittleren Osten, über die Ursachen der Hungerkata-

strophien und der Verschuldungskrise. Und zuwenige sind aktiv gegen die imperialistische Politik in der Dritten Welt.

Deshalb brauchen wir mehr Leser – und deshalb bekommt **jeder** der uns einen **neuen Abonnenten nennt**, ein aktuelles Dritte-Welt-Buch geschenkt.

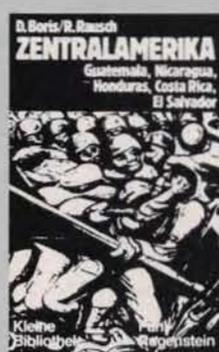
Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von **25 DM**.



Fidel Castro  
 ... wenn wir überleben wollen  
 Weltkreis Verlag  
 296 Seiten, 16,80 DM



James Matthews  
 Schattentage  
 Roman aus Südafrika  
 Weltkreis Verlag  
 144 Seiten, 9,80 DM



D. Boris/R. Rausch  
 Zentralamerika  
 Guatemala, Nicaragua, Honduras  
 Costa Rica, El Salvador  
 Pahl-Rugenstein Verlag  
 405 Seiten, 16,80 DM



H. E. Gross  
 Guatemala  
 Leben auf dem Vulkan  
 Weltkreis Verlag  
 240 Seiten, 14,80 DM



R. Falk  
 Die heimliche Kolonialmacht  
 Bundesrepublik und Dritte Welt  
 Pahl-Rugenstein Verlag  
 220 Seiten, 14,80 DM